



Landtag von Baden-Württemberg

108. Sitzung

14. Wahlperiode

Stuttgart, Mittwoch, 2. Februar 2011 • Haus des Landtags

Beginn: 10:03 Uhr

Mittagspause: 13:21 bis 14:30 Uhr

Schluss: 19:22 Uhr

INHALT

Eröffnung – Mitteilungen des Präsidenten	7687	Abg. Eugen Schlachter GRÜNE	7713
1. Aktuelle Debatte – Wachstum, Innovation und Tradition: Das Erfolgsmodell Baden-Württemberg mit neuen Ideen fortsetzen – beantragt von der Fraktion der FDP/DVP	7687	Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP	7715
Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP	7687	Minister Willi Stächele	7717
Abg. Katrin Schütz CDU	7688, 7697	Beschluss	7719
Abg. Peter Hofelich SPD	7690, 7696	4. Regierungsbefragung	
Abg. Edith Sitzmann GRÜNE	7692, 7697	4.1 Enquetekommission „Fit fürs Leben in der Wissensgesellschaft – berufliche Schulen, Aus- und Weiterbildung“ – Vorschläge zur Umsetzung von Handlungsempfehlungen im Bereich der beruflichen Schulen und der dualen Ausbildung	7726
Minister Ernst Pfister	7693	Ministerin Dr. Marion Schick	7726, 7727, 7729, 7730
2. Aktuelle Debatte – Umgang der Landesregierung mit dem Parlament am Beispiel des EnBW-Aktienerkaufs – beantragt von der Fraktion der SPD	7698	Abg. Gunter Kaufmann SPD	7727, 7730
Abg. Dr. Nils Schmid SPD	7698	Abg. Andrea Krueger CDU	7728
Abg. Peter Hauk CDU	7700	Abg. Renate Rastätter GRÜNE	7729
Abg. Winfried Kretschmann GRÜNE	7702	Minister Ernst Pfister (zu Protokoll)	7736
Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP	7703	4.2 Mittelzusagen der Landesregierung für den Ausbau der Rheintalbahn	7731
Minister Helmut Rau	7705	Abg. Bärbl Mielich GRÜNE	7731, 7735
3. a) Zweite und Dritte Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung – Gesetz über die Feststellung eines Dritten Nachtrags zum Staatshaushaltsplan von Baden-Württemberg für das Haushaltsjahr 2011 – Drucksache 14/7320		Ministerin Tanja Gönner	7731, 7732, 7733, 7734, 7736
Beschlussempfehlungen und Berichte des Finanzausschusses – Drucksachen 14/7470, 14/7471		Abg. Volker Schebesta CDU	7732
b) Beschlussempfehlung und Bericht des Finanzausschusses zu der Mitteilung des Finanzministeriums vom 22. Dezember 2010 – Mittelfristige Finanzplanung für die Jahre 2010 bis 2014 – Drucksachen 14/7398, 14/7472	7708	Abg. Christoph Bayer SPD	7733
Abg. Manfred Groh CDU	7709	Abg. Edith Sitzmann GRÜNE	7734
Abg. Ingo Rust SPD	7711	5. Bericht und Beschlussempfehlung des Untersuchungsausschusses „Aufarbeitung des Polizeieinsatzes am 30. September 2010 im Stuttgarter Schlossgarten“ – Drucksache 14/7500	7737
		Abg. Winfried Scheuermann CDU	7737
		Abg. Ulrich Müller CDU	7740
		Abg. Andreas Stoch SPD	7743
		Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE	7746
		Abg. Hagen Kluck FDP/DVP	7748
		Beschluss	7751

6. Zweite Beratung des Gesetzentwurfs der Fraktion GRÜNE – Gesetz zur Änderung des Schulgesetzes für Baden-Württemberg – Drucksache 14/7165	9. Zweite Beratung des Gesetzentwurfs der Fraktion der SPD – Gesetz zur Änderung des Schulgesetzes für Baden-Württemberg – Drucksache 14/7309
Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Schule, Jugend und Sport – Drucksache 14/7492. 7752	Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Schule, Jugend und Sport – Drucksache 14/7491. 7769
Abg. Renate Rastätter GRÜNE 7752	Abg. Christa Vosschulte CDU 7769
Abg. Karl Traub CDU 7753	Abg. Dr. Frank Mentrup SPD 7770
Abg. Norbert Zeller SPD 7754, 7757	Abg. Renate Rastätter GRÜNE 7771
Abg. Dr. Birgit Arnold FDP/DVP 7754, 7757	Abg. Dr. Birgit Arnold FDP/DVP 7772
Staatssekretär Georg Wacker 7755	Ministerin Dr. Marion Schick 7773
Beschluss 7757	Beschluss 7774
7. Zweite Beratung des Gesetzentwurfs der Fraktion der SPD – Gesetz zur Änderung des Landeshochschulgesetzes – Drucksache 14/7167	10. Zweite Beratung des Gesetzentwurfs der Fraktion der CDU und der Fraktion der FDP/DVP – Gesetz zur Änderung des Landesdatenschutzgesetzes und anderer Rechtsvorschriften – Drucksache 14/7313
Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Wissenschaft, Forschung und Kunst – Drucksache 14/7464 7757	Beschlussempfehlung und Bericht des Ständigen Ausschusses – Drucksache 14/7524. 7774
Abg. Dr. Klaus Schüle CDU 7757	Beschluss 7775
Abg. Johannes Stober SPD 7758	
Abg. Theresia Bauer GRÜNE 7759	
Abg. Dietmar Bachmann FDP/DVP 7760	
Staatssekretär Dr. Dietrich Birk 7761	
Beschluss 7762	11. Antrag der Fraktion der CDU, der Fraktion der SPD und der Fraktion der FDP/DVP – Nach der Schlichtung: Bahnprojekt Stuttgart–Ulm realisieren. K 21 ist keine Alternative – Drucksache 14/7362 7776
8. Zweite Beratung des Gesetzentwurfs der Fraktion der SPD und der Fraktion GRÜNE – Gesetz zur Änderung des Landeshochschulgesetzes – Drucksache 14/7307	Abg. Winfried Scheuermann CDU 7776
Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Wissenschaft, Forschung und Kunst – Drucksache 14/7466 7762	Abg. Hans-Martin Haller SPD 7777
Abg. Dr. Klaus Schüle CDU 7763	Abg. Dietmar Bachmann FDP/DVP 7779
Abg. Johannes Stober SPD 7763, 7768	Abg. Werner Wölflle GRÜNE 7780
Abg. Theresia Bauer GRÜNE 7764	Ministerin Tanja Gönner 7781
Abg. Dieter Kleinmann FDP/DVP 7765	Abg. Claus Schmiedel SPD (zur Geschäftsordnung) 7783
Staatssekretär Dr. Dietrich Birk 7766, 7767	Beschluss 7784
Abg. Alfred Winkler SPD (Kurzintervention) 7767	Abg. Dietmar Bachmann FDP/DVP (zu Protokoll) 7784
Beschluss 7769	Nächste Sitzung 7785

Protokoll

über die 108. Sitzung vom 2. Februar 2011

Beginn: 10:03 Uhr

Präsident Peter Straub: Meine Damen und Herren! Ich eröffne die 108. Sitzung des 14. Landtags von Baden-Württemberg und begrüße Sie. Ich darf Sie bitten, die Plätze einzunehmen und die Gespräche einzustellen.

Urlaub für heute habe ich Frau Abg. Rudolf und Herrn Abg. Nelius erteilt.

Krankgemeldet sind Herr Abg. Ernst, Herr Minister Professor Dr. Frankenberg, Herr Abg. Reichardt sowie Frau Abg. Wonnay.

Aus dienstlichen Gründen entschuldigt ist Herr Minister Professor Dr. Reinhart.

(Zurufe von der SPD: Was?)

Dienstlich verhindert ist Frau Staatsrätin Professorin Dr. Amnicht Quinn.

Meine Damen und Herren, eine Zusammenstellung der E i n g ä n g e liegt vervielfältigt auf Ihren Tischen. Sie nehmen davon Kenntnis und stimmen den Überweisungsvorschlägen zu. – Dagegen erhebt sich kein Widerspruch. Es ist so beschlossen.

*

Im Eingang befinden sich:

1. Mitteilung des Finanzministeriums vom 22. Dezember 2010 – Mittelfristige Finanzplanung 2010 bis 2014 – Drucksache 14/7398

Überweisung an den Finanzausschuss

2. Mitteilung des Rechnungshofs vom 17. Januar 2011 – Beratende Äußerung zum Glücksspiel – Drucksache 14/7498

Überweisung an den Innenausschuss und federführend an den Finanzausschuss

*

Meine Damen und Herren, unter Punkt 3 a der Tagesordnung ist die Zweite und Dritte Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung – Gesetz über die Feststellung eines Dritten Nachtrags zum Staatshaushaltsplan von Baden-Württemberg für das Haushaltsjahr 2011 –, Drucksache 14/7320, vorgesehen. Sie sind gemäß § 50 Satz 2 unserer Geschäftsordnung mit dieser Verkürzung der Frist zwischen Zweiter und Dritter Beratung einverstanden. – Auch hiergegen erhebt sich kein Widerspruch. Es ist so beschlossen.

(Unruhe – Abg. Wolfgang Drexler SPD: Pst!)

Wir treten in die Tagesordnung ein.

Ich rufe **Punkt 1** der Tagesordnung auf:

Aktuelle Debatte – Wachstum, Innovation und Tradition: Das Erfolgsmodell Baden-Württemberg mit neuen Ideen fortsetzen – beantragt von der Fraktion der FDP/DVP

Das Präsidium hat für die Aktuelle Debatte die üblichen Redezeiten festgelegt: fünf Minuten für die einleitenden Erklärungen und fünf Minuten für die Redner in der zweiten Runde.

Das Wort erteile ich Herrn Abg. Dr. Rülke.

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Oje! – Gegenruf des Abg. Dr. Klaus Schüle CDU)

Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! In dem Titel unserer Aktuellen Debatte ist vom „Erfolgsmodell Baden-Württemberg“ die Rede. Ich glaube, insbesondere die jüngsten Wirtschafts- und Arbeitsmarktdaten machen deutlich, dass wenige Wochen vor der anstehenden Landtagswahl in der Tat vor allem von einem Erfolgsmodell im wirtschaftlichen Bereich gesprochen werden kann.

Saisonbedingt haben wir nach einigen harten Winterwochen bundesweit einen spürbaren Anstieg der Arbeitslosenquote festzustellen. Auch in Baden-Württemberg gibt es einen solchen Anstieg. Aber es ist deutlich geworden, wie stark die wirtschaftlichen Strukturen in Baden-Württemberg sind und wie gut die Wirtschaft in Baden-Württemberg aus der Krise herausgekommen ist. Denn erstmals seit zwei Jahren nimmt Baden-Württemberg wieder die Spitzenposition ein, was den Arbeitsmarkt in der Bundesrepublik Deutschland betrifft. Das ist ein unbestreitbarer Erfolg der Menschen im Land, aber auch der Politik.

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU)

Das Bruttoinlandsprodukt ist im Jahr 2010 um 4,8 % gewachsen. Das hätte uns vor Jahresfrist niemand zugetraut. Wir haben ausweislich des Statistischen Landesamts zu erwarten, dass das Bruttoinlandsprodukt im ersten Quartal 2011 im Vergleich zum Vorjahr um 5,5 % wächst. Der Auftragseingang im verarbeitenden Gewerbe ist von Januar bis November 2010 gar um 25,6 % gewachsen. Für die Aufträge im Kraftfahrzeuggewerbe bzw. für Kraftwagenteile ist von Januar bis November ebenfalls ein Zuwachs um 25 % zu verzeichnen. Im Maschinenbau hatten wir gar eine Steigerung um 34 % und bei Werkzeugmaschinen um sage und schreibe 67,8 %. Der Ifo-

(Dr. Hans-Ulrich Rülke)

Geschäftsklimaindex ist auf dem höchsten Niveau seit dem Jahr 1990. Im Jahr 2010 hatten wir 3 885 000 sozialversicherungspflichtig Beschäftigte. Das waren 20 000 mehr als im Jahr 2009.

Damit wird auch deutlich, dass eben nicht, wie manche behaupten, über Buchungstricks die Statistik der Bundesagentur für Arbeit gefälscht würde. Vielmehr gibt es einen realen, nachweisbaren Zuwachs an Arbeitsplätzen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Wir haben in Baden-Württemberg mit einem Anteil von 10,9 % auch das niedrigste Armutsrisiko bundesweit. Zum Vergleich: Im Bundesdurchschnitt liegt es bei 14,6 %. Das zeigt auch, dass jene falsch liegen, die immer behaupten, die Politik in unserem Land sei unsozial. Wir hätten solche Werte nicht, wenn dies den Tatsachen entspräche.

(Zuruf des Abg. Dr. Hans-Peter Wetzel FDP/DVP)

Der Prognos Zukunftsatlas sieht zehn von 25 Topregionen in Baden-Württemberg, und sogar 13 der 20 Topmaschinenbau-regionen werden in Baden-Württemberg angesiedelt. Das ist die eindrucksvolle Bilanz nach 15 Jahren christlich-liberaler Koalition in Baden-Württemberg. Darauf werden wir mit Selbstbewusstsein aufbauen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU – Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Weiter so! – Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Jawohl!)

Wir wollen aber noch besser werden. Die Menschen wählen nicht für die Verdienste der Vergangenheit, sondern sie wählen für die Zukunftsaussichten, meine Damen und Herren.

(Zuruf des Abg. Claus Schmiedel SPD)

Deshalb wollen wir die Empfehlungen umsetzen, die uns der Innovationsrat vorgelegt hat. Wir wollen umsetzen, was im McKinsey-Gutachten steht. Deshalb werden wir mit dem Dritten Nachtrag zum Staatshaushaltsplan zunächst einmal 60 Millionen € für diesen Zweck ausweisen und dann in einer zweiten Tranche weitere 60 Millionen € bereitstellen.

Um nur einige Stichworte zu nennen: das Modellprojekt Stuttgart als Musterregion für nachhaltige Mobilität; Umwelttechnik und Ressourceneffizienz, auch Breitenanwendung moderner Umwelttechnologien; „Medizin und Pflege“, ein Modellprojekt zur Telemedizin; Ausbau der Informationstechnologien, insbesondere Fachkräftesicherung, ein Topthema unserer Wirtschaft. Die Reduzierung der Zahl der Studienabbrecher aus Migrantenfamilien ist uns ganz wichtig, ebenfalls die Verbesserung des Technologietransfers. Das ist schon in den zurückliegenden Jahren ein zentrales Thema der Wirtschaftspolitik des Landes Baden-Württemberg gewesen. Das wollen wir noch weiter verstärken. Die Verbesserung des Technologietransfersystems ist ein absolutes Topthema der Zukunft.

Ebenso die Existenzgründerinitiative. Da ist es richtig, meine Damen und Herren: Die Dynamik im Bereich der Existenzgründer ist auf hohem Niveau, aber sie ist nicht dort, wo wir sie haben wollen. Wir sind die Besten, wir sind die Innova-

tivsten, aber wir können gerade in diesem Bereich noch besser werden. Deshalb werden wir den Seedfonds für Existenzgründer Baden-Württemberg auf den Weg bringen und ihn zukunftsgerichtet ausstatten.

Wir werden eine Fraunhofer-Projektgruppe für Automatisierung in der Medizin- und Biotechnologie in Mannheim ansiedeln, und wir werden vor allem den erfolgreichen Weg des Wirtschaftsministers mit den Innovationsgutscheinen – sie sind ein Exportschlager des Landes Baden-Württemberg geworden – weitergehen. Wir werden sie mit den Bereichen Hightech und Creativity ausbauen.

Nach der Wahl, meine Damen und Herren, werden wir in Baden-Württemberg weiter die Verantwortung tragen,

(Lachen der Abg. Brigitte Lösch GRÜNE)

und wir werden genau in diesem Bereich einen Ausbau vornehmen,

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Erst das Parlament aushebeln und jetzt das Volk! Das ist ja unglaublich!)

insbesondere im Bereich der Modellprojekte.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Die Automobilindustrie wird in Baden-Württemberg weiter Ankerpunkt unserer Wirtschaft sein. Wir begehen das 125-Jahr-Jubiläum von Daimler-Benz und haben im vierten Quartal 2010 genau dort das beste Quartal in der Unternehmensgeschichte.

Das Thema Antriebskräfte/Antriebskonzepte wird ein zentrales Zukunftsthema im Technologiebereich in der Automobilwirtschaft sein. Wir sehen einen Wettbewerb dieser Antriebskonzepte, und für eine absehbare Zeit werden die Verbrennungsmotoren noch eine wesentliche Rolle spielen. Sie werden noch lange gebraucht werden. Sie haben auch ein erhebliches Effizienzpotenzial. Daran werden wir weiter arbeiten.

Aber auch die Brennstoffzelle und selbstverständlich die E-Mobilität sind von Interesse. Deshalb wollen wir nach der Wahl ein Landespilotprojekt für das Batterieleasing bei Elektroautos auf den Weg bringen.

(Lachen der Abg. Ursula Haußmann SPD)

Das ist ein Thema, bei dem es erhebliches Steigerungspotenzial gibt. Das ist ein innovatives Thema, das wir nach der Landtagswahl auf den Weg bringen werden, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Präsident Peter Straub: Das Wort erteile ich Frau Abg. Schütz.

(Zuruf des Abg. Dr. Klaus Schüle CDU)

Abg. Katrin Schütz CDU: Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Heute, nach der Krise, ist inzwischen jedem bewusst, warum Baden-Württemberg bundesweit als

(Katrin Schütz)

Vorbildland gesehen wird. Wir haben bundesweit die besten Rankings, bundesweit hervorragende Noten, und Baden-Württemberg wird in Deutschland als Kraftzentrum angesehen – zu Recht, wie Herr Dr. Rülke gerade dargelegt hat.

Die Qualitäten Wachstum, Innovation und Tradition sind für uns starke Werte, nach denen wir uns richten. Im Länderranking haben mehrere Institutionen unabhängig voneinander unsere Spitzenposition bestätigt. Baden-Württemberg wird als aktives und erfolgreiches Bundesland angesehen. Wir haben erstklassige Ergebnisse bei den unterschiedlichen Faktoren: die niedrige Arbeitslosenquote, die niedrige Jugendarbeitslosenquote, die daraus resultiert, die große soziale Sicherheit, die wir hier im Land haben, ein Wirtschaftswachstum von 5,5 % oder auch die über dem Bundesdurchschnitt von 5 % liegende Arbeitsproduktivität. In Baden-Württemberg ist die Gefahr von Firmenpleiten so niedrig wie nirgendwo sonst. In Baden-Württemberg gibt es doppelt so viele Patente wie in den übrigen Ländern, und wir haben das dichteste Netz an Forschungseinrichtungen. Vier von bundesweit neun Exzellenzuniversitäten befinden sich in Baden-Württemberg. Wir stehen also hervorragend da.

Baden-Württemberg gilt als Hightechregion in Europa. 17,3 % der Beschäftigten sind in den Hightechbranchen beschäftigt. Wie wir auch schon gehört haben, sind von den 25 aussichtsreichsten Branchen bundesweit allein zehn in unserem Land. Nirgendwo sonst ist die Situation so gut wie hier in Baden-Württemberg. Das ist mit Sicherheit ein Ergebnis einer soliden und guten Politik in der Vergangenheit.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/
DVP – Abg. Dr. Klaus Schüle CDU: Sehr richtig,
Frau Kollegin!)

Aus der Finanz- und Wirtschaftskrise könnte aber auch resultieren, dass länderspezifische Faktoren einen wesentlichen Grund ausmachen.

Die nachhaltige Unternehmensführung gerade bei kleinen und mittelständischen Unternehmen, vor allem auch bei Familienunternehmen, ist ein Symbol für erfolgreiches, zielorientiertes Wirtschaften. Unserem Mittelstand schulden wir hier Dank für langfristiges Denken und für eine gute Unternehmensführung.

Die zentralen Elemente sind historisch bedingt. Wirtschaftlich, sozial und ökologisch wird hier in den Betrieben Nachhaltigkeit gelebt. Für den Mittelstand ist Nachhaltigkeit also kein Modewort, sondern eine Selbstverständlichkeit, und eine gesunde Unternehmenskultur gehört in jedes erfolgreiche Unternehmen. Darin zeigen sich deutlich auch die traditionellen Werte, die die Basis einer soliden Marktwirtschaft, aber auch die Stärke einer freiheitlichen Wirtschaftsordnung sind.

Zur Tradition in Baden-Württemberg gehört auch das langfristige Engagement. Das liegt den Menschen hier im Land im Blut. Hier gilt nicht die kurzfristige Gewinnmaximierung. Dazu gehört auch ein guter Umgang mit den Beschäftigten, deren Wohlergehen einen wichtigen Stellenwert hat. Das führt dazu, dass die Beschäftigung mehr als nur ein Job ist.

(Beifall der Abg. Dr. Klaus Schüle CDU sowie Beate Fauser und Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP)

Ein Arbeitsverhältnis bedeutet eben eine Verpflichtung für beide Seiten.

Zur Tradition gehört die Verwurzelung der Betriebe in den Regionen vor Ort. So kann man in einer globalisierten Welt auch langfristig überleben.

Wir politisch Handelnden tun gut daran, diese Qualitäten auch weiterhin zu unterstützen. Hier setzt das Zukunftsprogramm Mittelstand an, in dem es grundsätzlich um die Ausgestaltung der mittelstandsfreundlichen Rahmenbedingungen geht. Im vergangenen Jahr konnten wir erleben, dass die Industrien im Südwesten von positiven Entwicklungen getragen wurden und ein kräftiges Wachstum verzeichnen konnten. Gerade in der Krise haben wir hier richtig reagiert, haben mit Kurzarbeit und Investitionen Brücken geschlagen.

Unsere Wirtschaftspolitik in Baden-Württemberg ist darauf ausgerichtet, diesen dynamischen Wirtschaftsprozess weiterhin zukunftssicher zu machen. Wir müssen auf die schnellen Veränderungen der heutigen Zeit verantwortungsbewusst und zukunftsweisend reagieren, um den Unternehmen ebendiese Rahmenbedingungen zu ermöglichen. Denn die Bewältigung der kommenden Herausforderungen wird auch künftig Investitionen erfordern.

Eine wichtige politische Aufgabe in unserem Land besteht darin, Innovationen zu fördern und die Forschung voranzutreiben. Baden-Württemberg ist seit jeher für den Erfinderreichtum auf hohem Niveau bekannt. Die Förderung von Innovationen hat in den letzten Jahren aber noch einmal an Bedeutung gewonnen. Innovationspolitik ist eine umfassende Politik und für viele Bereiche heute von entscheidender Bedeutung. Unser Ziel ist es, innovatives Wissen und dessen Transfer sowie wirtschaftliche Entwicklung und kommerzielle Nutzung mit geeigneten Maßnahmen zu stimulieren und zu fördern.

Die Förderung von Clusterinitiativen hat sich mit über 100 regionalen Clusterinitiativen bewährt. Wir haben Fördermaßnahmen geschaffen, mit denen kleine und mittelständische Unternehmen noch stärker auf Forschung, Entwicklung und Innovation setzen können. Die Innovationsgutscheine bei uns in Baden-Württemberg sind ja einmalig.

Ich finde, wir haben uns in der Krise gut bewährt. Wir haben Bewährtes unterstützt und Ideenreichtum gefördert. Darauf können wir stolz sein. Wir erleben, dass die Wirtschaft wieder brummt, und Baden-Württemberg ist gestärkt aus der Krise herausgegangen.

Wir setzen also weiterhin auf dieses Erfolgsmodell. Lassen Sie uns gemeinsam an neuen Ideen arbeiten, damit dieser Qualitätsanspruch auch in Zukunft so erhalten bleibt.

Danke.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Dr.
Klaus Schüle CDU: Sehr gut!)

Präsident Peter Straub: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Hofelich.

(Abg. Dr. Klaus Schüle CDU: Es ist doch alles gesagt!)

Abg. Peter Hofelich SPD: Herr Rülke, das, was Ihnen kurz vor Torschluss noch alles an „Heftpflasterchen“ einfällt, ist schon interessant.

(Zuruf von der CDU: Euch fällt ja nichts ein!)

Herr Präsident, Kolleginnen, Kollegen, meine Damen und Herren! Baden-Württemberg ist ein starkes und ein chancenreiches Land. Es gründet auf der „Schaffigkeit“ und auf der Qualifikation, auf der Neugier und dem Wagemut seiner Beschäftigten, seiner Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, seiner Unternehmerinnen und Unternehmer. Es gründet damit auf dem, was auch über dieser Debatte steht: auf Innovation. Jede wirtschaftspolitische und innovationspolitische Debatte in diesem Haus kann sich nicht darum drehen, ob das so ist. Natürlich ist das in unserer Heimat so. Es geht nur um die Frage, was die Landesregierung und das Parlament daraus machen.

Auch wenn Sie gerade sehr viel Statistik vorgetragen haben – Fakt ist: Es gibt in diesem Land ein Unbehagen darüber, dass diese Landesregierung zu selbstsicher und selbstzufrieden ist und dass sie zu wenig daraus macht. Das ist die Situation.

(Beifall bei der SPD – Zuruf des Abg. Karl Zimmermann CDU)

– Bei Ihnen im Wahlkreis, Herr Zimmermann.

(Zuruf: Das war die erste Überheblichkeit!)

– Das war die erste Überheblichkeit. Herr Zimmermann, wir zählen nachher einmal durch.

(Lachen bei Abgeordneten der CDU)

– Ich sehe gerade auch in lachende Gesichter von Menschen, die es eigentlich besser wissen müssten. Die Frage ist, ob diese Landesregierung dem, was tagtäglich in Fabriken, Labors, Büros passiert – auch ohne die Hochglanzprosperkte der Regierung, auch ohne eine „Wir-sind-spitze“-Rhetorik; es passiert einfach –, etwas Sinnvolles und etwas Wirksames hinzufügen kann.

(Zuruf des Abg. Dr. Hans-Peter Wetzel FDP/DVP)

Die Frage ist, was hier hinzugefügt wird. Sie werden mich und uns nicht in der Rolle der Kritiker sehen. Wir sagen einfach: Dieses Land ist spitze. Wir sind gut.

(Beifall des Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP)

Aber die Frage ist: Was tut die Landesregierung hier überhaupt?

(Beifall bei der SPD sowie der Abg. Edith Sitzmann und Franz Untersteller GRÜNE – Abg. Thomas Knapp SPD: Nichts tut sie! – Abg. Alfred Winkler SPD: Trotz der Landesregierung spitze! – Abg. Dr. Dietrich Birk CDU: Jetzt kommen Sie selbstgefällig rüber! – Weitere Zurufe von der CDU)

– Jetzt tut es wieder weh.

Die Frage ist, ob wir das Ganze hier beschreiben können, ob wir auch in der Lage sind, unbestechlich und analytisch festzustellen, wo das Land steht, und ob wir in der Lage sind, Herr Minister, bei dem, was wir im Einzelnen und im Strukturellen fördern wollen, ein Instrumentarium zu entwickeln, bei dem wir sagen können: Da wird es wirklich wirksam, da setzen wir richtig an. Das ist die Frage, die sich hier im Parlament stellt.

Deswegen sage ich Ihnen: Ich würde nicht die Tonlage anschlagen, mit der Sie begonnen haben. Ich würde vielmehr vorschlagen, dass wir erstens in dieser Aktuellen Debatte darüber reden, wie die Situation ist, in der wir uns befinden, dass wir zweitens schauen, welche Vorschläge zum Haushalt es dazu von der Landesregierung gibt, was daran zu schätzen ist, was vielleicht etwas tiefer zu hängen ist und etwas mehr zu hinterfragen ist, und drittens fragen, welche Perspektiven wir als Parlamentarier, als Politiker für dieses Land formulieren sollten. Übrigens sollten wir, was Wirtschaftsfragen angeht, in der Rhetorik Zurückhaltung üben und nicht sagen: „Wir kriegen alles hin“, weil, wie gesagt, vieles andere auch ohne uns geschieht.

(Beifall bei der SPD)

Ich will an dieser Stelle aus meiner Sicht – Herr Rülke, Sie werden mir jetzt nachsehen, dass ich mir noch ein bisschen Einblick bewahrt habe – ein paar Dinge zur Situation sagen.

Das Erste ist: Gerade wurde so locker gesagt: „Wir haben mit Kurzarbeit ...“ Erster Sachverhalt ist: Dieses Land Baden-Württemberg hat als stark export- und industrieorientiertes Land eine, wie ich immer sage, starke Jojo-Ökonomie: Wenn es aufwärtsgeht, geht es richtig aufwärts, wenn es abwärtsgeht, geht es aber auch richtig abwärts – aber Gott sei Dank auf ein Niveau, bei dem wir noch immer sagen können, wir liegen über dem Durchschnitt. Aber bei dieser Auf-ab-Ökonomie ist doch die Frage, wie und warum wir aus der Krise herausgekommen sind.

(Zuruf des Abg. Karl-Wolfgang Jägel CDU)

Ich sage es Ihnen, damit Sie es selbst wissen: Wir sind aus der Krise herausgekommen, weil Belegschaften Zeitkonten abgebaut haben. Wir sind aus der Krise herausgekommen, weil es Kurzarbeit gab. Wir sind aus der Krise herausgekommen, weil es Konjunkturprogramme gab. Darum ging es, Frau Schütz.

(Abg. Albrecht Fischer CDU: Kann die SPD etwas dafür? – Zuruf der Abg. Katrin Schütz CDU)

Es ging um diese wirksame Politik. Diese Politik verbindet sich nicht mit dem Namen Brüderle, sondern mit dem Namen Steinbrück, dem Namen Scholz und dem Namen Gerhard Schröder.

(Beifall bei der SPD – Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Steinbrück, war das der mit der Kavallerie?)

Ich könnte mir vorstellen, dass es nicht ganz schlecht wäre, das auch einmal vonseiten der anderen Fraktionen auszusprechen.

(Peter Hofelich)

Das Zweite, was ich zur Situation sagen will, ist: Wir erleben schon vor der Krise, dass dieses – –

(Zuruf des Abg. Karl Zimmermann CDU)

– Herr Zimmermann, jetzt hören Sie doch einfach einmal zu.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD zu Abg. Karl Zimmermann CDU: Einfach einmal zuhören! – Abg. Reinhold Gall SPD: Zimmermann spielt doch keine Rolle!)

Das Zweite ist: Wir in Baden-Württemberg leben mit einem Risiko, das andere vielleicht gern tragen würden, das wir aber erkennen müssen. Das ist das Risiko, dass wir einen gebremsten Vorsprung haben. Das sagen uns McKinsey, der Innovationsrat und andere. Dieses Land ist vorn, aber es hat sozusagen eine Bremse, was die anderen näher an uns heranrücken lässt. Das ist die Schwierigkeit.

(Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Die Bremse seid ihr!)

Diese Bremse kann nur durch Innovation gelöst werden.

Deswegen will ich Ihnen auch Folgendes zum Thema Innovation sagen: Für eine Psychologie des Aufschwungs, die nur darin bestehen kann, nicht allein aus der jetzigen Substanz zu wachsen, sondern aus neuer Substanz, ist Ihre Selbstzufriedenheit Gift. Wir brauchen eine Psychologie der Bewegung und des Wandels und nicht eine Psychologie des Sich-auf-die-Schulter-Klopfens.

(Beifall bei der SPD – Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Wem haben Sie gerade auf die Schulter geklopft? – Zuruf des Abg. Dr. Klaus Schüle CDU)

– Ich habe gerade niemandem auf die Schulter geklopft.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Steinbrück, Schröder!)

– Darf man nicht mehr sagen, dass wirksame Maßnahmen ergriffen wurden?

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Alex Möller haben Sie noch vergessen!)

– Herr Rülke, netter Versuch. Amerikanische Sportreporter sagen: Nice try. Das ist aber leider nicht angekommen.

Wir haben über Maßnahmen zu sprechen, darüber, was geschieht. Das ist das, Herr Minister, was Sie heute einbringen. Ich habe darüber gerade etwas gehört. Aber ich möchte einfach einmal sagen: Die 60 Millionen € als Resultat der Empfehlungen des Innovationsrats – Innovationsprogramm – sind auf fünf Jahre eingestellt. 60 Millionen € auf fünf Jahre heißt 12 Millionen € pro Jahr. 2,8 Millionen € wollen Sie in einem sogenannten Innovationspaket für den Mittelstand einsetzen. Für mich persönlich ist das eher ein Sammelsurium als ein wirklich kompaktes Paket. Aber das stellen Sie ein.

Ich will Ihnen einfach einmal sagen, was Sie damit tun: Sie reagieren damit auf das, was wir Ihnen schon über Monate und Jahre sagen.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: So ist es! – Lachen bei Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP)

– So ist es.

(Beifall bei der SPD – Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Gerade haben Sie gesagt: „Sammelsurium“! – Zuruf des Abg. Dr. Klaus Schüle CDU)

Jetzt will ich Ihnen einmal etwas sagen, weil mein Kollege Dr. Rainer Prewo vor der gesamten Kulisse hier gelegentlich als kritisierender Analytiker „heruntergemacht“ wird.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Von Analytiker haben wir nie gesprochen!)

Ich will Ihnen einmal Punkte nennen, die hier angeführt worden sind. Eine Schwäche des Mittelstands in Forschungsfragen,

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: So ist es!)

die Schwierigkeit, neue FuE-Einrichtungen in diesem Land anzuziehen, ein eklatanter Mangel an Risikokapital für junge Existenzgründer in diesem Land, eine schwierige Situation durch ein Schwinden der industriellen Substanz in diesem Land, das sind Themen, die wir angesprochen hatten. Sie reagieren. Sie agieren nicht. Das ist die Situation.

(Beifall bei der SPD – Zuruf des Abg. Hagen Kluck FDP/DVP)

Jetzt nennen Sie einige Punkte. Ich finde es in Ordnung, wenn in Mannheim ein Fraunhofer-Institut neu dazukommt.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: A wa? Nicht dagegen! Klasse!)

– Ja. Das ist der Stil, den ich hier gern pflegen würde, dass wir sagen: Da ist etwas, was sinnvoll ist;

(Zuruf des Abg. Hagen Kluck FDP/DVP)

und wenn es anders ist, machen wir unsere Anmerkungen dazu.

Es gibt Dinge, bei denen ich der Meinung bin, dass sie in der Wirksamkeit fragwürdig sind. Das ist das, was Sie mit den Innovationsgutscheinen in der Größenordnung von 750 000 € aufsatteln. Ich sage Ihnen, Herr Minister, Sie haben ein Problem: Sie haben relativ geringe Mittel und brauchen dafür im Wirtschaftsministerium enorm viel Bürokratie. Die Wirksamkeit Ihrer Maßnahmen hinterfrage ich im Hinblick auf den tatsächlichen administrativen Aufwand, der dahintersteckt. Ich sage nicht, dass Sie auf dem falschen Feld unterwegs sind.

(Beifall bei der SPD – Zurufe der Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP und Dr. Klaus Schüle CDU)

Es stellt sich die Frage nach der Stärke des Hauses Wirtschaftsministerium. Über die letzten Jahrzehnte hinweg war das ein stolzes Haus, das für das Industrieland Baden-Württemberg – das wirtschaftsstärkste Land in Deutschland – tatsächlich auch ein Flaggship sein muss. Ich erwarte, dass sich das Wirtschaftsministerium stark positioniert und dass es Programme auflegt, bei denen es nicht im Kleinen arbeitet. Ich möchte gern, dass unser Wirtschaftsministerium mit fähigen Beamten im Großen arbeitet. Das ist wichtig.

(Beifall bei der SPD)

(Peter Hofelich)

Deswegen habe ich Ihnen heute zu vermitteln versucht: Unser Land ist eines, das Antrieb braucht, das Anschub braucht und das Maßnahmen braucht, die am Ende auch eine größere Wirksamkeit erzeugen.

(Zuruf des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP)

Ich möchte im zweiten Teil gern über einige der Zukunftslinien reden, die für dieses Land wichtig sind. Eines sage ich Ihnen: Ich freue mich darüber, dass die FDP/DVP diese Debatte beantragt hat.

(Abg. Dr. Klaus Schüle CDU: Wir uns auch!)

Ich freue mich aber auch darüber, dass ein Ergebnis dieser Debatte sein wird, dass unser Land mehr tun muss, als es derzeit tut.

Vielen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Zuruf des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP)

Präsident Peter Straub: Das Wort erteile ich Frau Abg. Sitzmann.

Abg. Edith Sitzmann GRÜNE: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die Aktuelle Debatte ist überschrieben mit „Das Erfolgsmodell Baden-Württemberg mit neuen Ideen fortsetzen“. Deswegen haben wir gespannt darauf gewartet, welches die neuen Ideen tatsächlich sind.

(Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Zuhören!)

Darüber haben wir von den Regierungsfractionen leider nichts gehört.

(Beifall bei den Grünen – Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Aufpassen! – Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Waren Sie draußen?)

Was wir gehört haben, war lediglich ein „Weiter so!“ und viel Lob für diejenigen, die es geschafft haben, aus der Krise zu kommen.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Haben Sie das schon gestern aufgeschrieben?)

Das sind die Unternehmen im Land Baden-Württemberg. Es ist doch ganz klar, dass diese Unternehmen vielfach grün und mit Innovationen aus der Krise gekommen sind

(Lachen bei Abgeordneten der FDP/DVP)

und nicht mit einem „Weiter so!“, wie Sie es hier propagiert haben, Herr Rülke.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen)

Dass diese Unternehmen grün aus der Krise gekommen sind, pfeifen die Spatzen von den Dächern.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Wie die Baumbesetzer von den Dächern!)

Denn klar ist natürlich, dass unsere Industrieunternehmen, unsere Maschinenbauer im Land – im Gegensatz zu Ihnen, Herr

Kollege Bullinger – längst erkannt haben, wo die Herausforderungen liegen, wenn man weltweit erfolgreich sein will und wenn man die Wirtschaft innovativ voranbringen will. Diese Herausforderungen heißen Klimawandel, Energie- und Ressourcenknappheit. Darüber haben wir von Ihnen heute nichts gehört.

(Beifall bei den Grünen)

Ich muss feststellen, dass die „Financial Times Deutschland“ recht hat. Am 19. Januar 2011 war darin ein Artikel zu lesen, der die Überschrift trägt: „Die FDP hat keine Ahnung“. Die FTD hat recht, meine Damen und Herren.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Lesen Sie doch einmal vor! – Zuruf des Abg. Dr. Klaus Schüle CDU)

In diesem Artikel heißt es auch: „Der FDP fehlt es an Politikern, die sich ernsthaft Gedanken machen.“ Meine Damen und Herren, wir konnten gerade feststellen, dass auch dies zutrifft. Denn wer hier in Baden-Württemberg für die Zukunft Wohlstand verspricht, muss sich für die ökologische Modernisierung unserer Wirtschaft und unseres Industriestandorts einsetzen und diese vorantreiben, wie unsere Unternehmen dies bereits erfolgreich tun. Darüber haben wir von Ihnen nichts gehört.

Eine wichtige Lehre aus der Krise ist, dass es um eine nachhaltige Wirtschaftspolitik geht,

(Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Die machen wir!)

die die Herausforderungen der Zukunft auf dem Schirm hat und ernst nimmt, eine Politik, die es schafft, auch in der Krise Beschäftigte zu halten, die auf Beschäftigte vertrauen kann, die auch die notwendige Flexibilität besitzen, damit die Unternehmen für die Zukunft – jetzt, da es wieder aufwärtsgeht – gut gerüstet sind.

Wir haben vom Kollegen Dr. Rülke schon gehört, dass der Wirtschaftsminister und der Landtag ein sogenanntes Innovationspaket

(Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Ui!)

auf den Weg bringen wollen. Gestern kam eine Presseerklärung dazu heraus. Ich habe mir das Ganze angesehen. Ich finde das Vorhaben peinlich, meine Damen und Herren. Es handelt sich höchstens um Innovationspolitik im „Erdnussformat“. Mehr ist nicht drin.

(Beifall bei den Grünen – Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Peanuts!)

Wenn Sie – bei 400 000 Unternehmen im Land – ein solches Paket auflegen, dafür 2,8 Millionen € einsetzen und dies noch als große Maßnahme verkaufen wollen, werden Sie damit nicht landen. Innovation wird das im Land allenfalls im Promillebereich bringen.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Wie viel wollen Sie denn einsetzen?)

Wir haben das gute Instrument der Innovationsgutscheine. Die Koalition aus CDU und FDP/DVP hat lange gerungen, bis sie

(Edith Sitzmann)

dieses Instrument endlich auf den Weg bringen konnte. Sie haben dieses nachfrageorientierte Instrument schließlich auf den Weg gebracht, und das ist gut so. Dafür haben Sie 2,7 Millionen € bereitgestellt. Nach gerade einmal einem Jahr haben Sie die Mittel für dieses Programm, das Sie haben evaluieren lassen und das dabei als gut bewertet wurde, von 2,7 Millionen € auf 1,4 Millionen € gekürzt.

(Zuruf des Abg. Dr. Klaus Schüle CDU)

Angesichts dessen frage ich mich: Wo ist hier Verlässlichkeit? Wo ist hier Nachhaltigkeit? Wie soll Innovation bei einer solchen Zickzackpolitik vorankommen?

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und des Abg. Dr. Rainer Prewo SPD)

Nun kommt Ihr „tolles“ Innovationspaket. Jetzt wollen Sie für die Innovationsgutscheine wieder 800 000 € mehr zur Verfügung stellen – 800 000 €, man höre und staune. Das heißt, damit wird noch nicht einmal wieder das anfänglich bestehende Niveau erreicht, Herr Kollege Dr. Rülke. Um das Ganze noch zu krönen, werden dafür noch zwei spezielle, neue Gutscheinsätze erfunden. Das ist weder wirksam noch zielorientiert und wird sicherlich nicht zu mehr Innovation im Land beitragen.

Besser wäre es gewesen, wenn Sie schon bei den letzten Haushaltsberatungen unserem Antrag gefolgt wären. Wir haben nämlich gesagt: Wenn es ein gutes Programm wie die Innovationsgutscheine gibt, darf man die entsprechenden Mittel nicht nach einem Jahr, wenn dieses Instrument endlich bekannt ist, wieder kürzen. Vielmehr muss man das Programm auf einem soliden, wenn auch kleinen Niveau fortsetzen. Das wollten Sie damals nicht.

Insofern wird das, was für dieses „großartige“ Innovationspaket an Mitteln bereitgestellt wird, wahrscheinlich schon aufgebraucht sein, wenn Sie gerade einmal die Broschüren dafür gedruckt haben. Davon hat niemand im Land etwas.

Ich danke Ihnen.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Präsident Peter Straub: Das Wort erteile ich Herrn Wirtschaftsminister Pfister.

Wirtschaftsminister Ernst Pfister: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich werde mich an die Mahnungen des Kollegen Hofelich zur Bescheidenheit halten und deshalb Dritte zitieren,

(Lachen des Abg. Peter Hofelich SPD)

die über den Zustand des Landes Baden-Württemberg befunden haben.

(Zuruf des Abg. Thomas Knapp SPD)

Erstens: Der Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft sagt, dass Baden-Württemberg die führende Position bei Forschungserfolgen und sowohl bei privaten als auch bei öffentlichen Wissensinvestitionen einnimmt.

Zweitens: Die Deutsche Bank Research sagt, dass Baden-Württemberg sowohl beim Niveau als auch bei der Dynamik die höchste Innovationskraft aller Länder hat.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Drittens: Die Bertelsmann Stiftung sagt: Baden-Württemberg bietet im Ländervergleich die besten Rahmenbedingungen und Voraussetzungen für Innovationen.

(Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Hört, hört!)

Viertens: Bei der Vergabe des Forscherpreises, bei der die ersten drei Preise, wie Sie wissen, nach Baden-Württemberg gegangen sind, hat die „Süddeutsche Zeitung“ in diesem Zusammenhang getitelt: „Deutschlands Zukunft wird in Baden-Württemberg gemacht“. Genau das ist richtig, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU – Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: So ist es!)

Deshalb sind wir uns darüber einig, dass die Situation im Land Baden-Württemberg wirklich gut ist. Wir haben nach der schweren Krise ein fulminantes Comeback hingelegt. Baden-Württemberg ist die Konjunkturlokomotive in Deutschland, aber auch in Europa. Die Kollegen haben die Zahlen bereits genannt. Ich möchte gar nicht alle wiederholen, sondern vor allem noch auf einen Punkt hinweisen, der für mich wichtig ist, weil wir heute nicht nur darüber sprechen, was der Stand ist, sondern auch darüber, was in Zukunft zu geschehen hat.

Der Ifo-Geschäftsklimaindex zeigt, dass die Voraussagen für die baden-württembergische Wirtschaft für die Zukunft so günstig sind, wie sie es zum letzten Mal vor 20 Jahren, nach der Wende, waren; darum geht es. Wir sollten uns heute in dieser Aktuellen Debatte nicht nur gegenseitig auf die Schulter klopfen; das ist wohl wahr. Vielmehr geht es um die Frage: Was können wir tun, um diesen Erfolg der baden-württembergischen Wirtschaft in Zukunft fortzusetzen?

Wenn ich von Erfolg spreche, dann möchte ich ausdrücklich sagen: Ja, es stimmt, auch die Politik hat die richtigen Schrauben gestellt. Ich erinnere nur an eine flexibilisierte Arbeitsmarktpolitik. Ich erinnere daran, dass wir im Land Baden-Württemberg mit einer sehr offensiven Bürgschaftspolitik Kreditklemmen vermeiden konnten. Ich erinnere daran, dass wir zusammen mit dem Bund Konjunkturpakete auf den Weg gebracht haben, die in den Städten und Gemeinden viel Beschäftigung ausgelöst haben. Das alles ist richtig.

Aber, meine Damen und Herren, entscheidend dafür, dass wir gut aus der Krise gekommen sind, waren vor allem fleißige Arbeitnehmer und tüchtige Unternehmer. Insbesondere die mittelständischen Unternehmer haben diese Flexibilität genutzt. Sie haben z. B. nicht an Forschungs- und Entwicklungsausgaben gespart. Dies alles waren Gründe dafür, weshalb wir gut aus der Krise gekommen sind. Ich finde, die wahren Helden beim Herauskommen aus der Krise sind die Mittelständler im Land Baden-Württemberg, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP/DVP sowie Abgeordneten der CDU und der SPD – Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: So ist es!)

(Minister Ernst Pfister)

Wir müssen einen Dreisprung machen – keinen leichtathletischen Dreisprung, sondern einen wirtschaftspolitischen Dreisprung. Einer der wichtigsten Sprünge ist in der Tat, dafür zu sorgen, dass die hohe Innovationskraft, die wir in diesem Land haben, auch in Zukunft fortgesetzt werden kann.

Baden-Württemberg war in der Vergangenheit gut aufgestellt, keine Frage. Ich möchte dies nur an ein oder zwei Zahlen deutlich machen: Das wirtschaftswissenschaftliche Institut in Tübingen teilt uns mit, dass 6 % der bundesdeutschen Unternehmer es schaffen, innerhalb von 24 Monaten ein neues Produkt oder eine neue Dienstleistung auf die Märkte zu bringen; in Baden-Württemberg schaffen dies 15 % der Unternehmer.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Hört, hört!
– Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Hoi, hoi!)

Dies sagt schon etwas über die Innovationskraft des Landes Baden-Württemberg aus, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Für innovative Unternehmer gibt es den Mittelstandspreis TOP 100. Sie kennen ihn; er wird jedes Jahr vergeben. Ich möchte nur darauf hinweisen, dass von diesen TOP 100 der innovativen Mittelständler im Durchschnitt 45 aus Baden-Württemberg kommen. Auch dies sagt etwas über die Innovationskraft der mittelständischen Wirtschaft in Baden-Württemberg aus, meine Damen und Herren.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Sehr gut!)

Aber natürlich ist es richtig, dass solche Erfolge nicht einfach vom Himmel fallen und dass sie jedes Jahr aufs Neue verteidigt werden müssen, vor allem angesichts einer verschärften Weltmarktsituation. Wer einmal in Asien war – in China, Malaysia oder Singapur –, weiß, wovon ich spreche, wenn ich darauf hinweise, dass 50 % des zu erwartenden Wirtschaftswachstums in den nächsten Jahren in Asien stattfinden werden. Er hat auch eine Vorstellung davon, dass wir uns in Europa insgesamt warm anziehen müssen und dass auch die baden-württembergische Wirtschaft neue Ideen entwickeln müssen, um den Innovationsvorsprung gegenüber anderen Regionen zu halten – natürlich auch vor dem Hintergrund, dass Baden-Württemberg ein Hochlohnland ist und dies auf absehbare Zeit auch bleiben wird.

Deshalb lautet die einfache Formel: Wir müssen in der Zukunft um genau das Delta besser sein, um das wir teurer sind. Das muss unser Bestreben sein.

Das ist beispielsweise der Grund dafür, meine Damen und Herren, dass Baden-Württemberg das Land ist, das deutschlandweit die meisten Hochschulen hat, und dass vier der neun deutschen Exzellenzuniversitäten in Baden-Württemberg sind. Unsere Wirtschaftspolitik, unsere Technologie- und Innovationspolitik zeichnen sich zudem gerade dadurch aus, dass wir gewissermaßen eine Brücke zwischen der Grundlagenforschung auf der einen Seite und deren Anwendung in den Betrieben auf der anderen Seite bauen. Das sind unsere wirtschaftsnahen Forschungsinstitute.

Es gibt übrigens kein anderes Land in Deutschland, in dem es so viele Fraunhofer-Institute gibt wie in Baden-Württemberg.

In keinem anderen Land arbeiten so viele Beschäftigte an Fraunhofer-Instituten wie in Baden-Württemberg. 25 % aller Beschäftigten an Fraunhofer-Instituten arbeiten in Baden-Württemberg.

Damit auch das klar ist: Baden-Württemberg wird in den nächsten Jahren als einziges Land unter den westdeutschen Bundesländern zusätzlich nicht nur ein, sondern gleich drei weitere Fraunhofer-Institute gründen. Meine Damen und Herren, wenn eine so renommierte Einrichtung, wie es Fraunhofer unbestritten ist, in diesem Umfang in Baden-Württemberg investiert, dann ist das der beste Beweis dafür, dass dieses Land hoch attraktiv ist,

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: So ist es!)

dass es ein hoch attraktives Innovations- und Technologieland ist, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU – Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: So ist es!)

Wir werden

(Abg. Thomas Knapp SPD: Wer ist „wir“?)

die Clusterpolitik, die ich vor vier oder fünf Jahren begonnen habe, weiterführen. Sie hat sich als außerordentlich erfolgreich erwiesen. Ich rate Ihnen: Fragen Sie auf Ihren Fraktionsvorsitzendenkonferenzen einmal bei Ihren Kollegen nach, welches Land die erfolgreichste Clusterpolitik in Deutschland macht.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Die wissen doch gar nicht, was das ist!)

Ich sage das in aller Bescheidenheit, weil ich nachweisen kann, dass Baden-Württemberg hier wirklich die Nase vorn hat.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Zehn Jahre verschlafen!)

Diese Grundidee ist ganz einfach: das Zusammenführen von Wirtschaft, Forschung und Entwicklung sowie insbesondere auch kleinen und mittleren Betrieben,

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Die Idee ist aber 15 Jahre alt und nicht fünf!)

um auf diese Art und Weise systematisch neue Ideen zu produzieren, die dann auch umgesetzt werden können. Diese Idee ist nach wie vor faszinierend.

Wir werden übrigens auch dafür sorgen, dass diese Idee in der Zukunft auch in unserer Außenwirtschaftsförderung eine große Rolle spielen wird. Ich lege großen Wert darauf, dass wir dann, wenn wir mit unseren Unternehmen ins Ausland gehen, wenn wir Außenwirtschaftsförderung machen, diese Clusteridee, das heißt, die Verclusterung von Forschung und Unternehmen, gewissermaßen zum Exportschlager machen.

Damit es – auch das ist neu, Frau Kollegin Sitzmann – auch für unsere kleinen Unternehmen möglich ist, sich an dieser Außenwirtschaft zu beteiligen, das heißt, auf die Weltmärkte zu gehen, haben wir neben den Innovationsgutscheinen jetzt

(Minister Ernst Pfister)

auch einen Internationalisierungsgutschein eingeführt. Dieser soll dazu beitragen, den kleinen Unternehmen finanzielle Anreize zu geben, damit sie den Sprung in diese neuen Weltmärkte schaffen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU – Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Sehr gute Idee! Und die SPD lehnt das wieder ab!)

Sie haben das McKinsey-Gutachten angesprochen. Ich brauche hierzu nichts zu sagen; Sie kennen das Programm. Wir werden uns auf die Vorschläge konzentrieren, die dort gemacht werden. Wir werden in einer ersten Stufe 60 Millionen € zur Verfügung stellen – ich betone: in einer ersten Stufe. Es ist geplant, noch im kommenden Doppelhaushalt 2012/2013 eine zweite Stufe hinzuzufügen, sodass sich die Summe dann entsprechend erhöhen wird.

Wichtig ist natürlich, dass im Land der Automobilbauer auch das Thema Automotive in diesem McKinsey-Gutachten eine große Rolle spielt.

Ich glaube, es gibt drei zentrale Herausforderungen in der Automobilwirtschaft, denen wir uns stellen müssen. Wir müssen erstens schauen, dass wir beim Thema Leichtbauweise, also beim Einsatz leichter Materialien, vorankommen. Deshalb wird das Fraunhofer-Institut in Stuttgart in diesem Bereich eine neue Aufgabe übernehmen. Zweitens werden wir neue Antriebssysteme auf den Weg bringen müssen. Drittens müssen wir die Batterietechnik und die Batterieproduktion verbessern.

Das alles sind typische Aufgaben, die wir jetzt anhand dieses McKinsey-Gutachtens auf den Weg bringen wollen. Wir werden sie auf den Weg bringen. Wie gesagt, mit unseren wirtschaftsnahen Forschungsinstituten und unserer Landesagentur haben wir dafür die besten Voraussetzungen.

Richtig ist, dass wir neben allgemeinen Existenzgründungen auch Gründungen etwa im Hightechbereich brauchen; das ist keine Frage. Richtig ist zweitens, dass die Anzahl der Hightechgründungen überall in der Bundesrepublik Deutschland in den vergangenen Jahren zurückgegangen ist. Richtig ist aber auch, dass wir in Baden-Württemberg mit jährlich etwa 900 Existenzgründungen im Hightechbereich unter den „Top 3“ liegen. Bayern, Thüringen und Baden-Württemberg wechseln sich dabei in der Reihenfolge ab. Die Behauptung, dass wir zurückgefallen seien, dass wir bei Hightechgründungen wesentlich abgebaut hätten, ist absolut nicht richtig. Richtig ist, dass die anderen aufgeholt haben. Das ist wahr.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Von welchem Niveau aus?)

Andere Länder haben aber von einem wesentlich niedrigeren Niveau aus aufgeholt.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: So ist es! – Zuruf der Abg. Beate Fauser FDP/DVP)

Wir haben uns in diesem Bereich aber hervorragend gehalten. Wir werden uns auch in Zukunft hervorragend halten, indem wir – das ist neu – die Finanzierungsbedingungen für Hightechgründungen verbessern.

Es ist nicht so, dass in Baden-Württemberg zu wenig Venture-Capital, also Wagniskapital, zur Verfügung stehen würde. Das ist nicht richtig. Wir haben bei der MBG, der Mittelständischen Beteiligungsgesellschaft, Mittel zur Verfügung. Wir haben bei der L-Bank Mittel zur Verfügung. Außerdem haben wir privates Kapital. Wir machen das über die LBBW.

Jetzt muss eine Bündelung dieser Mittel erfolgen, um auf diese Art und Weise gerade kleinen Betrieben möglichst viel Bürokratie abzunehmen und ihnen natürlich auch entsprechende Erleichterungen beim Zugang zu diesen Mitteln zu verschaffen. Genau das werden wir machen. Das wird sicherlich dazu führen, dass wir auch in Zukunft im Bereich der Hightechgründungen mit an der Spitze stehen werden.

Der zweite Punkt neben der Innovationskraft ist die Qualifikationskraft. Sie alle kennen die Zahlen. Man rechnet damit, dass aufgrund der demografischen Entwicklung und anderer Entwicklungen bis zum Jahr 2020 in der Bundesrepublik Deutschland etwa 1,8 Millionen Arbeitskräfte und in Baden-Württemberg etwa 400 000 Arbeitskräfte nicht mehr zur Verfügung stehen werden. Wir müssen den Verlust von ungefähr 400 000 Fachkräften, die zum Teil akademisch ausgebildet sind oder aus der dualen Ausbildung kommen, kompensieren. Hierzu brauchen wir neue Wege.

Mit dem Nachtragshaushalt haben wir ein neues Programm auf den Weg gebracht. Wir wollen Ausbildungsbotschafter – so nennen wir das – einsetzen, junge Leute, die selbst in der Ausbildung stehen oder diese abgeschlossen haben. Sie sollen im Gespräch mit ihren gleichaltrigen Kollegen auf die Vorzüge des dualen Systems aufmerksam machen.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Meine Damen und Herren, das duale System ist hervorragend, muss aber auch weiterentwickelt werden. Auch das ist ein neuer Ansatz.

Ein neuer Ansatz ist auch, dass wir Sommerakademien auf den Weg bringen werden. Damit soll erreicht werden, dass schwächere Hauptschüler, die Defizite haben, die unterrichtsfreie Zeit auch dafür verwenden können, ihre Defizite abzubauen. Damit soll ein nahtloser Übergang von der Schule in den Ausbildungsberuf gewährleistet werden.

Ebenso haben wir, wie Sie wissen, neue Programme auf den Weg gebracht, was die Beschäftigung und die Ausbildung von Jugendlichen mit Migrationshintergrund angeht.

Wir müssen den Jugendwahn abschaffen, meine Damen und Herren. Der größte Fehler war, mit Beträgen in Milliardenhöhe dafür zu sorgen, dass 58-Jährige so schnell wie möglich in den Vorruhestand gehen.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Das können wir uns heute nicht mehr erlauben, meine Damen und Herren. Es geht doch nicht darum, dass wir einen 58-jährigen oder einen 63-jährigen Dachdecker noch auf Dächer schicken wollen. Vielmehr geht es darum, dass wir in den Betrieben Personalmanagementpläne auf den Weg bringen, die einzig das Ziel haben, auch 63-Jährige, 65-Jährige mit ihrer Erfahrung und mit ihrem Können in den Betrieben zu halten.

(Minister Ernst Pfister)

Wir müssen wirklich alles tun, um diesen älteren Beschäftigten durch verschiedenste Maßnahmen eine Chance zu geben. Das ist nicht nur im Interesse dieser Menschen, sondern auch im Interesse der Wirtschaft. Wir brauchen diese Fachkräfte, auch unbedingt die älteren.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU – Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Genau!)

Meine Damen und Herren, ich will keinen Zweifel daran lassen, dass neben all diesen Maßnahmen, die wir hier angehen, die Hausaufgaben im eigenen Land zu machen sind, um zu erreichen, dass wir die Fachkräfte entsprechend ausbilden. Ich glaube, dass wir unabhängig davon auf Dauer nicht darum herumkommen, auch eine gezielte, eine gesteuerte Zuwanderung nach Baden-Württemberg zu erreichen. Ohne diese gesteuerte Zuwanderung wird es nicht gehen. Nur so wird es möglich sein, dass wir in der Zukunft z. B. die notwendige Anzahl von Ingenieuren in unserem Land haben.

Und schließlich wollen wir die Investitionskraft stärken.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, dieser Dreisprung muss gemacht werden. Sie werden bei unseren Vorschlägen feststellen, dass wir auch bereit sind, hier neue Projekte auf dem Weg zu bringen.

(Zuruf der Abg. Brigitte Lösch GRÜNE)

Ich bin sehr zuversichtlich, dass wir es schaffen, die Spitzenposition, die wir heute einnehmen, auch noch in zehn Jahren innezuhaben. Es gilt das, was der Bundespräsident bei der Verleihung des Forscherpreises angedeutet hat und was auch später zitiert worden ist: „Baden-Württemberg ist die Technologieregion, das Innovationsland Nummer 1 in Europa.“

(Beifall bei der FDP/DVP – Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: So ist es!)

Meine Damen und Herren, wir werden alles dafür tun, dass auch in Zukunft wie in Stein gemeißelt der Satz gilt, dass Deutschlands Zukunft zu einem wesentlichen Teil in Baden-Württemberg gestaltet wird.

Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU – Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Jawohl! – Abg. Dr. Klaus Schüle CDU: Guter Mann! – Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Bravo!)

Präsident Peter Straub: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Hofelich.

(Abg. Thomas Knapp SPD: Dann werde ich einmal zuhören! – Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Noch ein bisschen mäkeln! – Gegenruf der Abg. Ursula Haußmann SPD)

Abg. Peter Hofelich SPD: Diesen Gefallen tue ich Ihnen nicht. Deswegen ärgern Sie sich ja.

(Abg. Dr. Klaus Schüle CDU: Schauen wir einmal!)

Kolleginnen und Kollegen, Herr Präsident, Herr Minister! Meine Damen und Herren, ich hatte Ihnen versprochen, dass

ich in der zweiten Runde die Frage beantworte, wohin sich unser Land entwickeln sollte und was wir dafür tun können.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Gar nichts!)

Herr Minister, ich danke Ihnen zunächst einmal dafür, dass Sie versucht haben, eine Beschreibung unserer Lage aus Ihrer Sicht vorzunehmen. Das verdient Respekt. Ich finde aber, dass Sie in einigen Punkten auch wieder erlegen sind, zu sagen: „Wir machen etwas.“ Da ist es sehr schwer, zu benennen, wer eigentlich „wir“ ist. Ich nenne das Beispiel Fraunhofer-Institute. Diese werden zu 90 % vom Bund und zu 10 % vom Land gefördert. Das wissen Sie.

(Minister Ernst Pfister: Herlocken! – Gegenruf der Abg. Brigitte Lösch GRÜNE)

– Ja. – Aber da muss man bei der Rhetorik ein bisschen aufpassen. Sie sagen immer: „Wir machen das; wir machen das“, wenn es eigentlich ganz anders aussieht. Diesen roten Faden erkenne ich in der Debatte bei den derzeitigen Regierungsfractionen. Sie bringen sozusagen mehr in der Rhetorik, als faktisch tatsächlich geschieht. Das ist die Schwierigkeit.

(Beifall bei der SPD)

Deswegen will ich Ihnen am Schluss aus meiner Sicht ein paar wenige Punkte nennen – meine Redezeit ist gleich zu Ende. Ich glaube, dass wir bei den Existenzgründungen wesentlich mehr tun müssen. Unsere Kolleginnen und Kollegen in Bayern haben in den letzten Jahren 99 Millionen €, glaube ich, für Risikokapital bereitgestellt.

(Minister Ernst Pfister: Haben wir auch!)

Ihr eigener Innovationsrat sagt, dass Baden-Württemberg von einer nachlassenden Gründungsintensität im industriellen Hightechbereich betroffen sei und das Eigenkapitalangebot für junge innovative Hightechunternehmen in Baden-Württemberg ungenügend sei.

Herr Minister, Sie können viel sagen. Baden-Württemberg liegt in der Bereitstellung von Risikokapital für junge technologieintensive Firmen hinten. Es ist zu wenig geschehen. Wir müssen mehr tun, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD)

Zweitens will ich Ihnen sagen: Zu den Aufgaben der Zukunft gehört auch, dass wir darauf achten, dass die Vergabepolitik der öffentlichen Hand nicht dirigistisch ist, sondern die Anreize setzt, bei der öffentlichen Vergabe Wert auf Innovation zu legen.

Ich frage mich, warum wir nicht etwa bei der Informationstechnik stärker auf offene Systeme setzen, indem wir ganz klar sagen: Wir verlangen in unseren Ausschreibungen, dass künftig auch Open-Source-Lösungen angeboten werden. Das müsste bei diesen Riesenausgabenposten für Informationstechnik einmal im Querschnitt aller Häuser vereinbart werden. Auch hier erwarte ich von der Landesregierung mehr Bereitschaft zur Innovation.

Ich will drittens sagen: Wir sind jetzt, was das Thema Fachkräftemangel angeht, das immer wieder gestreift wird, in der Situation, dass die am besten ausgebildete Frauengeneration,

(Peter Hofelich)

die es in Baden-Württemberg je gab, nicht genügend in der Lage ist, ihre Fähigkeiten einzubringen.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Deswegen sind wir gefordert, endlich durch eine gute Familien- und Bildungspolitik in diesem Land einiges zu verändern.

(Abg. Dr. Klaus Schüle CDU: Das machen wir schon, keine Angst!)

Deswegen ist Wirtschaftspolitik für dieses Land auch eine Querschnittsaufgabe. Wir müssen einen Diskurs in der Bevölkerung führen, bei dem wir sagen: Dieses Land geht als Kernland der Industrie in Europa die nächsten Jahrzehnte an. Die Landespolitik ist verpflichtet, das ihr Mögliche dafür zu tun. Darauf kommt es an, meine Damen und Herren.

Danke schön.

(Beifall bei der SPD)

Präsident Peter Straub: Das Wort erteile ich Frau Abg. Sitzmann.

(Minister Ernst Pfister: Da muss ich zuhören!)

Abg. Edith Sitzmann GRÜNE: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Es sind jetzt einige Punkte vom Herrn Minister angesprochen worden, bei denen es doch gilt, noch einmal darauf zu reagieren.

Ich möchte einfach auch noch bestärken, was der Kollege Hofelich gerade gesagt hat: Wirtschaftspolitik ist auch eine Querschnittsaufgabe. Wenn Sie die Gutachten ernst nehmen, die Sie selbst in Auftrag gegeben haben, also die Gutachten von McKinsey und vom IAW, dann sehen Sie, dass darin genau das deutlich wird. Um den Fachkräftebedarf in der Zukunft nachhaltig zu sichern – eine wesentliche Voraussetzung für erfolgreiches Wirtschaften in der Zukunft –, müssen wir auch das Potenzial von Frauen noch wesentlich stärker in den Vordergrund rücken. Tatsächlich ist zwar die Erwerbstätigenquote recht hoch, aber die Stundenzahl und die Art der Beschäftigung von Frauen entspricht in der Regel in keiner Weise ihrem Qualifikationsniveau.

Wir haben ja nicht umsonst derzeit auf Bundesebene die Debatte, in der es darum geht: Wie können wir denn mehr Frauen in Führungspositionen bringen? Das hat einen guten Grund. Denn lediglich 2,2 % der Vorstandsposten in den Top-100-Unternehmen sind mit Frauen besetzt.

Da Sie uns das nicht glauben: Es gibt mittlerweile auch eine Vielzahl von Studien, z. B. von McKinsey, die besagen, dass geschlechtergemischte Führungsstrukturen Unternehmen deutlich voranbringen und sie zu mehr Innovation und zu höheren operativen Gewinnen führen. Deshalb sollten wir endlich andere europäische Länder als Beispiel nehmen und eine Quote für Frauen in Aufsichtsräten und Vorständen einführen.

(Beifall bei den Grünen)

Dafür ist es allerhöchste Zeit.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Das ist das allergrößte Problem im Land!)

Wer da natürlich wieder einmal dagegen ist, werte Kolleginnen und Kollegen, ist die FDP. Die FDP hält davon nichts. Damit werden wichtige Chancen, wichtige Innovationspotenziale, die wir im Land haben, einfach nicht genutzt.

Wir sind auch noch gespannt, was bei der CDU herauskommt. Während Frau von der Leyen eine 30-%-Quote fordert, sucht Frau Schröder noch nach freiwilligen Lösungen. Aber ich kann Ihnen sagen: Das haben wir jetzt über Jahrzehnte probiert. Es wird endlich Zeit, hier klare Regeln zu setzen und Frauen in Führungspositionen voranzubringen.

(Beifall bei den Grünen und der Abg. Ursula Haußmann SPD)

Lassen Sie mich einen weiteren Aspekt beim Thema „Wirtschaftspolitik ist Querschnittsaufgabe“ ansprechen. Auch in Ihrem eigenen Gutachten können Sie nachlesen, dass es darum geht, dass wir für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf die ganztägige Kinderbetreuung ausbauen müssen. Das ist ganz entscheidend, damit beide Geschlechter im Erwerbsleben gleichermaßen ihre Potenziale entfalten können. Ich möchte noch einmal daran erinnern, dass wir noch nicht einmal die Ganztagschulen als Regelschulen im Schulgesetz verankert haben. Wenn Sie hier nicht endlich einmal vorangehen und für den zügigen Ausbau von Ganztagschulen sorgen, dann werden wir der Herausforderung, Fachkräfte zu sichern, in Zukunft nicht gerecht werden können.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Schließlich, meine Damen und Herren, ein weiterer Aspekt, der als Querschnittsaufgabe dazugehört: Das ist das Thema „Integration und Zuwanderung“. Da lesen wir doch jetzt wieder im sogenannten Regierungsprogramm der CDU, dass Sie die Anerkennung von Abschlüssen, die im Ausland gemacht worden sind, endlich erleichtern wollen. Das ist seit Jahren unsere Rede. Bislang haben Sie dies, obwohl es massiven Bedarf gibt, immer abgelehnt. Bis heute ist es Ihnen lieber, dass Menschen mit Diplom putzen gehen, als dass wir sie entsprechend ihren Qualifikationen einsetzen und ihnen Chancen auf dem Arbeitsmarkt geben. Sie haben in den vergangenen Jahren auch viel versäumt, um für die Fachkräfte der Zukunft zu sorgen.

Deshalb, meine Damen und Herren, wären bei dieser Debatte ein paar neue Ideen gefragt gewesen. Leider Fehlanzeige. Aber das machen wir dann ab Mai.

Danke.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Präsident Peter Straub: Das Wort erteile ich Frau Abg. Schütz.

Abg. Katrin Schütz CDU: Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Uns liegen nun Informationen darüber vor, worin sich der Erfolg und der Erfolgsfaktor für Baden-Württemberg begründen und wie wir diesen Erfolg erklären können. Wir wollen dieses Erfolgsmodell weiter fortführen und neue Ideen hinzufügen und das Modell dadurch bereichern.

Der Markt und der internationale Wettbewerb sind ständigen Veränderungen unterworfen. Gleiches gilt für Kultur und Zeit-

(Katrin Schütz)

geist. Auch das Verständnis für Wohlstand und Wohlbefinden verändert sich. Das bedeutet, dass diese politischen Bemühungen auch immer wieder neu auszurichten und für die kommenden Herausforderungen neu aufzustellen sind. Eine moderne Infrastruktur ist hier eine Grundlage, die ebenso wichtig ist wie eine verantwortungsbewusste Reaktion auf mögliche Veränderungen. Wichtig ist, dass diese Rahmenbedingungen auf alle am Erfolg Beteiligten ausgerichtet sind.

Fachkräftemangel ist ein wichtiges Thema. Dieses Thema wurde schon mehrmals angesprochen. Jedoch denke ich, dass eine rechtliche Quote für Frauen in Spitzenpositionen nicht die Lösung sein kann, sondern wir müssen an den Rahmenbedingungen arbeiten, damit Frauen die Chance haben, diese Positionen in Zukunft auch einzunehmen.

(Beifall des Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP)

Das erfolgreiche Modell fortzusetzen bedeutet auch, seine Parameter fortlaufend auf Kausalität zu überprüfen und gegebenenfalls anzupassen. Ein gutes Beispiel dafür ist das Thema Tradition. Wenn wir zu sehr an Traditionen festhalten, dann behindern wir das Thema Innovation, dann bleibt Innovationsfähigkeit langfristig auf der Strecke. Andererseits kann die ausufernde Innovation, die gelegentlich auch zu einem bequemerem Leben führen kann, auch zu einem Bewegungsmangel führen. Da hilft traditionell ein Spaziergang.

Auch über die Grenzen der eigentlichen Bedeutung des Wachstums muss geredet werden. Der Club of Rome formulierte 1972, dass auf einem Planeten mit endlichen Ressourcen eben kein unbegrenztes Wachstum machbar ist. In diesem Zusammenhang begrüßen wir die Gründung der Enquetekommission „Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität“ auf Bundesebene, die den Auftrag hat, den Fortschrittsindikator weiterzuentwickeln, der sich heute auf das Bruttoinlandsprodukt als Messgröße beruft und künftig durch neue Kriterien ergänzt wird. Das klassische Bruttoinlandsprodukt ist also vielleicht bald nicht mehr allein der offizielle Maßstab für Wohlstand und Wachstum. Hier werden neue Messgrößen dafür, was als Lebensqualität gilt, in Zukunft deutlicher erkennbar sein.

Die Aspekte des gesellschaftlichen Wohlergehens sollen weiterentwickelt werden und beispielsweise um Ökologie, soziale, kulturelle, aber auch generationenübergreifende Kriterien ergänzt werden. Wir wollen diese Nachhaltigkeit in unserem Erfolgsmodell Baden-Württemberg weiter fortführen. Man sieht an den guten Zahlen, dass wir vorn mit dabei sind. Aber um auch weiterhin vorn mit dabei bleiben zu können, werden wir alle Kraft einsetzen.

Danke.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Präsident Peter Straub: Meine Damen und Herren, es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Die Aktuelle Debatte unter Tagesordnungspunkt 1 ist damit beendet.

Ich rufe **Punkt 2** der Tagesordnung auf:

Aktuelle Debatte – Umgang der Landesregierung mit dem Parlament am Beispiel des EnBW-Aktienkaufs – beantragt von der Fraktion der SPD

Es gelten die üblichen Redezeiten: fünf Minuten für die Redner in der ersten Runde und fünf Minuten für die Redner in der nachfolgenden Runde.

Das Wort erteile ich Herrn Abg. Dr. Schmid.

Abg. Dr. Nils Schmid SPD: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Mappus hat in seiner Regierungserklärung im Landtag am 15. Dezember 2010 im Zusammenhang mit der Notbewilligung durch den Finanzminister zum Ankauf der EnBW-Anteile behauptet – ich zitiere aus dem Protokoll –:

Zu dieser Frage wurde vorab ein verfassungsrechtliches Gutachten der beratenden Anwaltskanzlei eingeholt, welches das Vorgehen des Finanzministers bestätigt.

Die SPD-Fraktion hat nachgefragt und hat eine Stellungnahme von viereinhalb Seiten der Anwaltskanzlei, datiert vom 15. Dezember 2010, erhalten – neun Tage nach Vertragsabschluss.

Es wurde ausgeführt, es hätte im Vorfeld Memos der Anwaltskanzlei gegeben, die man leider nicht zur Verfügung stellen könne. Neuerdings sagt die Landesregierung, die Beratung im Vorfeld sei mündlich erfolgt.

Das vorab eingeholte Gutachten existiert also überhaupt nicht, meine sehr verehrten Damen und Herren.

Diese Tatsachen bleiben bis heute unwidersprochen. Damit steht fest: Herr Mappus, Sie haben am 15. Dezember 2010 das Parlament und die Öffentlichkeit belogen.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen – Abg. Dr. Klaus Schüle und Abg. Peter Hauk CDU: Lächerlich!)

Heute ist die Gelegenheit: Raus aus der Schmollecke! Stehen Sie zu Ihrer Verantwortung! Räumen Sie den Fehler ein, und entschuldigen Sie sich öffentlich, Herr Mappus!

(Beifall bei der SPD und den Grünen – Zuruf von der CDU: Das sagt der Richtige!)

Eines ist auch klar, nachdem ich die Berichterstattung über den gestrigen Tag gelesen habe: Nach dem politischen Flurschaden, den Sie in Ihrer kurzen Zeit als Ministerpräsident angerichtet haben, Herr Mappus, sind Sie der Allerletzte,

(Lachen bei der CDU)

der in dieser Frage politische Stilkritik üben sollte.

(Beifall bei der SPD und den Grünen – Zurufe von der CDU)

Ja, der Ankauf der EnBW-Anteile

(Zuruf von der CDU: Sie waren doch am Montag noch dafür!)

ist richtig. Aber in einer Demokratie kann man Inhalt und Form eines solchen Geschäfts nicht voneinander trennen.

(Beifall bei der SPD – Zurufe von der CDU)

(Dr. Nils Schmid)

Deshalb sage ich Ihnen: Wer solch einen Ankauf nur mit Verfassungsbruch und mit Vetterleswirtschaft tätigen kann, der hat nicht mehr unsere Unterstützung, Herr Mappus.

(Beifall bei der SPD und den Grünen – Oh-Rufe von der CDU)

Man muss sich einmal die Begründung auf der Zunge zergehen lassen: Es sei gar nicht anders möglich gewesen. Herr Mappus sagt: „Ich weiß, was für das Land wichtig ist,

(Zuruf von der CDU: Gott sei Dank!)

und deshalb ziehe ich diesen Kauf ohne Rücksicht auf Verfassung und auf rechtliche Regeln durch.“ Diese Art von Freifahrtschein für Unternehmensankäufe am Parlament und an der Verfassung vorbei bekommen Sie von uns nicht, Herr Mappus.

(Beifall bei der SPD und den Grünen)

Dann setzen Sie noch einen drauf und sagen: Ich würde das genau so wieder tun.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Warum waren Sie anfangs dafür?)

Damit sind wir auf dem Weg zu einem selbstherrlichen Alleinherrschtum jenseits des Parlaments,

(Widerspruch bei der CDU – Zurufe von der CDU: Oje, oje!)

jenseits parlamentarischer Spielregeln. Ich sage Ihnen: Dies tut dem Land nicht gut.

(Beifall bei der SPD und den Grünen – Abg. Dr. Klaus Schüle CDU: Das ist ja peinlich, was Sie da reden! Wir wollen Frau Vogt wieder! – Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Das tut doch weh! – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Wieso waren Sie im Parlament anfangs dafür?)

Eines können Sie uns auch nicht abverlangen, und zwar, dass wir die Katze im Sack kaufen.

(Zurufe von der CDU)

Der EnBW-Ankauf ist ohne eine vorherige sorgfältige Unternehmensbewertung, genannt Due Diligence, durchgeführt worden. Sie haben bis heute dem Finanzausschuss keinen Wirtschaftsplan über die weitere Entwicklung und über Ihre Finanzierungs konstruktion vorlegen können. Die „Financial Times“ nennt das „Schwäbische Milchmädchenrechnung“. Ich glaube, da hat sie durchaus recht.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Schließlich etablieren Sie einen Regierungsstil, der auf Geheimniskrämerei beruht. Schon im Untersuchungsausschuss zum Polizeieinsatz im Schlossgarten ist deutlich geworden, dass zu wichtigen Besprechungen im Vorfeld keine Protokolle auffindbar waren.

(Abg. Walter Heiler SPD: Unglaublich!)

Jetzt wird das Vorliegen von Gutachten behauptet, die gar nicht existieren. Ich sage Ihnen eines: Demokratie lebt von Transparenz und Nachvollziehbarkeit; sonst ist auch keine demokratische Kontrolle mehr möglich.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen – Zurufe der Abg. Dr. Klaus Schüle und Karl Zimmermann CDU)

Ich bin schon froh, dass zumindest der Kaufvertrag schriftlich geschlossen wurde, meine Damen und Herren.

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD)

All dies lässt das Land nicht als seriösen Geschäftspartner im Wirtschaftsleben erscheinen.

(Oh-Rufe von der CDU – Zuruf des Abg. Dr. Klaus Schüle CDU)

Dieses Gebaren entspricht nicht dem eines ehrbaren Kaufmanns.

(Beifall bei der SPD – Zuruf des Abg. Klaus Herrmann CDU)

Deshalb appelliere ich hier und heute an Sie: Schicken Sie nicht Ihren Hausmeier vor.

(Zuruf des Abg. Wolfgang Drexler SPD)

Stellen Sie sich selbst der Verantwortung. Stehlen Sie sich nicht aus der politischen Verantwortung für diesen Fehler. Räumen Sie ihn ein. Entschuldigen Sie sich heute vor dem Parlament und in der Öffentlichkeit.

(Abg. Dr. Klaus Schüle CDU: Sie können sich entschuldigen!)

Alles andere wäre ein schwerer Schaden für die politische Kultur in unserem Land.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Die Landesregierung hat sich um den EnBW-Deal herum in zahlreiche Widersprüche verstrickt. So ist z. B. bis heute die Rolle des Finanzministers völlig unklar.

(Lachen bei Abgeordneten der CDU – Zuruf der Abg. Brigitte Lösch GRÜNE)

Offenkundig wurde er erst wenige Stunden vor Vertragsabschluss informiert. Interessanterweise wurde aber dann diese Stellungnahme der Anwaltskanzlei vom Finanzministerium nachträglich in Auftrag gegeben. Aber es liegt doch der Verdacht nahe, dass der Finanzminister gar nicht ausreichend über Vertragsinhalte und über die rechtlichen Voraussetzungen der Anwendung des Notbewilligungsrechts informiert war,

(Abg. Dr. Klaus Schüle CDU: Fragen Sie einmal den Finanzminister!)

um es dann absegnen zu können.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Sonst könnte man es doch sagen! – Abg. Dr. Klaus Schüle CDU: Herr Schmid, fragen Sie den Finanzminister!)

(Dr. Nils Schmid)

Herr Stächele, Sie wurden in dieser Affäre zu einem reinen Abnicker degradiert.

(Beifall bei der SPD und den Grünen)

Bis heute ist auch unklar, wie genau die Honorare für Morgan Stanley aussehen und welche persönlichen Vorteile Herr Notheis aus diesem Geschäft gezogen hat. Ich sage Ihnen, Herr Mappus: Hier ist nun wirklich brutalstmögliche Aufklärung erforderlich.

(Beifall bei der SPD und den Grünen – Abg. Karl Zimmermann CDU: Sie benehmen sich sehr grenzwertig, Herr Kollege! – Abg. Albrecht Fischer CDU: Lauter Unterstellungen hier! – Abg. Dr. Klaus Schüle CDU: Frau Vogt hätte das anders gemacht!)

Ich darf Ihnen zum Schluss aus der heutigen Ausgabe des „Handelsblatts“ zitieren:

Einst standen Deutschlands Konservative, zumal im Süden, für Gründlichkeit, Wahrhaftigkeit und eine werbebezogene Politik. Nun stehen sie für mündliche Gutachten und schnelle Notlügen.

Dem ist nichts mehr hinzuzufügen.

(Anhaltender Beifall bei der SPD – Beifall bei den Grünen – Zurufe von der SPD: Bravo! – Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Schwach, schwächer, Schmid!)

Präsident Peter Straub: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Hauk.

(Zuruf von der SPD: Das hat keinen Wert! – Abg. Rainer Sticker SPD: Pflichtverteidiger!)

Abg. Peter Hauk CDU: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Lieber Herr Kollege Schmid, was Sie hier abgeliefert haben,

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Das passt euch nicht, gell?)

das ist im Prinzip nur noch die letzte Notbremse vor der Landtagswahl,

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Ja! – Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Das letzte Aufbäumen der SPD!)

um von der eigenen Unfähigkeit, von Konturlosigkeit, von Konzeptlosigkeit, von Inhaltslosigkeit abzulenken.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

Zu diesen kommt jetzt auch noch die Stilllosigkeit hinzu.

(Abg. Dr. Nils Schmid SPD: Das sagt der Richtige! – Zuruf der Abg. Ursula Haußmann SPD)

– Entschuldigung, Herr Kollege Schmid, was Sie hier gerade produziert haben und was Sie in den letzten Tagen produziert haben, schreit am Ende zum Himmel.

(Abg. Dieter Hillebrand CDU: Stinkt zum Himmel!)

Diese Aussage will ich auch einmal ganz kurz begründen. Erstens: Sie selbst sagen, der Ankauf – das haben Sie vorhin gesagt – war richtig. Ja, der Ankauf war richtig. Er war richtig, und er war notwendig.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP – Zuruf der Abg. Katrin Altpeter SPD)

In Ihrem Regierungsprogramm steht auch:

Eine SPD-geführte Landesregierung wird die an EnBW erworbenen Anteile in Landeshand halten und für eine aktive Industriepolitik nutzen.

So weit zum Regierungsprogramm der SPD.

(Beifall bei der SPD – Abg. Wolfgang Drexler SPD: Was wollen Sie? – Zuruf des Abg. Klaus Herrmann CDU)

Zum Kauf sagen Sie Ja. Das haben Sie immerhin vor ein paar Wochen noch anders gesehen. Sie haben nämlich der Bürgerschaft des Landes, die für den Kauf notwendig war, nicht zugestimmt.

(Abg. Klaus Herrmann CDU: So ist es!)

Sie haben dabei durch Abwesenheit gegläntzt und sich der Abstimmung entzogen.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Dr. Klaus Schüle CDU: Sehr richtig! – Abg. Wolfgang Drexler SPD: Zu Recht, weil das Parlament umgangen worden ist! Das ist unglaublich! Was sind Sie für ein Parlamentarier?)

Herr Kollege Schmid, ich frage Sie: Was will die SPD?

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Was für ein Parlamentarier macht das denn?)

Ich zitiere Sie vom 6. Dezember 2010 mit Erlaubnis des Herrn Präsidenten wörtlich:

(Zuruf des Abg. Dr. Klaus Schüle CDU)

Wenn das Land die Anteile in der Hand behält, kann es die Energiepolitik entscheidend beeinflussen.

Ein weiteres Zitat von Nils Schmid:

Wir werden die Aktien dieses überaus wichtigen Unternehmens nicht den Heuschrecken zum Fraß vorwerfen.

(Beifall bei der CDU sowie Abgeordneten der SPD und der Grünen – Abg. Dr. Nils Schmid SPD: Bravo! – Zuruf des Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU)

Damit auch die Grünen mit im Boot sind, lieber Kollege Kretschmann, ein wörtliches Zitat vom 7. Dezember 2010 aus der „Frankfurter Rundschau“ von Winfried Kretschmann:

Der überraschende Rückzug der EdF bei der EnBW bietet auch Chancen für Baden-Württemberg – und diese Chancen müssen wir als Land nutzen.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Bravo! – Zuruf der Abg. Brigitte Lösch GRÜNE)

(Peter Hauk)

Mit dieser Politik, die Sie jetzt betreiben, deren Hintergründe Sie auch kennen – deshalb argumentieren Sie auch böswillig –,

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Wieso denn? Sprechen Sie doch einmal über den Verfassungsbruch! Reden Sie doch nicht herum!)

wollen Sie letztendlich nur Ihre eigene Konzeptlosigkeit in dieser Frage vertuschen, nichts anderes.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Wolfgang Drexler SPD: Sagen Sie doch etwas zum Verfassungsbruch!)

Herr Kollege Schmid, es war klar – ich glaube, spätestens seit der Meldung der dpa hätten Sie das wissen müssen; spätestens dann hätten Sie das auch bestätigt haben können –, dass die Aussage des Ministerpräsidenten bestätigt war, nämlich dass seitens der EdF ein Parlamentsvorbehalt vertraglich nicht machbar gewesen war.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Das steht in unserer Verfassung drin! – Unruhe)

– Lieber Herr Kollege Drexler, jetzt streiten wir nicht über die Frage, ob es ein Verfassungsbruch war. Wir reden doch über die Frage, ob das Land Baden-Württemberg die EnBW-Anteile von der EdF zurückkaufen soll.

(Zurufe der Abg. Wolfgang Drexler und Ursula Haußmann SPD)

– Entschuldigung, das Parlament hat zugestimmt.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Nein! – Weitere Zurufe)

– Aber natürlich hat es zugestimmt.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP)

Lieber Herr Drexler, durch Schreien wird es nicht besser.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Nein! Das war gar nicht notwendig! – Zuruf der Abg. Katrin Altpeter SPD)

Wenn wir in diesem Landtag der Bürgerschaft für die Neckarpri nicht zugestimmt hätten, dann wäre das Geschäft als solches nicht zustande gekommen.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Nein!)

Das ist ein klarer Fakt.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP)

Ich will noch einmal festhalten: Auch Proglgio hat bestätigt – ich zitiere wörtlich –:

Das Unternehmen hätte niemals ein Angebot mit Auflagen oder Vorbehalten akzeptiert.

So EdF-Chef Proglgio gegenüber den „Stuttgarter Nachrichten“.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Wann?)

– Am 31. Januar 2011 um 18:00 Uhr.

(Unruhe)

Damit ist doch eines klar: Ihre Vorwürfe, die Sie aufrechterhalten, fallen zusammen wie ein Kartenhaus.

(Beifall bei der CDU – Zuruf des Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP)

Spätestens dann

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Gab es ein Gutachten, oder gab es kein Gutachten?)

hätten Sie sich beim Ministerpräsidenten für den Vorwurf der Lüge entschuldigen müssen.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Dr. Klaus Schüle CDU: So ist es!)

Der Postweg vom Staatsministerium zur SPD braucht interessanterweise offensichtlich mittlerweile ganze 14 Tage. Man möge an Zufälle glauben.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Das ist ein Zufall!)

Aber spätestens am Samstag hätten Sie in der Frage des Gutachtens wissen müssen, dass die Behauptungen, die Sie aufstellen, die der „Spiegel“ aufgestellt hat, schlichtweg unzutreffend sind.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Gab es ein Gutachten oder nicht?)

Ich zitiere in diesem Fall die Kanzlei Gleiss Lutz, die sich an die Presse wandte. Wörtliches Zitat:

Diese Behauptung ist unzutreffend. Der Ministerpräsident hat wahrheitsgemäß erklärt, dass unsere Kanzlei vorab, das heißt vor dem 6. Dezember 2010, ein verfassungsrechtliches Gutachten abgegeben hat, welches das Vorgehen des Finanzministers als zulässig bestätigt hat.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Wo ist es denn?)

Das Gutachten wurde mündlich erstattet.

(Lachen bei Abgeordneten der SPD)

Auf die Erstellung und Übermittlung eines schriftlichen Gutachtens wurde wegen der erforderlichen strengen Vertraulichkeit verzichtet.

(Lachen bei der SPD und den Grünen)

Damit, meine sehr verehrten Damen und Herren, sind alle Vorwürfe, die Sie erhoben haben, schlichtweg ausgeräumt.

(Beifall des Abg. Helmut Walter Rüeck CDU – Zuruf des Abg. Franz Untersteller GRÜNE – Unruhe bei der SPD)

Lieber Herr Schmid, ich kann Ihnen nur raten: Entschuldigen Sie sich hier für den Vorwurf der Lüge.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Warum?)

Das ist so ziemlich das Letzte, was man als Parlamentarier noch tun kann, wenn man seine Ehrbarkeit erhalten will.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Zuruf der Abg. Katrin Altpeter SPD)

Präsident Peter Straub: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Kretschmann.

Abg. Winfried Kretschmann GRÜNE: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Es geht hier um die ernsthafte Frage: Welche Stellung hat das Parlament, der Landtag von Baden-Württemberg,

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Nur darum geht es!)

in den Augen der Regierung und in Ihrem Regierungshandeln, Herr Ministerpräsident Mappus? Darum geht es. Das ist eine ernsthafte und entscheidende Frage. Denn wir alle wissen, dass das Vertrauen der Bevölkerung in die demokratischen Institutionen abnimmt.

(Zurufe von der CDU, u. a. Abg. Peter Hauk: Durch Vorwürfe von Herrn Schmid! – Gegenruf der Abg. Ursula Haußmann SPD: Getroffene Hunde bellen! – Unruhe)

Das muss uns besorgen und beunruhigen. Die Frage, wie man damit umgeht, ist sehr wichtig und sehr relevant.

(Zuruf des Abg. Karl Zimmermann CDU)

Jedenfalls haben Sie, Herr Ministerpräsident, zu der Frage, ob Ihr Handeln verfassungsgemäß ist, wörtlich gesagt – ich wiederhole es –:

Zu dieser Frage wurde vorab ein verfassungsrechtliches Gutachten der beratenden Anwaltskanzlei eingeholt, welches das Vorgehen des Finanzministers bestätigt.

Ein solches Gutachten lag nicht vor. Das haben Sie nachträglich eingeholt. Auf Nachfrage hat Ihre Staatskanzlei gesagt, es gebe Memos.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Auch die gibt es nicht!)

Auch die würden wir gern einmal sehen, wenn es sie gibt.

(Abg. Walter Heiler SPD: Die kann man auch nachmachen!)

Schließlich wurde auch diese Aussage widerrufen und gesagt, es gebe ein mündliches Gutachten.

(Abg. Franz Untersteller GRÜNE: Einmalig!)

Man muss sich einmal vorstellen: Eine verfassungsrechtlich so extrem brisante und schwierige Frage – es geht hier um, grob gesagt, 5 Milliarden € –

(Abg. Theresia Bauer GRÜNE: 6 Milliarden €!)

wird durch mündliche Vorträge von Rechtsanwälten erledigt.

(Heiterkeit des Abg. Siegfried Lehmann GRÜNE – Zurufe von der CDU, u. a. Abg. Dr. Klaus Schüle: Reine Polemik!)

Sie glauben doch wohl selbst nicht im Ernst daran, dass man dabei von einem Gutachten reden kann.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Zurufe von der CDU, u. a. Abg. Dr. Klaus Schüle: Peinlich!)

Das glaubt niemand ernsthaft.

Unklar ist auch, in welchem Zeitraum Ihr Finanzminister überhaupt informiert wurde. Denn nach der Verfassung entscheidet er – er! – über die Inanspruchnahme des Ausnahmerechts!

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Sonst niemand!)

War er bei diesen Besprechungen überhaupt dabei?

(Abg. Theresia Bauer GRÜNE: Anscheinend nicht!)

Das alles wissen wir nicht.

Auf entsprechende Fragen von Journalisten sagen Sie, Herr Ministerpräsident: „Ich springe nicht über jedes Stöckchen.“

(Abg. Theresia Bauer GRÜNE: Frechheit! – Zuruf von der SPD: Unglaublich!)

Ein Kommentator der „Stuttgarter Zeitung“ sagt heute sehr richtig:

Fragen sind keine Stöckchen. Sie dienen der Transparenz und damit auch der Vermittelbarkeit des politischen Handelns, zumal dann, wenn der Vorwurf im Raum steht, dass bei dem Deal die Rechte des Parlaments ausgehebelt worden sein könnten.

Genau darum geht es. Diese Fragen haben Sie zu beantworten.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Abg. Wolfgang Drexler SPD: So ist es! – Abg. Peter Hauk CDU: Die Fragen sind beantwortet!)

Wenn Sie das nicht tun, dann behindern Sie die verfassungsmäßigen Kontrollrechte des Parlaments. Das wollen wir hier einmal klarstellen.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Zuruf von der SPD: Sehr richtig!)

Das alles ist schlichtweg völlig unakzeptabel. Sie haben überhaupt keinen Grund, die Opposition dafür noch mit Verbalinjurien anzugreifen – Sie als Allerletzter. Das sage ich einfach einmal.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Die Frage, wie ein Land regiert wird,

(Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Die werden Sie nie beantworten können!)

machen wir zum Thema einer Auseinandersetzung im Wahlkampf. Was ist der Stil, und was ist die politische Kultur, mit der wir hier solche Fragen durchsetzen? Genau das ist die Frage.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Zurufe von der CDU – Unruhe)

Wenn uns die Bürgerinnen und Bürger mit der Regierungsverantwortung beauftragen, dann werden wir mit diesem Stil der Hauruckpolitik Schluss machen.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Oh-Rufe von der CDU)

(Winfried Kretschmann)

Dieses Hin und Her haben wir bei den „Steuer-CDs“ gesehen.

(Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Das haben wir am Schlichterspruch gesehen! – Zuruf des Abg. Dr. Klaus Schüle CDU)

Wir haben es bei den Polizeieinsätzen gesehen: mal so, mal so.

(Abg. Dr. Klaus Schüle CDU: Bei Ihnen ist doch nichts herausgekommen!)

Wir sehen es bei der EnBW, wie Sie damit umgehen. Aber wir sehen es auch daran, dass Sie, statt die Tarifverhandlungen abzuwarten, den Beamten gleich einmal 2 % sozusagen schenken, bevor man verhandelt hat. Das ist ein unglaublicher Stil. Das hat nichts damit zu tun, dass man sein Amt verantwortlich führt, sondern man macht es nur, wie es einem selbst recht dünkt. Das ist kein Stil in einer Demokratie.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Abg. Peter Hauk CDU: Das ist die APO! Das ist der Stil der außerparlamentarischen Opposition! – Weitere Zurufe von der CDU, u. a. der Abg. Dr. Dietrich Birk und Karl Zimmermann)

In den entscheidenden und wichtigen Fragen werden wir vor den Staatsgerichtshof gehen, um klären zu lassen, ob es möglich ist, dass Sie einen solchen Deal am Parlament vorbei in der Größenordnung von Milliarden Euro machen.

(Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Warum seid ihr da nicht schon längst?)

Aber das, was Sie jetzt wieder gemacht haben, nämlich dass Sie das Parlament falsch informiert und darüber getäuscht haben, wie Sie da vorgegangen sind, geht nicht.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD – Abg. Peter Hauk CDU: Das ist doch lächerlich!)

Ich sage Ihnen noch einmal:

(Abg. Peter Hauk CDU: Reden Sie doch keinen Schmarrn! – Abg. Dr. Klaus Schüle CDU: Peinlich! – Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Sie erzählen hier die Unwahrheit! – Widerspruch bei den Grünen und der SPD)

Wer wie Sie die repräsentative Demokratie hochhält, der muss das Parlament achten. Aber Sie missachten es.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Abg. Klaus Herrmann CDU: Sie achten es doch nicht!)

Präsident Peter Straub: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Dr. Rülke.

(Unruhe)

Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Diese Debatte ist – insbesondere so, wie sie von der Opposition geführt wird – mit Sicherheit kein Beitrag zur politischen Kultur in diesem Land.

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU)

Sie, Herr Kollege Schmid, haben heute wiederholt von Lüge gesprochen.

(Abg. Thomas Knapp SPD: Das tun auch viele Zeitungen!)

Aber nach alledem, was wir in den letzten Monaten in der Stadt Stuttgart erlebt haben, als Menschen draußen gestanden haben und „Lügenpack!“ gerufen haben, sollten Sie mit dieser Terminologie zurückhaltend sein, Herr Kollege Schmid –

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU – Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: So ist es!)

vor allem dann, wenn man selbst Behauptungen aufstellt, die man nicht beweisen kann. Sie haben beispielsweise behauptet, das Gutachten von Gleiss Lutz sei nachträglich erstellt worden. Der Kollege Hauk hat Ihnen nachgewiesen, dass Gleiss Lutz selbst

(Lachen bei der SPD und den Grünen)

in Form einer Pressemitteilung zu Protokoll gegeben hat, dass das so nicht stimmt, sondern dass diese gutachterliche Beratung vorgelegen hat.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Das ist aber kein Gutachten!)

Darauf sind Sie mit keinem Wort eingegangen.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP und der CDU)

Sie haben wiederholt darauf hingewiesen, dass die Qualität des Gutachtens infrage zu stellen sei, weil es so kurz sei. Herr Kollege Schmid, ist die Länge eines Gutachtens nun etwa das entscheidende Qualitätsmerkmal? Es ist genau wie bei Ihren Reden: Nicht auf die Länge kommt es an, Herr Kollege Schmid.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Immerhin haben Sie eingeräumt, der Ankauf sei richtig. Es ist schön, dass wir das von Ihnen erfahren haben.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Das wissen wir schon länger!)

Als der Landtag von Baden-Württemberg diese Frage zu beantworten hatte, sind Sie doch aus dem Saal gegangen und haben sich vor einer Entscheidung gedrückt.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU – Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Jawohl! – Abg. Wolfgang Drexler SPD: Weil es egal war! – Abg. Reinhold Gall SPD: Eine Scheinabstimmung war das! An solchen Spielchen beteiligen wir uns nicht! – Weitere Zurufe – Unruhe)

Denn einerseits wollten Sie nicht durch Ihre Zustimmung zur Regierungsentscheidung deutlich machen, dass Sie dafür sind, und andererseits haben Sie nach einem Ausweg gesucht, einer Entscheidung auszuweichen. Das war der Grund dafür.

(Abg. Reinhold Gall SPD: Das war doch gar nicht notwendig! – Zuruf der Abg. Bärbl Mielich GRÜNE)

(Dr. Hans-Ulrich Rülke)

Insofern, meine Damen und Herren, vermissen wir in den Reihen der Sozialdemokraten Leute vom Schlage eines Herbert Wehner. Der hätte Ihnen nämlich sagen können: „Wer rausgeht, muss auch wieder reinkommen.“

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Das haben Sie in diesem Zusammenhang nicht berücksichtigt.

Ich sage Ihnen in aller Deutlichkeit namens der Fraktion der FDP/DVP: Für uns war entscheidend, ob der Ankauf richtig oder falsch ist.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Und dann kann man machen, was man will?)

Auf dieser Basis haben wir entschieden.

(Abg. Reinhold Gall SPD: Ist es egal, wie? – Unruhe)

Jetzt kommen wir, Herr Kollege Drexler, zur Frage des Verfassungsbruchs.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: So, jetzt! Jetzt wird es interessant! Jetzt kommt der Parlamentarier!)

Jetzt stellt sich die Frage, ob es möglich war, dieses Geschäft ohne das Parlament zu machen.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Nein!)

Da sage ich Ihnen in aller Deutlichkeit: Es war nicht möglich, dieses Geschäft ohne das Parlament zu machen, und dieses Geschäft wurde auch nicht ohne das Parlament gemacht.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Doch! – Weitere Zurufe von der SPD und den Grünen)

Denn wir haben in diesem Haus dem Geschäft zugestimmt,

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Nein!)

sonst wäre es nicht zustande gekommen.

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU – Abg. Wolfgang Drexler SPD: Doch, es wäre zustande gekommen!)

– Herr Kollege Drexler, wie hätten Sie denn sonst die 6 Milliarden € auftreiben wollen? Wäre ein Wolfgang Drexler vielleicht zur Kreissparkasse Esslingen gegangen, um eine private Bürgschaft anzufordern, oder wie stellen Sie sich das vor?

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Entschuldigung, die Kreissparkasse Esslingen hätte das auszahlen können!)

Nein, für uns war klar: Diese Debatte verträgt natürlich nicht das Licht der Öffentlichkeit, bevor die Sache schließlich zum Abschluss kommt.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP)

Das ist doch völlig klar. Sie können doch nicht im Landtag von Baden-Württemberg öffentlich hierüber diskutieren. Sonst wäre der Aktienkurs explodiert;

(Abg. Claus Schmiedel SPD: So ein Unsinn!)

das ist doch völlig klar.

Deshalb gab es eben nur den einen Weg, nämlich zunächst einmal die Vereinbarung zu treffen und sie dann dem Landtag mit der Frage vorzulegen, ob der Landtag zustimmt oder nicht. Wir haben die Entscheidung getroffen:

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Nein, Sie haben keine Entscheidung treffen können!)

Wir stimmen zu. Sie haben sich davor gedrückt und sind hinausgegangen.

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU)

An einer Stelle, Herr Kollege Schmid, haben Sie sich verraten und haben erkennen lassen, worum es Ihnen eigentlich geht.

(Abg. Alfred Winkler SPD: Sie waren ja gar nicht dabei!)

Sie haben, wie so häufig, den Polizeieinsatz vom vergangenen September erwähnt. Daran ist deutlich geworden, worum es Ihnen geht: In Ermangelung inhaltlicher Themen, in Ermangelung einer politischen Linie – Sie verfolgen ja einen Zickzackkurs: Sie sind einmal für Stuttgart 21, und dann sind Sie wieder für eine Volksabstimmung – gehen Ihnen die Inhalte aus. Sie haben keine Botschaften.

(Zuruf des Abg. Wolfgang Drexler SPD)

Deshalb setzen Sie allein auf eine persönliche Diffamierung der Person des Ministerpräsidenten.

(Abg. Dr. Klaus Schüle CDU: So ist es!)

So sieht nämlich Ihr Wahlkampf seit dem 30. September letzten Jahres aus.

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Das mögen die Menschen nicht!)

Herr Kollege Kretschmann, Sie fordern Stil und politische Kultur in diesem Land.

(Abg. Dr. Birgit Arnold FDP/DVP: Das sagt ausgerechnet er!)

Zu Stil und zu politischer Kultur zählt, glaube ich, auch eine gewisse Verlässlichkeit, eine gewisse Zuverlässigkeit statt Widersprüchlichkeiten von Anfang bis Ende. Denn das, was Sie unter Stil und politischer Kultur verstehen,

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Da kennt die FDP sich aus!)

haben wir auch schon im Nachgang zu Stuttgart 21 erlebt: Erst schlagen Sie einen Schlichter Geißler vor, und anschließend sind Sie wieder dagegen.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Die Büsche-sitzer!)

Sie sitzen in den Büschen.

(Dr. Hans-Ulrich Rülke)

Dann erklären Sie heute, Herr Kollege Kretschmann – ich zitiere –: „Wir gehen zum Staatsgerichtshof.“ Das habe ich doch richtig zitiert, nicht wahr? Wie kommt es dann, dass die „Stuttgarter Nachrichten“ am 26. Januar 2011 den Politiker und Fraktionsvorsitzenden der Grünen, Winfried Kretschmann, mit dem Satz „Politik ist nicht dazu da, vor Gericht zu gehen“ zitieren? Wie passt denn das zusammen, Herr Kollege Kretschmann? Oder gilt vielleicht beim Länderfinanzausgleich etwas anderes als bei dieser Angelegenheit? Das müssen Sie einmal begründen.

(Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Beliebigkeitsdemokratie!)

Ihr Problem ist nicht das Thema „Dagegen-Partei“. Ihr Problem ist die Widersprüchlichkeit, dass bei Ihnen nichts gilt und dass Sie alles so drehen, wie es Ihnen passt.

Ich sage Ihnen, Herr Kollege Kretschmann: Sie können gar nicht Ministerpräsident des Landes Baden-Württemberg werden – selbst wenn Sie die Wahl gewinnen. Denn Sie bringen es fertig, auch bei der Vereidigung noch Nein zu sagen.

(Heiterkeit und Beifall bei der FDP/DVP und der CDU)

Präsident Peter Straub: Das Wort erteile ich dem Minister im Staatsministerium Helmut Rau.

(Unruhe)

Minister im Staatsministerium Helmut Rau: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen!

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Im Mittelpunkt der von der SPD beantragten Debatte soll der Umgang der Landesregierung mit dem Parlament stehen. Ich glaube, das, was wir hier von Ihrer Seite zu hören bekommen haben, macht eher deutlich, wie die Opposition mit dem Parlament umgeht.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Abg. Dr. Klaus Schüle CDU: Richtig!)

Sie skandalisieren Ihnen längst bekannte Sachverhalte. Sie beleidigen. Sie versuchen, Dinge zu unterstellen, und Sie drücken sich um die eigentlichen Sachfragen. Das ist die Art und Weise, wie Sie mit dem Parlament umgehen.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Die Sachfragen lauten: Unterstützen Sie die Interessen von sechs Millionen Stromkunden? Unterstützen Sie die Interessen von über 20 000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern sowie deren Familien? Das tun Sie nicht. Genau um diese Kernfragen ging es der Landesregierung beim Kauf der EnBW-Anteile.

(Abg. Theresia Bauer GRÜNE: Das sehen wir gerade!)

Zur elementaren Infrastruktur des Landes gehört mehr denn je eine stabile Energieversorgung. Energie ist ein Kernelement der Daseinsvorsorge. Deshalb sind wir hierbei besonders in der Pflicht, Chancen und Risiken abzuwägen und zu handeln,

wenn gehandelt werden muss. Genau diese Verpflichtung haben wir bei der EnBW wahrgenommen.

Die Ausgangslage war klar: Entweder bekommt die EdF die volle Kontrolle über die EnBW, oder sie steigt aus.

(Abg. Theresia Bauer GRÜNE: Das ist doch ein Märchen! – Gegenruf des Abg. Dr. Klaus Schüle CDU: Sie waren doch dafür! – Unruhe)

Für uns kam eine Mehrheitsübernahme der EdF an der EnBW nicht in Betracht.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP)

Nicht in Betracht kam für uns aber auch, das weitere Schicksal der Anteile der EdF kampflos dem Zufall oder – was wahrscheinlicher wäre – den internationalen Finanzmärkten zu überlassen. Hätten wir etwa zuschauen sollen, wie die EdF mit ausländischen Konzernzentralen oder mit Fondsmanagern verhandelt? Hätten wir zuschauen sollen, wie Investoren aus dem Ausland oder gar Hedgefonds mit der EdF verhandeln,

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: So ist es! – Abg. Siegfried Lehmann GRÜNE: Darum geht es doch gar nicht!)

die dann künftig über unsere Versorgungsnetze und über die Preise für die Strom- und Gaskunden in Baden-Württemberg mitentscheiden oder gar eine Zerlegung des Unternehmens betreiben können?

(Abg. Theresia Bauer GRÜNE: Eine Märchenstunde ist das!)

Ein solches Szenario war und ist für uns unvorstellbar. Deshalb haben wir gehandelt, bevor andere nach unserer Energieversorgung greifen konnten.

(Abg. Alfred Winkler SPD: Thema verfehlt!)

Mit dem Einstieg des Landes bei der EnBW steht fest: Die EnBW bleibt dauerhaft ein baden-württembergisches Unternehmen, weil die Mehrheit im Land bleiben wird. Unsere Energieversorgung wird nicht zum Spekulationsobjekt. Sie wird auch nicht ausgebeutet durch Investoren, denen die Grundversorgung in unserem Land piepegal ist. Das ist moderne Industrie- und Standortpolitik für Baden-Württemberg.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Ich weiß, dass Sie das nicht gern hören, aber man wird solche Schritte ja wohl noch sachlich im Parlament begründen können.

(Zuruf der Abg. Theresia Bauer GRÜNE)

– Ich weiß, Sie interessiert die Sache nicht. Das ist schon klar.

(Lebhafte Unruhe)

Ihnen fehlt für eine moderne Industrie- und Standortpolitik offensichtlich die Kraft,

(Widerspruch bei der SPD)

(Minister Helmut Rau)

aber Ihnen fehlt vor allem auch die Sachkompetenz, um eine solche Transaktion überhaupt in Angriff zu nehmen.

(Beifall bei der CDU)

So haben Sie sich entschieden, die Interessen des Landes hintanzustellen, um mit Unterstellungen und Verleumdungen wenigstens im Wahlkampf einen Vorteil zu erreichen.

(Abg. Dr. Klaus Schüle CDU: Darum geht es!)

Die Menschen im Land werden dies durchschauen; da bin ich mir sicher.

(Abg. Thomas Knapp SPD: Da bin ich mir auch sicher!)

Pünktlich zum CDU-Landesparteitag am 29. Januar skandalisieren Sie einen Vorgang, über den ich Ihnen mit Schreiben vom 11. Januar persönlich Auskunft gegeben habe.

(Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Hört, hört!)

Ist Ihnen das eigentlich nicht peinlich?

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Was?)

Sie tun so, als ob Sie irgendetwas Skandalöses aufgedeckt hätten, zweieinhalb Wochen, nachdem Sie die Information dazu ganz normal von der Landesregierung erhalten haben.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Welche? – Abg. Dr. Klaus Schüle CDU: So ist es! So war es!)

Das ist kein Politikstil, wie wir ihn in diesem Haus pflegen sollten.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

Auch wenn Sie sich das nur schwer vorstellen können, Herr Schmid: Im Regierungshandeln kann es auch Situationen geben, bei denen man zu einem bestimmten Zeitpunkt ganz konkret entscheiden muss: Ja oder nein. Wenn man es nicht tut oder einen Fehler macht, nützt der schönste Plan nichts mehr, weil das Ziel nicht mehr erreichbar ist. Träumen Sie weiter.

Ganz konkret: Die Methode Schmid hätte zum Scheitern geführt.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Wieso denn?)

Die Aktien wären noch heute in Frankreich. Sie wären übers Jahr außer Reichweite.

(Unruhe)

Es ging nicht um einen Schönheitspreis, sondern um das Gelingen im Interesse des Landes.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Der Termin für die Beschlüsse in der Regierung und im Aufsichtsrat der EdF war von der EdF gesetzt. Es war der 6. Dezember 2010. Die Zeit war kurz. Im Wesentlichen musste der Kaufvertrag verhandelt, das Übernahmeangebot ausgearbeitet, das Kartellverfahren vorbereitet, der Rechtsrahmen für ei-

ne Entscheidung von Landesregierung und gegebenenfalls Parlament geprüft

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Ich dachte, das alles sei schon vor den Sommerferien geschehen!)

und die Finanzierung zumindest vorbereitet werden. Daran haben wir mit Beratung durch Gleiss Lutz und Morgan Stanley gearbeitet. Für jedes Thema waren die Experten der Kanzlei und der Bank verfügbar.

(Zuruf des Abg. Thomas Knapp SPD)

Bedingung war, dass nichts nach außen dringt, keine Gerüchte auftauchen, die die Transaktion sofort unmöglich gemacht hätten. Was hätte dem Ministerpräsidenten eigentlich Besseres passieren können, als dass er vor einer solchen Entscheidung hätte ins Parlament gehen können? Dann hätten Sie Farbe bekennen müssen.

(Zuruf: Er hätte Farbe bekennen müssen!)

Deswegen haben wir in den Vertragsverhandlungen, die von zwei Kanzleien geführt worden sind, immer wieder auf diesen Parlamentsvorbehalt hingewiesen.

(Lachen bei der SPD und den Grünen)

Aber klar war, dass wir auch eine Alternative haben müssen. Deswegen haben wir prüfen lassen, ob eine Genehmigung durch den Finanzminister nach Artikel 81 der Landesverfassung infrage kommt. Mehrere Verfassungsrechtler der Kanzlei haben die Literatur gesichtet,

(Zuruf des Abg. Wolfgang Drexler SPD)

haben Urteile geprüft und uns dann den begründeten Rat gegeben, diesen Weg zu gehen, wenn wir nicht ganz auf den Erwerb verzichten wollten.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Was? – Unruhe)

Die Vertreter von Gleiss Lutz haben den Finanzminister vor seiner Entscheidung persönlich zur Anwendung von Artikel 81 der Landesverfassung beraten.

(Abg. Thomas Knapp SPD: So schwach ist der Ministerpräsident!)

Damit sind auch diese Unterstellungen aus der Welt.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Hört, hört!)

Die Qualität der Rechtsberatung, die wir erhalten haben, infrage zu stellen, ist geradezu lächerlich, zumal dann, wenn dies durch Erfahrungsjuristen wie Herrn Schmiedel oder auch den Anwalt Nils Schmid geschieht.

(Abg. Walter Heiler SPD: Jurist Rau!)

Die von Gleiss Lutz vorgetragene Argumentation wurde dann noch einmal in einem Papier zur Unterrichtung des Parlaments zusammengetragen und Ihnen übermittelt – wie ich übrigens bei allen Punkten dafür Sorge getragen habe, dass das Parlament so schnell wie möglich informiert wurde

(Zurufe von den Grünen: Quark! – Abg. Wolfgang Drexler SPD: Falsch!)

(Minister Helmut Rau)

und Einblick in die Unterlagen bekommen hat. Ich bin aber gern bereit, Ihnen die Argumentation noch einmal vorzutragen.

(Zuruf des Abg. Wolfgang Drexler SPD)

Selbstverständlich kann über Ausgaben grundsätzlich nur der Landtag entscheiden. So steht es in Artikel 79 der Landesverfassung.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Ja!)

Das ist die Regel. Es gibt aber eine Ausnahme: Im Falle eines unvorhergesehenen und unabweisbaren Bedürfnisses kann nach Artikel 81 der Landesverfassung vom Grundsatz der vorherigen Entscheidung des Landtags abgewichen werden.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Ja! – Abg. Franz Untersteller GRÜNE: Was war daran unabweisbar?)

Solche Ausgaben können ohne Parlament mit Zustimmung des Finanzministers getätigt werden. Sie bedürfen dann allerdings der nachträglichen Genehmigung des Landtags. Dort haben Sie sich nicht einmal getraut, Nein zu sagen. Davongeschlichen aus Angst vor der Verantwortung haben Sie sich.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Immerhin haben Sie so dafür gesorgt, dass in dieser Frage ein einstimmiger Beschluss des Landtags besteht.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Zuruf des Abg. Wolfgang Drexler SPD)

– Nicht ja und nicht nein, Herr Drexler. Das ist genau das, was Sie so toll können. Davon lebt das Land. Lassen Sie das doch einmal sein.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Das ist jetzt unverschäm! – Gegenruf des Abg. Klaus Herrmann CDU: Das ist die Wahrheit, Herr Drexler! – Glocke des Präsidenten)

Ein solcher Ausnahmefall, wie ich ihn gerade vom Grundsatz her beschrieben habe, lag beim Kauf der EnBW-Anteile von der EdF vor. Wir haben den von der Verfassung vorgegeben Weg beschritten, und wir haben dieses Vorgehen vor Abschluss des Kaufvertrags gründlich mit unseren Anwälten geprüft, besprochen und fixiert.

Präsident Peter Straub: Herr Minister Rau, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Drexler?

Minister im Staatsministerium Helmut Rau: Nein.

(Abg. Thomas Knapp SPD: Sie wollen nicht über das Stöckle springen!)

Warum war das Bedürfnis unvorhergesehen? Weil der Anteils-erwerb von der EdF bei der Aufstellung des Doppelhaushalts 2010/2011 nun wirklich nicht vorhergesehen werden konnte. Und warum war das Bedürfnis unabweisbar? Weil die Einbringung eines Nachtragshaushaltsplans vor der Kaufentscheidung aufgrund der bereits genannten Rahmenbedingungen nicht möglich war. Der Aktienerwerb musste auch aus zwingenden wirtschaftlichen Gründen unter größtmöglicher Geheimhaltung durchgeführt werden. Wäre das Vorhaben des

Landes durch eine Behandlung im Parlament öffentlich geworden, hätten beispielsweise Hedgefonds den Börsenpreis nach oben treiben können.

(Abg. Franz Untersteller GRÜNE: Glauben Sie den Quark, den Sie da erzählen? Wer hat Ihnen das aufgeschrieben?)

Durch gezielte Käufe wäre aufgrund des geringen Streubesitzes der Kurs stark gestiegen. Auch wenn es schwerfällt, das einzugestehen: Eine vorauslaufende Debatte im Landtag hätte nicht das Land, sondern Hedgefonds reicher gemacht.

(Abg. Stephan Braun SPD: Sagen Sie einmal etwas zu den Lügen!)

Die Zeche hätte das Land bezahlt. Der größte Schaden für das Land wäre dadurch entstanden, dass der vom Land zu zahlende Mindestpreis für das Pflichtangebot an alle sonstigen Aktionäre in nicht absehbarer Weise nach oben getrieben worden wäre.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: So ein Unsinn!)

Außerdem hätte auch das Risiko einer erhöhten Kaufpreisforderung durch die EdF bestanden.

Was bleibt also? Außer bösen, ehrabschneidenden, verleumderischen Vorwürfen nichts. Sie halten sich noch daran auf, dass die Beratung in der entscheidenden Phase mündlich gegeben worden ist.

(Zuruf von der SPD: Wenn überhaupt!)

Ob schriftlich oder mündlich, ob fünf Seiten oder 30, entscheidend ist die Qualität der rechtlichen Expertise,

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: So ist es!)

und die hat voll und ganz überzeugt.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

Wenn Sie in kurzer Zeit viele Stunden miteinander die schwierigen Fragen bearbeiten – ich habe vorhin die fünf Komplexe genannt –, ist es angemessen, die Argumente vorzutragen und am Tisch zu hinterfragen. Für Gleiss Lutz waren Professor Dr. Rupert Scholz, Professor Dr. Clemens Weidemann und Dr. Thomas Krappel mit der Bearbeitung dieser verfassungsrechtlichen Fragen befasst. Wollen Sie eigentlich wirklich deren Kompetenz infrage stellen und durch die Kompetenz von Herrn Rechtsanwalt Dr. Nils Schmid ersetzen?

(Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Nils wer?)

Na ja.

Ich bin mir auch sicher, dass der Staatsgerichtshof diesem am Ende eine Lektion erteilen wird.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Das werden wir sehen!)

Sie missbrauchen den Staatsgerichtshof.

(Widerspruch bei der SPD und den Grünen – Abg. Claus Schmiedel SPD: Sie haben doch in dieser Frage schon einmal verloren! Sie sind ja Wiederholungstäter!)

(Minister Helmut Rau)

Sie wissen doch ganz genau, dass Sie sich selbst einen Zeitplan geben, der es unmöglich macht, dass der Staatsgerichtshof vor der Landtagswahl entscheidet. Das heißt, Ihre Verdächtigungen lassen Sie im Raum stehen

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Überhaupt nicht!)

und sagen: „Aber der Staatsgerichtshof ...“

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Der kann vor der Wahl entscheiden!)

– Sie kennen doch die Fristen für die Erwiderung und alles andere.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Da gibt es keine Fristen! – Abg. Reinhold Gall SPD: Das ist dummes Zeug!)

Weil Sie Ihre Klage bewusst verzögert haben, wird der Staatsgerichtshof durch Sie missbraucht.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Die Vorgehensweise der Landesregierung war der Situation angemessen. Sie hat damit die Interessen des Landes in einer wesentlichen Zukunftsfrage der Energieversorgung gewahrt. Die Entscheidungen sind nach Recht und Gesetz getroffen worden. Mit ihrem Lavieren und Manövrieren hätte die Opposition beim Kauf der EnBW-Anteile nur eines erreicht: Sie hätte auf jeden Fall Spekulanten reicher gemacht.

(Abg. Reinhold Gall SPD: Völliger Quatsch!)

Sie hätten die Interessen des Landes, der EnBW-Kunden und der EnBW-Mitarbeiter hintangestellt. Wahrscheinlich aber hätten Sie die Übernahme insgesamt mit Erfolg verhindert – eine ihrer Lieblingsdisziplinen.

(Zurufe von der CDU: Jawohl! – Sehr gut! – Unruhe bei der SPD)

Herr Schmid, Sie haben ohne substantielle Begründung Ministerpräsident Mappus der Lüge bezichtigt.

(Abg. Reinhold Gall SPD: Was?)

Sie wollten einfach einmal wieder gehört werden, weil Sie sonst kaum wahrgenommen werden. Wie tief muss man eigentlich sinken, um sich dafür nicht zu schade zu sein?

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Wenn hier jemand die Gelegenheit zur Entschuldigung ergreifen sollte, dann Sie für Ihre ehrabschneidenden Behauptungen.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Reinhold Gall SPD: Lächerlich! Wegen was denn?)

Die Landesregierung hat das Interesse des Landes, das Interesse der Menschen in diesem Land mit diesem Schritt gewahrt und damit verantwortungsvoll gehandelt. Wir danken der Mehrheit des Parlaments, den Fraktionen der CDU und der FDP/DVP, dass sie dafür hier im Landtag mit die Verantwor-

tung übernommen haben. Das ist der Weg, mit dem man gemeinsam zeigt, dass man in der Lage ist, dieses Land zu regieren. Das machen wir.

Schließen wir daran an mit dem, was wir auch in Zukunft tun wollen. Sie haben gezeigt, dass Sie opponieren können. Machen Sie auch das weiter.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Dr. Klaus Schüle CDU: Sehr gut!)

Präsident Peter Straub: Es liegen keine Wortmeldungen mehr vor.

(Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Die Opposition gibt sich geschlagen!)

Die Aktuelle Debatte unter Punkt 2 der Tagesordnung ist damit beendet.

Ich rufe **Punkt 3** der Tagesordnung auf:

a) Zweite und Dritte Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung – Gesetz über die Feststellung eines Dritten Nachtrags zum Staatshaushaltsplan von Baden-Württemberg für das Haushaltsjahr 2011 – Drucksache 14/7320

Beschlussempfehlungen und Berichte des Finanzausschusses – Drucksachen 14/7470, 14/7471

Berichterstatter: Abg. Manfred Groh

b) Beschlussempfehlung und Bericht des Finanzausschusses zu der Mitteilung des Finanzministeriums vom 22. Dezember 2010 – Mittelfristige Finanzplanung für die Jahre 2010 bis 2014 – Drucksachen 14/7398, 14/7472

Berichterstatter: Abg. Manfred Groh

Wünscht der Berichterstatter das Wort?

(Abg. Manfred Groh CDU erhebt sich von seinem Platz.)

– Herr Abg. Groh, Sie haben das Wort.

(Unruhe)

– Ich darf Sie bitten, die Plätze einzunehmen und die Gespräche einzustellen.

(Abg. Manfred Groh CDU: Herr Präsident, ich spreche nicht als Berichterstatter, sondern für die CDU-Fraktion!)

– Herr Abg. Groh spricht für die Fraktion der CDU, nicht als Berichterstatter.

Dann darf ich noch die Redezeiten bekannt geben: Das Präsidium hat für die Allgemeine Aussprache eine Redezeit von zehn Minuten je Fraktion festgelegt, wobei gestaffelte Redezeiten gelten.

Bitte schön.

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Abg. Manfred Groh CDU: Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! In zweiter Lesung sprechen wir heute über den Dritten Nachtrag zum Staatshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2011. Nach der Finanzausschusssitzung am 20. Januar, bei der wir den Dritten Nachtrag im Einzelnen erörtert haben, sind noch weitere Anträge erforderlich geworden. Ich möchte an dieser Stelle drei Anträge besonders hervorheben, um den Bürgerinnen und Bürgern zu zeigen, dass die CDU-Landtagsfraktion auch auf aktuelle Ereignisse, wie ich meine, sehr schnell und auch sehr gut reagieren kann.

Viele Straßen, auch Landesstraßen, haben unter dem Winter besonders gelitten. Einige Schlaglöcher sind dazugekommen. Aus diesem Grund haben wir uns entschlossen, speziell für diese Schadensregulierung die Mittel für die Erhaltungsmaßnahmen im Straßenbau nochmals um 15 Millionen € aufzustocken. Zusammen sind es nun 55 Millionen € im Jahr 2011. Dies ist auch ein Beitrag zur Nachhaltigkeit, weil wir damit Landesvermögen in Form von Straßen für die Zukunft erhalten.

Noch wichtiger für die Zukunft ist allerdings, weil das in der Verantwortung für die kommenden Generationen liegt, eine nochmalige Absenkung der Nettoneuverschuldung im Jahr 2011. Sie alle erinnern sich sicher: Im Urhaushalt 2010/2011 mussten wir mit einer Neuverschuldung von 2,6 Milliarden € im Jahr 2010 und 2,1 Milliarden € im Jahr 2011 planen. Allerdings haben wir diesen Haushalt in einer Zeit beschlossen, in der uns Baden-Württembergern die Beben der weltweiten Finanz- und Wirtschaftskrise sehr ordentlich durchgeschüttelt haben. Aus jetziger Betrachtung haben wir die Amplituden dieses Bebens möglicherweise härter empfunden, als sie sich im Nachhinein gezeigt haben. Aus damaliger Sicht indes war die sehr hohe Verschuldung notwendig, um den Haushaltsausgleich zu gewährleisten, aber auch um Impulse und Anreize für die Wirtschaft zu geben.

Im Gegensatz zu anderen Bundesländern – ich blicke hier beispielsweise nach Nordrhein-Westfalen – sind wir aber nicht auf diesem Stand verharret und haben das durch die Kreditaufnahme vorhandene Geld ausgegeben. Wir haben vielmehr entlang der Entwicklungen der Krise und der Auswirkungen für Baden-Württemberg nachgesteuert, und wir haben nach dem Anspringen der Wirtschaft ein zusätzliches Sparprogramm in Höhe von 500 Millionen € verkündet. Dies werden wir umsetzen.

Einen sehr beachtlichen Teil dieser Einsparungen in Höhe von 500 Millionen €, meine Damen und Herren, verlangen wir unserer Beamenschaft ab. Gerade im Hinblick auf den Anteil der Personalausgaben an den Gesamtausgaben von etwa 45 % – das sind immerhin rund 14,5 Milliarden € – scheint dies auch nicht unbillig zu sein. Wir nehmen den Bediensteten weder vom Brutto- noch vom Nettoeinkommen etwas weg, sondern werden Vorschläge umsetzen, die von Freiwilligkeit, Mitwirkungsmöglichkeiten und Vertrauensschutz geprägt sind.

Die Beihilfe und die Besoldung bleiben unangetastet. Das sage ich besonders an die Adresse der Grünen, die ständig die unsoziale Absicht, Herr Schlachter, bei Besoldung, Versorgung und Beihilfe zu kürzen, verlauten lassen und entsprechende Maßnahmen fordern.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und des Abg. Rainer Stichelberger SPD)

Die Beihilfe, die Versorgung und die Besoldung sind Zeichen unserer Wertschätzung für die hervorragenden, herausragenden Leistungen unserer Beamenschaft und bleiben daher unberührt.

Ich nenne aber bei den Personalmaßnahmen ganz konkret den Einstieg in ein freiwilliges, differenziertes Lebensarbeitszeitkonto. Meine Damen und Herren, das ist einmalig und bundesweit beispielgebend. Die CDU-Landtagsfraktion hat hier Zeichen gesetzt.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Meine lieben Kolleginnen und Kollegen von der Opposition, Baden-Württemberg übernimmt als Geberland im Länderfinanzausgleich bundesweite Verantwortung bei der Konsolidierung der Staatsfinanzen. Wir werden morgen noch Gelegenheit haben, uns ausgiebig über den Länderfinanzausgleich zu unterhalten. Plötzlich meinen sogar die Grünen, dass es angebracht wäre, gegen den Finanzausgleich zu klagen. Man höre und staune.

(Abg. Eugen Schlachter GRÜNE: Seit wann?)

– Das ist in der Presse veröffentlicht. Ich kann es Ihnen vorlesen.

(Zurufe der Abg. Dr. Hans-Peter Wetzels und Heiderose Berroth FDP/DVP)

Wir gehen also nicht den Weg verfassungswidriger Haushalte, wir gehen auch nicht den Weg des Ignorierens von Defiziten. Vor allem erlauben wir uns keine Sonderleistungen wie den unentgeltlichen Schulbus, nur weil es populär ist und der SPD in Rheinland-Pfalz vermeintlich zum Wahlsieg verhilft.

Ein Sparprogramm kurz vor einer entscheidenden Landtagswahl zu beschließen und umzusetzen, meine Damen und Herren, zeigt politischen Mut und politischen Gestaltungswillen. Auf den ersten Blick – auch hier lohnt sich wiederum die Sicht nach Nordrhein-Westfalen – ist es sicherlich ein einfacherer Weg, Versprechungen zu machen und mit dem goldenen Füllhorn übers Land zu ziehen, um den Wählerinnen und Wählern auf Pump und zulasten kommender Generationen Geschenke zu machen. Über Geschenke beschwert sich niemand. Bei erforderlichen Einsparungen ist sicherlich etwas mehr politische Argumentation notwendig, vor allem aber auch mehr substantielle Seriosität. Mit uns, der CDU-Fraktion, gibt es keine unsolide Haushaltspolitik, keine Wahlgeschenke auf Pump. Das möchte ich nochmals besonders betonen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Es ist kein Geheimnis, dass wir in den kommenden Jahren eine strukturelle Unterdeckung bewältigen müssen. Die mittelfristige Finanzplanung, die heute ebenfalls auf unserer Tagesordnung steht, weist diese strukturelle Unterdeckung sehr deutlich aus. Umso wichtiger ist es allerdings, dass die Nettoneuverschuldung weiter abgesenkt wird. Ich bin mir sicher, dass nicht nur den Menschen in Baden-Württemberg klar ist, dass auch der Staat nur das ausgeben darf, was er an Einnahmen erzielt.

Verantwortung gegenüber der Bevölkerung heißt für uns Christdemokraten auch besondere Rücksichtnahme auf die

(Manfred Groh)

junge Generation, auf unsere Kinder. Das hat etwas mit Generationengerechtigkeit zu tun.

Deshalb werden wir nahezu alle Steuermehreinnahmen zur Absenkung der Kreditaufnahme verwenden. Wir haben aber auch mit dem strukturellen Sparkatalog – ich nannte ihn bereits – im Umfang von 500 Millionen € ein Zeichen in diese Richtung gesetzt.

Ab dem Jahr 2020 dürfen wir, wie Sie wissen, keine neuen Schulden mehr aufnehmen. Es ist aber zu spät, erst im Jahr 2017 oder gar erst im Jahr 2019 aufzuwachen. Dann reibt man sich verwundert die Augen und stellt fest, dass es gar nicht mehr möglich ist, dem Verschuldungsverbot Folge zu leisten.

Daher ist es ein sehr wichtiges politisches Symbol, jetzt in der mittelfristigen Finanzplanung wieder deutlich einen Konsolidierungskurs mit dem Ziel der Nullneuerschuldung ab 2014 aufzuzeigen.

Im Urhaushalt 2010/2011 haben wir – ich habe es bereits erwähnt – mit einer Neuverschuldung von 2,6 Milliarden € bzw. 2,1 Milliarden € geplant und der Regierung entsprechende Kreditemächtigungen eingeräumt. Durch das Anspringen der Steuereinnahmen, insbesondere aber auch durch einen maßvollen Vollzug des Haushalts ist es uns gelungen, den Kreditrahmen für 2010 nur zu 1,6 Milliarden € auszuschöpfen. Für 2011 senken wir heute die Neuverschuldung auf insgesamt ganze 0,8 Milliarden €.

Sie, sehr geehrter Herr Kollege Schmiedel, haben uns in der ersten Lesung des Dritten Nachtrags zum Staatshaushaltsplan am 15. Dezember 2010 – ich hoffe, Sie erinnern sich noch –

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Ja!)

vorgeworfen, wir hätten zu großzügig erklärt, die Neuverschuldung werde halbiert.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Richtig!)

Ungeachtet dessen, dass es uns damals nur um die Darstellung der Größenordnung gegangen ist, kann ich Ihnen heute sagen, sehr geehrter Herr Schmiedel: Rechnen Sie abermals nach. Dann werden Sie feststellen: Es ist eine Absenkung von 4,7 Milliarden € auf 2,4 Milliarden €.

Nach dem durch die Föderalismuskommission II beschlossenen Schuldenverbot dürfen die Länder ab dem Jahr 2020 keine neuen Schulden mehr aufnehmen. Nach der mittelfristigen Finanzplanung erreichen wir dieses Ziel bereits sechs Jahre früher. Selbst wenn wir kurzfristig auf Schwankungen der Konjunktur oder auf sonstige Ereignisse mit neuen Schulden reagieren müssten, was derzeit nicht wahrscheinlich ist, hätten wir noch einen zeitlichen Puffer, um solche Unwägbarkeiten abzufedern. Auch hier zeigt sich wieder einmal, dass in unserem Land nur eine unionsgeführte Regierung in der Lage ist, solide Haushalte aufzustellen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Blicken wir bei dieser Gelegenheit nur einmal beispielhaft in unser benachbartes Bundesland Rheinland-Pfalz. Hier wird es ohne einen Wechsel der Regierungsverantwortung auch keinen haushaltspolitischen Sanierungskurs geben. Ich bin mir

sicher, dass die SPD durch kurzfristige Wahlgeschenke, die versprochen wurden, die Probleme im rheinland-pfälzischen Haushalt noch verstärken, ja, ich kann sogar sagen, zementieren wird.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Dies ist ein Weg, den Baden-Württemberg nicht mitgehen kann und auch nicht mitgehen wird und dessen Tolerierung für die Bürgerinnen und Bürger von Baden-Württemberg höchst ungerecht wäre.

Wir müssen in den kommenden Jahren, meine sehr geehrten Damen und Herren, zusätzliche Lasten für den Haushalt schultern. Ich denke hierbei an die wachsende Zahl der Versorgungsempfänger und an die Tilgungen, die wir im Hinblick auf die Schuldenbremse vornehmen müssen. Dies sind zusätzliche Belastungen für den Haushalt, die man bei der Aufstellung künftiger Haushalte auch ordnungsgemäß berücksichtigen muss. Daher kann ich es nur wiederholen: Der jetzige Haushalt ist ein wichtiger Schritt auf dem Weg in die Zukunft.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, der Dritte Nachtrag zum Staatshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2011 ist jedoch nicht nur ein Haushalt des Sparens, sondern auch ein Haushalt des Gestaltens. Hierfür nehmen wir keine neuen Schulden auf – das möchte ich besonders betonen –, sondern nutzen die Haushaltsüberschüsse der Jahre 2009 und 2010.

Wie ich eingangs bereits erwähnt habe, werden wir im Bereich der Verkehrsinfrastruktur zusätzlich 40 Millionen € in den Erhalt der Landesstraßen investieren. Heute beschließen wir, diesen Betrag von 40 Millionen € nochmals um 15 Millionen € für die Beseitigung von Winterschäden auf den Landesstraßen aufzustocken. Hier erwarte ich im Interesse der Bürgerinnen und Bürger von Baden-Württemberg die ungeteilte Zustimmung dieses Hohen Hauses.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/
DVP)

Die im Einzelplan 04 – das ist der Etat des Ministeriums für Kultus, Jugend und Sport – ausgewiesenen k.w.-Vermerke wurden in Erwartung eines zeitnahen Rückgangs der Schülerzahlen, die auf einer Prognose des Statistischen Landesamts beruht, aufgenommen. Schon seit dem Jahr 2007 wurde ihr Vollzug bei jeder Haushaltsaufstellung verschoben. Zum jetzigen Zeitpunkt ist wiederum nicht absehbar, wie sich der Rückgang der Schülerzahlen gestaltet bzw. in welchem Umfang finanzielle Ressourcen für die Qualitätsentwicklung erforderlich sind. Deshalb schlagen wir vor, den Vollzug der k.w.-Vermerke bis zum Jahr 2014 auszusetzen und sie danach in einem gestuften Verfahren zu vollziehen.

Ein weiterer wichtiger Punkt bezüglich der Infrastruktur für das Land Baden-Württemberg sind die 15 Millionen € für den Ausbau der Breitbandverkabelung. Ein schneller Internetanschluss ist nicht nur für Unternehmen und Handwerk von zentraler Bedeutung, sondern ist auch für die Bürgerinnen und Bürger auf dem Land ein zentraler Standortfaktor.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Für die Städtebauförderung geben wir ebenfalls 14 Millionen € mehr aus. Wir erhöhen den Zuschuss für den Flughafen

(Manfred Groh)

Friedrichshafen um 5 Millionen € und unterstützen die Stadt Staufen mit 2 Millionen € bei der Schadensregulierung.

(Beifall der Abg. Gundolf Fleischer und Friedlinde Gurr-Hirsch CDU)

Bildung, Ausbildung und Betreuung von Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen im Land liegen uns, wie Sie wissen, ebenfalls sehr am Herzen. Für die Bildungshäuser werden wir deshalb weitere 3,5 Millionen € zur Verfügung stellen.

Mit dem bundesweit einmaligen Förderprogramm „Singen – Bewegen – Sprechen“ haben wir für Kinder vom Kindergarten bis zur vierten Klasse ein durchgängiges, ganzheitliches musikalisches Bildungsangebot geschaffen. Damit können weitere rund 380 Standorte mit dem Programm „Singen – Bewegen – Sprechen“ erfolgreich arbeiten. Dafür stellen wir im Haushaltsjahr 2011 weitere 1,2 Millionen € zur Verfügung.

Für die überbetriebliche Ausbildung geben wir 3 Millionen € aus. Mit insgesamt 7 Millionen € statten wir ein Programm zur Sicherung der ärztlichen Versorgung im ländlichen Raum aus. Probleme gibt es im ländlichen Raum insbesondere, wie Sie wissen, bei der Praxismachfolge.

Schließlich: Für die Ausstattung und für die Überstundenvergütung bei der Polizei stellen wir weitere 5,9 Millionen € in den Haushalt ein. Dies ist auch ein Zeichen unserer Wertschätzung für die hervorragende Arbeit unserer Polizei.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP)

In einem ersten Schritt wollen wir 60 Millionen € in die Schlüsselbranchen unseres Landes investieren und damit die Innovationskraft der Unternehmen des Landes stärken.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP)

Dem Dritten Nachtrag, liebe Kolleginnen und Kollegen von der Opposition, könnten Sie also jederzeit die Überschrift „Verantwortung vor Populismus“ oder – wir können es auch anders ausdrücken – „Verantwortung gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern statt haushalterischer Luftbucherei“ oder „Generationengerechtigkeit durch nachhaltige Investitionen statt billiger Wahlgeschenke“ geben.

Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Dr. Klaus Schüle CDU: Sehr gut! – Zuruf des Abg. Hagen Kluck FDP/DVP)

Präsident Peter Straub: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Rust.

Abg. Ingo Rust SPD: Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Dieser Dritte Nachtrag zum Staatshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2011 wird der letzte Haushaltsplan sein, den der 14. Landtag von Baden-Württemberg beschließen wird. Er beinhaltet vor allem nach den Beratungen im Finanzausschuss einige richtige Weichenstellungen, auf die ich kurz eingehen will; aber er zeigt auch einige Problematiken auf.

Erstens: Das Vorgriffsstundenmodell, das Sie als großen Sparvorschlag der Landesregierung, eigentlich als den Kernpunkt des Sparpakets, präsentiert haben, ist nun nicht mehr verpflichtend, sondern freiwillig.

(Zuruf des Abg. Manfred Groh CDU)

Das, meine Damen und Herren, war die richtige Entscheidung. Denn so, wie Sie das ursprünglich vorhatten, geht man mit den Bediensteten unseres Landes, mit den Beamtinnen und Beamten, nicht um.

(Beifall bei der SPD und des Abg. Eugen Schlachter GRÜNE)

Schade ist nur, dass eine solche Einsicht bei Ihnen erst dann reift, wenn die SPD und der Beamtenbund Druck machen und es von Ihnen fordern. Offensichtlich wissen Sie erst dann, was für das Land richtig ist. Wir können nun gespannt sein, ob der eingestellte Einsparbetrag mit dem freiwilligen Modell tatsächlich zustande kommt. Denn an dem Einsparpotenzial haben Sie nichts geändert. Das heißt: Sie hätten das Ganze von Anfang an auf freiwilliger Basis vorsehen können, wenn Sie der Überzeugung sind, dass dieser Betrag tatsächlich zustande kommt.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: So ist es!)

Es steht nicht im Haushalt – das muss als kritischer Punkt angemerkt werden –, dass ein solches Vorgriffsstundenmodell natürlich auch eine indirekte Verschuldung darstellt. Denn wir verschulden uns quasi bei unseren Beamtinnen und Beamten, indem wir sie vorab Leistungen erbringen lassen, die später von uns nicht mehr eingefordert werden können. Dies trägt nicht zur Haushaltstransparenz bei. Denn diese Lasten tragen zukünftige Generationen.

Ich möchte eine zweite richtige Weichenstellung in diesem Nachtrag herausgreifen: das Aufstocken der Mittel für den Erhalt der Landesstraßen. Aber auch bei diesem Punkt war es wieder so, dass erst der Druck der SPD – in diesem Fall in Zusammenarbeit mit dem ACE – notwendig war, bis Sie eingelenkt haben.

(Beifall bei der SPD – Abg. Claus Schmiedel SPD: Sehr richtig! – Zuruf der Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP)

Ruck, zuck, nachdem die SPD die schlechteste Landesstraße im Land gesucht und „gekürt“ hatte, wurden noch schnell Trupps über das Land geschickt, um die größten Schlaglöcher zu schließen.

(Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Es war Winter! Selbst im Unterland war Winter! – Zuruf der Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP)

Anschließend hat man die Mittel im Landeshaushalt dafür ruck, zuck erhöht.

Ich frage mich, warum Sie unsere Anträge auf Aufstockung der Mittel für den Landesstraßenbau die ganze Zeit abgelehnt haben,

(Abg. Claus Schmiedel SPD: So ist es! Genau!)

(Ingo Rust)

wenn Sie jetzt der Überzeugung sind, dass diese Maßnahmen so wichtig sind.

(Beifall bei der SPD und des Abg. Eugen Schlachter
GRÜNE)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Mehrzahl unserer Landesstraßen befindet sich nach eigenen Angaben der Landesregierung in schlechtem oder sehr schlechtem Zustand. Aber die Landesstraßen stellen für uns auch ein enormes Vermögen des Landes dar. Wenn man dieses Vermögen über Jahrzehnte hinweg verlottern lässt, so wie Sie das getan haben, vernichtet man Landesvermögen und erhöht deswegen ebenfalls die indirekte Verschuldung.

(Abg. Albrecht Fischer CDU: Die SPD hat das Geld vor zehn Jahren abgezogen! – Gegenruf des Abg. Reinhold Gall SPD: So ein Quatsch! Keine Ahnung!)

Es ist ehrlicher und für die Bürger im Übrigen auch sicherer, wenn man die Landesstraßen kontinuierlich und gleichmäßig saniert, damit das Vermögen des Landes gesichert wird. Dieses Vorgehen ist ehrlicher, auch wenn dafür die Aufnahme von Schulden notwendig ist. Denn dann sind die Schulden tatsächlich im Landeshaushalt ausgewiesen und bestehen nicht in Form von Landesstraßen, die in schlechtem Zustand sind – überall zu besichtigen.

Gleiches gilt selbstverständlich – auch dort fehlt uns noch der entscheidende Impuls – für den Sanierungsstau bei den über 8 000 Landesgebäuden. Allein im Hochschulbereich besteht ein Sanierungsstau mit einem Volumen von 4 Milliarden €. Auch dies ist eine indirekte Verschuldung, die nicht im Landeshaushalt ausgewiesen ist.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Abg. Norbert Zeller SPD: Genau!)

Lassen Sie mich einen dritten Punkt herausgreifen: die Aufstockung der Zahl der Stellen in unserer Finanzverwaltung. Ich bin sehr froh, dass sich der Finanzausschuss dazu durchgerungen hat, einer solchen Aufstockung, einer solchen Verbesserung in diesem Bereich zuzustimmen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und des Abg. Eugen Schlachter GRÜNE – Abg. Claus Schmiedel SPD: Sehr gut!)

100 zusätzliche Stellen sowie 100 zusätzliche Anwärterstellen sind zwar nach wie vor nur ein Tropfen auf den heißen Stein und nur ein Bruchteil dessen, was in den letzten Jahren von CDU und FDP/DVP in der Finanzverwaltung an Stellen abgebaut wurde, aber es ist zumindest ein richtiger Anfang.

Jeder Betriebsprüfer im Land – ich erinnere daran – bringt das 7,4-Fache dessen an Steuern wieder herein, was seine Stelle an Kosten verursacht. Es geht dabei nicht nur um die Einnahmen des Landes, sondern auch um die Einnahmen der Kommunen, die ebenfalls davon profitieren.

(Abg. Walter Heiler SPD: Genau!)

Es geht auch um Steuergerechtigkeit. Diese Mehreinnahmen gehen nicht auf Steuererhöhungen zurück. Es geht vielmehr um Steuern, die bislang aufgrund mangelnder Personalaus-

stattung und daher mangelnder Prüfung nicht eingetrieben werden, obwohl sie dem Staat zustehen. Es kann nicht im Interesse des Staates und auch nicht im Interesse des einzelnen Steuerzahlers sein, dass die Steuern nicht gerecht eingetrieben werden. Dies führt nämlich dazu, dass sich derjenige, der clever ist, der es sich leisten kann, einen guten Steuerberater zu engagieren, um die Steuerpflicht herumzulegen kann, während derjenige, der ehrlich seine Steuern zahlt, der Dumme ist. Das wollen wir nicht, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der SPD)

Auch die Aufstockung um 100 Anwärterstellen, die Ihnen der Finanzausschuss empfiehlt, ist notwendig. Der demografische Aufbau in der Steuerverwaltung spricht für sich und zeigt sehr unbarmherzig, dass wir in wenigen Jahren einer enormen Welle an Pensionierungen entgegengehen. Wir werden es nicht schaffen, in der Zeit, in der diese Pensionierungen stattfinden, dieses Personal kurzfristig zu ersetzen. Deshalb ist es richtig, dass wir jetzt einen Korridor schaffen, um das Personal, das wir später brauchen, jetzt ausbilden zu können.

(Beifall bei der SPD und des Abg. Eugen Schlachter
GRÜNE)

Eine Anmerkung noch zu dem Änderungsantrag, mit dem CDU und FDP/DVP eine Verschiebung des Vollzugs von k.w.-Vermerken begehren. Wir werden dem Änderungsantrag zustimmen, auch wenn die Problematik mit einer Annahme dieses Begehrens nur verschoben wird. Wir werden uns in den betreffenden Jahren wieder mit dem Ganzen beschäftigen müssen. Wir sagen ganz klar, dass wir das Personal, das aufgrund der demografischen Entwicklung der Schülerschaft frei wird, in die Qualitätsverbesserung, in den Ausbau der Ganztagschulen stecken wollen und nicht die Lehrerstellen streichen möchten.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, da wir in dieser Legislaturperiode – jetzt, an deren Ende – zum letzten Mal über den Haushalt reden, möchte ich ein Fazit zur Haushaltspolitik ziehen: Fakt ist, dass wir im Durchschnitt der letzten zehn Jahre jährlich etwa 1 Milliarde € an neuen Schulden aufgenommen haben und jetzt inklusive der Schatten- und Nebenhaushalte auf die 50-Milliarden-€-Grenze zusteuern.

Sie, Herr Groh, haben gerade gesagt, der Haushalt zeige, dass der Sparwille da sei und dass – wie haben Sie es gesagt? – die CDU vor Wahlen nicht mit Geschenken über das Land ziehe. Ungeachtet dessen, dass da viel Richtiges dabei ist, möchte ich sagen: Sie verteilen kurz vor der Wahl doch eine ganze Menge Geschenke. Bei Ihrem Geschenkportfolio, das Sie heute vorlegen, wäre ich vorsichtig, mit dem Finger auf andere Bundesländer zu zeigen.

(Beifall bei der SPD – Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Wir zahlen es wenigstens selbst!)

Die finanzielle Situation wird nicht besser, liebe Kolleginnen und Kollegen. In der mittelfristigen Finanzplanung werden weitere Deckungslücken in Milliardenhöhe ausgewiesen. Man kann sagen: Relativ betrachtet, im Vergleich zu anderen Bundesländern, stehen wir, was die Kreditmarktschulden angeht, noch – so möchte ich sagen – befriedigend da. Man kann aber

(Ingo Rust)

beim besten Willen nicht sagen, der Haushalt sei solide finanziert.

Man kann dies schon deshalb nicht, weil wir die Pensionsproblematik nicht einmal ansatzweise gelöst haben. Sie hängt wie ein Damoklesschwert über dem Haushalt. Wir wissen todsicher, dass uns diese Problematik treffen wird. Wir wissen schon jetzt, in welcher Höhe sie uns treffen wird. Aber die Landesregierung hat für dieses Problem bisher keine Lösung – nicht einmal ansatzweise – vorgelegt.

(Zuruf des Abg. Manfred Groh CDU)

Dieses Problem wird uns in Zukunft noch stärker als der Länderfinanzausgleich und andere Themen, die Sie angesprochen haben, die Luft im Haushalt abschnüren. Dies wird unseren Gestaltungsspielraum im Haushalt einschränken. Die kleine Pensionsrücklage, die jetzt gebildet wurde, würde wohl ein Vierteljahr reichen, um den Pensionsverpflichtungen nachzukommen. Mehr ist es nicht; das ist nicht einmal ein Tropfen auf den heißen Stein. Diese Problematik, liebe Kolleginnen und Kollegen, wird uns in Zukunft beschäftigen.

Deshalb werden wir uns gleich zu Beginn der nächsten Legislaturperiode mit diesen Pensionsverpflichtungen beschäftigen müssen. Wenn wir sie nämlich mit in die Verschuldung einbeziehen, das heißt, wenn wir ehrlich sind, was unsere zukünftigen Verpflichtungen, unsere zukünftigen Haushalte angeht, dann sind wir auf einmal nicht mehr auf Platz 3, was die Verschuldung betrifft, sondern auf dem viertletzten Platz, auf dem letzten Platz der Flächenländer. Das war die Botschaft, die uns Herr Stratthaus in seiner letzten Rede als Finanzminister hier im Landtag mitgegeben hat. Wir müssen dieses Problem lösen. Baden-Württemberg ist hinsichtlich der Verschuldung nicht so gut, wie es uns von der Landesregierung immer vorgemacht wird.

Wer auch immer in der nächsten Regierung Finanzminister sein mag – er oder sie hat keinen einfachen Job, diesen Haushalt auf die richtige Spur zu bringen und die Lasten, die diese Haushalte beinhalten und die in fast 60 Jahren angehäuft wurden, zu beseitigen.

Wir müssen auf jeden Fall versuchen, eine solide und ehrliche Finanzierung hinzubekommen. Wenn wir das nicht schaffen, wenn wir uns diesen Haushalt weiter schönmalen, wie dies von der Landesregierung immer wieder gemacht wird, dann wird Baden-Württemberg in kürzester Zeit nicht mehr das angeblich reichste Bundesland, sondern eines der ärmsten Bundesländer sein. Der Gestaltungsspielraum dieses Landtags wird gleich null sein.

Deshalb möchte ich meine Aufforderung wiederholen – der Herr Finanzminister hat dies bei seiner letzten Rede zum Haushalt ins Lächerliche gezogen –: Ich finde es richtig, wenn wir uns im neuen Landtag in einer Enquetekommission damit beschäftigen, wie wir die Haushaltsprobleme in Zukunft lösen; denn die Landesregierung allein schafft es offensichtlich nicht, sie zu lösen.

(Beifall bei der SPD)

Präsident Peter Straub: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Schlachter.

Abg. Eugen Schlachter GRÜNE: Herr Präsident, meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen! Die Landesregierung ist in diesen Dritten Nachtrag mit dem Versprechen eingestiegen, die immer wieder versprochenen strukturellen Einsparvorschläge vorzulegen. Aber seit Herr Mappus im Amt ist, hören wir von ihm eigentlich nur, wo er nicht sparen will. Dann wurde angekündigt: Mit diesem Dritten Nachtrag sagen wir vor der Wahl, wo wir einsparen wollen. In den Medien wurde dann ein Sparpaket mit 500 Millionen € gemeldet. Das war vom Etikett her schon einmal recht ordentlich; denn es machte immerhin ein Drittel dessen aus, was wir strukturell einsparen müssen. Das ist also schon ein kraftvolles Wort.

Auch vom Finanzminister ist bei all seinen Festvorträgen draußen im Land immer wieder mit klaren Worten betont worden, dass man strukturell einsparen müsse: „Wir bräuchten rund 1,5 Milliarden €, und jetzt bekommen wir immerhin 500 Millionen € hin.“ Das war, fand ich zunächst, doch ein Wort; das Etikett war schon einmal nett.

(Zuruf des Abg. Franz Untersteller GRÜNE)

Wenn man aber nun den Inhalt des Pakets anschaute, kam Enttäuschung auf. Da war zunächst einmal das Vorgriffsstundenmodell. Das ist nichts anderes als eine zinslose Kreditierung bei den Mitarbeitern des Landes;

(Abg. Ingo Rust SPD: Schulden! Verschuldung ist das!)

es ist nichts anderes, als bei den Mitarbeitern Schulden aufzunehmen. Dann haben Sie pauschal Personalstellen eingespart und sind hier wie üblich mit globalen Minderausgaben, also dem alten, rostigen Rasenmäher, über den Haushalt gefahren. Außerdem holen Sie noch 30 Millionen € von der Förderbank des Landes. Zwischenfazit: Das Etikett ist gut, aber der Inhalt ist schwach.

(Abg. Franz Untersteller GRÜNE: Da ist gar keiner drin! Das Paket war völlig leer!)

Ich will nicht von Schwindel sprechen, aber er ist schwach. Es war auf jeden Fall weit entfernt von dem, was wir brauchen, um das Einsparpotenzial von 500 Millionen € zu erreichen, und es war weit entfernt von dem, was der Finanzminister draußen im Land immer wieder kraftvoll verkündet hat.

(Abg. Franz Untersteller GRÜNE: So etwas nennt man Etikettenschwindel!)

Aber der eigentliche Schwachpunkt wurde durch den Schwindel aufgedeckt, der hinterher kam, nämlich als die CDU damit begann, fette Wahlgeschenke zu machen. Das Vorgriffsstundenmodell wurde nach den vielen Mails, die Sie vermutlich bekommen haben,

(Abg. Manfred Groh CDU: Lebensarbeitszeitmodell!)

und auf Druck der Opposition wieder einkassiert. Sie sagen: Wir machen das alles jetzt auf freiwilliger Basis. Das finde ich auch in Ordnung; es ermöglicht den Beschäftigten eine eigene Lebensarbeitszeitplanung. Das ist eine vernünftige Geschichte.

(Abg. Franz Untersteller GRÜNE: Das hat aber nichts mit strukturellen Einsparungen zu tun! – Abg. Ingo Rust SPD: Gespart ist dadurch nichts!)

(Eugen Schlachter)

Aber die 160 Millionen € müssen Sie jetzt ausbuchen, denn gespart ist dadurch nichts.

(Abg. Franz Untersteller GRÜNE: 2 %!)

Dann haben Sie das nächste Wahlgeschenk versprochen, nämlich das kostenlose verpflichtende Kindergartenjahr. Wir haben auf unserem Parteitag gesagt: Wir setzen auf Qualität. Auch wir möchten gern ein beitragsfreies Kindergartenjahr, halten dies aber momentan für nicht finanzierbar. Für uns ist Qualität wichtiger, aber Sie generieren einfach kurz einmal Mehrausgaben von 100 Millionen € pro Jahr.

Das nächste Wahlgeschenk – wir waren es, die das aufdecken mussten – waren die 6 500 Lehrerstellen, die Sie ursprünglich streichen wollten. Diese stehen ganz klein, geradezu im Kleingedruckten. Wenn es um Versicherungen ginge, würde man sagen: Man wird über den Tisch gezogen. Diese k.w.-Stellen standen im Kleingedruckten, und der grüne Haushalter musste den Haushalt sehr aufmerksam lesen, um darauf zu stoßen. Das Kultusministerium war dann so nett, auch das zuzugeben. Nun rumort es auf einmal auch bei der CDU und vielleicht auch ein bisschen bei der FDP/DVP, denn Sie alle bekommen ja Mails von der Lehrerschaft, von den Elternverbänden usw.

(Abg. Reinhold Gall SPD: Das ändert für die doch gar nichts!)

Dadurch haben Sie gemerkt: Das war irgendwie ein „Kalter“. Jetzt legen Sie einen Antrag vor, dies zurückzuziehen. Im Grunde genommen hätten Sie dies gar nicht erst in den Haushalt einstellen müssen.

(Abg. Theresia Bauer GRÜNE: Genau! Aber den Versuch war es wert!)

Aber hieran merken Sie, wie unredlich Ihre ganze Haushaltspolitik ist. Ende 2009 sagten Sie: Wir stecken 500 Millionen € in eine Bildungsoffensive. Auf der anderen Seite „entlassen“ Sie im Haushalt 6 500 Lehrer. Das ist Ihre Art von Haushaltspolitik. Ich halte dies, gelinde ausgedrückt, für sehr, sehr unredlich.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Wenn Sie das alles zusammenzählen, dann haben wir nicht etwa 500 Millionen € eingespart, sondern wir haben Mehrausgaben in Höhe von 710 Millionen € generiert.

(Lachen bei Abgeordneten der Grünen und der SPD)

Hochgerechnet bis zum Jahr 2019 sind das in der Summe knapp 6 Milliarden €. Der Kollege Groh sprach vorhin von Schuldenbremse. Das ist nur schwer damit in Einklang zu bringen.

(Zuruf des Abg. Manfred Groh CDU)

Sie haben auch die Tilgung der bis jetzt aufgelaufenen Schulden in der mittelfristigen Finanzplanung schön nach hinten hinausgeschoben. All das soll erst nach 2014, also außerhalb des heute vorgelegten Planungszeitraums, geschehen. Sie sind also weit von dem entfernt, was Sie noch vor acht Wochen versprochen hatten, und Sie sind auch weit davon entfernt, einen Haushalt vorzulegen, der so konzipiert ist, dass 2020 die

Schuldenfreiheit erreicht ist. Ihre mittelfristige Finanzplanung hat Deckungslücken. Im Jahr 2012 sind es 2,9 Milliarden €, im Jahr 2013 sind es 2,7 Milliarden €, im Jahr 2014 sind es 2,8 Milliarden €. Zusammen ergibt das eine Deckungslücke von 8,4 Milliarden €.

Meine Damen und Herren, die Sache mit den Deckungslücken ist ja nicht lehrbuchfähig. Es scheint mir eher eine Chiffre zu sein.

(Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Wir haben in den letzten Jahren immer geschafft, das aufzufüllen!)

Ich sage dazu: Diese Regierung hat keine Ahnung,

(Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Das sagt der Richtige!)

wie sie diese Deckungslücke finanzieren soll. So würde ich das deuten. Jetzt denkt man natürlich: Klar, die Tilgungen für die zwangsläufigen Kreditaufnahmen werden in der mittelfristigen Finanzplanung zumindest eingebucht, so, wie ich das schon ausgeführt hatte. Es fehlen aber noch einmal 2,6 Milliarden €. Dann stellt man fest, der Trick lautet so: Wir verschieben alles auf einen Zeitpunkt außerhalb des Planungszeitraums. Das ist natürlich wohlfeil für Pressemitteilungen und für nette Reden. Mit solchen Tricks fährt man aber irgendwann an die Wand, nämlich im Jahr 2020, wenn wir keine neuen Schulden mehr aufnehmen dürfen und wenn uns die Zinsen der heute neu aufgenommenen Schulden das Genick brechen.

Ich fasse zusammen: Bei allem, was Sie uns vorhin als Einsparungen verkündet haben, sind nach meinen Berechnungen bis zum Jahr 2019 etwa 16,7 Milliarden € mehr im Saldo. Das hat nichts mehr mit ehrlicher Haushaltspolitik und auch nichts mit nachhaltiger Haushaltspolitik zu tun, sondern das ist für mich ein Schwindel. Sie meinen offenbar, die Menschen draußen glauben das, was Sie in Ihren Pressemitteilungen und schönen Wahlkampfreden verkünden. Aber glauben Sie mir, die Menschen werden Ihnen das nicht abnehmen. Wir werden solche Dinge bei Gelegenheit wieder aufdecken, so, wie es jetzt bei den k.w.-Stellen relativ einfach gelungen ist. Wir konnten Sie dabei noch rechtzeitig wachrütteln. Seien Sie uns also dankbar, dass wir Sie darauf hingewiesen haben.

(Beifall bei den Grünen – Zuruf von der CDU: Vielen Dank!)

Sie tarnen und täuschen. Sie nehmen 16,7 Milliarden € mehr Schulden auf, als Sie immer versprechen; Sie machen also neue Schulden. Das treibt Sie dazu, sich um andere Dinge zu kümmern, um von Ihrer eigenen Unfähigkeit abzulenken. Jetzt reden Sie von einer Klage gegen den Länderfinanzausgleich. Ich glaube, das soll nur darüber hinwegtäuschen, dass Sie nicht in der Lage sind, Ihre Hausaufgaben zu machen.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Heute Morgen haben wir bereits eine interessante Debatte über den Ankauf der EnBW-Anteile geführt. Auch dabei würde ich von Tarnen, Tricksen und Täuschen sprechen. Dies sehe ich aus der Position des Haushalters. Wir reden über schlappe 5,9 Milliarden €. Diesen Betrag finanzieren Sie über eine Zweckgesellschaft mit irgendeinem Fantasienamen. Es ist

(Eugen Schlachter)

noch nicht lange her, da haben alle Parlamente in dieser Republik, eigentlich in der ganzen Welt, über diese verbrecherischen Zweckgesellschaften gesprochen, mit denen Banken – auch einige aus der Bundesrepublik Deutschland – über Irland, über die Cayman Islands Spekulationsgeschäfte ausgelagert haben. Irgendwann mussten die hiesigen Banken sich für diese Dinge verbürgen und dafür geradestehen. Es gab die Finanzmarktkrise. Es gab einen Rettungsschirm von 400 Milliarden €.

Was machen Sie aber? Sie spekulieren auf dem Rücken des Steuerzahlers mit einer Zweckgesellschaft außerhalb des Haushalts.

(Zuruf von der CDU: Jetzt hört es aber auf! – Abg. Dr. Dietrich Birk CDU: Sagen Sie das einmal den Mitarbeitern der EnBW!)

Das hat mit solider Haushaltspolitik nichts mehr zu tun.

(Zuruf des Abg. Dr. Dietrich Birk CDU)

– Das sage ich ihnen, Herr Dr. Birk. Dazu habe ich den Mumm, Sie aber nicht.

(Beifall bei den Grünen – Abg. Dr. Dietrich Birk CDU: Fragen Sie einmal die Landkreise und die Kreistagsfraktionen der Grünen!)

– Da sind Sie falsch informiert.

Mit Tarnen, Tricksen und Täuschen muss es vorbei sein. Sie müssen das offen im Haushalt ausweisen. Sie müssen ein Gutachten vorlegen und die Wirtschaftlichkeit dieses Investments transparent darstellen. Sie dürfen das aber nicht auf Zweckgesellschaften mit irgendwelchen Fantasienamen auslagern.

Wir haben immer offen gesagt, was wir wollen. Wir haben gesagt, dass es einer Korrektur bei den Beihilfen bedarf. Bei den Pensionen können wir die Anstiege der vergangenen Jahre nicht mehr fortsetzen; denn sonst können wir unsere Haushalte nicht sanieren. Wir haben immer dafür gestimmt, wenn der Rechnungshof Verwaltungsvereinfachungsvorschläge und Modernisierungsvorschläge gemacht hat. Dies war beispielsweise bei der Vereinheitlichung der IT der Fall. In diesem Bereich könnte man sehr schnell 200 bis 300 Millionen € sparen. Dem haben Sie sich aber immer verwehrt.

Wir haben auch gesagt, dass die Kommunen mehr Geld brauchen. Deshalb haben wir einen Antrag eingebracht, der auf eine Erhöhung der Grunderwerbsteuer abzielte. Damit macht man sich nicht überall nur Freunde. Aber wir haben das offen angesprochen – auch vor der Wahl.

Außerdem haben wir einen Antrag der SPD mitgetragen und sind dankbar, dass auch der Finanzausschuss diesen mitgetragen hat. Dieser Antrag zielte darauf ab, mehr Kraft auf die Durchsetzung des Steuerrechts zu verwenden. Ich freue mich sehr, dass es gelungen ist, das zu erreichen, was wir Grünen und die SPD über Jahre hinweg gefordert haben, nämlich eine personelle Aufstockung der Finanzverwaltung. Dies ist eigentlich ein Glücksfall des parlamentarischen Verlaufs. Deshalb gilt der FDP/DVP ein Kompliment.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Man soll den Tag nicht vor dem Abend loben!)

Was wir über Jahre mit hartem Kampf versucht haben, das schaffen Sie tatsächlich im Schlaf.

Danke fürs Zuhören.

(Beifall und Heiterkeit bei den Grünen und der SPD)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Ich erteile Frau Abg. Berroth für die FDP/DVP-Fraktion das Wort.

(Abg. Ingo Rust SPD: Seid ihr schon wach? – Abg. Peter Hofelich SPD: Wenn das schon klappt!)

Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Diese meldet sich hellwach zu Wort. – Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die Senkung der Neuverschuldung steht im Mittelpunkt dieses Nachtrags. Das Steuermehraufkommen wird vollständig dazu genutzt, die Neuverschuldung 2010 im Haushaltsvollzug um etwa 1 Milliarde € zu senken. Auch für 2011 gilt, dass wir nicht nur das durch die Steuerschätzung prognostizierte Mehraufkommen zur Absenkung der Nettokreditaufnahme genutzt haben, sondern zusätzlich auch die über die Steuerschätzung hinausgehenden Einnahmen dazu nutzen, die Neuverschuldung um weitere 200 Millionen € auf 810 Millionen € zu senken.

Sie erinnern sich: Im ursprünglichen Haushalt waren 2,1 Milliarden € veranschlagt. Das ist doch ein deutlicher Unterschied.

Wir werden – Herr Kollege Groh hat es schon angeführt – ab 2014 keine neuen Schulden mehr benötigen. Allerdings, Herr Groh, haben wir dann leider noch keine Nullverschuldung. Auch Herr Schlachter hatte das zum Ausdruck gebracht. Eine Nullverschuldung ist etwas ganz anderes, da wären dann alle Schulden weg.

So viel zu dem, was wir zwar nicht in 60 Jahren, aber immerhin in 45 Jahren aufgehäuft haben. Wenn Sie, Herr Kollege Rust, ehrlich sind, müssen Sie zugeben: Seit die FDP/DVP mit an der Regierung ist, seit 1996, haben wir kontinuierlich an der Konsolidierung des Haushalts gearbeitet

(Abg. Walter Heiler SPD: Erfolglos!)

und deswegen in den Jahren 2008 und 2009 – zum ersten Mal seit 35 Jahren – keine zusätzliche Verschuldung gebraucht.

(Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: So ist es! – Abg. Dr. Dietrich Birk CDU: Das hätten wir auch ohne FDP geschafft! – Unruhe)

– Da bin ich mir nicht ganz so sicher, Herr Kollege Dr. Birk.

(Abg. Dr. Dietrich Birk CDU: Doch, Frau Kollegin Berroth!)

Ich habe einiges miterlebt, was da kontraproduktiv war.

Aber, Herr Kollege Schlachter, zu Ihren sonstigen Ausführungen möchte ich Sie schon fragen, ob Sie eine Nebenbeschäftigung in irgendeinem Milchwerk im Allgäu ausüben.

(Abg. Franz Untersteller GRÜNE: Nein, er ist Vorstandsvorsitzender! – Zuruf des Abg. Reinhold Gall SPD – Unruhe)

(Heiderose Berroth)

Das, was Sie hier an Milchbubenrechnungen aufstellen, geht auf keine Kuhhaut.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Abg. Dr. Dietrich Birk CDU: Der war gut!)

Vergleichen wir einmal die Absenkung der Neuverschuldung mit den zusätzlichen Ausgaben, die im Nachtrag stehen – auch heute kommt noch einiges hinzu –, dann wird deutlich: Wenn die Neuverschuldung um 200 Millionen € verringert wird und gleichzeitig etwa 20 Millionen € zusätzliche Ausgaben beschlossen werden, stimmt die Relation. Diese stellt den Konsolidierungskurs, dem sich unsere Koalition verschrieben hat, nicht infrage.

Die Initiativen der Koalitionsfraktionen zur weiteren Erhöhung der Mittel für Hochwassergeschädigte, für den Erhalt von Landesstraßen, das Antragspaket zur Stärkung der Innovationskraft des Mittelstands und im Bereich des Justizministeriums für die Stärkung der Integrationsprojekte sowie 400 000 € zusätzlich für die Qualifizierung von Übungsleitern in Vorgriff auf die glücklicherweise jetzt zustande gekommene solide und gute Fortschreibung des Solidarpakts Sport sind kleine, aber richtige und wichtige Maßnahmen, die wir zusätzlich in diesen Nachtrag aufnehmen.

Von besonderer Bedeutung ist aber ein Punkt, der in diesem Nachtrag noch nicht finanzwirksam wird: Wir nehmen eine bildungspolitische Weichenstellung vor, führen die Bildungs-offensive des Landes in den kommenden Legislaturperioden fort und bauen sie weiter aus.

(Abg. Dr. Frank Mentrup SPD: Bauen Lehrer ab!)

Der Klassenteiler wird auch im Bereich der weiterführenden Schulen weiter gesenkt auf höchstens 28 Schüler je Klasse. Mit diesem Nachtrag verschieben wir deshalb den Vollzug der k.w.-Vermerke bei den Kapiteln für den Bereich Schule von 2012 und 2013 auf die Jahre 2014 bis 2018.

Was uns natürlich besonders wichtig ist: Diese Verbesserungen werden zeitnah auch den Schulen in freier Trägerschaft zugutekommen.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Dies ergänzt den Entschließungsantrag, den der Finanzausschuss in der letzten Sitzung auf Initiative von FDP/DVP und CDU hin beschlossen hat und der inzwischen sogar Eingang in das Wahlprogramm der CDU gefunden hat, nämlich, dass wir spätestens bis Ende 2011 eine Verständigung mit den Verbänden der Schulen in freier Trägerschaft zustande bringen werden und dann zügig auf den Kostendeckungsgrad von 80 % zugehen.

Das heißt, die nächste Regierung unter Schwarz-Gelb wird deutliche Verbesserungen für die Schulen in freier Trägerschaft bringen. Bei Rot-Grün wäre ich mir angesichts der vielen Versprechungen, die Sie überall im Land an den unterschiedlichsten Stellen machen, da gar nicht so sicher.

Ohne diese weiteren Verbesserungen im Bildungsbereich wäre es natürlich erheblich einfacher, die in der mittelfristigen Finanzplanung verankerte weitere Absenkung der Neuverschuldung auf 700 bzw. 400 Millionen € für die Jahre 2012

und 2013 auch real zu vollziehen. Mit der Verschiebung des Vollzugs der k.w.-Vermerke, die immerhin rund 300 Millionen € ausmacht, bleibt dies eine große Herausforderung. Aber dieser stellen wir uns gern. Wir werden sie nämlich bestehen, weil wir schon bisher den Beweis erbracht haben, Herr Kollege Schlachter, dass wir solche Differenzen, wie Sie sie angesprochen haben, noch immer auch durch Sparbemühungen geschlossen haben. Das werden wir auch in Zukunft schaffen. Wir haben schon bisher solide Haushaltspolitik und verstärkte Investitionen in Bildung und Betreuung sowie Wissenschaft und Forschung zusammengebracht. Das ist bei uns kein Gegensatz, und diesen Beweis werden wir auch in Zukunft erbringen.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Im Vergleich der westdeutschen Flächenländer liegt Baden-Württemberg hier eindeutig vorn. Dieser Vorsprung soll weiter ausgebaut werden.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP und des Abg. Dr. Klaus Schüle CDU – Abg. Dieter Kleinmann FDP/DVP: Sehr richtig!)

Dieser Nachtrag enthält auch erste Maßnahmen entsprechend den Handlungsempfehlungen der Enquetekommission „Berufliche Bildung“ zur Sicherung des Fachkräftebedarfs. Im Wirtschaftsministerium werden Maßnahmen zur Verbesserung der Ausbildungsreife und weitere Finanzmittel für die Kontaktstellen „Frau und Beruf“ etatisiert, um mehr qualifizierte Wiedereinsteigerinnen für den Arbeitsmarkt zu gewinnen. Im Sozial- und Arbeitsministerium werden Projekte zur besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf ausgebaut. Ich weise deutlich darauf hin: Diese bessere Vereinbarkeit muss für Männer und Frauen gelten.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Dieter Kleinmann FDP/DVP: Sehr richtig!)

Zu Recht wird in der Begründung für diese 300 000 € darauf hingewiesen, dass dies eine Ergänzung des Projekts „family-NET“ im Wirtschaftsministerium ist. Ich gehe deshalb davon aus, dass es hier in Zukunft eine enge Zusammenarbeit der beiden Häuser geben wird, damit Doppelarbeit vermieden wird und eine gute Effizienz beim Einsatz von Steuermitteln gewährleistet bleibt.

Ein weiteres Projekt zu Familie und Beruf gibt es übrigens im Justizministerium, wo weitere Kinderbetreuungseinrichtungen an Justizstandorten eingerichtet werden.

(Abg. Dieter Kleinmann FDP/DVP: Hört, hört!)

Eine grundlegende Konsolidierung des Landeshaushalts ist ohne Einsparungen bei den Personalausgaben nicht möglich. Deshalb enthält dieser Nachtrag ein Stellenabbauprogramm, mit dem insgesamt fast 1 500 Stellen, davon 218 Stellen im Jahr 2011, abgebaut werden sollen. Polizei und Justiz, der Steuervollzug und natürlich Bildung und Wissenschaft sind aufgenommen, ebenso unsere Ruheständler.

Einen hohen Anteil an diesem Abbau haben die Regierungspräsidien zu tragen. Uns ist aber wichtig, dass die Regierungspräsidien weiterhin leistungsfähig bleiben. Wir haben deshalb in den Anträgen festgelegt, dass mindestens jede zweite durch

(Heiderose Berroth)

Fluktuation frei werdende Stelle auch wieder besetzt werden kann.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP)

Wir haben auch geklärt, was Fluktuation ist, nämlich nur das eindeutige Ausscheiden aus dem Landesdienst und nicht etwa Versetzungen innerhalb der Landesverwaltung. Wenn es anders nicht zu gewährleisten ist, dass jede zweite Stelle wieder besetzt werden kann – denn da sind gerade bei den Regierungspräsidien Schwierigkeiten wegen der parallel aus der Vergangenheit noch laufenden Abbauprogramme zu erwarten –, dann werden diese Stellenabbauverpflichtungen gegebenenfalls ins kommende Jahr verschoben.

Hier mein deutlicher Hinweis an das Finanzministerium: Herr Minister, wir gehen davon aus, dass Ihr Haus dies auch so vollzieht. Der Buschfunk trägt mir schon wieder zu, welche komische Rechnungen inzwischen angestellt werden. Bitte sorgen Sie dafür, dass das, was der Landtag beschließt, in der Verwaltung umgesetzt wird.

(Vereinzelt Heiterkeit)

– Wir haben aus anderen Häusern inzwischen zum Teil gerichtlich bestätigte negative Beispiele. Das betrifft nicht das Finanzministerium. Deshalb weise ich hier rechtzeitig darauf hin. Es wäre leider nicht das erste Mal, dass es in der Verwaltung manchen Leuten egal ist, was das Parlament will. Das sollte nicht sein.

Im Entwurf des Nachtrags gab es auch noch Festlegungen für ein Vorrangstundenmodell. Ich habe schon im Dezember meine Vorbehalte gegen die dort vorgesehene Lösung vorgebracht. Das Lebensarbeitszeitkonto, Herr Kollege Groh, ist für mich seit meiner Studienzeit ein Thema. Damals kam das zum ersten Mal auf.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Da haben Sie noch gar nicht geschafft! Da haben Sie für das Studium gelernt, Frau Berroth!)

Deswegen bin ich froh, dass die CDU nun mit uns diesen Weg in ein zukunftsträchtiges Modell geht. Wir hoffen, dass in großem Umfang davon Gebrauch gemacht werden wird, damit wir uns keine anderen Lösungen überlegen müssen.

Im Übrigen wiederhole ich an dieser Stelle unser liberales Credo: Wir brauchen eine tiefgreifende Aufgabenkritik, die sich nicht auf den Abbau klassischer Subventionen beschränken darf. Nur dann ist auch Personalabbau wirklich möglich.

Ebenfalls will ich noch darauf hinweisen, dass in diesem Nachtrag keine Einsparungen zulasten der Kommunen enthalten sind. Die Landesregierung und die sie tragenden Fraktionen haben sich immer zur kommunalen Selbstverwaltung bekannt. Wir wissen, dass die Kommunen in den letzten Jahren stärker als Bund und Länder von der Finanzkrise der öffentlichen Haushalte betroffen waren. Deshalb bin ich sicher, dass sich das von Fairness und Partnerschaft geprägte Verhältnis, das die Beziehungen zwischen dem Land und den Kommunen gerade in dieser Legislaturperiode des Landtags ausgezeichnet hat, auch in Zukunft bewähren wird und dass dies auch für die Gespräche über spezielle Themen in den Bereichen von Bildung und Betreuung, über Pädagogische Assis-

tenten und Jugendsozialarbeit oder über den weiteren Ausbau von Ganztagschulen und Kinderbetreuung gilt.

Meine Damen und Herren, eine Bemerkung noch zum im Finanzausschuss mit meiner Hilfe erfolgten Beschluss über mehr Personal in der Steuerverwaltung.

(Beifall bei der SPD und des Abg. Eugen Schlachter GRÜNE – Abg. Katrin Altpeter SPD: Ja!)

Ich gebe ehrlich zu, dass ich da einen Fehler gemacht habe.

(Abg. Katrin Altpeter SPD: Nein!)

Wir werden diesen heute korrigieren. Denn wir haben uns schon oft darüber unterhalten, dass das, was Sie da an Berechnungen vorlegen, eben nicht stimmt.

(Beifall bei der FDP/DVP – Abg. Ingo Rust SPD: Rechnungshof! Das hat der Rechnungshof berechnet!)

Ich will es jetzt gar nicht weiter ausführen, aber das werden wir korrigieren. Ich bedaure, dass ich da etwas falsch gemacht habe. Aber das kann man korrigieren.

Ein Einstellungskorridor für die Finanzverwaltung ist dringend nötig; den haben wir für den nächsten Haushalt vorgesehen.

(Abg. Ingo Rust SPD: Warum nicht jetzt?)

Zum Schluss, meine Damen und Herren: Wir haben diesen Nachtrag im Zuge der Beratungen deutlich verändert. Die Gesamtbewertung bleibt aber so, wie ich sie schon im Dezember vorgenommen habe: Dies ist ein Nachtrag, mit dem wir unseren Zielen ein weiteres Stück näherkommen. Schritt für Schritt, solide und zuverlässig sorgen wir dafür, dass Baden-Württemberg auch weiterhin das bleibt, was Theodor Heuss einst über unser Land gesagt hat: ein Land deutscher Möglichkeiten, auch in der Finanzpolitik.

(Beifall bei der FDP/DVP und des Abg. Dr. Klaus Schüle CDU)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Für die Landesregierung erteile ich Herrn Finanzminister Stächele das Wort.

Finanzminister Willi Stächele: Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Einige wenige Anmerkungen zum Schluss dieser Rednerreihenfolge.

(Heiterkeit des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP)

Der Doppelhaushalt 2010/2011 stand in der Aufstellung und auch im Vollzug im Lichte einer schwierigen Wirtschaftsentwicklung. Die Frage, wie wir hinsichtlich der Wirtschaft heute stehen, wird unterschiedlich beantwortet. Es gibt viele kritische und noch zurückhaltende Stimmen – auch jetzt wieder beim Wirtschaftsgipfel in Davos. Jemand hat gesagt: Ich weiß nichts; sicher ist nur, dass mit jedem Tag, an dem es keinen Rückschlag gibt, das Ende der Krise etwas näher rückt.

(Vereinzelt Beifall)

(Minister Willi Stächele)

Ich bin da optimistischer, insbesondere deswegen, weil wir wissen, wie stark Baden-Württemberg ist, welche Wirtschaftskraft dahintersteht. Die Wirtschaftsentwicklung ist optimal. Es ist heute bereits gesagt worden: Wir haben den besten Arbeitsmarkt in Deutschland, die geringste Jugendarbeitslosigkeit und im Gefolge – nach gutem Wirtschaften – mehr Steuern. Dieser Haushalt ist ein Haushalt der Disziplin und der Verantwortung für die Zukunft, weil genau das, was an Steuermehreinnahmen hereinkommt, komplett zur Rückführung der vorgesehenen Neuverschuldung eingesetzt wird.

(Zuruf des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP)

Wenn ich von Verantwortung und Disziplin spreche, dann ist das wirklich berechtigt, unterlegt mit Zahlen.

Als Zweites ist das Sparpaket angesprochen worden. Vor einer Landtagswahl Sparpakete zu machen ist nicht ganz einfach. Wir haben gesagt: Nichts da, die Leute sollen wissen, woran sie mit uns sind.

(Lachen bei Abgeordneten der SPD)

Wir gehen den Weg der Konsolidierung.

(Unruhe bei der SPD und den Grünen)

– Also Grün und Rot, jetzt einmal ganz ruhig, sonst fange ich mit den Zahlen von Nordrhein-Westfalen an. Das ist ausgesprochen unangenehm.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Zuruf des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP)

Der baden-württembergische Wähler würde mit Entsetzen davonlaufen, wenn er sähe, was für eine finanzielle Schlampelei in Nordrhein-Westfalen betrieben wird.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Dr. Klaus Schüle CDU: Sehr gut!)

Aber schauen Sie, das Sparpaket ist gelungen. Ich habe bei jeder Gelegenheit gesagt: Das ist im Grunde ein erster wichtiger Schritt auf dem Weg zur Schuldenbremse. Das darf man auch am heutigen Tag noch einmal in Erinnerung rufen.

(Zuruf der Abg. Bärbl Mielich GRÜNE)

Wir haben das neue Verfassungsrecht, das allen Bundesländern gebietet, ab dem Jahr 2019 ausgeglichene Haushalte vorzulegen. Das wird einigen sehr, sehr schwerfallen, insbesondere denen, die jetzt noch einmal in zusätzliche Verschuldung gehen.

(Abg. Dr. Dietrich Birk CDU: NRW!)

Aber auch Baden-Württemberg muss bis dahin etwa 5 % seiner strukturellen Ausgaben zurückführen. Wir werden das schaffen. Wir werden bereits zum Jahr 2014 wiederum einen ausgeglichenen Haushalt vorlegen. Auch das ist nicht aus der Luft gegriffen. Wir haben es bewiesen. Die regierungstragenden Fraktionen und die Regierung haben 2008/2009 ausgeglichene Haushalte vorgelegt. Wir mussten danach nur deshalb in die Verschuldung einsteigen, weil es das Gebot der Stunde war, mit neuen Schulden einen konjunkturgerechten Haushalt

zu erstellen, um Arbeitsplätze zu sichern. So war die Gleichung – in jener Zeit und wohl auch noch heute unbestritten.

(Zuruf von der CDU: Sehr gut!)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, die einzelnen Punkte zum Haushalt sind noch einmal vorgetragen worden. Ich möchte nur ganz kurz auf das eingehen, was Herr Rust im Hinblick auf die Sparbemühungen gesagt hat. Ob das Vorgriffsstundenmodell freiwillig oder nicht freiwillig ist, macht in Bezug auf den Haushalt keinen Unterschied. Entscheidend ist, dass 160 Millionen € gepackt werden. Die werden gestemmt.

(Zuruf des Abg. Ingo Rust SPD)

Ich bin bei der Frage, ob freiwillig oder nicht freiwillig, offen. Ich habe auch immer gesagt: Wenn die 160 Millionen € in den Jahren kommen, in denen dieses Vorgriffsstundenmodell wirken soll und wirken wird, dann sind im ersten Jahr Einsparungen in Höhe von 20 Millionen € zu erbringen. Die müssen kommen. Wenn sie nicht freiwillig kommen, müssen die Ressorts sie erbringen. Vonseiten des Finanzministers kann man diese Geschichte also recht entspannt angehen. Wir werden die 160 Millionen € als Teil des 500-Millionen-€-Paketes erbringen.

Nur in einem haben Sie recht – ich würde es allerdings nicht indirekte Verschuldung nennen –: In der Tat, es gibt die Jahre des Zurückgebens. Ich sage es bei jeder Gelegenheit und immer wieder: Jeder, der dem jetzt zustimmt, muss wissen, dass er nicht nur von einem Stellenabbau in diesen Jahren profitieren kann, sondern dass er gleichzeitig mit ganzer Kraft dangehen muss, Aufgaben abzubauen. Sonst wäre es in die Tasche gelogen. Da sind wir uns einig. Wenn Sie sagen: „indirekte Verschuldung“, dann sage ich Ihnen: Gehen Sie davon aus, dass diese Regierungsfraktionen dafür Sorge tragen werden, dass wir dann, wenn wir es zurückgeben müssen, unseren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern auch weniger Aufgabenerledigung abverlangen werden.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Wo sind wir denn? Erst das Parlament ignorieren, und dann das Volk ignorieren!)

Herr Rust, Sie haben vom Druck der SPD gesprochen. Den habe ich gar nicht so gespürt.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP – Heiterkeit bei der CDU)

Aber das musste einmal gesagt werden. Wenn man den nicht so spürt, dann muss man den Druck zumindest einmal zu Protokoll geben. Ich meine, im Moment gibt es einen etwas anderen Druck, nämlich durch die Umfragen. Aber das lassen wir jetzt einmal.

(Heiterkeit bei der CDU)

Das, was Sache ist, ist in diesem Haushalt drin: die Breitbandverkabelung – absolut im Sinne unserer jahrzehntelangen Politik der gleichwertigen Verhältnisse auch für den ländlichen Raum –, Bildungshäuser, Bildungspolitik, die Straßen, die 15 Millionen € zusätzlich für die Beseitigung der Löcher, die jetzt im Winter entstanden sind. Das alles sind Punkte – ob

(Minister Willi Stächele)

mit Druck oder ohne Druck –, bei denen die Regierungsfraktionen wissen, was zu tun ist und was geboten ist. Deswegen wäre es an sich auch schön, wenn die Opposition dies dann positiv begleitet.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Herr Kretschmann ist im Moment leider nicht hier. Heute Morgen ist zum Tagesordnungspunkt 1 ein Satz gefallen, der mir gar nicht gefallen hat, nämlich der, es sei ein ganz schlechter Stil, den Beamten bereits vor den Tarifverhandlungen 2 % in Aussicht zu stellen. Wir alle sollten uns daran erinnern: Wir haben dieses Volumen ganz konkret bei der Verabschiedung des Doppelhaushalts beschlossen.

(Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Richtig!)

Herr Kretschmann möge doch bitte sagen, ob er das unseren Mitarbeitern vorenthalten will. Ich bin heilfroh, dass jetzt wenigstens die 2 % verlässlich an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ausgegeben werden. Das geschieht jenseits der ganzen Tarifverhandlungen, die im März oder im April irgendwann zu Ende gebracht werden. Aber die 2 % sind nichts anderes als Haushaltsvollzug, und ich gehe davon aus, dass der Landtag doch möchte, dass wir den Haushaltsvollzug im Sinne dessen, was beschlossen worden ist, auch wirklich vornehmen – damit das hier einmal geradegerückt wird.

(Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Wir möchten das schon!)

Schlussbilanz: Herr Rust, der Hinweis, dass uns die nächsten Jahre viele Kraftanstrengungen abverlangen werden, ist sicherlich berechtigt.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Jawohl!)

Aber was Baden-Württemberg angeht, bin ich dank bisheriger konsolidierter Haushalts- und Finanzpolitik sehr zuversichtlich. Deswegen bin ich mir ganz sicher, dass wir peu à peu dahin kommen, wohin uns das Grundgesetz selbst schon führen wird – das ist bereits grundgesetzliche Verpflichtung –, nämlich zur Schuldenbremse ab dem Jahr 2019.

Dann stellt sich natürlich die Frage: Was wird mittelfristig mit den Deckungslücken sein? Es war schon immer so, dass im Zuge der Haushaltsaufstellung zu diesen Lücken eine ganz konkrete Aussage getroffen wird. Gehen Sie also davon aus, dass wir das für die Jahre 2012, 2013, 2014 machen werden, und Sie als Opposition werden das dann auch wieder – mit Druck oder ohne Druck – begleiten können. Ich habe überhaupt keine Bedenken, dass wir uns nachher noch gut darüber auseinandersetzen werden.

(Abg. Ingo Rust SPD: Hochmut kommt vor dem Fall!)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, noch einmal: Ich glaube, es war auch gut und richtig, dass wir in den Pensionsfonds eingestiegen sind. Die Rücklagen haben mittlerweile ein Volumen von 2 Milliarden €. Man sollte das also nicht kleinreden. Hier ist ganz konkret deutlich gemacht, welche Verantwortung wir dort haben, wo diese Haushalte Sprengsätze beinhalten. Dazu zählen in der Tat die Versorgungsausgaben, die in der Zukunft notwendig werden.

Ich habe mir bisher weitgehend erspart, das vorzutragen, was unter dem Stichwort „Peinliches“ abgehandelt werden müsste. Das sind die vielen, vielen Ausgabenbeschlüsse, die auf Ihren Parteitag gefasst worden sind. Auf dem SPD-Parteitag hatte jemand ganz flehentlich gerufen: „Leute, hört auf damit! Es geht um die Frage, ob wir am 27. März regierungsfähig sind.“ Trotzdem wurde der betreffende Antrag mit dem gesamten Ausgabenvolumen verabschiedet.

Ich kann nur an Sie appellieren, nicht nur hier große Reden zu führen, sondern dann auch auf dem Parteitag dazu zu stehen und zu sagen: „Leute, lasst die Kirche im Dorf. Das ist nicht zu machen.“

(Abg. Peter Hofelich SPD: Das gilt aber für alle! –
Abg. Katrin Altpeter SPD: Das gilt für andere Parteitage auch!)

Wenn aber jemand flehentlich bittet: „Hört auf mit diesen Ausgabenbeschlüssen! Es geht um die Regierungsfähigkeit am 27. März“, dann muss man einfach feststellen: Die Regierungsfähigkeit ist hiermit aberkannt. Das läuft einfach nicht mit dem, was Sie an Sammelsurium, an Neuverschuldung, an Ausgabenbeschlüssen gefasst haben.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Unsolide! Unredlich!)

Zum Schluss: Liebe Frau Berroth, es tut mir furchtbar leid, dass Sie auf den Buschfunk angewiesen sind.

(Vereinzelt Oh-Rufe)

Sie kennen meine Telefonnummer: 279-3500; mobil erreichen Sie mich für nächtliche Anfragen.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Ab 2:00 Uhr!)

Sie sollen künftig wirklich gute Auskünfte erhalten.

Dank all denen, die jetzt an der Haushaltsberatung mitgewirkt haben.

Ich bitte um die Verabschiedung des Nachtragshaushalts.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Liebe Kolleginnen und Kollegen, es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor.

Wir kommen in der Zweiten Beratung zur **A b s t i m u n g**. Ich lasse zunächst über den Entwurf des Nachtragsplans gemäß dem Gesetzentwurf der Landesregierung – Gesetz über die Feststellung eines Dritten Nachtrags zum Staatshaushaltsplan von Baden-Württemberg für das Haushaltsjahr 2011 –, Drucksache 14/7320, entscheiden. Abstimmungsgrundlage dafür ist die Beschlussempfehlung des Finanzausschusses, Drucksache 14/7470.

Ich bitte, damit einverstanden zu sein, dass ich die Einzelpläne, soweit möglich, jeweils im Ganzen aufrufe.

Wir stimmen zunächst über Abschnitt I der Beschlussempfehlung des Finanzausschusses, Drucksache 14/7470, ab.

(Stellv. Präsident Wolfgang Drexler)

Ich rufe auf

Einzelplan 01

Landtag

Wer stimmt dem Einzelplan 01 mit dem im Finanzausschuss neu in den Dritten Nachtrag aufgenommenen Kapitel 0101 – Landtag – zu? – Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist dem Einzelplan 01 einstimmig zugestimmt.

Ich rufe auf

Einzelplan 02

Staatsministerium

Wer stimmt dem Einzelplan 02 mit Kapitel 0201 – Staatsministerium – zu? – Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich? – Dem Einzelplan 02 ist mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe auf

Einzelplan 03

Innenministerium

Die Beschlussempfehlung zum Einzelplan 03 enthält in Ziffer 1 das im Finanzausschuss neu in den Dritten Nachtrag aufzunehmende Kapitel 0303 – Der Landesbeauftragte für den Datenschutz. Wer diesem Kapitel zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist dem neu aufzunehmenden Kapitel einstimmig zugestimmt.

Ich lasse über den Änderungsantrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der FDP/DVP, Drucksache 14/7550-1, der die Aufnahme des Kapitels 0310 – Feuerschutz, Katastrophenschutz – sowie des Titels 681 73 – Abwicklung von Landeshilfen – in den Dritten Nachtrag begehrt, abstimmen. Wer diesem Änderungsantrag zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist diesem Änderungsantrag einstimmig zugestimmt.

Zum Einzelplan 03 empfiehlt Ihnen der Finanzausschuss in den Ziffern 2 bis 4 der Beschlussempfehlung, dem Kapitel 0314 – Landespolizei –, dem Kapitel 0136 – Bereitschaftspolizei – und dem Kapitel 0330 – Ausländer und Aussiedler – in der Fassung des Dritten Nachtrags zuzustimmen. Kann ich die Ziffern 2 bis 4 der Beschlussempfehlung zum Einzelplan 03 gemeinsam zur Abstimmung stellen? –

(Zurufe: Ja!)

Dagegen erhebt sich kein Widerspruch.

Wer stimmt den Ziffern 2 bis 4 der Beschlussempfehlung zum Einzelplan 03 zu? – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist diesen Ziffern mehrheitlich zugestimmt.

Dem Einzelplan 03 ist damit wie in der Beschlussempfehlung des Finanzausschusses vorgeschlagen sowie mit der bei Kapitel 0310 soeben beschlossenen Änderung zugestimmt.

Ich rufe auf

Einzelplan 04

Ministerium für Kultus, Jugend und Sport

und hierzu den Änderungsantrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der FDP/DVP, Drucksache 14/7550-2, mit dem der Vollzug von k.w.-Vermerken bei Lehrern zeitlich verschoben werden soll. Dieser Antrag begehrt in den Ziffern 1 bis 6 die Aufnahme der Kapitel 0405, 0408, 0410, 0416, 0420 und 0436 jeweils mit dem Titel 422 01 – Planstellen für Beamte. Außerdem wird in Ziffer 7 des Änderungsantrags begehrt, die Verschiebung des Vollzugs der k.w.-Vermerke bei der Fortschreibung der mittelfristigen Finanzplanung für die Jahre 2012 ff. zu berücksichtigen.

Ich schlage vor, über diesen Änderungsantrag insgesamt abzustimmen. – Dagegen erhebt sich kein Widerspruch.

Wer dem Änderungsantrag Drucksache 14/7550-2 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Somit ist dieser Änderungsantrag einstimmig beschlossen.

Der Finanzausschuss empfiehlt in den Ziffern 1 und 2 seiner Beschlussempfehlung zum Einzelplan 04, dem Kapitel 0436 – Allgemeine Schulangelegenheiten – und dem Kapitel 0455 – Pauschalleistungen an die Kirchen und Aufwendungen für andere Religionsgemeinschaften und sonstige kirchliche Zwecke – zuzustimmen. Bei Kapitel 0436 ist die soeben beschlossene Änderung im Stellenplan zu berücksichtigen. Wer Ziffer 1 und Ziffer 2 mit dieser Maßgabe zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Es ist einstimmig so beschlossen.

Weiter schlägt der Finanzausschuss in seiner Beschlussempfehlung zum Einzelplan 04 vor, die folgenden Kapitel neu in den Dritten Nachtrag aufzunehmen: gemäß Ziffer 3 das Kapitel 0460 – Sportförderung – und gemäß Ziffer 4 das Kapitel 0465 – Jugend und kulturelle Angelegenheiten. Kann ich die Ziffern 3 und 4 gemeinsam zur Abstimmung stellen? –

(Abg. Klaus Herrmann CDU: Ja!)

Es erhebt sich kein Widerspruch.

Wer stimmt den Ziffern 3 und 4 der Beschlussempfehlung zum Einzelplan 04 zu? – Wer ist dagegen? – Damit ist einstimmig zugestimmt.

Dem Einzelplan 04 ist damit wie vom Finanzausschuss empfohlen sowie mit den soeben bei den Kapiteln 0405, 0408, 0410, 0416, 0420 und 0436 beschlossenen Änderungen zugestimmt.

Wir haben noch über den Entschließungsantrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der FDP/DVP zum Einzelplan 04, Drucksache 14/7550-3, abzustimmen, der im Zusammenhang mit dem soeben beschlossenen Änderungsantrag 14/7550-2 steht. Wer diesem Entschließungsantrag zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist einstimmig zugestimmt.

Ich lasse nun über den Änderungsantrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der FDP/DVP zum Projekt „Integration gemeinsam schaffen“, Drucksache 14/7550-4, abstimmen. Wer die Aufnahme des Titels 684 70 – Zuschüsse u. dgl. zur Projektförderung – in Kapitel 0501 – Ministerium – des Einzelplans 05 – Justizministerium – in den Dritten Nachtrag begehrt und damit diesem Änderungsantrag zustimmt, den bit-

(Stellv. Präsident Wolfgang Drexler)

te ich um das Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Somit ist dem Änderungsantrag einstimmig zugestimmt.

Ich lasse nun über den Änderungsantrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der FDP/DVP zum Thema „Einrichtung von Kinderzimmern in allen Familiengerichten“, Drucksache 14/7550-5, abstimmen. Dieser Änderungsantrag begehrt die Aufnahme von Kapitel 0503 – Gerichte der ordentlichen Gerichtsbarkeit und Staatsanwaltschaften – Titel 511 01 – Geschäftsbedarf sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände – in den Dritten Nachtrag. Wer diesem Änderungsantrag zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Es ist einstimmig zugestimmt.

Ich rufe den Änderungsantrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der FDP/DVP zum Thema „Ausweitung des räumlichen Einsatzbereichs der sogenannten elektronischen Fußfessel auf weitere Justizvollzugsanstalten und Verlängerung des Modellversuchs um ein Jahr“, Drucksache 14/7550-6, auf. Dieser Änderungsantrag begehrt die Aufnahme von Kapitel 0508 – Justizvollzugsanstalten – Titel 534 03 – Sachaufwand im Rahmen der elektronischen Aufsicht im Vollzug der Freiheitsstrafe – in den Dritten Nachtrag. Wer diesem Änderungsantrag zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist er mehrheitlich beschlossen.

Der Aufnahme des Einzelplans 05 in den Dritten Nachtrag mit den soeben beschlossenen Änderungen in den Kapiteln 0501, 0503 und 0508 ist damit zugestimmt.

Ich rufe auf

Einzelplan 06

Finanzministerium

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Moment! – Abg. Dr. Klaus Schüle CDU: Wir beantragen getrennte Abstimmung über die beiden Kapitel!)

Die Beschlussempfehlung des Finanzausschusses zum Einzelplan 06 enthält als Ziffer 1 das neu in den Dritten Nachtrag aufzunehmende Kapitel 0608 – Steuerverwaltung – und als Ziffer 2 das Kapitel 0620 – Betriebe und Beteiligungen.

Ich lasse zunächst – wie gewünscht – über Ziffer 1, Kapitel 0608 – Steuerverwaltung – abstimmen. Wer der Ziffer 1 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer ist dagegen? –

(Oh-Rufe von der SPD und den Grünen)

Wer enthält sich? – Damit ist die Aufnahme des Kapitels 0608 in den Dritten Nachtrag mehrheitlich abgelehnt.

Ich lasse nun über Ziffer 2 bezüglich Kapitel 0620 – Betriebe und Beteiligungen – abstimmen. Wer der Ziffer 2 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Es ist mehrheitlich zugestimmt.

Einzelplan 06 ist damit mit einer Änderung zugestimmt.

Ich rufe auf

Einzelplan 07

Wirtschaftsministerium

Der Finanzausschuss empfiehlt Ihnen in den Ziffern 1 und 2 seiner Beschlussempfehlung zum Einzelplan 07, dem Kapitel 0702 – Allgemeine Bewilligungen – und dem Kapitel 0707 – Wirtschaftspolitik und Außenwirtschaft – zuzustimmen.

Sie sind damit einverstanden, dass ich beide Ziffern gemeinsam zur Abstimmung stelle. – Dagegen erhebt sich kein Widerspruch.

Wer den Ziffern 1 und 2 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist diesen Ziffern mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe den Änderungsantrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der FDP/DVP zum Thema „Maßnahmen zur Erschließung des Fachkräftepotenzials von qualifizierten Wiedereinsteigerinnen in den Beruf“, Drucksache 14/7550-1, auf.

(Abg. Klaus Herrmann CDU: 7550-7, Herr Präsident!)

– Was habe ich gesagt?

(Abg. Klaus Herrmann CDU: 7550-1!)

– Drucksache 14/7550-7. Es ist gut, dass Sie aufpassen. Eine solche Kontrolle des Parlaments ist ungeahnt.

(Abg. Dr. Klaus Schüle CDU: Heute einmal!)

– Heute einmal, richtig.

Der Änderungsantrag Drucksache 14/7550-7 begehrt die Aufnahme von Kapitel 0708 – Innovation und Technologietransfer – Titel 686 75 – Zuschüsse für die Kontaktstellen „Frau und Beruf“ – in den Dritten Nachtrag. Wer diesem Änderungsantrag zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist diesem Änderungsantrag einstimmig zugestimmt.

Ich lasse nun über den Änderungsantrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der FDP/DVP zum Thema „Zusätzliche Mittel für den Aufbau einer Fraunhofer-Projektgruppe für Automatisierung in der Medizin und Biotechnologie in Mannheim als Außenstelle des Stuttgarter Fraunhofer-Instituts für Produktionstechnik und Automatisierung in Stuttgart“, Drucksache 14/7550-8, abstimmen. Dieser Antrag begehrt in Kapitel 0708 – Innovation und Technologietransfer – die Aufnahme des Titels 894 86 C – Zuwendung zu Investitionen der FhG – in den Dritten Nachtrag. Wer diesem Änderungsantrag zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist diesem Änderungsantrag einstimmig zugestimmt.

Der Finanzausschuss schlägt Ihnen in Ziffer 3 seiner Beschlussempfehlung zum Einzelplan 07 – Wirtschaftsministerium – vor, dem Kapitel 0710 – Mittelstandsförderung – zuzustimmen. Zum Kapitel 0710 liegen zwei Änderungsanträge vor.

(Stellv. Präsident Wolfgang Drexler)

Ich lasse zunächst über den Änderungsantrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der FDP/DVP zum Thema „Maßnahmen zur Verbesserung der Ausbildungsreife“, Drucksache 14/7550-9, abstimmen. Dieser Antrag begehrt die Aufnahme des Titels 686 75 – Zuschüsse für laufende Maßnahmen – in den Dritten Nachtrag. Wer diesem Änderungsantrag zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Einstimmig zugestimmt.

Ich lasse nun zu Kapitel 0710 über den Änderungsantrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der FDP/DVP zum Thema „Pilotförderung Innovationsgutscheine“, Drucksache 14/7550-10, abstimmen. Dieser Antrag begehrt die Aufnahme des Titels 683 78 – Zuschüsse für laufende Maßnahmen zur Stärkung der Zukunftsfähigkeit von KMU – in den Dritten Nachtrag. Wer diesem Änderungsantrag zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist es so beschlossen.

Mit den Änderungsanträgen der Fraktion der CDU und der Fraktion der FDP/DVP, Drucksachen 14/7550-11 und 14/7550-12, wird die Aufnahme des Kapitels 0711 – Energie und Wohnungsbau – in den Dritten Nachtrag begehrt.

Ich lasse zunächst über den Änderungsantrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der FDP/DVP zum Thema „Entwicklung eines Geschäftsmodells Contracting für mittelständische Anbieter“, Drucksache 14/7550-11, abstimmen. Mit diesem Antrag soll der Titel 547 70 C – Sonstiger Sachaufwand – in den Dritten Nachtrag aufgenommen werden. Wer diesem Änderungsantrag zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist diesem Änderungsantrag einstimmig zugestimmt.

Ich lasse über den Änderungsantrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der FDP/DVP zum Thema „Energieeffizienz Prozesskälteanlagen in KMU“, Drucksache 14/7550-12, abstimmen. Mit diesem Antrag soll der Titel 686 70 – Zuschüsse für laufende Maßnahmen – in den Dritten Nachtrag aufgenommen werden. Wer diesem Änderungsantrag zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist diesem Änderungsantrag einstimmig zugestimmt.

Zum Kapitel 0712 – Raumordnung, Städtebau und Denkmalpflege – empfiehlt Ihnen der Finanzausschuss in Ziffer 4 seiner Beschlussempfehlung zum Einzelplan 07, diesem Kapitel zuzustimmen. Wer der Ziffer 4 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist der Ziffer 4 einstimmig zugestimmt.

Dem Einzelplan 07 ist damit wie in der Beschlussempfehlung des Finanzausschusses vorgeschlagen sowie mit den bei den Kapiteln 0708, 0710 und 0711 soeben beschlossenen Änderungen zugestimmt.

Ich rufe auf

Einzelplan 08

Ministerium für Ländlichen Raum, Ernährung und Verbraucherschutz

Wer stimmt diesem Einzelplan mit dem Kapitel 0803 – Ländlicher Raum, Ernährung und Landwirtschaft – gemäß der Be-

schlussempfehlung des Finanzausschusses zu? – Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe auf

Einzelplan 09

Ministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familien und Senioren

Ziffer 1 der Beschlussempfehlung zu diesem Einzelplan sieht vor, das Kapitel 0901 – Ministerium – neu in den Dritten Nachtrag aufzunehmen. Wer Kapitel 0901 entsprechend der Beschlussempfehlung des Finanzausschusses zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Somit ist einstimmig zugestimmt.

Der Finanzausschuss empfiehlt in Ziffer 2 der Beschlussempfehlung zum Einzelplan 09, dem Kapitel 0919 – Familienhilfe – zuzustimmen.

Zum Kapitel 0919 liegt der Änderungsantrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der FDP/DVP, Drucksache 14/7550-13, vor, über den ich nun abstimmen lasse. Dieser Änderungsantrag zum Thema „Einrichtung von bis zu vier weiteren Kindertageseinrichtungen an Justizstandorten“ begehrt eine Änderung des Titels 893 03 – Investitionszuschüsse an Träger von Kindertageseinrichtungen für die betrieblich unterstützte Betreuung von Kindern von Landesbediensteten – im Dritten Nachtrag. Wer diesem Antrag zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Der Änderungsantrag ist einstimmig angenommen.

Wer Kapitel 0919 in der Fassung der Beschlussempfehlung des Finanzausschusses mit der soeben beschlossenen Änderung zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Dem wurde einstimmig zugestimmt.

Ich lasse nun über den Änderungsantrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der FDP/DVP, Drucksache 14/7550-14, abstimmen, der die Aufnahme von Kapitel 0921 – Förderung der Chancengleichheit von Frauen und Männern – Titel 534 01 – Dienstleistungen Dritter und dgl. – in den Dritten Nachtrag begehrt. Die beantragten Mittel sollen für das Projekt „Ausbau des Kompetenzzentrums Beruf & Familie“ zur Verfügung gestellt werden. Wer diesem Änderungsantrag zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Dem wurde einstimmig zugestimmt.

Der Finanzausschuss empfiehlt Ihnen weiter in Ziffer 3 der Beschlussempfehlung zum Einzelplan 09, dem Kapitel 0922 – Gesundheitspflege – zuzustimmen. Wer stimmt der Ziffer 3 zu? – Wer ist dagegen? – Der Ziffer 3 wurde mehrheitlich zugestimmt.

Dem Einzelplan 09 ist damit in der Fassung der Beschlussempfehlung mit den soeben beschlossenen Änderungen bei den Kapiteln 0919 und 0921 zugestimmt.

Ich rufe auf

Einzelplan 10

Ministerium für Umwelt, Naturschutz und Verkehr

(Stellv. Präsident Wolfgang Drexler)

Der Finanzausschuss empfiehlt Ihnen in seiner Beschlussempfehlung, dem Kapitel 1004 – Straßenbau – zuzustimmen.

Zu Kapitel 1004 liegt der Änderungsantrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der FDP/DVP, Drucksache 14/7550-15, vor, über den ich nun abstimmen lasse. Dieser Änderungsantrag begehrt eine Erhöhung bei Titel 781 79 – Erhaltung – im Dritten Nachtrag. Wer diesem Änderungsantrag zustimmt, der möge bitte die Hand erheben. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Dem Änderungsantrag Drucksache 14/7550-15 wurde somit einstimmig zugestimmt.

Wer dem Einzelplan 10 in der Fassung der Beschlussempfehlung mit den soeben beschlossenen Änderungen in Kapitel 1004 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Dem Einzelplan 10 wurde mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe auf

Einzelplan 12

Allgemeine Finanzverwaltung

Der Finanzausschuss empfiehlt in seiner Beschlussempfehlung unter den Ziffern 1 bis 3 zum Einzelplan 12, den folgenden Kapiteln zuzustimmen: Kapitel 1201 – Steuern –, Kapitel 1204 – Finanzausgleich zwischen Land und Bund sowie anderen Ländern – und Kapitel 1205 – Kommunaler Finanzausgleich.

Kann ich die Ziffern 1 bis 3 gemeinsam zur Abstimmung stellen?

(Zurufe: Ja!)

Mir liegt nämlich der Hinweis vor, dass die Grünen eine getrennte Abstimmung zu diesen Kapiteln möchten.

(Abg. Klaus Herrmann CDU: Die sind dagegen! – Abg. Peter Hauk CDU: Die sind auch gegen Einzelabstimmung! – Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Die sind sowieso dagegen! – Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Die sind jetzt auch gegen sich selbst!)

Ich habe einen Zettel vorgelegt bekommen. Wenn Sie das nicht wollen, dann machen wir das nicht.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Nicht so aggressiv!)

Wie soll verfahren werden? Ich frage: Getrennt oder nicht getrennt abstimmen? Nicht getrennt? Alles zusammen aufrufen? – Gut.

Über die Ziffern 1 bis 3 der Beschlussempfehlung zum Einzelplan 12 können wir gemeinsam abstimmen. Wer diesen Ziffern zustimmt, der möge bitte die Hand erheben. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Mit zwei Gegenstimmen ist es mehrheitlich so beschlossen.

In Ziffer 4 der Beschlussempfehlung zum Einzelplan 12 schlägt der Finanzausschuss vor, dem Kapitel 1206 – Schulen und Forderungen – zuzustimmen.

Zu Kapitel 1206 liegt der Änderungsantrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der FDP/DVP, Drucksache 14/7550-16, vor, über den ich nun abstimmen lasse. Dieser Änderungsantrag begehrt die Änderung des Titels 325 86 – Auf dem sonstigen inländischen Kreditmarkt – im Dritten Nachtrag und damit eine Herabsetzung der Kreditermächtigung. Wer diesem Änderungsantrag zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Einstimmig angenommen.

Damit ist auch dem Kapitel 1206 mit der beschlossenen Änderung zugestimmt.

Wir kommen nun zu Ziffer 5 der Beschlussempfehlung des Finanzausschusses zu Kapitel 1212 – Sammelansätze – und zu dem hierzu vorgelegten Änderungsantrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der FDP/DVP, Drucksache 14/7550-17. Dieser Änderungsantrag begehrt die Änderung des Titels 361 01 – Einnahmen aus Überschüssen der Vorjahre. Wer diesem Änderungsantrag zustimmt, der möge bitte die Hand heben. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Einstimmig zugestimmt.

Ich lasse nun über Kapitel 1212 mit der soeben beschlossenen Änderung abstimmen. Wer diesem Kapitel zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Mehrheitlich so zugestimmt.

Wir kommen nun zu der Beschlussempfehlung des Finanzausschusses zu Kapitel 1223 – Zukunftsinvestitionen. Wer dieser Beschlussempfehlung des Finanzausschusses zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Kapitel 1223 ist mehrheitlich zugestimmt.

Ich lasse nun über den Einzelplan 12 in der Fassung der Beschlussempfehlung des Finanzausschusses mit den soeben beschlossenen Änderungen in den Kapiteln 1206 und 1212 abstimmen. Wer dem Einzelplan 12 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Dem Einzelplan 12 ist damit mehrheitlich zugestimmt.

Wir haben nun noch über Abschnitt II der Beschlussempfehlung des Finanzausschusses, Drucksache 14/7470, abzustimmen. Zum Kapitel 0435 – Förderung von Schulen in freier Trägerschaft – liegt außerdem ein Entschließungsantrag der Fraktion der SPD, Drucksache 14/7550-19, für ein gemeinsames Konzept mit den Verbänden und den Trägern der Schulen vor.

Dieser Entschließungsantrag ist weiter gehend als Abschnitt II der Beschlussempfehlung; deshalb stelle ich ihn zuerst zur Abstimmung. Wer dem Entschließungsantrag der Fraktion der SPD, Drucksache 14/7550-19, zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist dieser Entschließungsantrag mehrheitlich abgelehnt.

Ich stelle nun Abschnitt II der Beschlussempfehlung des Finanzausschusses, Drucksache 14/7470, zur Abstimmung. Wer diesem Abschnitt zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Abschnitt II wurde mehrheitlich zugestimmt.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir kommen in der Zweiten Beratung zur **E i n z e l a b s t i m m u n g** über den Gesetzentwurf der Landesregierung – Gesetz über die Fest-

(Stellv. Präsident Wolfgang Drexler)

stellung eines Dritten Nachtrags zum Staatshaushaltsplan von Baden-Württemberg für das Haushaltsjahr 2011 –, Drucksache 14/7320.

Abstimmungsgrundlage ist die Beschlussempfehlung des Finanzausschusses, Drucksache 14/7471. Der Finanzausschuss empfiehlt Ihnen, dem Gesetzentwurf in dieser Fassung zuzustimmen.

Ich rufe auf

§ 1

§ 1 Abs. 1 enthält eine Tabelle mit den hinzutretenden und den wegfallenden Einnahmen und Ausgaben in den Einzelplänen. Diese Tabelle ist nun noch an die soeben beschlossenen Änderungen anzupassen. Die Gesamtsumme der Einnahmen bzw. Ausgaben beträgt nun jeweils 538 732 200 €.

Außerdem sind die Summen in der Anlage zum Staatshaushaltsgesetz entsprechend den gefassten Beschlüssen anzupassen.

In § 1 Abs. 2 des Gesetzentwurfs ist das bisherige Haushaltsvolumen in Höhe von 35 316 999 600 € durch den Betrag von 35 335 449 600 € zu ersetzen.

Wer § 1 mit diesen Maßgaben zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe auf

§ 2

Wer diesem Paragrafen zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe auf

§ 3

Wer § 3 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe auf

§ 4

Hierzu liegt der Änderungsantrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der FDP/DVP, Drucksache 14/7550-18, zur Absenkung der Kreditermächtigung auf 810 Millionen € vor. Wer diesem Änderungsantrag zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – § 4 wurde mit dieser Änderung einstimmig angenommen.

Ich rufe auf

§ 5

Wer stimmt § 5 zu? – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe auf

§ 6

Wer stimmt § 6 zu? – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Einstimmig zugestimmt.

Ich rufe auf

§ 7

Wer stimmt § 7 zu? – Wer ist dagegen? – Enthaltungen? – Mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe auf

§ 8

Wer stimmt § 8 zu? – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Mehrheitlich zugestimmt.

Wir kommen nun in der Dritten Beratung zur **A b s t i m m u n g**. Abstimmungsgrundlage sind die soeben in Zweiter Beratung gefassten Beschlüsse zu den Drucksachen 14/7470 und 14/7471.

Ich rufe zunächst wieder den Entwurf für den Dritten Nachtrag zum Staatshaushaltsplan der Landesregierung von Baden-Württemberg für das Haushaltsjahr 2011 auf.

Ich rufe auf

Einzelplan 01

Landtag

Hierzu gab es in der Zweiten Beratung keine Änderung. Wer stimmt zu? – Wer ist dagegen? – Enthaltungen? – Keine. Dem Einzelplan 01 ist einstimmig zugestimmt.

Ich rufe auf

Einzelplan 02

Staatsministerium

Hierzu gab es in der Zweiten Beratung keine Änderung. Wer stimmt zu? – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Dem Einzelplan 02 ist mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe auf

Einzelplan 03

Innenministerium

Hierzu gab es in der Zweiten Beratung eine Änderung durch den Antrag Drucksache 14/7550-1, Stichwort Hochwasserhilfen. Wer ist dafür? – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Dem Einzelplan 03 ist mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe auf

Einzelplan 04

Ministerium für Kultus, Jugend und Sport

Hierzu gab es in der Zweiten Beratung eine Änderung durch den Antrag Drucksache 14/7550-2, Stichwort „Zeitliche Verschiebung des Vollzugs von k.w.-Vermerken bei Lehrerstellen“. Wer zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Dem Einzelplan 04 ist mehrheitlich zugestimmt.

(Stellv. Präsident Wolfgang Drexler)

Ich rufe auf

Einzelplan 05
Justizministerium

In der Zweiten Beratung wurde dieser Einzelplan durch die Änderungsanträge Drucksachen 14/7550-4, 14/7550-5 und 14/7550-6 in den Dritten Nachtrag aufgenommen. Stichworte waren: Integration, „Kinderzimmer an Familiengerichten“ und „Elektronische Fußfesseln“. Wer stimmt zu? – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Dem Einzelplan 05 ist mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe auf

Einzelplan 06
Finanzministerium

Hierzu gab es in der Zweiten Beratung eine Änderung. Es geht jetzt nur noch um Kapitel 0620 – Betriebe und Beteiligungen. Wer stimmt zu? – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Dem Einzelplan 06 ist mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe auf

Einzelplan 07
Wirtschaftsministerium

Hierzu gab es in der Zweiten Beratung Änderungen durch die Anträge Drucksachen 14/7550-7, 14/7550-8, 14/7550-9, 14/7550-10, 14/7550-11 und 14/7550-12. Stichworte sind: Kontaktstelle „Frau und Beruf“, Fraunhofer-Institut, Ausbildungsreife, Innovationsgutscheine, Contracting und Energieeffizienz. Wer stimmt dem Einzelplan 07 zu? – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Dem Einzelplan 07 ist einstimmig zugestimmt.

Ich rufe auf

Einzelplan 08
Ministerium für Ländlichen Raum, Ernährung und Verbraucherschutz

Hierzu gab es in der Zweiten Beratung keine Änderung. Wer stimmt zu? – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Dem Einzelplan 08 ist mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe auf

Einzelplan 09
Ministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familien und Senioren

Hierzu gab es in der Zweiten Beratung zwei Änderungen durch die Anträge Drucksachen 14/7550-13 und 14/7550-14. Stichworte waren: Kinderbetreuungseinrichtungen und Chancengleichheit. Wer stimmt zu? – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Dem Einzelplan 09 ist einstimmig zugestimmt.

Ich rufe auf

Einzelplan 10
Ministerium für Umwelt, Naturschutz und Verkehr

Hierzu gab es in der Zweiten Beratung eine Änderung durch den Antrag Drucksache 14/7550-15, Stichwort „Erhaltung Straßenbau“. Wer stimmt dem Einzelplan 10 zu? – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Dem Einzelplan 10 ist mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe auf

Einzelplan 12
Allgemeine Finanzverwaltung

Hierzu gab es in der Zweiten Beratung Änderungen durch die Anträge Drucksachen 14/7550-16 und 14/7550-17, Stichwort „Senkung der Kreditermächtigung“. Wer stimmt dem Einzelplan 12 zu? – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Der Einzelplan 12 ist mehrheitlich beschlossen.

Wir kommen nun in der Dritten Beratung zur **E i n z e l - a b s t i m m u n g** über den Gesetzentwurf der Landesregierung – Gesetz über die Feststellung eines Dritten Nachtrags zum Staatshaushaltsplan von Baden-Württemberg für das Haushaltsjahr 2011 –, Drucksache 14/7320. Abstimmungsgrundlage sind die soeben in der Zweiten Beratung gefassten Beschlüsse.

Ich rufe auf

§ 1

Ich verweise auf die bereits in der Zweiten Beratung mitgeteilten geänderten Summen, die sich aus der Annahme der Änderungsanträge ergeben haben. – Sie stimmen zu.

Ich rufe auf

§ 2

Wer stimmt § 2 zu? – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe auf

§ 3

Wer stimmt dem zu? – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Mehrheitlich zugestimmt.

§ 4

Ich verweise auf die in § 4 beschlossene Änderung durch den Antrag Drucksache 14/7550-18. – Sie stimmen § 4 zu.

Wir kommen jetzt zu

§ 5

Wer stimmt § 5 zu? – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist diesem Paragraphen mehrheitlich zugestimmt.

Wir kommen zu

§ 6

Wer stimmt § 6 zu? – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist einstimmig zugestimmt.

(Stellv. Präsident Wolfgang Drexler)

Wir kommen zu

§ 7

Wer stimmt § 7 zu? – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Mehrheitlich Zustimmung.

§ 8

Wer stimmt dem zu? – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Mehrheitlich Zustimmung.

Die Einleitung

lautet: „Der Landtag hat am 2. Februar 2011 das folgende Gesetz beschlossen.“

Die Überschrift

lautet: „Gesetz über die Feststellung eines Dritten Nachtrags zum Staatshaushaltsplan von Baden-Württemberg für das Haushaltsjahr 2011“. – Sie stimmen der Überschrift zu.

Wir kommen zur

Schlus s a b s t i m m u n g

Wer dem Gesetz im Ganzen zustimmen möchte, den bitte ich, sich zu erheben. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? –

(Oh-Rufe von der CDU und der FDP/DVP)

Bei einer Enthaltung ist das Gesetz mehrheitlich vom Landtag verabschiedet.

Ich lasse noch über die Mitteilung des Finanzministeriums vom 22. Dezember 2010 – Mittelfristige Finanzplanung für die Jahre 2010 bis 2014 –, Drucksache 14/7398, abstimmen. Abstimmungsgrundlage ist die Beschlussempfehlung des Finanzausschusses, Drucksache 14/7472. Der Finanzausschuss schlägt Ihnen vor, von dieser Mitteilung Kenntnis zu nehmen. – Sie stimmen der Beschlussempfehlung zu.

(Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Jawohl!)

Damit ist Punkt 3 der Tagesordnung erledigt.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, bevor wir jetzt in die Mittagspause eintreten, möchte ich Sie auf den Empfang in der Eingangshalle anlässlich des 100. Internationalen Frauentags aufmerksam machen. Es wird u. a. eine Gesprächsrunde mit den frauenpolitischen Sprecherinnen aller Fraktionen geben. Bei einem Mittagssnack haben Sie die Möglichkeit, die Diskussion fortzusetzen.

Es ist jetzt 13:21 Uhr. Wir setzen die Sitzung um 14:30 Uhr fort. Eine Stunde Mittagspause wird wohl ausreichen.

(Unterbrechung der Sitzung: 13:21 Uhr)

*

(Wiederaufnahme der Sitzung: 14:30 Uhr)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die unterbrochene Sitzung des Landtags von Baden-Württemberg wird fortgesetzt.

Ich rufe **Tagesordnungspunkt 4** auf:

Regierungsbefragung

Das Staatsministerium hat uns mit Schreiben vom 1. Februar 2011 mitgeteilt, dass eines der zentralen Themen der letzten Kabinettsitzung lautete: Enquetekommission „Fit fürs Leben in der Wissensgesellschaft – berufliche Schulen, Aus- und Weiterbildung“ – Vorschläge zur Umsetzung von Handlungsempfehlungen im Bereich der beruflichen Schulen und der dualen Ausbildung.

Frau Ministerin Professorin Dr. Schick wird zu diesem Thema eine einleitende Erklärung abgeben.

Die Regularien kennen Sie, Frau Ministerin: Sie haben dafür fünf Minuten Redezeit. Sie bleiben dann bitte auch hier vorn stehen, während die Fragen vom Plenum gestellt werden. Ich verweise auf die Richtlinien für die Regierungsbefragung.

Bitte, Frau Ministerin.

Ministerin für Kultus, Jugend und Sport Dr. Marion Schick: Vielen Dank. – Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Empfehlungen der Enquetekommission „Fit fürs Leben in der Wissensgesellschaft – berufliche Schulen, Aus- und Weiterbildung“ sind dem Hohen Haus kurz vor Weihnachten präsentiert worden.

Wir haben uns bemüht, die Ergebnisse dieser Kommission, die fast ein Jahr lang getagt hat, so schnell, so konsequent und so schnell wirksam wie möglich umzusetzen. Wir haben bei den Maßnahmen der Enquete, die wir als Erstes umsetzen, einen Schwerpunkt auf die Förderung von benachteiligten Jugendlichen gelegt, um gerade auch die berufliche Bildung derjenigen, die beim Start ins Berufsleben nicht alle Vorteile auf ihrer Seite haben, zu unterstützen.

Deswegen hat das Kultusministerium die Umsetzung in Angriff genommen. Ich nenne z. B. die Einführung von Ganztagsangeboten. Das betrifft vor allem die Maßnahmen, bei denen die Jugendlichen die meiste Unterstützung brauchen: Das sind das Berufsvorbereitungsjahr, das Berufseinstiegsjahr und das „Vorqualifizierungsjahr Arbeit/Beruf“. Ganztagsbetreuung wird hier bedeuten, dass die Jugendlichen nicht nur eine zeitlich ausgeweitete, sondern auch eine deutlich intensiviertere Unterstützung bekommen. Wir können nun mit den Mitteln, die uns zusätzlich zur Verfügung gestellt werden, Projekte fortführen, die früher aus ESF-Mitteln finanziert worden sind, und wir können sie auch ausweiten.

In eine ähnliche Richtung geht die Verstärkung des praktischen Anteils dieser eben genannten Maßnahmen. Im Berufsvorbereitungsjahr, im Berufseinstiegsjahr und im „Vorqualifizierungsjahr Arbeit/Beruf“ werden wir künftig darauf achten, dass die schulischen Anteile ein Stück weit in den Hintergrund treten und die praktischen Anteile gewichtiger werden. Die Überschrift hierzu ist die Dualisierung dieser berufsvorbereitenden Maßnahmen.

Welcher Grund steckt dahinter? Die Enquete hat dies deutlich herausgearbeitet: Junge Menschen, die bei der Aufnahme theoretisch dargebotenen Wissens schon viele Misserfolgserebnisse hatten und dort einfach nicht die Gewinner sind, lernen besser, indem an die praktische Umsetzung angeknüpft wird.

(Ministerin Dr. Marion Schick)

Sie bekommen ihre wahre neue Lernchance vor allem dadurch, dass sie eben nicht wieder theoretisches Wissen aufnehmen müssen, sondern dass sie zeigen können, was sie bereits können, und dass sie erfolgreiches Lernen als freudvoll erleben. Deswegen ist diese Maßnahme, die Dualisierung der berufsvorbereitenden Schulen, für uns auch von besonderer Bedeutung.

In den gleichen Schwerpunktbereich reiht sich die Einführung individueller Unterstützungssysteme ein. Auch hier greifen wir die Empfehlungen der Enquete unmittelbar auf. Für leistungsschwächere Jugendliche sollen zusätzliche individuelle Unterstützungsmaßnahmen in der Berufsschule entwickelt werden, basierend auf einer Kompetenzanalyse, die uns dann ganz klar zeigt: Wo müssen wir ansetzen? Wo brauchen die jungen Menschen zusätzliche Unterstützung? Das kann auch in den Kernfächern Deutsch und Mathematik sein, das kann aber auch in anderen Bereichen des beruflichen Lernspektrums sein.

Dies sind Maßnahmen aus dem Bündel „Unterstützung von Lernschwächeren“.

Für die Lernstärkeren und für die Höherqualifikation beispielgebend ist eine Maßnahme, die überfällig ist – die Enquete hat das deutlich gemacht –: Das ist die verpflichtende Einführung der Fremdsprache Englisch an der Berufsschule. Englisch wird als einstündiges Fach integriert werden. Das ist ein notwendiger Anfang, aber sicherlich nicht der Abschluss der Fremdsprachenorientierung an der Berufsschule.

Ebenfalls wichtig sind uns der immer stärker werdende Zusammenhalt und die Zusammenarbeit zwischen Schule und Arbeitswelt. Dabei greifen wir die Anregungen der Enquetekommission sehr gern auf und richten gemäß der Empfehlung Wirtschaftsbeiräte an den Berufsschulen ein. Diese haben die Funktion, Mittler zwischen den Anforderungen der Arbeitswelt, der beruflichen Systeme und der Schule zu sein. Sie werden ein Austauschgremium sein, in dem alle Fragen der berufspraktischen Orientierung intensiv entwickelt werden können.

Abschließend: Die Umsetzung eines interaktiven Bildungsnavigators

(Abg. Peter Hofelich SPD: Oi!)

wird dazu führen, dass sich junge Menschen in dem komplexen Gebilde der beruflichen Bildung in unserem Land besser zurechtfinden und alle Chancen, die es gibt, ausschöpfen können.

Herzlichen Dank.

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Vielen Dank, Frau Ministerin.

Ich will nur einmal kurz darauf hinweisen: Die Regierung ist davon ausgegangen, dass jetzt auch Herr Minister Pfister eine Erklärung abgibt. Das kann ich leider nicht zulassen, weil bei einer Regierungsbefragung nur ein Mitglied der Landesregierung die einleitende Erklärung abgibt. Aber Herr Minister Pfister war so freundlich, zu sagen, er gebe seine Rede zu Protokoll. Deshalb würde ich sagen: Wir nehmen die Rede zu Protokoll und gehen gleich zur Regierungsbefragung über. (Siehe Erklärung zu Protokoll am Schluss des Tagesordnungspunkts.)

Kollege Kaufmann von der SPD-Fraktion hat sich gemeldet.

Abg. Gunter Kaufmann SPD: Frau Ministerin, ich darf Sie in Ihrer Aussage unterstützen, dass es sich um längst überfällige Maßnahmen handelt. Ich darf Sie daran erinnern, dass diese Maßnahmen in diesem Haus schon öfter eine Rolle gespielt haben und dass das auch Forderungen waren, die – auch mit entsprechenden Anträgen – von unserer Seite hier immer wieder zur Abstimmung gestellt wurden.

Dass der Englischunterricht in der Sekundarstufe II, in der Oberstufe, endlich auch an den Berufsschulen eingeführt wird, ist eine reine Selbstverständlichkeit. Ich erinnere an die Diskussion mit den IHKS, in der gefragt wurde: Wie lange muss ein Betrieb für einen Außenhandelskaufmann, der ausgebildet wird, noch den Unterricht an der Berlitz-School oder sonst irgendwo selbst bezahlen? Diese Maßnahme war also überfällig.

Aber ich darf Sie auch fragen, ob nicht auch Sie es für notwendig erachten, in der dualen Ausbildung zusätzlich auch bestimmte Anreicherungen anzubieten, und zwar beispielsweise den Erwerb der Fachhochschulreife, um die Attraktivität der Lehre entsprechend zu steigern. Das ist ja auch in der Kommission zum Ausdruck gekommen.

Was Ihre Position und Ihre Ausführungen zu den Ganztagsangeboten betrifft, so darf ich Sie fragen, ob nicht auch Sie mit uns der Meinung sind, dass solche Angebote nicht nur auf BEJ und BVJ begrenzt sein dürfen, sondern dass natürlich auch in dem gesamten beruflichen Bereich einschließlich der Kooperationsklassen, einschließlich der Berufsförderklassen Schulsozialarbeit einzuführen ist. Es wird Sie auch nicht verwundern, dass wir Sie noch einmal daran erinnern, dass wir Schulsozialarbeit als eine Aufgabe der Bildungspolitik ansehen und insoweit hier auch eine Finanzierung des Landes einfordern.

Vielen Dank.

(Beifall des Abg. Nikolaos Sakellariou SPD)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Bitte, Frau Ministerin.

Ministerin für Kultus, Jugend und Sport Dr. Marion Schick: Herr Präsident! Herr Abgeordneter, ich darf die drei Punkte abarbeiten und mit dem letzten beginnen. Sie wissen, dass das Land zurzeit auch in Gesprächen mit den Spitzen der kommunalen Landesverbände ist, und zwar mit dem Ziel, einen Pakt für Chancengerechtigkeit abzuschließen, der auch eine Übereinkunft zwischen den kommunalen Landesverbänden und dem Land beinhaltet, wie man mit der Frage der Jugendsozialarbeit an Schulen umgeht. Dies ist tatsächlich ein Thema, bei dem den Bürgern und Bürgerinnen vor allem nicht signalisiert werden sollte, dass ein ständiger Kompetenzstreit besteht, sondern bei dem eine gemeinschaftlichen Vorgehensweise signalisiert werden sollte.

Die Landesregierung ist nicht der Ansicht, dass es Aufgabe des Landes ist, Jugendsozialarbeit an Schulen zu finanzieren. Aber wir sind in Gesprächen mit den kommunalen Landesverbänden darüber, wie wir hier die Unterstützungssysteme, die in der Zuständigkeit des Landes sind, und die Unterstützungssysteme, die in der Zuständigkeit der Kommunen sind, miteinander in Einklang bringen.

(Ministerin Dr. Marion Schick)

Zu Ihrer Frage nach der Ausweitung der Ganztagsangebote: Ich darf Ihnen tatsächlich zustimmen. Ich bin wie Sie der Ansicht, dass dieser Einstieg in einen Ausbau und in eine Umsetzung von Ganztagsangeboten in den genannten Klassen und schulischen Angeboten nicht der Endzustand sein wird. Ich bin wie Sie auch der Ansicht, dass wir die Erfahrungen, die wir nun machen werden, in die Beantwortung der Frage einbringen müssen: Welche Bereiche der beruflichen Bildung – über die genannten hinaus – bedürfen in nächster Priorität solcher Ganztagsangebote? Ich glaube, wir sind uns in der Analyse einig, dass gerade die Leistungsschwächeren stark davon profitieren. Dies gilt insbesondere für Teilnehmer an berufsqualifizierenden Maßnahmen, die für den ersten Ausbildungs- und Beschäftigungsmarkt noch nicht fit genug waren.

Ich bin hier also durchaus Ihrer Ansicht, plädiere aber – so werden wir es auch tun – für ein stufenweises Vorgehen. Die ersten Stufen habe ich genannt. Lassen Sie uns Erfahrungen sammeln, wo die Gelder, die hier jetzt zusätzlich zur Verfügung stehen, am besten eingesetzt werden können.

Ich darf auf Ihre erste Frage zurückkommen, die – wenn ich sie etwas grundsätzlicher beantworten darf – darauf abzielte, wie wir Phasen beruflicher Tätigkeit und beruflicher Ausbildung mit der Weiterqualifizierung in formellen Schulabschlüssen und formalen Bildungswegen vermengen. Auch hier bin ich sicher, es überrascht Sie nicht, wenn ich sage: Ja, ich bin Ihrer Ansicht, dass das Entwicklungsziel in den nächsten Jahren ganz eindeutig sein wird, dass wir Trennungen zwischen dem allgemeinbildenden Schulwesen und dessen Abschlüssen und beruflicher Qualifikation und dabei erworbenen Kompetenzen, so sie noch vorhanden sind, weiter abbauen müssen. Dies entspricht der Grundlinie unserer Bildungspolitik, nämlich der Gleichwertigkeit zwischen allgemeiner und beruflicher Bildung.

Daher haben Sie ein Ziel beschrieben, das eine moderne Bildungspolitik, die die berufliche Bildung ernst nimmt, intensiv verfolgen muss. Es darf nicht sein, dass im beruflichen Bereich erworbene Kompetenzen für allgemeinbildende Schulwege nicht anschlussfähig sind.

Hier haben wir in den letzten Jahren schon viel erreicht. Ich denke z. B. an die Möglichkeit des Hochschulzugangs für Meister. Aber auch dieser Prozess ist nicht abgeschlossen. Bildungspolitisch steht er für uns in der Agenda auch sehr weit vorn.

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Vielen Dank. – Eine weitere Wortmeldung, Frau Abg. Krueger von der CDU-Fraktion.

Abg. Andrea Krueger CDU: Herr Präsident, sehr geehrte Frau Ministerin! Zunächst will ich eine Bemerkung vorausschicken. Ich bin Ihnen sehr dankbar, dass Sie gerade eben in Ihrer Antwort noch einmal auf das Thema Gleichwertigkeit abgehoben haben. Denn es ist, glaube ich, dem gesamten Haus und insbesondere natürlich den Mitgliedern der Enquete wirklich sehr wichtig, dass wir diesen Punkt immer wieder deutlich machen.

Ein Weiteres will ich noch vorausschicken: Ich will daran erinnern, dass die berufliche Bildung in Baden-Württemberg

schon heute die Spitzenposition in der Bundesrepublik einnimmt. Das sage nicht ich, und das sagt nicht die CDU. Vielmehr hat das Institut der deutschen Wirtschaft in seinen Studien über viele Jahre hinweg den großen Abstand zu allen anderen Ländern sehr eindeutig belegt.

Dennoch will ich noch einmal kurz auf zwei Bereiche eingehen, die Sie in Ihrer Einleitung auch schon angesprochen haben, Frau Ministerin. Ich meine den Bereich der individuellen Förderung und den der Vernetzung. Wir wollten mit der Enquete deshalb, weil man auch Gutes immer noch besser machen kann und soll, insbesondere auf die Herausforderungen, die uns in der Zukunft ins Haus stehen, bereits im Vorfeld frühzeitig, rechtzeitig eingehen. Ich darf an das Prognos-Gutachten erinnern, das uns bis zum Jahr 2030 einen Fachkräftemangel von 500 000 Menschen prognostiziert. Allein die Hälfte davon sind Meister und Techniker. Das ist für uns als Gesellschaft insgesamt und insbesondere auch für unsere Wirtschaft eine sehr große Herausforderung, der wir uns auch stellen wollen.

Wir müssen schon heute vor allem im Handwerk feststellen – das kam auch in den Stellungnahmen in der Enquete zum Ausdruck –, dass die Betriebe Probleme haben, Auszubildende zu gewinnen, die sie für die Weiterführung ihrer Betriebe und die Ausübung ihrer Gewerke brauchen. Gleichzeitig wissen wir, dass die beruflichen Schulen die jungen Menschen, auch die leistungsschwächeren, besonders dann motivieren können, wenn wir über andere Formen der Lernmotivation an sie herangehen.

(Abg. Bärtl Mielich GRÜNE: Wie ist die Frage?)

Ich denke insbesondere auch an die Förderangebote, die Sie bereits angesprochen haben, auch an diejenigen, die außerschulisch mit einbezogen werden können.

Ich will aber auch noch einmal deutlich machen: Es geht nicht, dass wir die beruflichen Schulen sich selbst überlassen. Vielmehr sind da die Eltern, die Betriebe, die Gesellschaft insgesamt gefordert und gefragt.

Sie haben vorhin darauf abgehoben, dass die individuelle Förderung ein regulärer Bestandteil der Bildungsangebote an den beruflichen Schulen sein muss. Diese Auffassung teile ich vollinhaltlich. Ich will trotzdem noch zwei vertiefende Fragen an Sie richten.

Zur Einführung der individuellen Unterstützungssysteme: Wir haben bereits heute eine ganze Reihe von unterstützenden Maßnahmen. Ich denke an die ausbildungsbegleitenden Hilfen. Vielleicht können Sie noch einmal konkretisieren, wie Sie diese Vertiefung, die Sie schon angesprochen haben, gerade für die Lernschwächeren in der konkreten Ausgestaltung vorsehen. Vielleicht haben Sie dazu auch schon eine zeitliche Vorstellung.

Das Zweite sind die Empfehlungen der Enquete zum Thema „Dualisierung von BVJ, VAB, BEJ“. Sie haben die Chancen, die darin für die jungen Menschen stecken und die wir tatsächlich so gesehen haben, wie Sie es formulierten, schon beschrieben. Ich denke aber, es gibt über die Chancen für die jungen Menschen hinaus auch Chancen für die Betriebe, Chancen, die für diese Betriebe auch Motivation sein können

(Andrea Krueger)

und sollen, gemeinsam mit den Schulen diesen Weg zu gehen. Vielleicht können Sie noch sagen, wie Sie sich diese Kooperation für die Zukunft vorstellen.

Danke.

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Bitte, Frau Ministerin.

Ministerin für Kultus, Jugend und Sport Dr. Marion Schick: Vielen Dank, Herr Präsident. – Ich will auch hier mit dem zweiten Punkt beginnen, Frau Abgeordnete. Die Chancen, die in einer Dualisierung dieser Berufseinstiegsmaßnahmen liegen – vor allem für die unternehmerische, betriebliche Seite, insbesondere für das von Ihnen angesprochene Handwerk –, sehe ich als ganz herausragend an und als einen Nebeneffekt, der neben die individuelle Förderung der jungen Menschen tritt, der aber vor allem für unseren Mittelstand und für unser Handwerk von ganz ausschlaggebender Bedeutung ist.

Diese Dualisierung wird dadurch gelingen, dass unsere jungen Menschen im Berufseinstiegsjahr oder im VAB in den Unternehmen sind. Die Unternehmen lernen sie kennen und haben dadurch die Möglichkeit, sich für die jungen Menschen als spätere Arbeitnehmer oder Auszubildende zu entscheiden, obwohl diese von der Papierform her nicht zu den „Hochglanzmenschen“ gehören, die allein von ihrem Lebenslauf her überzeugen.

Das wird auch helfen, das Personalrekrutierungsproblem, das der Mittelstand und das Handwerk haben, zu beheben. Da kann etwas beginnen, nämlich das Kennenlernen, Schätzenlernen von Menschen über ihr Tun und nicht über ihre Schulnoten. Das ist aus meiner Sicht ein ganz herausragender Vorteil für die jungen Menschen. Sie müssen sich hinterher nicht für Praktika oder für Schnuppertage bewerben, um sich ins Spiel zu bringen, sondern sie lernen dadurch einen späteren Arbeitgeber kennen.

Das Personalrekrutierungsproblem des Mittelstands und des Handwerks muss uns allen – wie soll ich sagen? – graue Haare wachsen lassen. Denn bereits heute ist dies ein enormes Problem. Es differenziert sich extrem zwischen Großunternehmen, die über attraktive Personalmarketingmöglichkeiten verfügen, und Kleinunternehmen und Handwerksunternehmen, die überhaupt keine Zeit haben, Personalmarketing zu betreiben.

Die Dualisierung dieser Angebote wird also, wie von Ihnen angesprochen, einen Mehrwert in verschiedenen Richtungen erzeugen. Ich erhoffe mir, dass dadurch Arbeitgeber und Arbeitnehmer zusammenkommen, die sonst nie zusammengefunden hätten. Wir wissen aus vielen Untersuchungen aus dem ganzen Bundesgebiet, dass immer dann, wenn eine solche praktische Phase beinhaltet ist, der Vermittlungsquotient deutlich höher liegt, weil die Arbeitgeber merken: Auch jemand, der in einem bestimmten Fach die Note „Drei“ oder die Note „Vier“ hat, kann vielleicht beherzt zupacken und im Unternehmen, im Kleinstbetrieb erfolgreich agieren.

Zur ersten Frage. Sie fragen nach der Verknüpfung zwischen den durchaus bereits vorhandenen Maßnahmen. Beispielhaft haben Sie die ausbildungsbegleitenden Hilfen erwähnt, für die die Arbeitsagentur zuständig ist und die die Arbeitsagentur finanziert. An diesem Beispiel kann man, glaube ich, ganz gut

erkennen, dass wir ein Räderwerk entwickeln müssen. In allen Stationen, die ein junger Mensch, der etwas leistungsschwächer ist, im Laufe seiner Berufsqualifizierung durchlebt, muss es Unterstützungssysteme geben. Die ausbildungsbegleitenden Hilfen sind vor allem dazu gedacht, die Ausbildungsfähigkeit im ausbildungspraktischen Teil zu erhalten. Das geht bis dahin, dass man die Jugendlichen von zu Hause abholt, damit sie am Arbeitsplatz erscheinen.

Jetzt fügen wir ein weiteres Mosaiksteinchen hinzu. Denn es nützt nichts, wenn ein junger Mensch über ausbildungsbegleitende Hilfen am Arbeiten gehalten wird, wir ihn aber in der Berufsschule durch eine Theorieorientierung, die ihm vielleicht schon immer Probleme gemacht hat, nicht lernfähig erhalten. Aus meiner Sicht greifen die Räder zusammen, sodass in den Unternehmen – so sie es leisten können, also ab einer bestimmten Größenordnung – noch einmal betriebsspezifischer Unterricht, betriebsspezifische Maßnahmen hinzukommen.

Das zeigt, dass sich die Pyramide dann vervollständigt. Es handelt sich nicht um gegenläufige oder konkurrierende Maßnahmen. Vielmehr müssen sie gemeinsam dazu führen, dass es keinen jungen Menschen gibt, der nicht eine Berufsqualifizierung erfährt, mit der er sein Leben später erfolgreich gestalten kann, und zwar möglichst über sein gesamtes Berufsleben hinweg.

Voraussetzung ist aber, dass alle Handelnden intensiv zusammenarbeiten. Ich glaube, in diesem Bereich dürfen wir uns nicht zu schnell zurücklehnen. Immer mehr Menschen müssen im Bildungssystem miteinander kooperieren, weil wir so viele Unterstützungssysteme haben. Es darf nicht gesagt werden: „Der ist über ausbildungsbegleitende Hilfen finanziert. Das ist nicht meine Baustelle. Ich bin über die Enquete finanziert.“ Das wären eventuell zwei Welten. Wenn das so wäre, hätten wir die Chance nicht genutzt. Deswegen kommt zu all den Maßnahmen, die wir in diesem Bereich ergreifen, das extreme Erfordernis der Zusammenarbeit und der Koordination vor Ort – entsprechend der jeweiligen Situation – hinzu. Dabei baue ich auf unsere Lehrer und Lehrerinnen, auf alle, die in diesem Bereich bereits aktiv sind. Man darf es aber nicht kleinreden. Es läuft nicht alles von selbst. Im schlimmsten Fall würde es nebeneinander herlaufen. Das wäre nicht gut.

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Es gibt eine weitere Frage. – Bitte, Frau Abg. Rastätter von der Fraktion GRÜNE.

Abg. Renate Rastätter GRÜNE: Frau Ministerin Schick, auch wir Grünen begrüßen die Ergebnisse der Enquetekommission „Fit fürs Leben in der Wissensgesellschaft – berufliche Schulen, Aus- und Weiterbildung“,

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Schön!)

die mit Sicherheit auch eine große Reihe von Innovationen und Qualitätsverbesserungen im Bereich der beruflichen Bildung auslösen werden. Wir bedauern, dass einige unserer Ziele, wie ein Rechtsanspruch auf einen Platz an einem beruflichen Gymnasien oder auch eine Landesbeteiligung an der Schulsozialarbeit, die gerade auch angesichts der Heterogenität der Schülerschaft in den beruflichen Schulen von großer Bedeutung ist, keinen Konsens gefunden haben. Das als Vorbemerkung.

(Renate Rastätter)

Ich komme jetzt zu meiner eigentlichen Frage: Vom Landesverband der Musikpädagogen bin ich darauf aufmerksam gemacht worden, dass nur 2 % der Schüler der beruflichen Gymnasien die Möglichkeit haben, in Musik unterrichtet zu werden. Vorhin haben Sie zu Recht – dabei habe ich aufgemerkt – von der Gleichwertigkeit der beruflichen und der Allgemeinbildung gesprochen. Ich denke, dass im Bereich der beruflichen Bildung auch die musischen, die kulturellen Angebote ausgebaut werden müssen. Das war nicht unbedingt der Hauptgegenstand der Enquetekommission. Mit Blick auf die musikalische Bildung in den beruflichen Gymnasien erscheint es mir als eine sehr wichtige Herausforderung, dass die interessierten Schülerinnen und Schüler im beruflichen Gymnasium im kulturellen, im musischen, im musikalischen Bereich vergleichbare Angebote bekommen können wie Schülerinnen und Schüler in der Oberstufe des allgemeinbildenden Gymnasiums.

Deshalb meine Fragen: Ist Ihnen das Problem bewusst? Ist beabsichtigt, diesbezügliche Schritte in die Wege zu leiten? Wenn ja, welche? Betrifft das auch den Kunstunterricht, bei dem ich ähnliche Problemlagen befürchte und annehme?

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Bitte, Frau Ministerin.

Ministerin für Kultus, Jugend und Sport Dr. Marion Schick: Vielen Dank. – Sehr geehrte Frau Abgeordnete, zur ersten Frage: Ja, das Problem ist mir bewusst. Ich habe mit den Musikverbänden und den Interessierten in diesem Bereich schon mehrere Gespräche geführt. Sie haben mir dieses Problem sehr frühzeitig genannt. Ich will nicht verleugnen, dass sich die Frage der allgemeinbildenden Anteile im beruflichen Bildungssystem in der Tat immer dann stellt, wenn wir sagen: Es gibt immer mehr berufsorientierte Anteile, die in das allgemeinbildende Schulsystem hineingehen.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: So ist es!)

Ich erwähne beispielhaft das Thema Berufsorientierung.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Ja!)

Die Frage ist absolut berechtigt, und das Problem ist mir bekannt.

Zu Ihrer zweiten Frage, nämlich der, ob Schritte dazu geplant sind: Im Moment ein ganz klares Nein, weil wir die Priorität auf die Umsetzung der Vorschläge der Enquetekommission legen. In der Enquetekommission hat das von Ihnen angesprochene Thema keine Rolle gespielt, zumindest keine herausragende. Wenn ich bezüglich dessen, was wir angehen, eine Prioritätenliste anlegen muss – ich muss sie anlegen –, dann muss ich sagen: Dieses Thema steht auf der Agenda, hat aber nicht die oberste Priorität.

Ein bisschen trösten mich die Leistungsergebnisse der beruflichen Gymnasien und unterstützen mich in meinem Handeln, sodass ich kein schlechtes Gewissen bekomme. So haben z. B. die TOSCA-Untersuchungen gezeigt, dass die Absolventen unserer beruflichen Gymnasien die gleichen Leistungen erbringen wie die Absolventen allgemeinbildender Gymnasien in anderen Bundesländern. Insofern müssen wir heute nicht annehmen, dass sie einen Nachteil hätten, vor allem auch was die allgemeinbildende, die musische und die künstlerische Orientierung betrifft.

Gleichwohl besagt dies nicht, dass man sich dieses Thema nie vornehmen müsste. Aber hierbei muss man realistischerweise auch sagen: Dieses Thema steht nicht auf der Agenda. Priorität Nummer 1 auf diesem Weg sind zunächst die unterstützenden Maßnahmen.

Sie haben als Drittes gefragt: Wenn ja, welche Schritte? Dazu muss ich sagen: Weil das Thema noch keine Toppriorität genießt, gibt es auch noch keine Schritte. Das Thema ist damit nicht vergessen. Aber wir gehen das andere zuerst an.

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Eine weitere Frage, Herr Abg. Kaufmann für die SPD-Fraktion.

Abg. Gunter Kaufmann SPD: Frau Ministerin, Sie haben in Ihrer Auftaktveranstaltung zur Umsetzung der Handlungsempfehlungen der Enquetekommission am 26. Januar 2011 das soeben von Ihnen vorgestellte Maßnahmenbündel genannt. Heute im Landtag haben Sie auf einen Punkt, nämlich die Schaffung zusätzlicher Profile an den beruflichen Gymnasien, nicht hingewiesen. Ich stehe der Schaffung zusätzlicher Profile grundsätzlich positiv gegenüber. Aber ich will darauf aufmerksam machen, dass die Schaffung zusätzlicher Profile die Schaffung zusätzlicher Klassen beinhaltet und damit auch zusätzliche Lehrkräfte erfordert – z. B. für Umwelttechnik und das Profil „Internationale Wirtschaft“.

Ich habe seinerzeit aber mit Erstaunen zur Kenntnis genommen, dass die Landesregierung der Auffassung war – ich zitiere aus der Presseerklärung vom 23. November 2010 –, für die zusätzlichen Klassen „würden keine zusätzlichen finanziellen Mittel benötigt“. Ich halte diese Aussage schlichtweg für nicht nachvollziehbar und nicht darstellbar. Denn angesichts der Herausforderungen, die an den beruflichen Schulen anstehen, ist eine Finanzierung durch die demografische Rendite nicht möglich.

Ich darf Sie in diesem Kontext noch einmal daran erinnern, dass im Lehrplan der beruflichen Schulen 4,4 % des Unterrichts schon gar nicht erscheinen. Zusätzlich fallen noch 7,3 % des Unterrichts aus, weil Lehrkräfte verhindert sind und Unterricht nicht ordnungsgemäß gehalten werden kann. Zu einem Teil gibt es selbstverständlich auch Vertretungsunterricht. Das heißt aber im Prinzip: Jede neunte Stunde an den beruflichen Gymnasien wird nicht regulär gehalten. Insofern ist Ihre Aussage, dies alles sei aus der demografischen Rendite, das heißt aus dem Schülerrückgang, zu finanzieren, nicht nachvollziehbar.

Ich erinnere Sie noch einmal an unsere Forderung und frage Sie, wie Sie deren Erfüllung sichern wollen. Berufliche Gymnasien sind attraktiv und haben einen erheblichen Zulauf. Aber viele Kinder, welche die notenmäßigen Voraussetzungen für den Besuch eines beruflichen Gymnasiums erfüllen, können nicht an eine solche Schule kommen, weil dort noch immer ein Numerus clausus herrscht und Sie nicht die notwendige Zahl von Klassen bereitgestellt haben.

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Bitte, Frau Ministerin.

Ministerin für Kultus, Jugend und Sport Dr. Marion Schick: Herr Abgeordneter, als Erstes zu Ihrer letzten Bemerkung: Es hat mich erstaunt, dass sich bezüglich unseres Programms, das einen Ausbau um 100 Klassen vorsieht, einige kommunale Träger sogar beschwert und gefragt haben, war-

(Ministerin Dr. Marion Schick)

um wir in der betreffenden Raumschaft eine zusätzliche Klasse einrichten wollen, da es dort keinen wirklichen Bedarf gebe – aus Angst vor der Schwächung eines anderen Standorts. Solche Rückmeldungen nehmen wir natürlich ebenso auf wie andere und bauen das Programm etwas um. Es ist also keineswegs so, dass gleichermaßen über das Land hinweg eine Mangelsituation vorhanden wäre.

Gleichwohl sind für mich die 100 zusätzlichen Klassen – ich habe dies erklärt –, die wir zu diesem Schuljahr einrichten, ein großer Schritt eines Ausbauprogramms, das kontinuierlich fortgeführt werden wird. Wir sind damit in der Lage, einen Großteil der zusätzlichen Nachfrage abzufangen – noch nicht zu 100 %, aber sehr, sehr weitgehend.

Zu Ihrer Eingangsvermutung, es sei möglich, diese 100 Klassen kostenlos einzurichten: Nein, das kostet Ressourcen. Wir nehmen sie aus der demografischen Rendite, aber – damit das etwas nachvollziehbarer wird – nicht aus der demografischen Rendite der beruflichen Schulen allein. Denn es ist selbstverständlich so, wie Sie ausgeführt haben, dass dort neben dem Phänomen, dass Unterricht nicht immer zu 100 % flächendeckend angeboten werden kann – weitgehend schon –, noch das Phänomen der Bugwelle hinzukommt. Das bedeutet mehr Arbeit an den Berufsschulen, die wir ebenfalls an die Lehrerinnen und Lehrer zurückgeben müssen.

Ich habe zugesagt, dass im beruflichen Bereich im nächsten Schuljahr, nämlich 2011/2012, allein 100 Deputate nur für den Abbau der Überstunden zur Verfügung gestellt werden.

Zusätzliche Profile verursachen nicht per se zusätzliche Kosten, weil gerade das internationale Profil eine Weiterentwicklung bereits bestehender Schwerpunkte ist. Daraus kann man nicht unmittelbar schließen, dass das sehr viel mehr kostet. Hier handelt es sich vor allem um eine inhaltliche Weiterentwicklung.

Wenn wir bei anderen Dingen neue Schwerpunkte setzen, dann entwickeln wir dies aus bestehenden Schwerpunkten heraus, sodass sich die Mehrkosten in Grenzen halten. Die Kosten, die der Ausbau der beruflichen Gymnasien verursacht, sind im Vergleich dazu viel höher. Sie sind natürlich vorhanden, werden aber aus der gesamt-demografischen Rendite finanziert, die wir für die nächsten Jahre gesichert haben. Auch hier gilt: Wir haben einen großen Schritt gemacht, aber wir sind noch nicht fertig. Die nächsten Schritte müssen folgen.

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Vielen Dank, Frau Ministerin. – Damit ist die erste halbe Stunde der Regierungsbefragung mit dem von der Regierung vorgeschlagenen Thema beendet. Vielen Dank.

Wir kommen jetzt zu den Fragen aus dem Parlament. Dieses Mal hat die Fraktion GRÜNE zuerst das Fragerecht. Ich darf Frau Abg. Mielich nach vorn bitten, um die Frage an die Regierung zu stellen.

Abg. Bärbl Mielich GRÜNE: Sehr geehrter Herr Präsident! Das Regierungspräsidium Freiburg hat vor zwei Wochen das Planfeststellungsverfahren für das dritte und vierte Gleis für den Abschnitt Offenburg gestoppt und die Antragsunterlagen mit der Begründung an die Bahn zurückgegeben, die Planung sei nicht genehmigungsfähig.

Die Landesregierung hatte kurz vorher deutlich verkündet, dass sie bereit wäre, zusätzlich 500 Millionen € in zusätzliche Maßnahmen zum Bau des dritten und vierten Gleises zu stecken. Sie hat dann, nachdem diese Stellungnahme vom Regierungspräsidium veröffentlicht worden ist, sehr schnell kundgetan, dass sie dies nun nicht mehr tue. Das war Frau Ministerin Gönner, soweit ich es weiß. Sie hat sehr deutlich gesagt, dass damit die Zusage des Landes hinfällig sei, was diesen Abschnitt betreffe, und dass sich dadurch auch die Gelder deutlich reduzierten.

Meine Frage: Wie wird sich die Landesregierung bei den anderen Bauabschnitten verhalten, und wird sie an ihren ursprünglich gemachten Zusagen festhalten, dass sie sich an den Mehrkosten einer bürger- und umweltfreundlicheren Trasse beteiligt? Wenn ja: Wie erklärt sie das unterschiedliche Vorgehen, dass sie in Offenburg sagt, sie tue es nicht mehr, dass sie es aber bei anderen Trassenabschnitten dann womöglich doch macht? Das ist die erste Frage.

Die zweite Frage stelle ich in Verbindung mit der Stellungnahme, die Herr Ministerpräsident Mappus in diesem Zusammenhang abgegeben hat. Er hat gesagt, er befürchte, dass es zu einer weiteren Verzögerung des Baus und der Fertigstellung des dritten und vierten Gleises komme. Meine Frage bezieht sich darauf: Wird die Landesregierung die Bundesregierung bei den Planungen der weiteren Bauabschnitte im Bereich südlich von Freiburg davon überzeugen, dass ein sofortiges Zurückziehen der Antragstrasse im Genehmigungsverfahren und eine umgehende Neuplanung ein erneutes Planungsfiasko à la Offenburg verhindert und damit Zeit spart? Wenn sie das nicht tut, warum nicht?

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Für die Landesregierung darf ich Frau Umweltministerin Gönner das Wort erteilen.

Ministerin für Umwelt, Naturschutz und Verkehr Tanja Gönner: Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Frau Mielich, herzlichen Dank für diese Frage; denn sie ermöglicht, deutlich klarzustellen – manchmal lohnt es sich, Interviews richtig zu lesen –, was Sache ist.

Erstens: Die Landesregierung steht zu ihrer Zusage, dass sich das Land weiterhin an den Mehrkosten, die durch eine menschen- und umweltverträgliche Planung beim Ausbau der Rheintalbahn um ein drittes und viertes Gleis entstehen, beteiligt.

Zweitens: Allerdings gilt die Aussage – deswegen lohnt es sich, Interviews richtig zu lesen und nicht nur Kommentaren von irgendwelchen Journalisten zu folgen; im Übrigen haben wir das im Zusammenhang mit einem Gutachten der Grünen über die Frage „Wann darf sich das Land beteiligen, und wann darf es sich nicht beteiligen?“ schon diskutiert –: Wenn der Offenburger Tunnel die einzige Lösung ist, die man im Planfeststellungsverfahren überhaupt als genehmigungsfähig ansieht, dann ist das etwas, was der Bund zahlen muss.

(Abg. Reinhold Pix GRÜNE: Das hat man doch alles schon in der Zeitung gelesen!)

Ich wiederhole: Wenn der Tunnel die einzige genehmigungsfähige Lösung ist, dann muss der Bund das bezahlen.

(Ministerin Tanja Gönner)

Sollte es eine andere Möglichkeit geben, die genehmigungsfähig wäre, wird die Landesregierung weiterhin darauf bestehen, dass es in Offenburg zu einem Tunnel kommt, und ist dann auch bereit, hier eine entsprechende Mitfinanzierung vorzunehmen. Ich bitte aber um Verständnis dafür, dass – wie soll ich es formulieren? – die Landesregierung Selbstverständlichkeiten auch weiterhin noch formulieren darf.

Wir werden uns darüber hinaus weiterhin für die Region einsetzen – das sieht man daran, dass sich die Landesregierung an den Kosten für die Probebohrungen in Offenburg beteiligt, die im Übrigen dank des Einsatzes bereits heute stattfinden; das kann man als klares Signal der Landesregierung verstehen – und uns an unsere Aussage gebunden fühlen – aber bitte immer mit den Wensätzen, die ich gerade, wie ich meine, deutlich formuliert habe.

(Abg. Peter Hofelich SPD: Genau! „Wenn, dann“!)

Zweiter Punkt: Verzögerungen beim Bau, Rücknahme der gesamten Planungen. Wie Sie vielleicht wissen, gibt es für den Ausbau der Rheintalbahn unterschiedliche Planungsabschnitte. Wir werden in der nächsten Woche eine Sitzung des Projektbeirats haben, in dem entsprechend der eingerichteten Projektarbeitsgruppen auch über die Anträge und das weitere Vorgehen gesprochen wird. Es gab vonseiten des Regierungspräsidiums im Zusammenhang mit einem südlicher liegenden Abschnitt, nämlich Buggingen, ebenfalls bereits eine Stellungnahme, der zufolge Umplanungen notwendig sind. Die Landesregierung hat die Deutsche Bahn bereits aufgefordert, dort Umplanungen vorzunehmen und nicht auf die Entscheidung des Eisenbahn-Bundesamts zu warten.

Im Übrigen ist nicht die Bundesregierung unser Ansprechpartner, sondern die Bahn. Insofern hilft es, wenn man sich hinsichtlich der Planungen etwas auskennt.

Wir haben die Bahn aufgefordert, dies dort entsprechend umzusetzen, und wir werden dies auch weiterhin so vertreten.

Das heißt aber nicht, dass alle Planungsabschnitte im Einzelnen aufgehoben und neu geplant werden müssten. Hinzu kommt, dass derzeit vorgesehen ist, von Süden nach Norden zu planen und umzusetzen. Der Offenburger Tunnel ist in diesem Zusammenhang der letzte Planungsabschnitt.

Insofern haben wir die Hoffnung, dass wir, wenn man jetzt sehr zügig hineingeht – sowohl was das Thema Probebohrungen und damit die Kenntnis dessen angeht, was man machen kann, als auch was die nun notwendige Aufarbeitung der Stellungnahme des Regierungspräsidiums durch die Bahn betrifft –, Stück für Stück vorankommen und den Zeitplan werden einhalten können. Das ist aber eine Geschichte, die in den nächsten Wochen und Monaten laufen muss und die sich dann absehen lassen wird.

Zusammenfassend: Erstens: Wir haben ein großes Interesse, dass man zeitlich zügig vorangeht. Zweitens: Wir werden weiterhin die Wahrer der Interessen der Menschen vor Ort sein. Dabei unterscheiden wir uns deutlich von dem, was in rot-grüner Zeit auf Bundesebene geschehen ist.

(Zuruf von der CDU: Sehr richtig!)

Drittens: Wir werden uns weiterhin entlang dessen, was ich gesagt habe, auch an Mehrkosten beteiligen, soweit es sich

um Mehrkosten für Maßnahmen handelt, die auch anders genehmigungsfähig wären.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und des Abg. Hagen Kluck FDP/DVP)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Frau Ministerin, bleiben Sie bitte noch am Rednerpult stehen; dann müssen Sie nicht hin- und herlaufen.

Für die CDU-Fraktion erteile ich Herrn Abg. Schebesta das Wort.

(Abg. Bärbl Mielich GRÜNE: Kann ich nicht einfach nachfragen? – Gegenruf des Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Nein! Sie müssen sich wieder hinten anstellen!)

– Sie können sich für die nächste Fragerunde wieder melden.

Abg. Volker Schebesta CDU: Frau Ministerin, wie die Kollegin Mielich bin auch ich Abgeordneter aus einem Wahlkreis, der an der Rheinschiene liegt und deshalb vom Bau des dritten und vierten Gleises betroffen ist. Ich will auch namens der Kolleginnen und Kollegen unserer Fraktion der Landesregierung herzlich für die Unterstützung der Forderungen aus der Region zur Umsetzung eines menschen- und umweltverträglichen Baus des dritten und vierten Gleises danken. Das hat uns bei der Argumentation gegenüber der Bahn sehr geholfen. Es gibt Aussagen von Bahnchef Grube im Rahmen mehrerer Besuche in der Region, die zu einer neuen Offenheit in der Frage, wie man dort bestimmte Punkte umsetzen will, geführt haben.

Auch grüne Landtagsabgeordnete sollten sich freuen, wenn das Land für den Bau des Offenburger Tunnels kein Geld bezahlen muss, weil die Bahn rechtlich hierzu verpflichtet ist bzw. keinen anderen Planfeststellungsbeschluss für die Rheintalbahn hinbekommt als den eines Offenburger Tunnels und dann selbst Geld in die Hand nimmt. Ich verstehe daher nicht so ganz, wie dann bei den Grünen Krokodilstränen aus den Augen zu kullern beginnen. Wichtig ist, dass der Tunnel gebaut wird, und wenn die Bahn und damit der Bund dies allein bezahlen, ist das auch recht.

Frau Ministerin, ich möchte Sie gern fragen, ob Sie das Gutachten, das die Grünen zum Thema „Stuttgart 21 und Neubaustrecke Wendlingen–Ulm“ vorgelegt haben, so verstehen wie ich, nämlich dass in Offenburg, wo es zunächst um die Frage von Trassierung und nicht von Lärmschutz über den gesetzlichen Rahmen hinaus geht, eine Finanzbeteiligung für einen Güterzugtunnel von vornherein ausgeschlossen gewesen wäre, und ob Sie die Auffassung teilen, dass es deshalb umso kurioser ist, wenn Frau Mielich hier Krokodilstränen über Ihre Äußerungen vergießt.

(Abg. Dr. Klaus Schüle CDU: Sehr gut!)

Ministerin für Umwelt, Naturschutz und Verkehr Tanja Gönner: Herr Schebesta, ich bin Ihnen insbesondere deshalb ausgesprochen dankbar für diese Frage,

(Unruhe – Abg. Bärbl Mielich GRÜNE: Das ist jetzt ganz überraschend!)

(Ministerin Tanja Gönner)

weil die Leserbriefe diese Krokodilstränen vor Ort aufnehmen und das insbesondere im Zusammenhang mit Stuttgart 21 darstellen.

Es ist so: Das Gutachten der Grünen, das im Kampf gegen Stuttgart 21 und die Neubaustrecke Wendlingen–Ulm erstellt worden ist, würde jegliche Beteiligung des Landes am Ausbau der Rheintalbahn untersagen.

(Abg. Dr. Klaus Schüle CDU: So ist es!)

Das war Teil einer hitzigen Debatte hier im Landtag, in der wir festgestellt haben, dass man im Kampf gegen ein Projekt hin und wieder vergisst, dass es viele andere gute und wichtige Projekte in diesem Land gibt.

Die Landesregierung hält es für wichtig und notwendig, sich gerade dann zu beteiligen, wenn es um den Schutz der Bürgerinnen und Bürger im Land geht. Die Landesregierung hält es ferner für notwendig, sich darüber hinaus ebenfalls beteiligen zu können, wenn es um den weiteren Ausbau des Personennahverkehrs geht.

Deshalb spricht das Gutachten der Grünen gegen jegliche Beteiligung des Landes am Ausbau des dritten und vierten Gleises.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Zuruf von der CDU: Sehr gut! – Abg. Bärtl Mielich GRÜNE: Aha!)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Vielen Dank. – Für die SPD-Fraktion erteile ich Herrn Abg. Bayer das Wort.

Abg. Christoph Bayer SPD: Frau Ministerin, Sie sprachen davon, dass von Süden nach Norden geplant und umgesetzt werde. Der nächste Abschnitt ist dann der bei Buggingen. Ich frage mich und Sie: Ist nicht große Eile geboten, damit sich die Planungsfehler, die im südlichen Raum gemacht wurden, dort nicht wiederholen, dass nämlich die Bürgerinnen und Bürger dann erfahren müssen, dass ein Planfeststellungsbeschluss ergangen ist und keine Änderungen mehr möglich sind? Das ist meine erste Frage.

Nun meine zweite Frage: Sie wissen, dass sich die Bürgerinitiativen massiv organisiert haben und ein Gesamtprojekt mit dem Namen „Baden 21“ mit sehr differenzierten und detaillierten Forderungen formuliert haben. Sind Sie mit mir der Meinung, dass dieses Projekt „Baden 21“ nur als Gesamtprojekt umsetzbar ist, oder wird die Situation so sein, dass, wenn in einen Bereich relativ viel Geld fließt, für andere Bereiche kein Geld mehr vorhanden sein wird?

Ministerin für Umwelt, Naturschutz und Verkehr Tanja Gönner: Ich beginne mit der Antwort auf die zweite Frage. Die Landesregierung beschäftigt sich mit dem gesamten Bereich, der in sechs Abschnitte und drei Cluster, auf Deutsch in drei Schwerpunktbereiche, aufgeteilt ist. Das ist auch Teil dessen, was im Projektbeirat besprochen wird.

Wir haben diese drei Teilbereiche gebildet, damit dort die Interessen formuliert werden können, im Übrigen unter Einbeziehung der jeweiligen Bürgerinitiativen. Meines Erachtens gibt es ein gutes Miteinander zwischen den Bürgerinitiativen

und der Landesregierung, was das Vortragen von Interessen, aber auch das Vertreten der Interessen angeht.

Wir haben als Landesregierung erklärt, dass wir uns an den gesamten sechs Teilabschnitten – drei Schwerpunktbereichen – entsprechend beteiligen und wir darüber hinaus beabsichtigen, die notwendigen Finanzmittel zur Verfügung zu stellen. Ich hoffe, dass Sie mir im Rahmen der Fragestunde nicht abnötigen, zu jedem der Teilbereiche etwas zu sagen. Es gibt natürlich unterschiedliche Forderungen. Klar ist, dass ein Tunnel in Offenburg ein Schwerpunkt – auch mit Blick auf die Finanzierung – sein wird. Klar ist aber auch, dass es in den anderen Bereichen eher kleinere Fragen gibt, die möglicherweise nicht ganz so viel Geld kosten.

Entscheidend ist aber, dass wir innerhalb des Projektbeirats und innerhalb der Arbeitsgruppen Abschnitt für Abschnitt vorgehen. Deshalb habe ich mit Blick auf die Teilfinanzierung etwaiger Mehrleistungen durch das Land keine Sorge, was die Zusage an der Mitfinanzierung angeht, denn das Bekenntnis des Landes gilt für alle Abschnitte.

Nun zu Ihrer ersten Frage, die sich auf Buggingen bezog: Ich habe bereits bei der Beantwortung der Frage von Frau Mielich deutlich gemacht, dass unser Bestreben gegenüber der Deutschen Bahn, allerdings durchaus auch unter Einbeziehung der Bundesregierung, dasjenige ist, dass eine Umplanung stattfindet und dass nicht erst das Eisenbahn-Bundesamt etwas erlässt, gegen das dann geklagt werden muss.

Auf der anderen Seite können wir selbst dann, wenn die Bahn umplant, nicht ausschließen, dass es zu Klagen kommt, weil es das Recht eines jeden Einzelnen ist, seine Rechte geltend zu machen. Das muss man wissen.

„Von Süden nach Norden“ bedeutet, dass wir uns derzeit im Planfeststellungsabschnitt Weil am Rhein befinden. Es gibt Diskussionen über die Anbindung des Katzenbergtunnels. Das sind die Punkte, die noch vor Buggingen kommen. Aber das Bestreben der Landesregierung ist, dass die Deutsche Bahn von Anfang an in Buggingen eine Umplanung vornimmt. Ob wir erfolgreich sein werden, werden die weiteren Diskussionen zeigen.

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Eine weitere Frage von Frau Abg. Sitzmann für die Fraktion GRÜNE.

(Abg. Bärtl Mielich GRÜNE: Ich habe mich doch gemeldet!)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich darf jetzt noch einmal das System erklären: Man kann drei Minuten lang eine Frage stellen, man kann die Frage drei Minuten lang begründen. Deswegen ist der Zwischenruf „Frage! Frage!“ Blödsinn. Man hat drei Minuten Zeit. Das war Erklärung Nummer 1.

(Heiterkeit des Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU)

Nummer 2: Jeder kann sich einreihen. Die Reihenfolge beim Fragerecht geht immer nach Fraktionen. Wenn Sie die erste Frage eingebracht haben, kommen dann erst die CDU, die FDP/DVP und die SPD an die Reihe, ehe Sie wieder drankommen.

(Stellv. Präsident Wolfgang Drexler)

Frau Sitzmann hat sich vor Ihnen gemeldet. Deswegen kommt sie in der Reihe vor Ihnen. Wenn sich danach niemand mehr meldet, kommen Sie dran.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Man kann sich auch innerhalb der Fraktion einigen! – Gegenruf des Abg. Peter Hofelich SPD: Aber nur, wenn man sich gut versteht!)

– Das ist egal.

(Vereinzelt Heiterkeit)

Frau Abg. Sitzmann, bitte.

(Unruhe)

Abg. Edith Sitzmann GRÜNE: Herr Präsident, herzlichen Dank für die schöne Klarstellung des Ablaufs.

(Abg. Stephan Braun SPD: Schön war es nicht, aber klar!)

Frau Ministerin, Sie haben gerade die Haltung der Landesregierung zum Thema „Mitfinanzierung der Rheintalbahn“ ausgeführt. Ich möchte gern Herrn Ministerpräsident Mappus aus der Ausgabe der „Badischen Zeitung“ vom 8. Dezember 2010 zitieren. In dem Beitrag heißt es:

Mappus erneuerte das Versprechen, dass sich das Land an bis zu 50 % der Kosten für den Lärmschutz beteilige, „obwohl laut Verfassung nur Bahn und Bund dafür zuständig sind“.

In einer Meldung der dpa vom 21. Januar 2011 werden Sie, Frau Ministerin, wie folgt zitiert – ich hoffe, dass Sie da richtig zitiert sind –:

Das Land kann nur etwas mitfinanzieren, wenn es für das Land etwas bringt und über das ganz normal gesetzlich Vorgesehene hinausgeht.

Damit ist doch klar, dass die Position, die wir vertreten haben, nämlich dass das Land Lärmschutzmaßnahmen finanziert, die über das gesetzlich Vorgesehene hinausgehen, und Ihre Position nicht weit auseinanderliegen.

(Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Sie haben doch dagegen gestimmt! Sie haben dagegen gestimmt!)

Der andere Punkt ist: Die entscheidende Frage ist, ob –

(Abg. Reinhold Gall SPD: Frau Ministerin, können Sie noch folgen?)

Ministerin für Umwelt, Naturschutz und Verkehr Tanja Gönner: Knapp.

Abg. Edith Sitzmann GRÜNE: Wir Grünen fordern von Bund und Bahn eine Neuplanung der Trassenführung. Werden Sie sich bei der Bundesregierung, aber auch bei Ihren Kolleginnen und Kollegen der CDU auf Bundesebene dafür einsetzen, dass es jetzt eine Neuplanung der Trasse gibt, dass man sich mit den Bürgerinitiativen und Gemeinden vor Ort an ei-

nen Tisch setzt, um solch eine alternative Trassenplanung vorzunehmen, und dass die Rheintalbahn zu einem Modellprojekt für einen anwohnerfreundlichen Ausbau wird, bei dem der Schienenbonus nicht angewendet wird?

(Abg. Gundolf Fleischer CDU: Da haben Sie doch dagegen gestimmt! – Gegenruf der Abg. Bärbl Mielich GRÜNE: Das stimmt doch nicht!)

Ministerin für Umwelt, Naturschutz und Verkehr Tanja Gönner: Vielen Dank. – Ich will mit dem letzten Punkt beginnen.

(Abg. Bärbl Mielich GRÜNE: Wir haben immer für die Aufhebung gestimmt! – Zuruf der Abg. Katrin Altpeter SPD)

Ja, wir führen sowohl mit der Bundesregierung als auch mit der Bahn Gespräche.

(Abg. Bärbl Mielich GRÜNE: Wir haben für die Aufhebung gestimmt!)

– Vielleicht wollen Sie zuhören, Frau Mielich, weil Sie vielleicht wieder eine Nachfrage haben.

(Abg. Bärbl Mielich GRÜNE: Allerdings! Guter Hinweis!)

Allerdings geht es darum, dass die Bahn im Moment zu einer Entscheidung des Regierungspräsidiums Freiburg Stellung nehmen muss. Unabhängig von der Entscheidung des Regierungspräsidiums haben wir seitens der Landesregierung bereits zu einem früheren Zeitpunkt im Rahmen des Projektbeirats erreicht, dass es zu Probebohrungen in Offenburg kommt, um Stück für Stück mit der Zielsetzung Tunnel voranzukommen. Unabhängig von der Entscheidung, die jetzt am 18. Januar bekannt gegeben worden ist, war für uns immer entscheidend, dass wir beim Tunnel vorankommen.

Zweitens: Ja, wir unterhalten uns mit den Kollegen der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, insbesondere auch mit denen aus der Region, die dort sehr intensiv unterwegs sind und die Interessen vertreten – und zwar jeder Einzelne, von Süden nach Norden. Ich kann sie auch gern aufführen, wenn Sie es möchten; ich vermute allerdings, dass es nicht Ihr Ziel war, dass ich das tue. Aber: Wir sind dort im Gespräch, um etwas zu erreichen.

Nichtsdestotrotz gilt auch da der Satz: Ob es dann tatsächlich zu den konkreten Planungen so kommt, wie wir sie uns vorstellen und für die wir uns einsetzen, können wir nicht vorhersagen. Dazu bin ich nicht in der Lage.

Aber ich will schon sagen, dass wir uns auch in Zeiten, in denen wir in der Regierung sind, darum kümmern – im Gegensatz zu dem, was die Menschen erleben mussten, als Rot-Grün an der Regierung war. Als nämlich damals darum gebeten wurde, dass man Veränderungen vornimmt, waren Sie nicht bereit, auf Bundesebene, die zuständig ist, Gespräche zu führen, um die Veränderungen im Interesse der Menschen vorzunehmen. Im Übrigen haben auch Sie den Schienenbonus nicht abgeschafft.

(Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Hört, hört!)

(Ministerin Tanja Gönner)

Dies war auch nicht Bestandteil Ihres Koalitionsvertrags – anders, als dies beim Koalitionsvertrag auf Bundesebene jetzt der Fall ist.

(Zurufe)

– Ich finde schon, dass es einen deutlichen Unterschied gibt. Auch Sie hatten, glaube ich, als Sie dann im Jahr 2005 aus der Regierung herausfielen, noch nicht alles aus Ihrem Koalitionsvertrag des Jahres 2002 umgesetzt. Insofern sollte man mit solchen Äußerungen auch immer etwas vorsichtig sein. Koalitionsverträge sind für vier Jahre angesetzt, und dann geht es darum, sie sinnvoll umzusetzen.

Zu Ihrer ersten Frage bezüglich der Finanzierung: Ich habe großes Verständnis dafür, dass die Grünen versuchen, ihr Gutachten, das sie im Zusammenhang mit Stuttgart 21 und der Neubautrecke haben erstellen lassen, in einem freundlicheren Licht darzustellen, nachdem ihnen klar geworden ist, was es tatsächlich für die Gäubahn, für die Südbahn, aber insbesondere für die Rheintalbahn bedeutet. Nichtsdestotrotz ist mein Eindruck in Kenntnis dieses Gutachtens von Ihnen und in Kenntnis der Positionierung des Landes, dass wir dort sehr weit auseinander sind, weil wir sagen: Für alles, was für den Lärmschutz über das, was gesetzlich vorgesehen ist, was die Bahn machen muss, hinausgeht, sind wir bereit, 50 % der Zusatzkosten zu übernehmen. Ihr Gutachten sagt, Sie dürfen sich in keiner Weise beteiligen.

(Abg. Bärbl Mielich GRÜNE: Das stimmt doch gar nicht!)

Sie haben in dieser Diskussion hier, wenn ich mich recht erinnere – ich bin aber gern bereit, auch nochmals ins Protokoll zu schauen –, damals auch vorgetragen, dass Sie der Auffassung sind, dass auch etwaige weiter gehende Maßnahmen gefälligst vom Bund zu tragen sind. Ich meine mich zu erinnern, dass so Ihre Argumentation gewesen ist.

(Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Durch Abstimmungsverhalten!)

Insofern sind wir dort deutlich auseinander.

Das Land Baden-Württemberg wird bei allem, was wir im Interesse der Menschen über das, was gesetzlich erforderlich ist, hinaus umgesetzt haben wollen, bereit sein, die entsprechende Mitfinanzierung zu tragen.

(Beifall bei der CDU und des Abg. Hagen Kluck FDP/DVP – Abg. Gundolf Fleischer CDU: Sehr gut!)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Eine weitere Zusatzfrage der Frau Abg. Mielich GRÜNE.

Abg. Bärbl Mielich GRÜNE: Das ist wunderbar. Dann kann ich doch noch ein paar Klarstellungen vornehmen.

Ich fange einmal damit an, dass es diese Mär gibt, dass wir dem Beschlussantrag aller anderen drei Fraktionen hier im Haus, den Schienenbonus aufzuheben, nicht zugestimmt hätten.

(Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Das ist keine Mär! Das ist Realität!)

– Doch. Es ist insofern eine Mär, als Sie damals verhindert haben, dass es eine getrennte Abstimmung gegeben hat, und wir keine Chance hatten,

(Widerspruch bei der CDU)

der Abschaffung des Schienenbonus als einzelner Punkt auch zuzustimmen. Nur so viel dazu.

(Abg. Gundolf Fleischer CDU: Das ist unglaublich!)

Ich möchte noch einmal deutlich sagen: Es sind in keiner Weise Krokodilstränen,

(Abg. Albrecht Fischer CDU: Menschentränen!)

die wir ob dieses Urteils bzw. ob dieser Begutachtung des Regierungspräsidiums vergießen,

(Abg. Peter Hauk CDU: Das ist ja Beschönigungsrhetorik, Frau Mielich!)

sondern ganz im Gegenteil: Wir unterstützen die Position des Regierungspräsidiums deutlich. Aber es ist doch auch klar, dass wir am Ende einer Planung sind, die bereits 20 Jahre andauert. Wenn das in diesem Tempo so weitergeht, dann werden wir niemals dazu kommen, dass es das dritte und vierte Gleis überhaupt gibt. Das heißt, es sind alle politischen Kräfte gefragt.

(Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: So war es bei Stuttgart 21 auch!)

Das ist auch die Frage, die ich an Sie habe: Was unternehmen Sie, damit diese Planungen tatsächlich massiv vorangetrieben werden?

(Abg. Thomas Blenke CDU: Das sagt genau die Richtige!)

Es ist völlig klar, dass Sie von den Bürgerinitiativen der Region, von den politisch Verantwortlichen in der Region politisch überhaupt nicht unterstützt werden,

(Abg. Albrecht Fischer CDU: Dann verhaltet ihr euch doch entsprechend! Dieser Vortrag hier ist doch unglaublich!)

weil die Planung, die jetzt auch für den Abschnitt südlich von Freiburg vorliegt, eben nicht umwelt- und menschenfreundlich ist. Es muss doch von allen politisch Verantwortlichen die Initiative ergriffen werden, dass die Planung verändert wird. Herr Grube hat das auch zugesagt

(Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Das ist unglaublich, mit welcher Dreistigkeit –)

und hat ganz klar gesagt, ein zweites Stuttgart 21 könne er sich nicht leisten, könne sich auch dieses Land nicht leisten. Diese Haltung unterstützen wir sehr.

Meine Frage an Sie ist erneut: Treten Sie dafür ein, dass der Schienenbonus auch für dieses Projekt fällt?

(Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Können Sie das wiederholen?)

(Bärbl Mielich)

Denn die Koalitionsvereinbarung sagt genau das nicht. Da geht es nämlich um die Planung für neue Trassen. Das betrifft ausdrücklich die Planung für das dritte und vierte Gleis nicht. Deshalb ist meine Frage: Treten Sie dafür ein, dass der Schienenbonus für diese Planung fällt? Dann würde das bedeuten, dass die Bahn und auch der Bund deutlich mehr in eine entsprechende Menschen- und Lärmschutztrassenführung investieren müssen.

(Abg. Gundolf Fleischer CDU: Damit lösen Sie das Problem nicht!)

Damit könnten wir auch gemeinsam gehen.

Ministerin für Umwelt, Naturschutz und Verkehr Tanja Gönner: Ich will zu Ihrem ersten Teil nur auf eines hinweisen: Heute Morgen gab es eine Debatte über das Thema „Respekt vor dem Parlament“. Ich finde, zum Respekt vor dem Parlament gehört auch, dass, wenn drei Fraktionen entscheiden, dass Anträge gemeinsam abgestimmt werden, anschließend nicht darüber gesprochen wird: „Nur deswegen konnten wir nicht mitstimmen.“ Das Entscheidende war: Sie haben nicht mitgestimmt, und deswegen haben Sie sich gegen die Abschaffung des Schienenbonus ausgesprochen.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Wenn Sie Klarstellungen wollen, müssen Sie damit leben, dass auch wir jetzt wieder klarstellen. Es ist so: Manchmal holt einen die eigene Argumentation sogar noch am selben Tag wieder ein.

(Abg. Bärbl Mielich GRÜNE: Das ist echt lächerlich!)

Der zweite Punkt: Wir setzen uns dafür ein, dass die Rheintalschiene eine Referenzstrecke für alle innovativen Maßnahmen zur Lärmreduzierung wird. Das heißt, obwohl es rechtlich nicht so ist, dass man die Frage des Schienenbonus wegnehmen könnte, sagen wir: Wir wollen, dass man so diskutiert, als wäre er weg. Dies wird dadurch erreicht, dass man die Strecke als Referenzstrecke für innovative Technologien einsetzt. Das ist die Art, wie wir derzeit im Projektbeirat diskutieren und arbeiten.

Man muss aber sehen, dass es bestimmte Rechtsrahmen gibt, in denen wir uns bewegen, und deswegen kann ich jetzt nicht sagen, dass ich es politisch so will, es aber rechtlich etwas anderes ist – und zum Schluss sind Planfeststellungsverfahren rechtliche Verfahren.

Deswegen ist unsere Positionierung: Referenzstrecke für innovative Lärmschutzmaßnahmen und dort, soweit eben Mehrkosten entstehen, dann auch die entsprechende Beteiligung des Landes.

Abschließend, Frau Mielich: Neben der Tatsache, dass ich hoffe und wünsche, dass die Beteiligung Ihrerseits an Regierungen – egal, ob auf Landes- oder auf Bundesebene – etwas anders aussieht als die unsrige – das ist verständlich –, stellt sich nur die Frage, wenn Sie auf 20 Jahre zurückblicken, was Sie in den sieben Jahren, in denen Sie in Berlin Verantwortung hatten, für diese Strecke getan haben. Da sage ich Ihnen: Nichts. Das waren entscheidende Phasen für die Planungen

und für die Einreichung der Planungen bei der Rheintalstrecke.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Dort haben Sie nichts getan. Insofern, finde ich, sollten Sie jetzt auch in der Art, wie Sie auftreten, schon hin und wieder etwas Asche aufs Haupt streuen.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Bärbl Mielich GRÜNE: Das ist echt eine billige Antwort!)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Vielen Dank, Frau Ministerin. Die Zeit der Regierungsbefragung ist zu Ende. Es liegen auch keine weiteren Fragen vor.

Damit ist Tagesordnungspunkt 4 beendet.

*

Erklärung zu Protokoll:

Wirtschaftsminister Ernst Pfister: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Es gilt nun, die Empfehlungen der Enquetekommission „Fit fürs Leben“ im Land mit Leben zu füllen. Das Wirtschaftsministerium plant deshalb, im Bereich der dualen Ausbildung zwei Empfehlungen rasch umzusetzen: erstens eine Informationskampagne mit dem Schwerpunkt auf Ausbildungsbotschaftern, zweitens die Berufsorientierung in überbetrieblichen Berufsbildungszentren. Sowohl die Enquetekommission als auch das „Bündnis zur Stärkung der beruflichen Ausbildung und des Fachkräftenachwuchses in Baden-Württemberg 2010 – 2014“ haben sich für diese Maßnahmen ausgesprochen.

Die duale Ausbildung spielt nach wie vor die entscheidende Rolle im Berufsbildungssystem. Sie sichert der Wirtschaft den benötigten Fachkräftenachwuchs und eröffnet für den überwiegenden Teil der Jugendlichen eines Altersjahrgangs den Einstieg in das Berufs- und Arbeitsleben.

Gut ausgebildete junge Menschen sind ein wesentlicher Standortvorteil für die Unternehmen im Land. Unser zukünftiger Wohlstand hängt in Zeiten des demografischen Wandels davon ab, dass wir allen jungen Menschen eine Chance geben, sich nach ihren Wünschen und Möglichkeiten zu qualifizieren.

Das bedeutet, dass wir auch die Leistungsstarken vermehrt für das duale Ausbildungssystem begeistern müssen und den Leistungsschwachen die nötige Ausbildungsreife mit auf den Weg geben. Beides ist notwendig, um gerade dem Mittelstand die dringend benötigten beruflichen Fachkräfte zu sichern.

Mit der Informationskampagne werden wir die duale Ausbildung bei Schülern, Eltern, Lehrern und in der Öffentlichkeit noch bekannter machen. Dabei haben wir zwei Zielgruppen im Visier:

Das sind zum einen leistungsstärkere Schülerinnen und Schüler und ihre Eltern. Hier gilt es, die Durchlässigkeit des dualen Systems mit seinen Karrierewegen bis hin zum Studium darzustellen. Es muss deutlich werden, dass eine berufliche Ausbildung keine Sackgasse für die Jugendlichen ist. Vorbil-

(Minister Ernst Pfister)

der können den Schülern und Eltern die Vorteile einer Lehre vermitteln und eine „Karriere mit Lehre“ konkret aufzeigen.

Zum anderen werden wir Schülerinnen und Schüler sowie Eltern mit Migrationshintergrund besonders berücksichtigen. Gerade Jugendliche mit Migrationshintergrund schneiden beim Übergang in eine Ausbildung besonders schlecht ab. Hier gilt es, besonders die Eltern gezielt anzusprechen und zu informieren – auch vor dem Hintergrund, dass sie das deutsche System der beruflichen Ausbildung in der Regel nicht selbst erfahren haben und aus ihrem Ursprungsland nicht kennen.

Als zentrales Element der Informationskampagne soll das von der Enquetekommission und dem Ausbildungsbündnis empfohlene Instrument der Ausbildungsbotschafter breit eingesetzt werden. Ausbildungsbotschafter sind junge Auszubildende, die in Schulen Berufe vorstellen, für eine Ausbildung motivieren und das duale Ausbildungssystem erläutern.

Ausbildungsbotschafter haben den Vorteil, dass sie als fast gleichaltrige Vorbilder authentisch wirken und auf große Akzeptanz stoßen. Die Ausbildungsbotschafter werden so ausgewählt, dass sie insbesondere für Berufe mit offenen Lehrstellen im Handwerk oder für MINT-Berufe werben. Ziel ist es, landesweit 1 000 Auszubildende als Ausbildungsbotschafter zu gewinnen.

Zweiter Bestandteil der nun zur Umsetzung anstehenden Empfehlungen der Enquetekommission ist die Berufsorientierung in überbetrieblichen Berufsbildungszentren. Auch hier erfüllen wir gleichzeitig die im Ausbildungsbündnis festgelegten Forderungen.

Ziel ist, dass Schüler in mindestens drei dualen Berufen eine praktische Einweisung in den Werkstätten der überbetrieblichen Berufsbildungszentren über einen Zeitraum von mindestens 80 Stunden erhalten. Wir wenden uns an Jugendliche der achten und neunten Klassen vor allem an Haupt-, aber auch an Realschulen.

Diese Berufsorientierung ergänzt damit die schulische Potenzialanalyse, die an den baden-württembergischen Haupt- und Werkrealschulen unmittelbar davor durchgeführt wird. Mit dieser Berufsorientierung soll der Übergang von der Schule in eine duale Berufsausbildung erleichtert werden.

Ich möchte damit erreichen, dass Jugendliche in ihrer Berufswahlentscheidung sicher werden und dass der direkte Einstieg in eine Ausbildung gelingt. Die Schülerinnen und Schüler erhalten deshalb eine individuelle Rückmeldung über ihre praktischen Kompetenzen am Ende der Berufsorientierungsmaßnahme.

Ebenso werden Eltern und Lehrer eingebunden.

Ich möchte hervorheben, dass gerade die überbetrieblichen Berufsbildungsstätten der Wirtschaft aufgrund ihrer wichtigen Rolle in der dualen Berufsausbildung an der Nahtstelle zwischen Schule und Unternehmen, ihrer Praxisnähe und Ausstattung bestens geeignet sind, Schülerinnen und Schüler auf das Berufsleben vorzubereiten und ihnen den Weg in eine Berufsausbildung zu ebnen.

Mit diesen Maßnahmen – der Informationskampagne mit den Ausbildungsbotschaftern und der praktischen Berufsorientierung an überbetrieblichen Bildungszentren – leisten wir einen wichtigen Beitrag zur Sicherung des Fachkräftenachwuchses für die kleinen und mittleren Unternehmen im Land. Das stärkt die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen und schafft Wachstum. Daran sollte uns allen gelegen sein.

Ich danke Ihnen.

*

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Ich rufe **Punkt 5** der Tagesordnung auf:

Bericht und Beschlussempfehlung des Untersuchungsausschusses „Aufarbeitung des Polizeieinsatzes am 30. September 2010 im Stuttgarter Schlossgarten“ – Drucksache 14/7500

Berichterstatter: Abg. Ulrich Müller und Abg. Rainer Stichelberger

Liebe Kolleginnen und Kollegen, das Präsidium hat für die Einbringung und Vorstellung des Berichts durch den Vorsitzenden des Untersuchungsausschusses eine Redezeit von zehn Minuten und für die Aussprache über den Bericht und die Beschlussempfehlung des Untersuchungsausschusses gestaffelte Redezeiten bei einer Grundredezeit von zehn Minuten je Fraktion festgelegt.

Als Vorsitzender des Untersuchungsausschusses erhält zunächst Herr Abg. Scheuermann das Wort.

(Abg. Dr. Klaus Schüle CDU: Das ist uns eine Freude!)

Abg. Winfried Scheuermann CDU: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren, meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Sie haben mich zum Vorsitzenden dieses Untersuchungsausschusses gewählt, und als solcher versuche ich, innerhalb von zehn Minuten eine kurze Zusammenfassung zu geben.

Zunächst ein paar rein formale Dinge, die man aber auch in dem dicken Bericht, also in der Drucksache 14/7500, nachlesen könnte: Der Untersuchungsausschuss hat vom 28. Oktober 2010 bis zum 25. Januar 2011 getagt. Insgesamt waren es 13 Sitzungen, wenn man öffentliche und nicht öffentliche Sitzungen addiert. In den Untersuchungsausschuss sind 40 Beweisanträge eingebracht worden. Davon sind 39 angenommen worden. Zwei oder drei haben sich, glaube ich, erledigt. Wir haben insgesamt 63 Zeugen und zwei Sachverständige vernommen.

Jetzt ist mir zu Ohren gekommen, wir hätten nicht die richtigen Zeugen vernommen. Dazu kann ich als Vorsitzender nur sagen: Wir vernehmen die Zeugen, die uns in den Beweisanträgen als Zeugen benannt worden sind und für die der Untersuchungsausschuss die Beweisanträge auch angenommen hat.

Meine Damen und Herren, dieser Untersuchungsausschuss zeichnet sich durch zwei Dinge aus. Erstens: Ich glaube, bisher hat es das überhaupt noch nie gegeben, dass ein Untersuchungsausschuss so nah am Ende einer Wahlperiode einge-

(Winfried Scheuermann)

setzt worden ist und deswegen die Gefahr bestand, dass man den Untersuchungsausschuss einfach ausdehnt, bis es nicht mehr weitergeht, und sagt: Jetzt fällt alles ohne einen Abschlussbericht der Diskontinuität zum Opfer.

Das Zweite ist: Ich glaube, es hat ganz selten einen Untersuchungsausschuss über eine so brisante politische Frage gegeben wie in diesem Fall.

Jetzt will ich ausdrücklich sagen: Ich bin allen neun Mitgliedern – der Ausschuss hatte mit mir zehn Mitglieder – dankbar, dass wir alle unisono nicht der Versuchung erlegen sind, mit dem Untersuchungsausschuss nicht mehr fertig zu werden. An der Stelle möchte ich mich dafür bei allen Mitgliedern des Ausschusses bedanken.

Wenn ich schon beim Dank bin, danke ich auch den Assistenten des Ausschusses und vor allem auch den parlamentarischen Beratern aller Fraktionen, denn sowohl die Assistenten des Ausschusses als auch die parlamentarischen Berater – das wollen wir völlig uneigennützig zugeben – haben die Hauptlast dieser Arbeit getragen.

(Beifall bei allen Fraktionen)

Meine Damen und Herren, trotz aller Gegensätzlichkeiten in der Beurteilung, die Sie nachher im Verlauf der Debatte noch erfahren werden, glaube ich, dass ich als Vorsitzender in drei Punkten etwas Einmütiges feststellen kann.

Erstens: Ich möchte mich im Namen des Ausschusses bei jeder einzelnen Polizeibeamtin und jedem einzelnen Polizeibeamten ganz herzlich für den aufopferungsvollen und auch aufopferungswilligen Dienst bedanken, den die Polizeibeamten vor dem 30. September, am 30. September und leider auch bis heute bei jeder neuen Baumaßnahme in Verbindung mit Stuttgart 21 geleistet haben und leisten müssen, damit ein bestandskräftiges Baurecht überhaupt umgesetzt werden kann. Die Folgerung für uns Politiker daraus ist – ich glaube, da darf ich auch noch einmal in aller Namen sprechen –, dass wir uns bei der Regelung der Überstunden darauf verständigen sollten, dass die Überstunden möglichst zeitnah ausgeglichen werden.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Meine Damen und Herren, meine zweite Feststellung, die sich für mich aus dem Abschlussbericht ergibt, ist: Niemand im Untersuchungsausschuss hat behauptet oder behauptet bis heute, dass der Polizeieinsatz rechtswidrig gewesen wäre.

Dritte Feststellung: Während der ganzen Zeit des Untersuchungsausschusses stand immer im Raum, dass die Polizei mit einem Wasserwerfer – mit welchem Wasserwerfer auch immer – einen Demonstranten aus einem Baum herausgeschossen hätte. Ich glaube, ich spreche in aller Namen, wenn ich sage: Die Beweisaufnahme hat ergeben, dass kein Demonstrant aus einem Baum herausgeschossen worden ist.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

Meine Damen und Herren, jetzt darf ich als Ausschussvorsitzender auch noch ein paar Bemerkungen über einige Punkte machen, bei denen wir uns nicht einig sind.

Das, was mir besonders sauer aufgestoßen ist, sind die Begleitumstände der Pressekonferenz. Meine Damen und Herren, wir haben uns am 25. Januar in einer nicht öffentlichen Sitzung doch einige Minuten ohne irgendeine Widerrede darüber unterhalten, wie die gemeinsame Pressekonferenz am 31. Januar, für den sie vorgesehen war, ablaufen sollte. Diese Sitzung fand nachmittags um 17:00 Uhr statt. Wir haben uns über die Reihenfolge verständigt, wie geredet wird, über die Frage, wie lange jemand reden darf, und über die Frage, ob es eine gemeinsame Vorlage für die Presse gibt oder ob jeder Obmann eine eigene Vorlage macht. So sind wir auseinandergegangen.

Ich bin wie selbstverständlich davon ausgegangen, dass am 31. Januar eine gemeinsame Pressekonferenz stattfindet. Um 18:00 Uhr, eine Stunde nach Beginn der Sitzung des Untersuchungsausschusses, bin ich als Mitglied des Präsidiums zur Präsidiumssitzung gegangen. Da wurde mir ein Zettel gereicht, auf dem Terminübersichten der Landespressekonferenz enthalten waren. Darauf stand, dass SPD und Grüne am Tag darauf, am 26. Januar, vor die Presse treten.

(Abg. Jörg Döpper CDU: Toller Stil! Ganz super! – Zuruf des Abg. Helmut Walter Rüeck CDU)

Wenn mich vorher jemand gefragt hätte, ob ich so etwas für möglich halten würde,

(Zuruf: So viel zur Kollegialität!)

dann hätte ich im Brustton der Überzeugung gesagt: Das halte ich für ausgeschlossen.

(Zurufe von den Grünen)

Meine Damen und Herren, ich bezeichne das als ein Verhalten, das alles andere als kollegial ist.

(Beifall bei der CDU)

In diesem Punkt darf ich sagen: Ich bin froh, dass ich Mitglied der CDU bin.

(Beifall bei der CDU – Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Jawohl! Wir sind auch froh! – Zuruf des Abg. Franz Untersteller GRÜNE)

Meine Damen und Herren, ich darf zwei Punkte ansprechen, die mich als Vorsitzenden – aber wahrscheinlich nicht allein – gewundert haben.

Der erste ist: Aus der Mitte des Untersuchungsausschusses ist während der Dauer der Untersuchungsausschusssitzungen gefordert worden, dass ein Oberstaatsanwalt der Staatsanwaltschaft Stuttgart von der Behandlung des Falls „30. September“ abberufen wird.

(Abg. Karl Zimmermann CDU: He, he!)

Meine Damen und Herren, die Unabhängigkeit der Justiz ist ein ganz hohes Rechtsgut des demokratischen Rechtsstaats.

(Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: So ist es! Seit Montesquieu!)

(Winfried Scheuermann)

Wo kämen wir hin, wenn jeder, dem eine konkrete Entscheidung einer Justizbehörde nicht gefällt, gleich sagen würde:

(Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: So einfach war es nicht!)

„Das muss geändert werden; der muss abberufen werden“?

(Zuruf von der CDU: Wer war das?)

Ich kann nur sagen: Hüten wir uns davor, in die Unabhängigkeit der Justiz einzugreifen!

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Zurufe von der CDU: Bravo!)

Ein Zweites hat mich gewundert, meine Damen und Herren. Mich hat gewundert, welche Rechtsauffassungen von einzelnen Zeugen vertreten worden sind. Hierzu will ich zwei Aussagen zitieren. Ein Zeuge hat wörtlich gesagt:

Gesetze und Vorschriften, die nur den reibungslosen Projektablauf schützen, werden wir nicht beachten.

(Heiterkeit bei Abgeordneten der CDU)

An dieser Stelle will ich sagen: Ich bin zwei- oder dreimal in meiner Spontanität gegenüber einem Zeugen sehr barsch geworden. Dazu gehörte auch der zitierte Zeuge. Denn so etwas habe ich als Jurist eigentlich noch nie gehört und kann es auch nur sehr schwer nachvollziehen.

Ein zweiter Zeuge hat Folgendes erklärt – jetzt zitiere ich wörtlich ein paar Zeilen aus unserem Abschlussbericht –:

Auf die Frage, wie der Zeuge persönlich auf den ihm gegenüber ausgesprochenen Platzverweis reagiert habe, erklärte der Zeuge, dass er natürlich stehen geblieben sei.

Meine Damen und Herren, dass das eine Rechtsauffassung ist, die hoffentlich niemand in diesem Haus gutheißt, davon gehe ich aus.

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Na ja! – Abg. Thomas Blenke CDU: Ich befürchte, das stimmt nicht ganz, Herr Vorsitzender!)

Meine vorletzte Bemerkung, meine Damen und Herren: Ausschussvorsitzender dieses Untersuchungsausschusses zu sein hat mir ein gewisses Renommee eingebracht, und zwar Renommee im positiven wie auch im negativen Sinn.

(Abg. Peter Hofelich SPD: Natürlich!)

Im positiven Sinn bin ich in meinen letzten Tagen der Zugehörigkeit zu diesem Parlament noch einmal bekannt geworden wie vorher fast nie.

(Heiterkeit – Zuruf des Abg. Stephan Braun SPD)

Aber ich habe natürlich auch ein Renommee im negativen Sinn erfahren. Herr Präsident, wenn Sie mir erlauben, zitiere ich ...

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Sie dürfen.

Abg. Winfried Scheuermann CDU: ... aus der Homepage der Parkschützer, auch wenn darin zum Teil nicht commentmäßige Ausdrücke für dieses Haus enthalten sind.

(Heiterkeit des Ministers Heribert Rech)

Ich möchte als ein Beispiel eines negativen Renommees einfach Folgendes zitieren:

Kotzen könnte ich, wenn ich dieses Obera...loch Scheuermann höre und sehe. Ekelhafter geht es nicht mehr. Habe mir eben das Video mit Matthias von Herrmann angeschaut und bin so was von angewidert, wie dieser Scheuermann mit ihm umgesprungen ist.

(Heiterkeit des Abg. Hagen Kluck FDP/DVP)

Irgendwie erinnert mich dieser Scheuermann an Roland Freisler und seine Prozesse.

(Oh-Rufe von der CDU und der FDP/DVP – Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Unglaublich! – Zurufe von den Grünen)

Und die Oberfrechheit von diesem alten Sack ist, dass man hier die Wahrheit zu sagen hätte, sonst könnte man vereidigt werden. Na, das soll er genau in diesem Kommandoton Moppel und der Schwarzen Mamba sagen, wenn die ihren ganz großen Auftritt vor dem Untersuchungsausschuss haben.

(Zurufe der Abg. Franz Untersteller und Bärbli Mielich GRÜNE – Gegenruf des Abg. Helmut Walter Rüeck CDU)

Für meine Person kann ich nur sagen: Viel Feind, viel Ehr. Aber ich glaube, dass dieses Zitat auf diejenigen zurückfällt, die als Urheber hinter der entsprechenden Homepage stehen.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Bravo! – Zuruf des Abg. Dr. Dietrich Birk CDU)

Ganz zum Schluss, meine Damen und Herren, sage ich: Als meine Fraktion mich als Vorsitzenden dieses Ausschusses benannt hat,

(Abg. Bärbli Mielich GRÜNE: Schluss jetzt!)

sind wir unmittelbar nach der Fraktionssitzung vor die Presse getreten. Dort habe ich in meiner Funktion als designierter, aber noch nicht gewählter Ausschussvorsitzender auf die Frage, was ich denn von diesem Untersuchungsausschuss hielte, gesagt: Da kommt wie bei allen oder wie bei den meisten Untersuchungsausschüssen nichts heraus. Zur Erklärung habe ich gesagt: Der Ministerpräsident und der Innenminister haben im Vorfeld dieses Ausschusses mehrfach betont, dass es keine politische Einflussnahme auf den Polizeieinsatz am 30. September 2010 gegeben habe. Wenn ich gesagt hätte: „Bei dem Untersuchungsausschuss kommt etwas heraus“, dann wäre das gleichbedeutend mit der indirekten Aussage „Ministerpräsident und Innenminister lügen“ gewesen.

Heute – nachdem ich praktisch jede Sitzung mitgemacht habe – kann ich nur sagen: Ich stehe voll und ganz hinter meiner Aussage, die ich zu Beginn der Tätigkeit gemacht habe.

(Winfried Scheuermann)

(Abg. Reinhold Gall SPD: Grottenfalsch! Tut mir leid, Herr Vorsitzender! – Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Grottenfalsch!)

– Herr Gall, ich habe gesagt: Ich stehe voll und ganz hinter dieser Aussage.

(Abg. Reinhold Gall SPD: Aber Sie reden gerade als Ausschussvorsitzender und geben nicht die Meinung der CDU ab!)

Ich persönlich stehe voll und ganz hinter meiner Aussage, die ich an diesem ersten Tag vor der Presse gemacht habe.

(Abg. Thomas Blenke CDU: Sehr gut!)

Zum Schluss, meine Damen und Herren: Als Vorsitzender dieses Ausschusses bin ich um manche Erfahrung reicher geworden. Das bedaure ich überhaupt nicht. Darüber bin ich froh.

Ich bedanke mich, dass Sie mir so schön zugehört haben.

Vielen Dank.

(Anhaltender Beifall bei der CDU – Beifall bei der FDP/DVP – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Bravo!)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: In der Aussprache erteile ich Herrn Abg. Müller für die CDU-Fraktion das Wort.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Sehr gut! Jetzt wird scharfsinnig analysiert! Ich ziehe es mir rein, Uli!)

Abg. Ulrich Müller CDU: Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Untersuchungsausschüsse erbringen manchmal Ergebnisse abseits des eigentlichen Untersuchungsthemas. Wir haben eine Erkenntnis gewonnen: Die SPD-Landtagsfraktion ist klüger als der SPD-Landesparteitag. Denn die SPD-Fraktion wollte diesen Ausschuss nicht – in der Annahme, es kommt nichts heraus.

(Abg. Reinhold Gall SPD: Das wissen doch Sie nicht! Haben Sie ein Ohr an unserer Tür?)

Sie hat recht behalten.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Bravo! – Abg. Dr. Klaus Schüle CDU: War das ein Lob?)

Um das gewünschte Ergebnis zu retten, haben Sie bei dem Verfassen Ihres Abschlussberichts einen Romanschriftsteller ans Werk gesetzt. Ich glaube, Baron Münchhausen war das elfte Ausschussmitglied.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Heiterkeit bei Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP – Abg. Peter Hofelich SPD: Super Witz! – Abg. Reinhold Gall SPD: Super Gag! – Abg. Stephan Braun SPD: Sparen Sie sich das doch für die Fasnet auf!)

– Entschuldigung, Sie wollten Wahlkampf. Den bekommen Sie.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Ja!)

Wie hätte eigentlich eine Beweisaufnahme ablaufen müssen, damit ein anderes Ergebnis herausgekommen wäre als das, was Sie sich von vornherein vorgenommen hatten? Wenn alle Zeugen nicht nur nicht belegen, sondern widerlegen, was Sie als Ergebnis vorher und nachher hatten, was hätte dann eigentlich geschehen müssen?

(Abg. Franz Untersteller GRÜNE: Stimmt doch gar nicht!)

Sie bezichtigen damit alle Zeugen der Unwahrhaftigkeit, und Sie bezichtigen die Polizei, als Büttel der Politik tätig gewesen zu sein, was natürlich nicht der Fall ist.

(Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Unglaublich!)

Denn die Polizei war von vornherein in das Geschehen einbezogen in dem Sinn, dass ab Frühsommer klar war, dass sie einen rechtswidrigen Zustand im Schlossgarten wird beseitigen müssen. Sie war nicht deswegen im Schlossgarten, weil sie geschickt worden ist. Vielmehr hatte sie einen Auftrag zu erfüllen. Sie hatte das Recht gegenüber einer rechtswidrigen Blockade durchzusetzen. Das war der eigentliche Grund.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP – Zuruf der Abg. Brigitte Lösch GRÜNE)

Ihre These, Ihre Ausgangs- und Ihre Schlussthese, ist nicht nur nicht belegt, sondern sie ist widerlegt.

(Abg. Thomas Blenke CDU: Genau! – Abg. Albrecht Fischer CDU: Sehr gut! – Abg. Bärbl Mielich GRÜNE: Falsch!)

Deswegen haben Sie Ihre Behauptung auch modifiziert. Sie haben zunächst davon gesprochen, dass es hier um eine unzulässige Einflussnahme gehe. Dann haben Sie gesagt, es sei ein allgemeines Klima geschaffen worden. Zum Schluss haben Sie gesagt: „Nein, der Fehler bestand eigentlich darin, dass man nicht interveniert hat.“ Meine Damen und Herren, was denn jetzt, bitte schön?

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Bravo! – Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Unverhältnismäßig! – Zuruf des Abg. Franz Untersteller GRÜNE)

Jeder dieser Vorwürfe ist falsch. Aber alle drei sind noch dazu untereinander widersprüchlich.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Ja!)

Deswegen kann ich nur sagen: Wenn dieser Untersuchungsausschuss ein Biathlonwettbewerb wäre, dann müsste man sagen: Schlecht gelaufen und zum Schluss nicht ins Schwarze getroffen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Zuruf des Abg. Franz Untersteller GRÜNE)

Das sieht man übrigens auch daran, dass dies ein Ausschuss war mit einer unglaublichen Diskrepanz zwischen dem eigentlichen Untersuchungsauftrag, dem Ablauf des Untersuchungsausschusses und dem, was Sie zum Schluss in einer, wie ge-

(Ulrich Müller)

sagt, bemerkenswerten literarischen Ausarbeitung dazu festgestellt haben.

(Zuruf: Nur kein Neid! – Abg. Reinhold Gall SPD: Jetzt wird es schon besser! – Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Das ist der pure Neid gegenüber Ihrem kümmerlichen Werk!)

Sie sollten Beweiswürdigungen vornehmen und keine Kriminalromane schreiben.

(Heiterkeit und Beifall bei der CDU – Zuruf des Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE – Gegenruf des Abg. Albrecht Fischer CDU: Zuhören! – Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich darf um Ruhe bitten.

Abg. Ulrich Müller CDU: Meine Damen und Herren, wenn wir feststellen, dass es keine politische Einflussnahme gegeben habe, dann ist das keine Distanzierung von der Polizei. Vielmehr hat die Politik das Recht und die Pflicht, sich auch zu informieren. Sie will zum Zweiten sehen, wie der Einsatz abläuft. Sie respektiert, was aus polizeifachlicher Sicht dazu gesagt worden ist – einmal unabhängig davon, ob der Einsatz insgesamt gelungen ist. Die Politik sagt ferner ein klares Ja zu der Notwendigkeit dieses Einsatzes. Was hätte die Politik denn anderes tun sollen? Hätte sie die Polizei im Regen stehen lassen sollen? Oder hätte sie etwa dem Druck der Straße nachgeben und sagen sollen: „Da findet nichts statt“?

(Zurufe der Abg. Brigitte Lösch und Bärbl Mielich GRÜNE)

Das kann es wohl nicht sein.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Nein!)

Deswegen: Regierung und Mehrheitsfraktionen stehen hinter der Polizei und hinter dem Auftrag. Unsere Polizei darf nicht verunsichert werden. Es ist auch ein wichtiges Signal, das wir gegenüber der Öffentlichkeit deutlich machen müssen: Die Polizei greift nicht den Bürger an, sondern sie verteidigt das Recht.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Zurufe von der CDU: Bravo!)

– Klatscht nicht so lange, sonst läuft mir die Zeit davon.

(Vereinzelt Heiterkeit – Abg. Klaus Herrmann CDU: Sie sind so gut, Herr Kollege!)

Nun sind Fehler passiert. Die Fehler sind beispielsweise von Herrn Stumpf von seiner ersten Vernehmung als Zeuge an genannt worden. Er hat seine Ausführungen mit dem Satz begonnen: „Der Einsatz ist anders gelaufen als geplant.“ Es waren keine politischen Fehler, es waren keine rechtlichen Fehler. Es waren polizeifachliche, es waren handwerkliche Fehler. Es waren Fehleinschätzungen und Organisationsmängel. Das kann man wohl feststellen.

(Abg. Rainer Stickelberger SPD: Jetzt schieben Sie es doch auf die Polizei! – Abg. Andreas Stoch SPD: Die Polizei ist an allem schuld! – Abg. Reinhold Gall SPD: Jetzt wird es interessant!)

Das stört die Polizei selbst. Es gab polizeifachliche Fehler, in der Tat. Das hat die Polizei von sich aus gesagt,

(Abg. Walter Heiler SPD: Ich wasche meine Hände in Unschuld!)

und das stört sie selbst am allermeisten. Was macht sie? Sie ist fähig zur Selbstkritik.

(Abg. Bärbl Mielich GRÜNE: Im Gegensatz zur Politik! – Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Seien Sie doch auch einmal selbstkritisch!)

Sie wird eine Nachbearbeitung vornehmen. Übrigens haben wir – nicht Sie – diese Nachbearbeitung in unserer Beschlussempfehlung gefordert. Wir meinen, dass dabei auch externer Rat und Experten von außen hinzugezogen werden sollten.

(Abg. Reinhold Gall SPD: Das ist eine Selbstverständlichkeit!)

Wir sind es auch, die gewünscht haben, dass das Ergebnis dieser Selbstüberprüfung durch die Polizei auch dem Landtag vorgelegt wird.

Jetzt gibt es einen kleinen Unterschied zwischen uns. Sie wollen Köpfe rollen lassen,

(Zuruf: Aha!)

und wir wollen ein Ergebnis in der Sache.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Zuruf von der CDU: Sehr gut!)

Die Rücktrittsforderung gegenüber Herrn Polizeipräsident Stumpf ist nicht nur in der Sache falsch, sondern sie ist auch ein verheerendes Signal an die Polizei insgesamt.

(Abg. Thomas Blenke CDU: Genau!)

Wohin sind wir gekommen – vielleicht sollte ich auch fragen: wohin ist die SPD gekommen? –,

(Abg. Peter Hofelich SPD: Na, na, na!)

wenn eine Polizeigewerkschaft einen führenden Repräsentanten der Polizei vor der SPD in Schutz nehmen muss?

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Brauchen Sie ein Taschentuch?)

Aber, meine Damen und Herren von der SPD, ich muss Ihnen eines sagen: Wer mit den Grünen ins Bett geht, kann morgens nicht mit der Polizei frühstücken.

(Heiterkeit und Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Vom Allerfeinsten! – Abg. Reinhold Gall SPD: Wer mit Ihnen ins Bett geht, der will gar nicht mehr frühstücken!)

Sie verlassen Ihre Prinzipien, Sie verlassen Ihre Wählerschaft. Sie waren einmal für Stuttgart 21. Mittlerweile sagen noch genau 6 % der Bevölkerung, dass die Position, die Sie in Sachen

(Ulrich Müller)

Stuttgart 21 vertreten, auch ihre Position sei – 6 %! Sie haben – auch in diesem Ausschuss – an der Seite der Grünen eine Selbstmarginalisierung betrieben, und das ist das Ergebnis.

(Beifall bei der CDU)

Die Polizei hat insgesamt rechtmäßig gehandelt.

(Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Unverhältnismäßig!)

Es kann nicht sein, dass das Baurecht dem Faustrecht weicht.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Klaus Herrmann CDU: Jawohl! – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Bravo! – Zuruf von der CDU: So ist es!)

Hier lag das Problem. Wer etwas anderes sagt, der verwechselt Ursache und Wirkung.

(Zuruf des Abg. Franz Untersteller GRÜNE)

Angesichts des massiven, des organisierten, des hoch motivierten und des rechtswidrigen Widerstands war das Verhalten der Polizei insgesamt verhältnismäßig. Es ist schon bemerkenswert, welches Selbstverständnis die Blockierer hatten:

(Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Mit Wasserwerfern auf Schüler zielen! – Gegenrufe von der CDU)

ein selbst geschaffenes Recht, eine eigens geschaffene Definition, was man als Gewalt ansieht, eine ungewöhnliche Aggressivität und das Gefühl der moralischen Überlegenheit. Meine Damen und Herren, wenn wir dem entgegenreten, dann tun wir das nicht nur in unserem Interesse, sondern auch im Interesse unseres Landes.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Genau! – Abg. Klaus Herrmann CDU: Demonstrativ!)

Ich will es einmal ganz exakt sagen: Herr von Herrmann, den wir vernommen haben, hat sich in eine bemerkenswerte Tradition gestellt. Er sprach von Gandhi, aber wir sind kein kolonialistischer Staat. Er sprach von Martin Luther King, aber wir sind nicht rassistisch. Er sprach von den Montagsdemonstrationen, aber wir sind keine Diktatur, sondern wir sind eine parlamentarische, rechtsstaatliche Demokratie, die das Demonstrationsrecht auch derjenigen verteidigt, die eine andere Auffassung vertreten als wir.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Jawohl! Bravo!)

Demonstrationsrecht ja, Widerstandsrecht nein. Das muss klar sein. Dazu brauchen wir Konsens in diesem Haus, nicht nur wegen des 30. September, sondern auch im Blick auf das, was in Zukunft noch vor uns steht: ein 7-Milliarden-€-Projekt und viele andere Maßnahmen in diesem Land. In diesem Land geht nichts mehr, wenn das Faustrecht herrscht.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

Wenn unser Ministerpräsident und viele andere gesagt haben, die Bilder des 30. September dürften sich nicht wiederholen,

(Zurufe von den Grünen)

dann kann man dies nur unterstreichen und muss sagen: Die Bilder dürfen sich vor allem deswegen nicht wiederholen, weil es eine Selbstverständlichkeit sein muss, dass ein Bauarbeiter in Deutschland ohne Polizeischutz arbeiten kann.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP – Zurufe von der CDU: Bravo!)

Die Moral haben nicht die Blockierer auf ihrer Seite, sondern diejenigen, die das Recht auf ihrer Seite haben. Dabei differenzieren wir.

Im Rahmen des Dialogforums machen wir ein Gesprächsangebot an diejenigen – gerade am gestrigen Tag ist das geschehen –, die etwas verbessern wollen, die sachliche Kritik haben und die die Dinge besser machen wollen.

Wir nehmen hin, dass es Demonstrationen gegen dieses Projekt gibt.

(Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: „Wir nehmen hin“! – Gegenruf des Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Ja!)

– Ja. Wir nehmen das aus rechtlichen Gründen hin. Wir respektieren das, aber wir teilen das nicht.

(Zuruf der Abg. Brigitte Lösch GRÜNE)

– Auch Sie würden vieles nicht hinnehmen. Wenn wir in irgendeiner Frage einer anderen Auffassung sind, dann nehmen Sie das hoffentlich hin. Das darf man doch noch sagen.

Aber wir lehnen ab, dass es daneben eine Art von selbst geschaffenen Recht, ein Widerstandsrecht und ein Blockade-recht gibt. Das werden wir bekämpfen.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

Meine Damen und Herren, wir brauchen Deeskalation aus Respekt vor dem Recht, vor den Mehrheitsentscheidungen, z. B. auch dieses Hauses, und im Interesse des inneren Friedens, der Vernunft und eines zivilisierten Umgangs. Dazu haben alle Verantwortung und Veranlassung. Deeskalation ist vor allem eine Sache derjenigen, die Eskalation betrieben haben.

(Beifall bei der CDU)

Den Demonstranten geht es ja auch um die Ablösung der Landesregierung und der Regierungsmehrheit am 27. März.

(Abg. Albrecht Fischer CDU: So ist es!)

Darum geht es legitimerweise auch Ihnen. Das bestreite ich logischerweise gar nicht. Aber in dieser Situation müssen Sie sich schon überlegen: Mit wem machen Sie sich gemein? Haben Sie unter Umständen nicht die falschen Freunde?

(Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: So ist es! – Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Wer sind denn Ihre Freunde? – Gegenruf des Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Wer auf dem Tiger reitet, wird aufgefressen, wenn er absteigt, Frau Kollegin!)

(Ulrich Müller)

Denn immerhin muss man daran denken: Die SPD ist eigentlich für Stuttgart 21. Herr Kretschmann sagt über das Ergebnis von Geißler: 95 % sind von uns. Dann können Sie dem Protest eigentlich schlecht noch die Hand reichen.

(Zuruf der Abg. Brigitte Lösch GRÜNE)

Meine Damen und Herren, noch einige Bemerkungen zu den Grünen. Das muss jetzt doch noch sein. Die SPD war schon dran. Jetzt noch etwas zu den Grünen.

(Abg. Klaus Herrmann CDU: Die „Dagegen-Partei“!)

Sie haben den Protest angeheizt. Sie profitieren von ihm. Das haben wir gesehen. Sie haben ihn verherrlicht. Sie haben ihm in diesem Untersuchungsausschuss eine Tribüne geliefert, obwohl dies eigentlich gar nichts mit dem Untersuchungsgegenstand zu tun hatte. Sie sind wie die Zauberlehrlinge, die die Geister nicht mehr loswerden, die sie gerufen haben.

Es muss einen Grundkonsens geben, meine Damen und Herren, den ich einmal in folgende Worte fassen will:

Ich unterstütze keine Bauplatzbesetzung ... Ziviler Ungehorsam muss immer symbolischer Natur sein ... Blockaden und Bauplatzbesetzungen seien nicht zu rechtfertigen. Wer sich daran beteilige, müsse auch die Folgen seines zivilen Ungehorsams tragen.

Das sind Sätze, auf die sich doch alle verständigen könnten, vor allem deswegen, weil sie – man höre und staune – von Winfried Kretschmann stammen. Kaum zu glauben!

(Heiterkeit bei Abgeordneten der CDU – Zurufe von der CDU, u. a. Abg. Helmut Walter Rüeck: Wo ist er eigentlich?)

Sie stammen aus einem Artikel der „Badischen Zeitung“ vom 19. Januar 2011. Hervorragend! Ich stimme dem zu.

(Zurufe von der CDU: Noch einmal! Können wir das noch einmal hören? – Abg. Albrecht Fischer CDU: Das Zitat noch einmal wiederholen! – Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Das war so schön!)

– Das war so schön. Ich stimme dem zu.

Nicht zustimmen kann ich jedoch dem doppelten Spiel insofern, als wir hier auf der einen Seite den Staatsmann haben, auf der anderen Seite aber gezündelt wird.

(Zuruf des Abg. Dr. Hans-Peter Wetzel FDP/DVP)

Meine Damen und Herren von den Grünen, ich will Ihnen einmal Folgendes sagen: Wer monatelang in Stuttgart zündelt, der eignet sich nicht zum Landesbranddirektor.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Biedermann und die Brandstifter! – Weitere Zurufe von der CDU – Abg. Franz Untersteller GRÜNE: Diese Selbstgerechtigkeit! – Zuruf der Abg. Brigitte Lösch GRÜNE)

Das, was Kretschmann kritisiert, ist bei Herrn Scerl gelebte Demonstrationenkultur. Die Arbeit dieses Hauses als einer In-

stitution der repräsentativen Demokratie wird als Arbeit in einer Staatsform angesehen, die „restlos verbraucht“ sei.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Ja!)

Wenn ein Vertreter der Justiz irgendetwas tut, was einem Mitglied dieses Hauses nicht gefällt, dann soll er ausgewechselt werden. Meine Damen und Herren von den Grünen, Sie haben ein Problem mit dem Rechtsstaat und der Demokratie.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP – Widerspruch bei der SPD und den Grünen – Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Sie haben ein Problem!)

Wir akzeptieren das doppelte Spiel nicht. Sie müssen sich untereinander einigen, was Sie eigentlich wollen.

(Zurufe von den Grünen)

Die Schlussbemerkung ist ganz einfach: Dieser Untersuchungsausschuss ist in die Mühlen des Wahlkampfes geraten. Sie haben diesen Untersuchungsausschuss missbraucht, obwohl er die schärfste und beste Waffe der Opposition ist. Ich bedaure das vor allem deswegen, weil Sie als Opposition auf dieses Instrument auch in der nächsten Legislaturperiode vielleicht noch angewiesen sein werden.

Vielen Dank.

(Anhaltender Beifall bei der CDU – Beifall bei der FDP/DVP – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Ein Hochgenuss!)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Für die SPD-Fraktion erteile ich Herrn Abg. Stoch das Wort.

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Endlich wird einmal zur Sache gesprochen!)

Abg. Andreas Stoch SPD: Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Es macht mich schon etwas betroffen – wenngleich manches natürlich auch zum Schmunzeln war, Herr Kollege Müller und Herr Kollege Scheuermann –, auf welchem Niveau Sie die Debatte über den 30. September 2010 hier führen.

(Beifall bei der SPD und den Grünen – Abg. Franz Untersteller GRÜNE: Selbstgerecht! – Zuruf von der CDU: Wir können auch Ihr Verhalten im Untersuchungsausschuss diskutieren!)

Herr Kollege Scheuermann, die ersten Minuten Ihrer Rede kann ich vollumfänglich unterstreichen, nämlich insoweit, als auch ich sage, dass sowohl die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Landtags und der Fraktionen als auch die Kolleginnen und Kollegen in diesem Untersuchungsausschuss sehr viel und sehr Gutes geleistet haben und in intensivster Arbeit gemäß dem Auftrag des Untersuchungsausschusses gearbeitet haben.

Ich darf allerdings jedoch auf eines hinweisen, was mir als noch relativ jungem Abgeordneten doch etwas erstaunlich vorkam: Als es einmal in einer Sitzung darum ging, ob man bereits am folgenden Sitzungstag wieder zehn, zwölf, 14 Zeugen vernehmen könne, ohne überhaupt schon die Protokolle

(Andreas Stoch)

der vorherigen Vernehmungen vorliegen zu haben, und ich dann sagte, wir würden auf diese Weise dem Untersuchungsauftrag, den uns der Landtag erteilt hat, nicht gerecht, wurde mir entgegengehalten: „Wir haben doch gar keinen Untersuchungsauftrag.“

Das lässt doch tief blicken und zeigt, wie manche die Aufgabe in diesem Untersuchungsausschuss wahrgenommen haben. Wir haben hier als Parlament den Auftrag, Regierungshandeln zu kontrollieren. Ich hatte in diesem Untersuchungsausschuss aber streckenweise den Eindruck, dass die Ausschussmehrheit nicht die Kontrolle als zentrales Motiv verfolgte,

(Abg. Reinhold Gall SPD: Null Interesse!)

sondern der Frage Vorrang einräumte: Wie kann ich Vorwürfe, wie kann ich berechnete Fragen abwehren, verniedlichen oder kleinreden? Das wird dem Untersuchungsauftrag dieses Parlaments nicht gerecht.

(Beifall bei der SPD und den Grünen – Zuruf von der CDU: Wir haben keinen Beweisantrag abgelehnt!)

Ich nenne Ihnen ein Beispiel: Wenn die Ministerien nach der Einsetzung dieses Untersuchungsausschusses durch den Landtag am 27. Oktober 2010 bis zum Freitag, 26. November 2010, 20:00 Uhr, brauchen, um uns die Akten zu übergeben, dann frage ich mich, was in dieser Zeit mit den Akten passiert ist. Wenn wir am 29. November morgens um 9:30 Uhr mit der Vernehmung eines sehr wichtigen Zeugen, mit der Vernehmung von Herrn Stumpf, beginnen sollen, wie soll dieser Untersuchungsausschuss aus Sicht der Regierung und aus Sicht dieses Parlaments seine Aufgabe erfüllen, wenn er die Möglichkeiten dazu nicht bekommt?

(Beifall bei der SPD und den Grünen)

Nun zum Auftrag des Untersuchungsausschusses. Wenn Sie die in dem Untersuchungsauftrag formulierten Fragen lesen, werden Sie sehr deutlich erkennen, dass für die SPD-Fraktion, die die Einsetzung des Untersuchungsausschusses beantragt hat, insbesondere die Frage der politischen Einflussnahme und die Frage, wie es zu diesem schwarzen Donnerstag kommen konnte, im Mittelpunkt standen. Deswegen dürfen Sie durchaus meine Verwunderung erwarten, wenn ein Zeuge wie Herr von Herrmann, den Sie zitiert haben, auf Antrag der CDU vor den Untersuchungsausschuss geladen wird, um dort quasi als jemand vorgeführt zu werden, der in dieser Bewegung eine extreme Rolle spielt.

(Zuruf von der CDU: Was? Das ist unglaublich!)

Das ist polarisierend. Sie werden auch den vielen Bürgerinnen und Bürgern nicht gerecht, die auf legitime Weise ihren Willen, ihre politische Meinung zum Ausdruck bringen, wenn Sie Herrn von Herrmann als das Beispiel für die Gesinnung aller hinstellen. Das ist nicht korrekt.

(Beifall bei der SPD und den Grünen – Zurufe von der CDU)

Deswegen nochmals meine Frage: Wer hat diesen Untersuchungsausschuss, was seinen Auftrag angeht, denn ernst genommen? Das, was Herr Kollege Müller hier gerade ausgebreitet hat, war eher im Stil einer Büttenrede.

(Oh-Rufe von der CDU – Abg. Helmut Walter Rüeck
CDU: Einfach ungehörig!)

Sie haben diesen Untersuchungsauftrag nicht ernst genommen. Ich zitiere, was gerade schon einmal zitiert worden ist. Wenn der Ministerpräsident sagt, solche Dinge dürften sich in Baden-Württemberg nicht wiederholen, dann wird ihm jeder hier im Saal zustimmen. Dann müssen Sie aber auch die Frage stellen, wie es dazu kommen konnte. Dann müssen wir die Frage stellen, was seit Juni im Land Baden-Württemberg passiert ist, damit Menschen auf diese Art und Weise gegen ein Projekt protestieren, das vom Landtag beschlossen wurde.

Ich sage eindeutig: Ich zeige nicht mit dem Finger auf eine Seite – so, wie Sie es tun –, sondern ich frage beide Seiten: Was hätte anders laufen müssen, damit es nicht zu diesen Ereignissen gekommen wäre? Damit nähern wir uns dem Kern des Problems. Niemand kann bei der Frage eines Bahnhofs oder einer Bahnstrecke den Anspruch erheben, allein recht zu haben. Es ist unsere Pflicht, eine Debatte in der Sache argumentativ zu moderieren und zu führen.

Mit dem Finger auf andere zu zeigen und sie als „Lügenpack“ zu bezeichnen, dient dieser Debatte nicht. Das dient auch nicht einer Lösung dieses Problems. Genauso wenig dient es aber einer Lösung des Problems, wenn Sie am Ende Ihrer Ausführungen Schülerinnen und Schülern empfehlen, mehr für ihre staatsbürgerliche Bildung zu tun. Das wird dem Protest der Bürgerinnen und Bürger, der überwiegend auf legale Weise geäußert wird, nicht gerecht. Das muss diesen Menschen wie Hohn und Spott erscheinen.

(Beifall bei der SPD und den Grünen)

Nun zur Frage der Notwendigkeit dieses Untersuchungsausschusses. Herr Kollege Müller macht sich mehr Sorgen um die SPD als um seinen eigenen Laden. Das sollte er nicht tun. Dieser Untersuchungsausschuss wäre spätestens mit der Vorlage des Berichts des Innenministeriums auch von der SPD-Fraktion einstimmig befürwortet worden. Im Untersuchungsausschuss hat sich im Nachhinein herausgestellt, dass das, was uns das Innenministerium auf unsere im parlamentarischen Antrag aufgeworfenen Fragen geantwortet hat, für die Lösung dieses Problems nicht zielführend war.

Wir haben festgestellt, dass dieser Untersuchungsausschuss notwendig ist. Dieser Untersuchungsausschuss, der unter extrem schwierigen Bedingungen gearbeitet hat, hat drei wesentliche Fakten zutage gefördert.

Zum einen – das hat Herr Kollege Müller bereits ausgeführt – sind bei der Organisation dieses Einsatzes im Vorfeld, aber auch am Tag selbst auf der Ebene der Polizeiführung Fehler passiert. Ich darf auf eines hinweisen: Die SPD-Fraktion hat es als zentralen Punkt dieses Ausschusses angesehen, dass nicht die Polizei der Sündenbock oder der Prellbock für all das ist, was im Vorfeld falsch gelaufen ist.

(Beifall bei der SPD)

Deswegen hat die SPD-Fraktion den Schwerpunkt auf die Frage gerichtet: Warum konnte es bei einer Polizei, die bis zu diesem 30. September, sowohl was die Polizeiführung als auch was die zahlreichen Beamtinnen und Beamten angeht, hervor-

(Andreas Stoch)

ragende Arbeit geleistet hat, zu dieser Situation kommen? Hier wurde auf Deeskalation gesetzt; hier wurde darauf gesetzt, dass man dem Recht zur Durchsetzung verhilft, aber den Menschen nicht mit brutaler Gewalt gegenübertritt. Für mich ist die entscheidende Frage: Wie konnte es am 30. September dazu kommen, dass die Situation gekippt ist und wir anschließend die besagten Bilder hatten?

Lassen Sie mich einen 23-jährigen Polizeimeister zitieren, den ebenfalls Sie geladen hatten und der auch nichts über die politische Einflussnahme sagen kann; denn auch Ihnen lag daran, den 30. September im Untersuchungsausschuss hochzuhalten. Dieser 23-jährige Polizeimeister war unter den Ersten im Park, und deren Auftrag war es, in kleineren Gruppen die Bäume davor zu schützen, dass sie bestiegen werden. Bereits nach zehn Minuten, gegen 10:20 Uhr, hat er festgestellt, dass Hunderte von Menschen, vor allem Jugendliche, in diesen Park geströmt sind. Er hat in frappierender Offenheit sinngemäß erklärt: Wissen Sie, wir hatten gegen diese Übermacht von Menschen keine Chance; wir haben uns dann zu fünf um einen Baum gestellt, damit wir wenigstens etwas geschützt haben.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wer junge Polizistinnen und Polizisten unter diesen Bedingungen in solch einen Einsatz schickt, obwohl er weiß, dass an diesem Tag eine mit Risiken verbundene Jugenddemonstration stattfindet, und weiß, dass dieser Einsatztag bereits vorab öffentlich bekannt war, der handelt auch unverantwortlich gegenüber diesen jungen Polizistinnen und Polizisten.

(Beifall bei der SPD und den Grünen)

Eine weitere Frage: Wie konnte es zu diesen Fehlern der baden-württembergischen Polizei kommen, wie wir sie von ihr so nicht gewohnt sind? Wir haben eine Verschärfung der öffentlichen Debatte im September festgestellt. Wir haben festgestellt, dass vonseiten der CDU und des Ministerpräsidenten auf einmal von „Berufsdemonstranten“, von „Kriminellen“, von „Kommunisten“, die das Volk aufstacheln, die Rede war. Wir sprechen dabei von 80 000 Menschen, die bei den größten Demonstrationen im August auf die Straße gingen.

Es hat nicht in Ihr Bild gepasst, dass Menschen für ihre Meinung auf die Straße gehen. Es hat nicht in Ihr Bild von der Stuttgarter Bürgergesellschaft gepasst. Deswegen haben Sie eine Schublade gebraucht. Mit dieser Schublade war dann auf einmal von „Berufsdemonstranten“ und von „kommunistischen Aufhetzern“ die Rede. Was Sie hier als Interpretation vorgelegt haben, wurde der Situation aber einfach nicht gerecht.

(Abg. Bärbl Mielich GRÜNE: Genau!)

Der Ministerpräsident sprach auf dem Landtag der Jungen Union davon, ihm sei der Fehdehandschuh hingeworfen worden, und er habe diesen aufgenommen. Wenn er sagt: „Auf ins Gefecht“, können Sie an dieser martialischen Rhetorik durchaus erkennen, was in dieser Phase passiert ist.

(Abg. Dr. Dietrich Birk CDU: Sie waren doch gar nicht dort! – Gegenruf des Abg. Peter Hofelich SPD)

Auf einmal ist eine Aggressivität in diese Auseinandersetzung gebracht worden, auch vonseiten der Politik.

(Unruhe)

Sie können jetzt entgegnen: „Als Reaktion.“ Ich sage nur: Dadurch wird es nicht richtiger. Es ist Aggression in diese Debatte gebracht worden, und im Untersuchungsausschuss haben wir Anhaltspunkte dafür gefunden, in welcher Weise dieser entsprechende Druck auf die Polizei ausgeübt wurde. Wir haben Aktennotizen gefunden, laut denen bei einer Besprechung bei der Polizei die Rede davon war, dass der Ministerpräsident ein offensives Vorgehen erwartet. Was erwarten Sie dann von der Polizei? Erwarten Sie, dass sie die Samthandschuhe anzieht? Wir haben Aktennotizen aus dem Staatsministerium, aus denen hervorgeht, dass nur im Notfall abgebrochen werden soll.

Jeder normale Mensch fragt sich doch, warum ein solcher Einsatz durchgezogen wird. Der 23-jährige Polizist hat auf meine Frage „Wann war Ihnen klar, dass das heute nichts wird?“ geantwortet: „Das war mir nach einer Viertelstunde klar.“ Warum wird dann ein solcher Einsatz durchgezogen? Warum wird ein Wasserwerfer eingesetzt – der angeblich gar nicht für diesen Zweck mitgeführt wurde –, um den Weg freizumachen?

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Was heißt „angeblich“?)

Warum sind diese Mittel in dieser Weise eingesetzt worden? Warum hat man nicht gesagt: „Der Preis ist zu hoch; wir schaden dem Ansehen dieses Landes und dieser Landeshauptstadt Stuttgart in einer Weise, wie es letztlich bei keinem anderen Vorfall im Umfeld dieses Projekts der Fall war“?

(Beifall bei der SPD und den Grünen)

Neben der Rolle des Ministerpräsidenten war auch die Rolle des Innenministers bzw. dessen nicht vorhandene Rolle sehr auffällig. Wir haben immer danach gesucht, wo der Innenminister bei der Vorbereitung des Polizeieinsatzes eine Rolle spielte. Wir haben leider nichts gefunden. Da stellen wir uns schon die Frage: Handelt ein Innenminister aus Desinteresse nicht, oder handelt ein Innenminister deswegen nicht, weil ihm der Ministerpräsident dies nicht zutraut und die Angelegenheit an sich zieht – was man spätestens bei der Besprechung im Staatsministerium am 29. September gesehen hat?

Am 29. September fand eine Besprechung im Staatsministerium mit der Polizeiführung in Anwesenheit des Ministerpräsidenten und mehrerer Minister statt, wobei alle Risikofaktoren auf dem Tisch lagen und all das bekannt war, was am nächsten Tag traurige Realität wurde. In dieser Situation zu sagen: „Wir machen das so“, führt zu einer Mitverantwortung. Ich habe den Ministerpräsidenten gefragt. Wenn er gesagt hätte: „Wir können das nicht machen, das Risiko ist zu groß“, dann hätte dieser Einsatz an diesem Tag in dieser Form und mit diesem verheerenden Ergebnis nicht stattgefunden.

(Abg. Winfried Scheuermann CDU: Dann hätte er aber Einfluss genommen! – Abg. Thomas Blenke CDU: Das wäre Einflussnahme gewesen!)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ein Ministerpräsident, der dem Volk misstraut, ein Ministerpräsident, der seinem eigenen Minister misstraut, der kann den Bürgern dieses Landes kein Vertrauen in eine gute Zukunft geben. Deswegen hat dieser Ministerpräsident die politische Verantwortung für

(Andreas Stoch)

diesen missglückten Einsatz zu tragen, und deswegen hat dieser Ministerpräsident spätestens am Wahltag mit Konsequenzen für dieses missglückte Verhalten zu rechnen.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der SPD und den Grünen)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Für die Fraktion GRÜNE erteile ich Herrn Abg. Sckerl das Wort.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Jetzt kommt der Höhepunkt!)

Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Scheuermann, das waren ja Krokodilstränen, die Sie hier über den vermeintlichen Stilbruch vergossen haben. Es waren Krokodilstränen, weil dieser „Stilbruch“ doch Ihr Verhältnis zu diesem Untersuchungsausschuss vom Anfang bis zum Ende gekennzeichnet hat: die Arbeitsbedingungen und Spielregeln, die die Mehrheit der Minderheit aufgezwungen hat, ohne die Rechte der Minderheit auf angemessene Beteiligung zu achten und zu wahren,

(Widerspruch bei der CDU – Abg. Ulrich Müller CDU: Wo denn? – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Erklären Sie mal, wo!)

und zwar durch Terminierung, Terminhetze, fehlende Protokolle, viel zu späte Aktenvorlage, fehlende Möglichkeiten zur ausführlichen Beweiswürdigung. Wer so etwas zugelassen und zum Teil auch gefördert hat, der sollte sich hier nicht hinstellen und die Verletzung von Spielregeln reklamieren, meine Damen und Herren.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Dass der Untersuchungsausschuss für Sie nichts bedeutet hat, für Sie lästig war, haben Sie doch auch selbst in mehreren Phasen unter Beweis gestellt.

(Abg. Winfried Scheuermann CDU: Lästig nicht!)

Sie haben doch ein Fernsehinterview gegeben – da waren Sie schon Vorsitzender –

(Abg. Winfried Scheuermann CDU: Ich war noch nicht Vorsitzender!)

und haben gesagt, Sie wüssten, was dabei herauskommt; es sei eigentlich eine völlig überflüssige Veranstaltung. Das ist mehrfach passiert. Das hat die ganze Arbeit begleitet. Ihr Verhältnis zu dieser Aufgabe ist dabei völlig deutlich geworden; daran kann es doch überhaupt keinen Zweifel geben. Für Sie war der 30. September offensichtlich nicht mehr als ein bedauerlicher Betriebsunfall, den man am liebsten spätestens Mitte Oktober gern beerdigt und über den man dann nicht mehr geredet hätte.

Aber das entspricht nicht der Wirklichkeit in dieser Stadt und in diesem Land. Denn für sehr viele Menschen war das ein ganz einschneidendes Ereignis, das sie zum Teil bis zum heutigen Tag bewegt. Zu Recht wird Aufklärung gefordert, und es werden natürlich auch Konsequenzen in allen Bereichen, in denen es solche geben kann und geben muss, gefordert und

erwartet. Das ist, denke ich, der berechtigte Anspruch der Bürgerinnen und Bürger draußen im Land. Diesen Anspruch müsste der Untersuchungsausschuss heute erfüllen. Aber mit dem, was Sie hier vortragen, und mit dieser unglaublichen Selbstgerechtigkeit, die Sie hier inszenieren, ist der Weg zu einer offenen und ehrlichen Aufklärung versperrt, meine Damen und Herren.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Die Ergebnisse, die wir heute vorlegen und die unter schwierigen Arbeitsbedingungen entstanden sind, haben es in sich. Sie gefallen Ihnen natürlich nicht. Es kann keine Rede davon sein, dass alle Vorwürfe und Behauptungen in sich zusammengebrochen wären, dass nichts Substanzielles herausgekommen wäre.

(Abg. Dr. Klaus Schüle CDU: Wir stimmen nachher darüber ab!)

Nennen wir doch einmal Erkenntnisse, die wir gemeinsam festgestellt haben und die es ohne diesen Untersuchungsausschuss nicht gegeben hätte.

Die Entscheidung über diesen Polizeieinsatz vom 30. September, meine Damen und Herren, fiel am Nachmittag des 29. September im Staatsministerium

(Abg. Ulrich Müller CDU: Das stimmt nicht!)

in Anwesenheit des Ministerpräsidenten, der jetzt leider nicht da ist.

(Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Wo ist der Herr Kretschmann?)

Zu Beginn dieser Besprechung stand nicht fest, wann dieser Einsatz sein wird, ob er am 30. September um 10:00 Uhr oder um 15:00 Uhr stattfinden wird oder ob er später stattfinden wird. Bis zu diesem Zeitpunkt hatten die Polizeiführungen des Landes und der Stadt Stuttgart noch einen Disput miteinander geführt. Entschieden wurde es bei dieser Besprechung.

Ein Polizeiführer wie Herr Stumpf, der seit vielen Jahren im Amt ist, hat es im Untersuchungsausschuss sinngemäß als eine einmalige Erfahrung in all den vielen Jahren bezeichnet, dass die Politik derart direkt und unmittelbar an der Entscheidung über einen solchen Einsatz beteiligt ist.

(Unruhe bei der CDU)

Das ist ein Ergebnis des Untersuchungsausschusses, und diesem Ergebnis müssen Sie sich selbstverständlich stellen.

(Beifall bei den Grünen – Abg. Klaus Herrmann CDU: Bitte belegen! – Abg. Dr. Klaus Schüle CDU: Belegen! – Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Wo steht das?)

– Das ist ein klares Ergebnis des Untersuchungsausschusses. Sie werden doch nicht ernsthaft bestreiten wollen,

(Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Bleiben Sie bei der Wahrheit, Herr Kollege! – Abg. Klaus Herrmann CDU: Das bestreiten wir! – Unruhe – Glocke des Präsidenten)

(Hans-Ulrich Sckerl)

dass die Entscheidung bei dieser Besprechung gefallen ist.

(Abg. Klaus Herrmann CDU: Doch! Das bestreiten wir! – Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Liebe Kolleginnen und Kollegen – –

Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Es gibt eine Grenze von Vorhaltungen, über die hinwegzugehen ich nicht bereit bin. Das ist ein klares gemeinsames Ergebnis.

(Lebhafte Unruhe)

Es ist völlig berechtigt, zu sagen:

(Abg. Klaus Herrmann CDU: Sie lügen, Herr Kollege! – Gegenruf des Abg. Claus Schmiedel SPD: Unparlamentarisch!)

Die Politik hat sich eingemischt.

(Unruhe)

Die Politik hat sich in die Entscheidung über diesen Polizeieinsatz eingemischt. So ist das.

(Anhaltende Unruhe)

Schon deshalb war der Untersuchungsausschuss notwendig.

(Beifall bei den Grünen – Abg. Dr. Klaus Schüle CDU: Wo hat Herr Stumpf das gesagt? – Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Herr Kollege Sckerl, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Müller?

Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Nein, die gestatte ich nicht.

(Abg. Klaus Herrmann CDU: Weil er merkt, dass er die Unwahrheit gesagt hat! Wo steht das in dem Bericht? – Lebhafte Unruhe)

Zweite Erkenntnis, meine Damen und Herren.

(Abg. Klaus Herrmann CDU: Ihre Erkenntnis! – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Wo steht das? – Zuruf: Ich würde es gern nachlesen!)

Der Polizeieinsatz – –

(Zurufe von der CDU: Wo steht das? – Anhaltende lebhafte Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Kolleginnen und Kollegen, jetzt arbeiten wir ganz angestrengt diese Sache auf. Dazu gehört auch, dass man die anderen trotz Zwischenrufen ausreden lässt.

(Zurufe – Unruhe)

– Trotz Zwischenrufen!

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Wo steht das denn?)

Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Vielen Dank, Herr Präsident. Man muss sich daran gewöhnen, gegen eine Wand des Schreiens anzureden, weil das natürlich nicht gern gehört wird. Das ist mir klar.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Sagen Sie, wo es steht! Wo steht es? – Zuruf: Sagen Sie einfach, wo das steht!)

Der Polizeieinsatz, meine Damen und Herren, wurde einerseits monatelang vorbereitet, andererseits kam die Polizei – durch die Politik – auf der Schlussgeraden in eine Situation, in der sie unter Druck geriet, und deswegen ist dieser Einsatz dann doch schlecht vorbereitet gewesen, mit heißer Nadel gestrickt gewesen, und er ist völlig aus dem Ruder gelaufen. Dafür müssen Sie Verantwortung übernehmen. Hören Sie doch auf, sich ständig hinter dem Rücken der Polizei zu verstecken! Sie loben verbal die Polizei, aber hier machen Sie die Polizei endgültig zum Sündenbock.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Es gibt doch überhaupt keinen Zweifel daran, dass dieser Einsatz aus dem Ruder gelaufen ist und wahrscheinlich auch aus dem Ruder laufen musste.

Schauen Sie sich doch die Aussagen insbesondere der erfahrenen Polizeiführer aus anderen Bundesländern an. Welches Fazit ist denn daraus zu ziehen? Das sind doch keine Leute, die ihren Kollegen in Baden-Württemberg in den Rücken fallen, sondern die haben klare Ergebnisse bilanziert und haben gesagt: Solch einen Einsatz mit einem fast nicht vorhandenen Organisationskonzept haben sie in ihrer langen beruflichen Laufbahn noch nie erlebt.

Die Polizei war an diesem Tag personell auf Kante genäht, wie man so schön sagt. Das wissen Sie. Denn bis in die späten Abendstunden des 29. September mussten auswärtige Einsatzkräfte rekrutiert werden. Das hätte auch schiefgehen können. Die Rettungsdienste waren nicht rechtzeitig informiert. Sie hätten zum Zeitpunkt der Freigabe von Wasserwerfer und Pfefferspray informiert werden müssen. Es hat aber Stunden gedauert. Deshalb kann beim Einsatz von Wasserwerfer und Pfefferspray von feststehender Rechtmäßigkeit überhaupt keine Rede sein.

Im Gegensatz zu Ihnen haben wir uns auch – sowohl aus Fürsorge für die Bürgerschaft als auch aus Fürsorge für die Polizei – in der Bewertung ein Stück weit zurückhaltender verhalten. Für Sie stand das Urteil ab der ersten Stunde fest. Wir aber schauen uns erst Beweise an, wir hören uns fast 70 Zeugen an. Wir sind auch in der Lage, Gerichtsentscheidungen, die noch kommen werden, abzuwarten und dann irgendwann im Verlauf dieses Jahres ein endgültiges Urteil zu fällen.

Aber dass Sie sich hier hinstellen und sagen, der Einsatz von Wasserwerfern, auch gegen Schülerinnen und Schüler – 15, 16 Jahre alt –, gegen Seniorinnen und Senioren – 70 bis 80 Jahre alt –

(Unruhe)

sei per se rechtmäßig, ist der eigentliche Skandal, meine Damen und Herren. Ihnen fehlt jede Spur von Selbstkritik – jede Spur!

(Beifall bei den Grünen – Zuruf des Abg. Klaus Herrmann CDU)

(Hans-Ulrich Sckerl)

Der Gutachter Professor Poscher hatte recht, als er sagte: Letztendlich wurde mit Kanonen auf Spatzen geschossen. Damit kommen wir zum zentralen Problem dieser Auseinandersetzungen: Ihren Umgang mit einer kritischen Bürgerschaft.

(Lachen bei der CDU)

Ab dem 1. Oktober hat es dem Ministerpräsidenten gedämert. Da kamen plötzlich Ideen wie Schlichtung und alles Mögliche; da kam ein Dialog zustande. Aber bis zum 30. September ging es um Durchsetzung, um die Demonstration von Macht, um das Bild des starken Ministerpräsidenten, um die Regierungserklärung. Am 6. Oktober sollte hier ursprünglich kein Ministerpräsident stehen, der von Dialog und Aufgeschlossenheit gegenüber der Kritik der Bürgerschaft spricht, sondern einer, der eine erfolgreiche Bilanz präsentiert und sagt: „Ich habe im Mittleren Schlossgarten für klare Verhältnisse und für die Durchsetzung von Recht und Ordnung gesorgt.“ Das war doch das eigentliche Ziel gewesen, meine Damen und Herren.

(Widerspruch bei der CDU)

Deshalb ist der Umgang mit kritischer Bürgerschaft das zentrale Problem Ihrer Politik.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Na, na!)

Sie können nicht akzeptieren, dass plötzlich eine Bürgerschaft, ganz breit aufgestellt aus allen Teilen der Gesellschaft, auch aus Wählerinnen und Wählern der CDU, mit einem hohen Anteil von Seniorinnen und Senioren, kritische Fragen an ein wichtiges Projekt Ihrer Politik stellt

(Zuruf von der CDU: Es geht nicht um kritische Fragen, sondern um Blockade und Behinderung! – Zuruf des Abg. Thomas Blenke CDU)

und auf die Straße geht. Damit haben Sie ein Problem. Bis zum heutigen Tag kommt Ihnen das vor wie die Invasion von Marsmenschen, aber nicht wie Proteste von normalen Bürgerinnen und Bürgern dieser Gesellschaft.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: So ein Quatsch! – Weitere Zurufe von der CDU)

Solange Sie Ihre Selbstgerechtigkeit und diesen Stil, den Sie predigen, nicht aufgeben, werden Sie diese Probleme weiterhin haben.

Sie sprechen den Bürgerinnen und Bürgern pauschal das Grundrecht auf Demonstration ab,

(Widerspruch bei der CDU – Abg. Klaus Herrmann CDU: Belegen Sie das mal! – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Kein Mensch tut das!)

indem Sie sagen: Alles, was am 30. September im Schlossgarten stattgefunden hat, war rechtswidrig.

(Abg. Klaus Herrmann CDU: Nicht alles!)

Das steht in Ihrer Bewertung: „Der Protest war rechtswidrig, die Demonstrationen waren unfriedlich, es waren ausschließlich Verhinderungsblockaden.“ Das ist doch Ihre Feststellung.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Ja, das müssen wir feststellen! – Abg. Klaus Herrmann CDU: Teilweise war das so!)

Diese Feststellung hat mit der Wahrheit leider wenig zu tun. Sie sind offensichtlich gewillt, als Märchenerzähler

(Lachen bei der CDU)

mit einer neuen Geschichte des 30. September im Wahlkampf unterwegs zu sein. Das ist im Interesse einer echten, objektiven und auch selbstkritischen Aufklärung schwer verdauliche Kost, die Sie heute anbieten, meine Damen und Herren.

(Zuruf des Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU)

So sind dann auch Ihre Empfehlungen, und die gipfeln dann in der Forderung an die jungen Leute, an die Schülerinnen und Schüler: Denen muss wieder mehr Recht und Ordnung beigegeben werden, die müssen lernen, was staatsbürgerliche Rechte und Pflichten sind.

Wir werden diese Botschaft draußen im Land gern erzählen. Das dürfen Sie mir glauben.

(Abg. Klaus Herrmann CDU: Sie wollen ja einen anderen Staat! Das haben Sie hier ja gesagt!)

Im 21. Jahrhundert jungen Leuten, die wir zu kritischen, mündigen Staatsbürgern erziehen wollen, so eine Botschaft – „Zurück in die Fünfzigerjahre des letzten Jahrhunderts“ – zu präsentieren, das muss man sich einmal vor Augen führen. Das ist die einzige Konsequenz, die Sie aus dem 30. September ziehen wollen. Wir meinen, das wird der Aufgabenstellung einer Regierung, einer regierungsfähigen Partei im 21. Jahrhundert im Umgang mit kritischen, modernen Bürgern,

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Was ist daran modern?)

die auf Augenhöhe mit der Politik reden wollen, die kritische Fragen haben, nicht gerecht. Deswegen ist der 30. September in seiner Konsequenz auch ein Ereignis, das Sie unbedingt auf die Oppositionsbank in diesem Landtag verbannen muss, meine Damen und Herren.

Vielen Dank.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD – Abg. Klaus Herrmann CDU: Sehr schwacher Beifall! – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Und Sie werden Innenminister! Das wäre ein Segen für dieses Land! Er wird Innenminister! Dann wird mit dem „restlos verbrauchten“ Staat aufgeräumt!)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Für die FDP/DVP-Fraktion erteile ich Herrn Abg. Kluck das Wort.

Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Der Untersuchungsausschuss über den Polizeieinsatz im Schlossgarten hat ein ganz klares Ergebnis: Weder der Ministerpräsident noch andere Regierungsmitglieder haben Einfluss auf die Arbeit der Polizei genommen. Für die gegenteilige Behauptung der Opposition, die auch heute wiederholt wurde, gibt es keine Beweise, ja nicht einmal Indizien.

(Abg. Andreas Stoch SPD: Oi!)

(Hagen Kluck)

Leider fehlt Ihnen die Größe, das hier und heute offen zugeben.

Herr Kollege Stoch hat es gegenüber den Medien schon in gewisser Weise zugegeben, indem er gesagt hat: „Den Zettel mit der Anweisung haben wir nicht gefunden.“ Den konnte man auch gar nicht finden, weil es solche Anweisungen nicht gab. Es gab keinerlei Anweisungen von oben. Als die Opposition das begriffen hat, hat sie plötzlich versucht, das Ganze umzudrehen, und der Regierung den Vorwurf gemacht, sie hätte diese polizeitaktische Überlegung nicht verhindert, sie hätte eingreifen müssen. Das bedeutet: Rein in die Kartoffeln und wieder heraus.

Die FDP/DVP ist unvoreingenommen in den Untersuchungsausschuss gegangen. Wir haben als einzige Fraktion auch die Vorschrift von § 9 des Untersuchungsausschussgesetzes eingehalten, die in Absatz 5 ganz klar vorgibt:

Vor Abschluss der Beratung über einen Gegenstand der Verhandlung sollen sich die Mitglieder des Untersuchungsausschusses einer öffentlichen Beweiswürdigung enthalten.

Meine Damen und Herren, dem Ansehen des Parlaments hat es nicht gedient, dass Grüne, Rote und leider auch einmal Schwarze das Wasser nicht halten konnten. Wenn wir von der Bürgerschaft die Einhaltung der Gesetze fordern, müssen wir uns auch selbst an das vom Landtag beschlossene Untersuchungsausschussgesetz halten.

(Beifall bei der FDP/DVP – Abg. Andreas Stoch SPD: Wer hat angefangen? – Zuruf des Abg. Reinhold Gall SPD)

Aber dazu liegt der 27. März wohl zu nah. Statt Sachverhalte aufzuklären und nach der Wahrheit zu suchen, wollte die Opposition eher Punkte im Wahlkampf sammeln. So kann man einen Auftrag gründlich missverstehen.

(Beifall bei der FDP/DVP – Abg. Reinhold Gall SPD: An Aufklärungsfragen seitens der FDP/DVP kann ich mich aber nicht erinnern!)

– Dann haben Sie ein schlechtes Erinnerungsvermögen.

(Abg. Reinhold Gall SPD: Überhaupt nicht!)

Der Einzige, der kritische und richtige Fragen gestellt hat, war ich. Lesen Sie es doch einmal nach.

(Heiterkeit – Beifall bei der FDP/DVP – Abg. Klaus Herrmann CDU: Das waren auch Sie! – Abg. Reinhold Gall SPD: Da muss sogar der Innenminister lachen! Da lacht die ganze Regierungsbank! – Abg. Thomas Blenke CDU: Herr Gall hat auch oft geföhlt, weil es ihm peinlich war! – Weitere Zurufe von der CDU – Zuruf der Abg. Brigitte Lösch GRÜNE)

Sozialdemokraten und Grüne rufen jetzt trotzdem gleich wieder nach neuen Gesetzen. Sie wollen ein neues Versammlungsrecht.

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Ach, jetzt hör auf! – Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Ja, klar!)

Die einen wollen es lockern,

(Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Ja, klar!)

die anderen wollen es verschärfen.

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Setzen, Sechs!)

Ich will noch einmal klarstellen: Die FDP/DVP hält die in Baden-Württemberg geltenden Versammlungsregeln für ausreichend und ausgewogen. Wir stehen auch uneingeschränkt zum Demonstrationsrecht, so, wie es in Artikel 8 des Grundgesetzes garantiert ist:

(Beifall bei der FDP/DVP)

Alle Deutschen haben das Recht, sich ... friedlich und ohne Waffen zu versammeln.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Friedlich, ja!)

Aber über das, was friedlich ist, sind im Untersuchungsausschuss unterschiedliche Auffassungen zutage getreten. Da berufen sich doch tatsächlich Leute, die ernst genommen werden wollen, auf das in Artikel 20 des Grundgesetzes garantierte Widerstandsrecht. Aber das gilt doch nicht für den Fall, dass man rechtskräftige Baugenehmigungen nicht akzeptieren will, sondern es gilt für den Fall, dass sich Leute anschicken, die freiheitlich-demokratische Grundordnung in diesem Land zu beseitigen. Davon kann hier überhaupt keine Rede sein.

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU – Zuruf des Abg. Helmut Walter Rüeck CDU)

Der Sprecher der sogenannten Parkschützer,

(Zuruf des Abg. Klaus Herrmann CDU)

ein Herr von Herrmann – Adel verpflichtet –,

(Vereinzelt Heiterkeit)

ist der Auffassung – ich zitiere –:

Das können doch Menschen für sich entscheiden, wann sie etwas gewalttätig finden und wann nicht.

(Lachen bei der CDU und der FDP/DVP – Zuruf von der CDU: Unglaublich! – Abg. Klaus Herrmann CDU: Sehr interessant!)

Die Zeugin Klausmann-Sittler sagte wörtlich:

Ich würde gern ..., wenn ich einen Stein hätte, ich würde ihn gern irgendwohin schmeißen.

(Abg. Jörg Döppler CDU: „Wenn ich nur könnte“!)

Der Zeuge Lösch sagte:

Wenn die Polizei mir ... unsinnige Dinge befiehlt, dann habe ich immer noch meinen eigenen Verstand und beurteile Situationen in meinem Leben so, dass ich die Entscheidung selber fälle.

(Zuruf der Abg. Bärbl Mielich GRÜNE)

(Hagen Kluck)

Im Klartext: Was Recht ist, bestimmt er selbst.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Ja! – Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Nein, überhaupt nicht!)

Dabei hat selbst der von der Opposition geladene Sachverständige Professor Poscher klargestellt, dass ein Platzverweis in jedem Fall zu befolgen ist.

(Abg. Beate Fauser FDP/DVP: Genau!)

Wörtlich hat er gesagt:

Ich denke auch, dass erst einmal die anderen formellen Voraussetzungen für den Einsatz der Vollstreckung und des unmittelbaren Zwangs vorgelegen haben.

Das bescheinigt Ihnen Ihr Gutachter. Das sollte Ihnen zu denken geben.

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU – Abg. Andreas Stoch SPD: Weiterlesen!)

– Ja, ich lese weiter. – Professor Würtenberger hat auf Ausführungen – –

(Zurufe von der SPD, u. a. Abg. Reinhold Gall: Nicht der Würtenberger! Das ist euer Sachverständiger!)

– Ja, klar.

(Zuruf des Abg. Reinhold Gall SPD)

– Nein, das war Herr Poscher.

(Zurufe von der SPD)

Herr Poscher war euer Zeuge, und Herr Professor Würtenberger wurde von der CDU benannt. Herr Würtenberger hat auf die Ausführungen des Bundesverfassungsrichters Voßkuhle hingewiesen. Danach ist es im demokratischen Rechtsstaat Pflicht der Staatsorgane, sich an rechts- und bestandskräftige Entscheidungen zu halten und diese notfalls durch Zwangsmaßnahmen durchzusetzen.

(Zuruf von der CDU: Aha!)

Sein Kollege Hoffmann-Riem – ein Liberaler, wenn ich mich recht erinnere –

(Zuruf des Abg. Andreas Stoch SPD)

hat es als „folgschweres Missverständnis“ bezeichnet, im Grundrecht auf Versammlungsfreiheit eine Art Selbsthilfe-recht gegenüber politisch abgelehnten Mehrheitsentscheidungen zu sehen.

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: So ist es!)

Da finde ich Vergleiche mit Gandhis Kampf gegen die Kolonialherrschaft der Briten in Indien oder mit Martin Luther Kings Eintreten gegen die Rassendiskriminierung in den USA

(Zuruf des Abg. Joachim Köbeler CDU)

oder einen Vergleich mit den Montagsdemonstrationen in Leipzig unerträglich.

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU – Abg. Thomas Blenke CDU: Das ist der Gipfel der Arroganz von denen!)

Solche Vergleiche kommen einer Verhöhnung der Opfer dieses berechtigten zivilen Ungehorsams gleich.

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Bravo! – Zurufe von der CDU: Genau!)

Ich will mich jetzt aber nicht hinter Rechtsgelehrten verschanzten. Denn ich bin nur – wie heißt es? – ein Erfahrungsjurist,

(Zuruf des Abg. Rainer Stickleberger SPD)

wie heute Morgen wundervoll gesagt wurde.

Wir müssen aus dem eskalierten Protest politische Lehren ziehen. Der Dialog über umstrittene Großprojekte muss frühzeitig beginnen. Wir brauchen eine intensive und auch für Otto Normalverbraucher und Lieschen Müller verständliche Bürgerbeteiligung im Vorfeld von Planungsentscheidungen.

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Dann macht doch einmal!)

Dazu sollte der nächste Landtag eine Enquetekommission einsetzen. Die politische Bildungsarbeit muss verbessert werden – egal, was Sie, Herr Kollege Sckerl, dagegen sagen –, weil hier die Unkenntnis von Schülerinnen und Schülern von Leuten missbraucht wird,

(Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Quatsch! – Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Völlig absurd!)

die sich selbst rechtzeitig in Deckung bringen und die anderen nach vorn schicken. Das ist eine Schweinerei.

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU – Zurufe von der CDU: So ist es! – Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Genau so ist es! – Zuruf des Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE)

Man muss doch den Unterschied zwischen einem diffusen egoistischen Rechtsempfinden,

(Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Bla, bla, bla!)

das Einzelne haben, und dem tatsächlich geltenden Recht klar-machen, sodass dieser erkannt wird. Wo kommen wir denn hin, wenn jeder meint: „Ich bin im Recht, und alle anderen sind im Unrecht“?

(Abg. Thomas Blenke CDU: So ist es! Sehr gut!)

Alle politischen Kräfte in diesem Parlament sollten sich darüber einig werden, dass ein liberaler Rechtsstaat keine rechtsfreien Räume dulden darf. Rechtssicherheit ist ein ganz hohes Gut. Recht und Freiheit gehören untrennbar zusammen, nicht nur in der Nationalhymne.

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Bravo!)

Ein Wort zur Polizei: Wäre der Einsatz optimal gewesen, brauchten wir diese Debatte heute nicht zu führen. Da ist etwas schiefgelaufen. Deshalb erwartet die FDP/DVP-Fraktion

(Hagen Kluck)

von der Polizeiführung eine intensive Nachbereitung des Einsatzes, über deren Ergebnisse im Innenausschuss zu berichten ist. Gegen zahlreiche Polizeibeamte wurde Anzeige erstattet. Alle angezeigten Vorfälle werden gerichtlich überprüft. Dasselbe gilt für die Straftaten gegenüber Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten. Wenn die Ergebnisse dieser Überprüfung vorliegen, dann kann man Schlussfolgerungen ziehen. Bis dahin gilt für Polizisten wie für Demonstranten in einem Rechtsstaat die Unschuldsvermutung. Vorverurteilungen, Entlassungsbegehren und Rücktrittsaufforderungen sind wenig hilfreich, selbst wenn sie von FDP-Mitgliedern kommen.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Die Persönlichkeitsrechte von Beamten wiegen für uns genauso schwer wie die aller anderen Bürgerinnen und Bürger. Respekt vor der Polizei als Träger des staatlichen Gewaltmonopols ist eine Grundvoraussetzung dafür, dass die Polizei ihre Aufgaben im demokratischen Rechtsstaat erfüllen kann.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP und der CDU – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Jawohl!)

An dem für ein friedliches Zusammenleben notwendigen gegenseitigen Respekt scheint es mir aber hier zu hapern.

Der Zeuge Schuster berichtet, dass Rettungskräfte durch Demonstrationsteilnehmer bedrängt wurden.

(Abg. Klaus Herrmann CDU: Aha!)

Man habe den Rettungskräften vorgehalten: „Da vorn sterben Kinder, und Sie helfen nicht.“ Der Mann hat gesagt, derartige Verbalaggressionen habe er noch nie erlebt.

Es gibt noch mehr Verbalaggressionen: Vorhin gab es beim Staatstheater eine „Mahnwache“ – so nannte man das. Eine Frau hielt ein Schild hoch, auf dem untereinander drei Vornamen standen: Adolf, Erich, Stefan. Herr Sckerl fand nichts dabei und hat trotzdem dort gesprochen.

(Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Ich habe nicht dort gesprochen! Entschuldigung! Nehmen Sie das zur Kenntnis! – Zuruf des Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU)

– Aber Sie waren da.

Schauen Sie einmal, was bei Twitter steht. Dort steht beispielsweise: „Morgen, 9:00 Uhr, Volksgerichtshof Stuttgart, Hauffstraße 5, Saal 1: Prozess gegen Versammlungsleiter Stöcker“.

(Zuruf von der CDU: Sauerei!)

Es steht auch dort: „Vom Deportations- zum Logistikgleis – die Bahn ging schon immer über Leichen.“

(Zuruf von der CDU: Unverschäm! – Zurufe von den Grünen – Gegenruf des Abg. Klaus Herrmann CDU: Das müsst ihr euch auch einmal anhören!)

Da wird geschrieben:

In der guten, alten Tradition faschistischer und korrupter CDU-Ministerpräsidenten ...

(Abg. Klaus Herrmann CDU zu den Grünen: Das sind eure Freunde, die ihr deckt! – Gegenruf der Abg. Brigitte Lösch GRÜNE – Gegenruf des Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Distanziert euch doch! – Glocke des Präsidenten)

Meine Damen und Herren, wir müssen damit Schluss machen, uns gegenseitig in einer solchen Weise zu verunglimpfen. Jeder Verletzte bei einem Polizeieinsatz ist ein Verletzter zu viel – egal, auf welcher Seite.

(Beifall des Abg. Dieter Kleinmann FDP/DVP – Zuruf der Abg. Brigitte Lösch GRÜNE)

Wir Liberalen raten dringend zur Abrüstung. Fangen wir bei den Worten an! Schließlich geht es um einen Bahnhof und nicht den Bau einer Startrampe für Massenvernichtungsmittel.

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Liebe Kolleginnen und Kollegen, es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor.

Wir kommen zur Abstimmung über die Beschlussempfehlung des Untersuchungsausschusses. Das sind die Seiten 402 bis 404 der Drucksache 14/7500. Von verschiedenen Seiten wurde vorgeschlagen – dem folgen wir auch –, über die vier Abschnitte der Beschlussempfehlung einzeln abzustimmen.

Ich lasse zunächst über Abschnitt I der Beschlussempfehlung abstimmen. Danach soll von dem Bericht des Untersuchungsausschusses und den vorgelegten Bewertungen der Ergebnisse Kenntnis genommen werden. Wer Abschnitt I der Beschlussempfehlung zustimmt, möge bitte die Hand erheben. – Wer ist dagegen? –

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Das geht ja gar nicht!)

Wer enthält sich? – Einstimmig so beschlossen.

In Abschnitt II der Beschlussempfehlung empfiehlt der Untersuchungsausschuss,

sich den Bewertungen des Untersuchungsausschusses anzuschließen und festzustellen, dass ...

Wer Abschnitt II zustimmt, möge bitte die Hand erheben. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Damit hat die Mehrheit Abschnitt II beschlossen.

In Abschnitt III der Beschlussempfehlung empfiehlt der Untersuchungsausschuss,

aufgrund der Erkenntnisse des Untersuchungsausschusses folgende Feststellungen zu treffen: ...

Wer stimmt Abschnitt III zu? – Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist Abschnitt III mehrheitlich beschlossen.

In Abschnitt IV empfiehlt der Untersuchungsausschuss:

Die Landesregierung zu ersuchen, dass nachfolgende Gesichtspunkte umgesetzt werden: ...

Wer stimmt Abschnitt IV zu? – Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist Abschnitt IV mehrheitlich so beschlossen.

(Stellv. Präsident Wolfgang Drexler)

Ich möchte zum Schluss, liebe Kolleginnen und Kollegen, noch allen Mitgliedern des Ausschusses den Dank des ganzen Hauses aussprechen. Ich danke insbesondere Herrn Vorsitzenden Winfried Scheuermann für die geleistete Arbeit. Ebenso danke ich den wissenschaftlichen Mitarbeitern des Untersuchungsausschusses, Herrn Wegner und Herrn Maier, recht herzlich für ihre Mitarbeit.

(Beifall bei allen Fraktionen)

Damit ist Tagesordnungspunkt 5 erledigt.

Ich rufe **Tagesordnungspunkt 6** auf:

Zweite Beratung des Gesetzentwurfs der Fraktion GRÜNE – Gesetz zur Änderung des Schulgesetzes für Baden-Württemberg – Drucksache 14/7165

Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Schule, Jugend und Sport – Drucksache 14/7492

Berichtersteller: Abg. Karl Traub

Das Präsidium hat für die Allgemeine Aussprache eine Redezeit von fünf Minuten je Fraktion festgelegt, wobei gestaffelte Redezeiten gelten.

Ich darf Frau Abg. Rastätter für die Fraktion GRÜNE das Wort erteilen.

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Abg. Renate Rastätter GRÜNE: Vielen Dank, Herr Präsident. – Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Baden-Württemberg hat eine Schlusslichtposition. Baden-Württemberg ist das letzte Bundesland, das die Ganztagschule noch nicht im Schulgesetz verankert hat. Heute haben Sie, Kolleginnen und Kollegen von den Regierungsfractionen, die Gelegenheit, unserem Gesetzentwurf zuzustimmen und damit den längsten und größten Schulversuch in der Geschichte des Landes Baden-Württemberg endlich zu beenden und die Ganztagschule einer gesetzlichen Regelung zuzuführen.

(Zuruf des Abg. Andreas Hoffmann CDU)

Es gibt in Baden-Württemberg in diesem Schuljahr mittlerweile 1 304 Ganztagschulen. Ich möchte daran erinnern, dass die Initialzündung zum Ausbau der Ganztagschule in Baden-Württemberg durch die rot-grüne Bundesregierung mit ihrer Initiative IZBB erfolgt ist. Mit diesem Ganztagschulprogramm wurden in Baden-Württemberg 521 Millionen € bereitgestellt, durch die vor allem die baulichen Voraussetzungen für den Ausbau der Ganztagschulen geschaffen werden konnten.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, unserem Gesetzentwurf haben bei der gesetzlich vorgeschriebenen Anhörung alle Angehörten zugestimmt. Das sind der Städtetag, der Gemeindetag, der Kreistag sowie der Landeselternbeirat. Sie haben unseren Gesetzentwurf begrüßt und massiv eingefordert, dass er umgesetzt wird. Trotzdem hat sich im Schulausschuss des Landtags gezeigt, dass Sie diesen Gesetzentwurf und die gesetzliche Verankerung der Ganztagschule im Schulgesetz weiterhin blockieren.

Frau Kollegin Arnold, Sie haben zwar grundsätzlich zum Ausdruck gebracht, dass Sie eine gesetzliche Verankerung wün-

schen, haben uns dann aber vorgeworfen, wir hätten im Gesetzentwurf zu viele Regulierungen. Ich möchte an dieser Stelle festhalten: Wir haben vorgegeben, dass die gesetzliche Verankerung erfolgt, dass das Land die Qualitätssicherung übernimmt und das pädagogische Personal zur Verfügung stellt und dass die Ganztagschule rhythmisiert sein muss. Das sind zwei Forderungen, die Voraussetzung dafür sind, dass wir in Baden-Württemberg tatsächlich eine gute Ganztagschulentwicklung hinbekommen.

Herr Kollege Traub, Sie haben gesagt, das Land sei nur für die Umsetzung des Bildungsauftrags zuständig, nämlich für den Unterricht, und die Ganztagschule sei schließlich eine freiwillige Leistung. Genau das ist der Grund, warum der Städtetag fordert, dass die Ganztagschule im Schulgesetz verankert wird; denn mit einer freiwilligen Leistung gibt es keine Planungssicherheit für die Kommunen. Die freiwillige Leistung ist deshalb so gewählt, weil dadurch das Konnexitätsprinzip nicht zur Anwendung kommt und weil Sie den Kommunen damit den Löwenanteil der Kosten für die Ganztagschule aufbürden können. Das haben Sie in der Vergangenheit bis heute so gemacht.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen)

Ich möchte an dieser Stelle den Städtetag zitieren, der wiederholt gefordert hat, die Ganztagschule im Schulgesetz zu verankern. Der Städtetag sagt – ich zitiere –:

Nur sie

– die gesetzliche Verankerung –

gibt den Schulen und Schulträgern Rechtssicherheit über den dauerhaften Bestand der Ganztagsbetriebe, und nur sie schützt die Städte vor Zusatzbelastungen durch den Ganztagsbetrieb, die ihnen die Kultusverwaltung bislang aufgrund des Versuchsstatus an den landesrechtlichen Schulfinanzierungsbestimmungen vorbei aufbürden kann.

Im Klartext: Schon aus diesem Grund brauchen wir für die kommunale Planungssicherheit die gesetzliche Verankerung.

Ich möchte noch einen weiteren Aspekt ansprechen, der von Ihrer Seite, Herr Kollege Traub, vorgetragen wurde. Ich möchte schon sagen: Sie müssen Ihr Gesellschafts- und Familienbild aus dem letzten Jahrhundert endlich überwinden. Sie sind hier noch nicht im 21. Jahrhundert angekommen, weil Sie noch immer sagen, die Eltern würden dann die Erziehung an den Staat abgeben. Es liegt eine hervorragende bundesweite Studie vor, nämlich die StEG-Studie, die Studie zur Entwicklung von Ganztagschulen. Diese besagt, dass die Eltern gerade durch die Ganztagschulen deutlich entlastet werden, dass sie dadurch tatsächlich mehr Zeit für ihre originären Erziehungsaufgaben in ihrer Familie haben

(Zuruf des Abg. Albrecht Fischer CDU)

und dass die Ganztagschule letzten Endes dazu führt, dass das Familienleben tatsächlich bereichert werden kann und gemeinsame Aktivitäten mit den Kindern möglich sind.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen – Abg. Albrecht Fischer CDU: Aber die Mehrheit will es nicht! Siehe Hamburg! – Abg. Klaus Herrmann CDU: Es gibt aber auch andere Studien!)

(Renate Rastätter)

Ich möchte nun zum Schluss kommen. Ein weiterer Aspekt sollte für Sie eine wichtige Rolle spielen: Wir brauchen, gerade auch angesichts des großen Fachkräftemangels in Baden-Württemberg, junge Frauen für den Arbeitsmarkt. Junge Frauen sagen unisono: „Wir wollen Beruf und Familie vereinbaren. Wir wollen Kinder und Karriere.“ Deshalb brauchen wir eine flächendeckende Einführung. Wir wollen einen Rechtsanspruch auf eine Ganztagschule in unserem Schulgesetz verankern und gleichzeitig die Wahlfreiheit sichern.

Mein letzter Satz: Es gibt keine Zwangsbeglückung. Herr Kollege Traub, wenn Sie von Zwangsbeglückung sprechen, wäre ich an Ihrer Stelle vorsichtig; denn Sie wollen die Kindergartenpflicht ab dem fünften Lebensjahr einführen. Da kann man die Frage stellen, inwieweit es sich hier um eine Zwangsbeglückung handelt.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit. Ich bitte um Unterstützung für unseren Gesetzentwurf.

(Beifall bei den Grünen)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Traub für die Fraktion der CDU.

Abg. Karl Traub CDU: Vielen Dank, Frau Kollegin Rastätter, für die Belehrungen am Schluss. – Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen, meine Damen und Herren! Bereits in der ersten Lesung am 25. November 2010 habe ich die wichtigen Punkte zum Gesetzentwurf der Grünen erläutert und unsere Stellungnahme hierzu vorgetragen. Vorab, verehrte Frau Rastätter: Wir werden auch heute Ihrem Gesetzentwurf mit seinen Ausführungen in der vorliegenden Form nicht zustimmen,

(Abg. Siegfried Lehmann GRÜNE: Schade!)

weil vieles noch unausgegoren und un geregelt ist. Wir möchten jetzt keinen Gewaltakt machen, auf den Sie so, wie Sie es gerade ausgeführt haben, bauen.

Wir haben die Stellungnahmen der kommunalen Landesverbände sowie des Landeselternbeirats zu diesem Gesetzentwurf zur Kenntnis genommen. Wir nehmen diese Stellungnahmen sehr ernst, und sie fließen selbstverständlich in unsere Meinungsbildung ein. Vieles wissen wir schon. Allerdings werden wir von der bis jetzt eingeschlagenen Linie zum weiteren Ausbau der Ganztagsangebote in unseren Schulen nicht abweichen.

Unser vorrangiges Ziel ist es dabei, den Kindern und den Eltern ein attraktives und gleichermaßen hochwertiges Angebot einer Ganztagsbetreuung zu machen. Wir wollen sie mit diesem Angebot überzeugen. Das Land und die Kommunen teilen sich im bewährten, verantwortungsvollen Miteinander die Kosten. Wir haben dies schon im November vergangenen Jahres dargelegt. Gemeindetag, Städtetag und Landkreistag können sich natürlich – dies war auch nicht anders zu erwarten – eine Kostenübernahme durch das Land bis hin zur Übernahme der Essensausgabe vorstellen und raten dazu, dies nicht negativ zu sehen. Der Gemeindetag weist aber auch auf den Pakt zur Stärkung der Chancengleichheit hin, den es zu vertiefen bzw. weiterzuverfolgen gelte.

Wir werden den bedarfsgerechten Ausbau der Ganztagschulen weiter voranbringen. Unser Ziel ist ein flächendeckendes Angebot – aber nicht von heute auf morgen; das wissen Sie –, das an rund 40 % der Schulen im Land bestehen soll.

Wir machen darauf aufmerksam, dass wir – das Land – für die Erfüllung des Bildungs- und Erziehungsauftrags und damit nur für den Unterricht verantwortlich sind. Der weitere bedarfsgerechte Ausbau ist freiwillig. Er ist eine freiwillige Leistung des Landes und ein Beleg für unsere kinderfreundliche Familienpolitik. Wir wollen eine noch bessere Vereinbarkeit von Beruf und Familie, und wir haben dazu auch 1 840 Deputate bereitgestellt,

(Abg. Renate Rastätter GRÜNE: Noch nicht!)

die wir im Endausbau zum Ende des Schuljahrs 2014/2015 erreicht haben werden. Im laufenden Schuljahr 2010/2011 haben wir 424 zusätzliche Deputate bereitgestellt, und für die bis zum Jahr 2006 eingerichteten Ganztagschulen waren es seinerzeit 550. All diese Stellen sind im neuen Konzept bei den 1 840 Deputaten nicht enthalten.

Über die Betreuung des Kindes sollen die Eltern entscheiden. Sie sollen entscheiden, ob die Betreuung außerhalb oder innerhalb der eigenen Familie stattfinden soll. Wir halten bewusst an diesem Grundsatz fest. Wir wollen da keine Ideologie und auch keine überzogenen Reglementierungen. Für unsere Fraktion kann ein Ganztagschulangebot deshalb nur ein freiwilliges Angebot für Kinder und Eltern sein.

Unsere Lebenswirklichkeit ist differenziert. Dem begegnen wir mit flexiblen, vielfältigen und leistungsgerechten Angeboten.

(Beifall der Abg. Beate Fauser FDP/DVP)

Unsere Konzeption sieht zwei Formen von Betreuung in Ganztagschulen vor: eine mit besonderer pädagogischer und sozialer Aufgabenstellung und die andere in einer offenen Angebotsform.

(Abg. Ilka Neuenhaus GRÜNE: Ihr habt nur offene Angebotsformen!)

Bei einem Rechtsanspruch, wie Sie ihn wollen, hätte das Land keine Steuerungsmöglichkeit.

Wir möchten bewusst nicht die Aufsicht in der Mittagspause, die Essensausgabe usw. anbieten. Für uns stellt sich jedoch schon die grundsätzliche Frage, ob wir hoch qualifizierte Lehrerinnen und Lehrer mit der Ausgabe von Mittagessen betrauen.

(Abg. Renate Rastätter GRÜNE: Nein, das nicht! Auf keinen Fall! Ein Budget!)

– Das steht so in Ihrem Antrag, liebe Frau Rastätter.

(Abg. Renate Rastätter GRÜNE: Das steht da nicht drin! Ein Budget steht darin!)

Im Lehrbeauftragtenprogramm bis zu acht Wochenstunden haben wir Arbeitsgemeinschaften anzubieten; wir haben etwa Chorstunden, Stütz- und Förderkurse, Einzelprojekte und einiges mehr eingestellt und auch finanziell abgesichert.

(Karl Traub)

Ehrenamtliche können sich einbringen. Wir schätzen diese Aufgabe für Kinder und Jugendliche. Wir sehen dies als Möglichkeit, dieses Engagement auf freiwilliger Basis weiter in diesem Sinn zu unterstützen.

Wir setzen den erfolgreichen Kurs des Ausbaus der Ganztagschulen und der Betreuungsangebote konsequent fort. Einen Schwerpunkt wollen wir dabei insbesondere auf den Ausbau an den Grundschulen legen.

Darüber hinaus werden wir die Ganztagschulen im Schulgesetz verankern. Jede Schule, die Ganztagschule werden will, darf Ganztagschule werden. Das ist eine Tatsache, die auch schon bisher für die beruflichen Schulen, aber auch für die allgemeinbildenden Schulen gegolten hat.

Ganztagschulen bieten Raum für individuelle Förderung von leistungsstärkeren und leistungsschwächeren Schülerinnen und Schülern. Außerdem tragen sie zur besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf bei.

Liebe Frau Rastätter, wir sind nicht vom letzten Jahrhundert, wie Sie vorhin gesagt haben, sondern wir sind an der Praxis viel näher dran als Sie.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Stellv. Präsidentin Christa Vossschulte: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Zeller.

Abg. Norbert Zeller SPD: Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte mit einem Zitat beginnen, das lautet:

Die Ganztagschulen sind Vorbilder für das Lernen der Zukunft. Sie bieten die Chance, eine neue Lernkultur zu schaffen.

Jetzt bitte ich Sie, Herr Traub, und Sie, meine Damen und Herren von der CDU-Fraktion und von der FDP/DVP-Fraktion, zu raten, wer das gesagt hat. Ich sage es Ihnen: Das sagte Bundesbildungsministerin Annette Schavan.

Sie hat dazugelernt, dass Ganztagschulen, und zwar echte Ganztagschulen, für unser Bildungssystem eine zentrale Bedeutung haben. Ich könnte Ihnen, Herr Traub, und der Frau Ministerin – sie ist jetzt leider nicht da – jetzt empfehlen, einen Bildungsurlaub in Berlin zu machen und sich bei Frau Schavan zu erkundigen, was Ganztagschulen bedeuten.

(Oh-Rufe von Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP)

Frau Rastätter hat zu Recht die Studie zur Entwicklung von Ganztagschulen zitiert. Ich will darauf hinweisen, dass die Studie zur Entwicklung von Ganztagschulen vom Bundesbildungsministerium in Auftrag gegeben wurde. Sie konnten bisher keinen einzigen Punkt dieser Studie widerlegen. Sie enthält ganz zentrale Aussagen. Die Studie beinhaltet Aussagen zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf und zu einem besseren häuslichen Klima und bringt daneben auch Folgendes zum Ausdruck: Das Risiko von Klassenwiederholungen

geht deutlich zurück. Das Sozialverhalten wird besser. Die Schulnoten insgesamt werden besser.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, das alles sind Argumente für eine Ganztagschule, allerdings nicht nach dem Modell, das Sie von der CDU wollen. Eine echte Ganztagschule geht über den ganzen Tag, ist nicht zweimal eine Halbtagschule, ist nicht eine Halbtagschule plus Mittagessen und ein bisschen Betreuung, wofür in der Regel die Eltern und die Kommunen bezahlen müssen. Ganztagschule bedeutet vielmehr eine Schule mit einem rhythmisierten Lernangebot, von dem alle profitieren, die Leistungsstarken und die Leistungsschwachen gleichermaßen. Das ist das, was wir verbindlich brauchen und was in Baden-Württemberg endlich eingeführt werden muss.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Sie von der CDU und von der FDP/DVP wehren sich gegen die Einführung dieser Ganztagschulen, obwohl die kommunalen Landesverbände, der Landeselternbeirat, die Lehrergewerkschaft, die Lehrerverbände und alle anderen dafür sind. Alle, die von diesem Thema wirklich etwas verstehen, plädieren dafür. Nur Sie sind dickköpfig und starrköpfig und wollen das nicht. Das muss geändert werden. Dazu bietet sich demnächst eine Gelegenheit.

Ich sage Ihnen nur eines: Herr Traub und Herr Wacker, Sie verhindern damit eine sinnvolle Schulentwicklung in Baden-Württemberg. Deswegen sind Sie auch dafür verantwortlich, wenn vor allem Kinder aus sozial schwächeren Familien weniger Chancen haben, ihr Potenzial so zu entfalten, wie es in anderen Bundesländern gang und gäbe ist. Im Übrigen wird die Ganztagschule dort erfolgreich praktiziert.

Ich finde es schon bemerkenswert, wenn die CDU aufgrund eines Parteitagebeschlusses darüber nachdenkt, die Ganztagschule jetzt einzuführen. Jahrelang haben Sie die Argumente dafür nicht zur Kenntnis genommen. Wir vonseiten der SPD-Fraktion haben mehrere Gesetzentwürfe eingebracht, um die Ganztagschule einzuführen. Sie haben diese jedes Mal mit einer Arroganz der Macht weggewischt. Ich kann Ihnen sagen: Das wird Sie noch einholen.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und den Grünen)

Stellv. Präsidentin Christa Vossschulte: Das Wort erteile ich Frau Abg. Dr. Arnold für die Fraktion der FDP/DVP.

Abg. Dr. Birgit Arnold FDP/DVP: Verehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen, meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Zeller, ich bin gespannt, was passiert, wenn Sie demnächst an der Regierung sind. Sie waren ja schon einmal an der Regierung. Damals ist gar nichts passiert.

(Abg. Dieter Kleinmann FDP/DVP: Nichts ist passiert! – Abg. Renate Rastätter GRÜNE: IZBB!)

Das lassen wir jetzt einmal beiseite.

Aber ich weise wirklich mit Nachdruck die Unterstellung zurück – ich weiß gar nicht, wie Sie dazu kommen –, wir wären im Hinblick auf den Ausbau der Ganztagschulen starrköpfig.

(Dr. Birgit Arnold)

Das stimmt überhaupt nicht. Ich bin mit Ihnen völlig einig darin: Die Ganztagschule ist ein wichtiges Element unserer Bildungslandschaft.

(Abg. Norbert Zeller SPD: Sie haben unseren Gesetzesentwurf nicht mitgetragen!)

Wir haben uns seit Jahren dafür eingesetzt, dass die Ganztagschule ausgebaut wird. Wir haben einen deutlichen Anteil an dem Ausbau, der jetzt stattgefunden hat.

Aber – auch da stimme ich Ihnen zu – es gibt einige Ungeheimheiten, die diese stürmische Entwicklung mit sich gebracht hat, und wir sehen – ich habe es bereits in der ersten Runde gesagt und führe es heute gern noch einmal an – in diesem Feld Handlungsbedarf.

Noch einmal zu unseren wesentlichen Wünschen: Wir wollen, dass die Schulen in Zukunft entscheiden, ob sie Ganztagsbetreuung anbieten und, wenn ja, in welcher Form.

(Abg. Norbert Zeller SPD: Es geht nicht um die Betreuung, es geht um die Ganztagschule!)

Wir wollen, dass die Schulen die dafür nötigen Ressourcen erhalten. Wenn wir miteinander diskutiert haben und ich die Möglichkeit dazu hatte, habe ich mehrfach zu erkennen gegeben, dass auch wir von der FDP/DVP durchaus damit einverstanden sind, wenn die Ganztagschule im Schulgesetz verankert wird. Das ist völlig klar. Die Kommunen brauchen die Rechtssicherheit. Diesen Weg gehen wir gern mit.

Wenn man dies legislativ umsetzen will, braucht man dazu natürlich auch einen Partner. Doch hier scheint sich ein Licht am Horizont zu zeigen.

(Abg. Margot Queitsch SPD: Immer kurz vor Wahlen!)

Für mich war das wichtigste Ergebnis der Beratungen im Schulausschuss – in diesem haben wir das Thema neulich behandelt –, dass Frau Dr. Schick sinngemäß gesagt hat: Perspektivisch wird es auch in diesem Bereich Veränderungen geben. Diese Aussage begrüßen wir sehr.

(Beifall des Abg. Dieter Kleinmann FDP/DVP – Abg. Renate Rastätter GRÜNE: Perspektivisch? Wann ist das? – Zuruf der Abg. Ursula Haußmann SPD)

Ich begrüße auch sehr, dass sich die CDU auf ihrem Landesparteitag dafür ausgesprochen hat, die Ganztagschule in Zukunft im Schulgesetz zu verankern. Offensichtlich konnten wir die Kolleginnen und Kollegen davon überzeugen, dass das sinnvoll ist.

Aber, meine Damen und Herren, auch hier brauchen wir die nötige Flexibilität vor Ort. Wir brauchen – ich sage es noch einmal, Frau Rastätter – nicht einen solch dirigistischen Gesetzesentwurf wie den Ihren.

(Abg. Renate Rastätter GRÜNE: Das sind genau die Vorgaben, die heute in Ihrem Beschluss stehen!)

– Nein, das muss man nicht alles im Gesetz regeln, und wir haben ja noch gar keinen Beschluss. Ihren Dirigismus wollen

wir nicht. Aber ich freue mich auf die Zusammenarbeit mit der CDU in dieser Frage. Wir bekommen das schon hin.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP und der CDU)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Das Wort erhält Herr Staatssekretär Wacker für die Landesregierung.

Staatssekretär Georg Wacker: Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Zunächst darf ich feststellen – damit beziehe ich die Debatten, die wir in den letzten Jahren über die Ganztagschule geführt haben, mit ein –, dass die Entwicklung von Ganztagschulen in unserer Gesellschaft in diesem Haus durchaus Konsens findet. Ich glaube, es gibt niemanden, der sagt, er wolle keine Ganztagschule.

(Beifall des Abg. Dieter Kleinmann FDP/DVP)

Es gibt nur Meinungsunterschiede hinsichtlich der Vorgehensweise, wie dieses Ziel angestrebt wird.

(Zuruf der Abg. Renate Rastätter GRÜNE)

– Frau Kollegin Rastätter, ich versuche es einmal in wenigen Sätzen zu erläutern: Wir wollen nicht den Weg einschlagen, Ganztagschulen durch eine gesetzliche Regelung zu etablieren. Vielmehr setzen wir auf einen Entwicklungsprozess.

(Abg. Dieter Kleinmann FDP/DVP: Sehr gut!)

Diesen Entwicklungsprozess gehen wir seit einigen Jahren, seit Beginn dieser Legislaturperiode, durch einen sehr großen Ausbau konsequent und präzise an.

Sie wissen, dass seit Beginn dieser Legislaturperiode ein Beschluss der Regierungskoalition existiert, wonach wir bis zum Jahr 2015 40 % unserer Schulen zu Ganztagschulen ausbauen wollen, wenn es denn einen konkreten Bedarf vor Ort gibt.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Ich darf Ihnen sagen, dass wir in starkem Maß auch für Verlässlichkeit gesorgt haben.

(Abg. Dieter Kleinmann FDP/DVP: So ist es!)

1 840 Unterrichtsdeputate nur für den kontinuierlichen Ausbau der Ganztagschulen sehen wir vor.

(Abg. Dr. Klaus Schüle CDU: Beeindruckend!)

Wir haben heute nahezu 1 300 Ganztagschulen. Das ist eine Verdoppelung gegenüber dem Jahr 2006. Wir haben die Ganztagschulen nicht nur in quantitativer Hinsicht geschaffen,

(Abg. Dieter Kleinmann FDP/DVP: Auch qualitativ!)

sondern wir haben stets auch ihre pädagogische Entwicklung, lieber Kollege Kleinmann, im Blick gehabt.

(Beifall des Abg. Dieter Kleinmann FDP/DVP – Abg. Dieter Kleinmann FDP/DVP: Sehr gut!)

Deswegen sind die Stichworte Rhythmisierung, Bewegungspausen und „Warmes Mittagessen“ selbstverständlicher Bestandteil einer guten Entwicklung der Ganztagschulen in Baden-Württemberg.

(Zuruf der Abg. Renate Rastätter GRÜNE)

(Staatssekretär Georg Wacker)

Wenn wir uns in der Fläche umhören, Frau Kollegin Rastätter, müssen wir einfach wahrnehmen – so äußern sich die Beteiligten –, dass die pädagogischen Konzepte, die an unseren Ganztagschulen umgesetzt werden, gelingen.

(Beifall der Abg. Dr. Klaus Schüle CDU und Dieter Kleinmann FDP/DVP)

Deswegen, meine Damen und Herren, sagen wir auch ganz deutlich: Wir setzen auf die Wahlfreiheit. Die Wahlfreiheit der Eltern ist für uns mit das höchste Gut, denn die Ganztagschule ist eine Angebotsschule. Deswegen setzen wir darauf, dass wir im Grunde eine Entwicklung der Ganztagschulen haben wollen

(Zuruf des Abg. Norbert Zeller SPD)

bis hin zu einem flächendeckenden Ausbau.

Deswegen gehen wir davon aus – darüber wiederum besteht Konsens –, dass die Nachfrage nach Ganztagschulen auch in Zukunft weiter zunehmen wird. Aber die Nachfrage muss vor Ort definiert werden und darf nicht per Gesetz angeordnet werden.

(Beifall bei der FDP/DVP – Abg. Dieter Kleinmann FDP/DVP: Sehr gut!)

Meine Damen und Herren, natürlich muss man rechnen, wenn man Ganztagschulen ausbauen will. Wenn man an der Regierung ist, muss man auch eine seriöse Ressourcenberechnung auf den Tisch legen. Deswegen darf ich Ihnen sagen: Wenn die Rechnung, die Sie in Ihrem Gesetzentwurf angestellt haben, aufgehen soll – die Betreuung des Mittagessens durch Lehrkräfte – –

(Abg. Renate Rastätter GRÜNE: Nicht durch Lehrkräfte! Das steht nicht im Gesetzentwurf drin!)

– Das haben Sie geschrieben, natürlich! Das Mittagessen wird durch Lehrkräfte betreut. Natürlich steht das drin.

(Abg. Renate Rastätter GRÜNE: Nein, das steht nicht drin!)

Sie wollen im Grunde 1 000 zusätzliche Unterrichtsdeputate. Wir sagen Ihnen: Wenn Sie die Ganztagschulen entlang Ihres Gerüsts ausbauen wollen, bedeutet das, dass die 1 800 Deputate, die wir vorsehen, längst nicht ausreichen. Vielmehr gehen wir von Berechnungen aus, wonach man zusätzlich bis zu 3 390 Deputate braucht. Wenn Sie schon einen solchen Gesetzentwurf einbringen, dann legen Sie bitte auch die Fakten ganz klar auf den Tisch.

(Glocke der Präsidentin)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Herr Staatssekretär, gestatten Sie eine Zwischenfrage der Frau Abg. Rastätter?

Staatssekretär Georg Wacker: Die möchte ich jetzt nicht zulassen, weil ich gern auf den Kernpunkt meiner Aussage kommen möchte.

Es ist richtig, dass wir in dem Regierungsprogramm für die nächste Legislaturperiode auch eine gesetzliche Novelle vorgesehen haben. Aber das ist auch ein Unterschied,

(Zuruf des Abg. Hagen Kluck FDP/DVP)

weil wir gesagt haben: Wir wollen zunächst einmal die Entwicklung in der Fläche abwarten.

(Abg. Norbert Zeller SPD: Seit 20 Jahren! 20 Jahre! Das ist doch ein Witz!)

– Herr Kollege Zeller,

(Abg. Renate Rastätter GRÜNE: Wie lange wollen Sie denn noch warten?)

wir haben in den letzten Jahren eine gute Entwicklung wahrgenommen und wichtige Erfahrungen gesammelt.

(Abg. Norbert Zeller SPD: Sie haben es blockiert!)

Wenn Sie sich heute die Gesetze anderer Bundesländer anschauen

(Abg. Renate Rastätter GRÜNE: Schlusslicht!)

und wenn Sie sagen, dass fast alle Bundesländer gesetzliche Regelungen bezüglich der Einrichtung von Ganztagschulen eingeführt haben, muss ich Ihnen sagen: Ja, das stimmt. Aber wir kommen doch nicht weiter, wenn wir so vorgehen wie die meisten anderen Bundesländer, die einen Finanzierungsvorbehalt etabliert haben.

(Abg. Renate Rastätter GRÜNE: Doch, natürlich kommen wir damit weiter! Selbstverständlich!)

Da muss ich sagen: Ich will lieber auf die Erfahrungen in unserem Bundesland setzen,

(Beifall des Abg. Dieter Kleinmann FDP/DVP)

um diese dann in eine gesetzliche Novelle mit einzubeziehen.

Es sind drei Aspekte, die dabei besonders wichtig sind und die Sie in Ihrem Gesetzentwurf bisher unzureichend berücksichtigt haben:

Erstens: Wir müssen dabei die vielfältigen pädagogischen Erfahrungen berücksichtigen.

Zweitens: Wir setzen bei der Ressourcenzuweisung für die Ganztagschulen auf das, was bei seriöser Betrachtung notwendig ist. Die 1 800 Deputate sind eine gute Grundlage für den Ausbau in dieser Tranche.

(Abg. Renate Rastätter GRÜNE: Das reicht nicht!)

– Wir werden dann sehen, ob es reicht oder nicht.

(Abg. Renate Rastätter GRÜNE: Es reicht nicht!)

Das Dritte – das ist meines Erachtens, meine Damen und Herren, der entscheidende Unterschied zwischen Ihrer Bildungspolitik und unserer Politik –: An dieser Stelle haben wir ein anderes Gesellschaftsbild als Sie.

(Beifall des Abg. Hagen Kluck FDP/DVP – Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Jawohl!)

– Sie wissen noch gar nicht, was ich sagen will, Herr Kollege.

(Heiterkeit)

(Staatssekretär Georg Wacker)

Wir setzen ganz bewusst auf einen Mix aus Professionalität und Ehrenamt.

Ehrenamtliche sind keine Lückenfüller. Vielmehr werden junge Menschen auch von ihrem sozialen Umfeld außerhalb der Schule ganz stark geprägt. Deswegen tut es jeder Ganztagschule nur gut, wenn ihr pädagogisches Konzept durch erfahrene Ehrenamtliche bereichert wird. Deswegen wollen wir eine Ganztagschule, die nicht nur von professionellen Lehrkräften gestaltet wird, sondern die gleichzeitig ein Spiegelbild der Gesellschaft ist,

(Zuruf der Abg. Ilka Neuenhaus GRÜNE)

indem auch Ehrenamtliche dieses besondere Profil gestalten. Bekennen Sie sich auch einmal dazu,

(Abg. Renate Rastätter GRÜNE: Das steht im Gesetz drin!)

dass Sie Ehrenamtliche wollen und diese nicht nur als Lückenfüller betrachten. Dann wären wir an dieser Stelle möglicherweise einig.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP – Zuruf der Abg. Renate Rastätter GRÜNE)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Zeller.

Abg. Norbert Zeller SPD: Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich wollte eigentlich nicht mehr ans Rednerpult treten,

(Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Wir hören Ihnen gern zu!)

aber die Rede von Herrn Wacker veranlasst mich dazu, zwei Punkte anzumerken.

Ich finde es schon bemerkenswert – vor allem beim Thema IZBB –, dass Ihre Ministerin hier gesagt hat: Ganztagschulen sind nur etwas für Brennpunkthauptschulen. Das war Ihre Politik. Sie haben 20 Jahre lang eine sinnvolle Schulentwicklung verhindert. Das ist nicht nur im Ganztagschulbereich so, das ist im ganzen Bildungsbereich so. Das kennzeichnet Ihre Politik, und das ist das, was ich kritisiere.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen – Zuruf des Abg. Volker Schebesta CDU)

Zweiter Punkt: Herr Wacker, wenn Sie hier jetzt sozusagen das Ehrenamt hochhalten, stimme ich Ihnen zu. Das Ehrenamt ist sehr wichtig. Ehrenamtlich Tätige sind in einer Ganztagschule ein wichtiges Element. Aber sie können professionelle Kräfte nicht ersetzen. Das ist der entscheidende Punkt.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Deswegen macht es keinen Sinn, wenn wir ehrenamtliche Jugendbegleiter, die übrigens Lehrerstellen kosten – 400 Deputate –,

(Abg. Renate Rastätter GRÜNE: 800!)

an der Schule einsetzen und das über Deputate finanzieren. Das ist kein Konzept, das wirklich eine tragfähige Ganztagschule ausmacht.

Deswegen sage ich Ihnen: Kehren Sie mit Ihrer Konzeption um, und kommen Sie auf den richtigen Weg.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und den Grünen)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Das Wort erteile ich Frau Abg. Dr. Arnold.

Abg. Dr. Birgit Arnold FDP/DVP: Verehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen, meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Zeller, Sie müssen sich diesen Gesetzentwurf einmal etwas genauer ansehen. Frau Rastätter möchte die Jugendbegleiter ausdrücklich dabei haben.

(Abg. Norbert Zeller SPD: Habe ich doch gesagt! – Abg. Ursula Haußmann SPD: Sie haben nicht zugehört! – Unruhe)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Meine Damen und Herren, in der Allgemeinen Aussprache liegen keine weiteren Wortmeldungen vor.

Wir kommen daher in der Zweiten Beratung zur Abstimmung über den Gesetzentwurf Drucksache 14/7165. Abstimmungsgrundlage ist die Beschlussempfehlung des Ausschusses für Schule, Jugend und Sport, Drucksache 14/7492. Der Ausschuss für Schule, Jugend und Sport empfiehlt Ihnen in seiner Beschlussempfehlung, den Gesetzentwurf abzulehnen. Sind Sie damit einverstanden, dass wir über den Gesetzentwurf im Ganzen abstimmen? –

(Zustimmung der Abg. Renate Rastätter GRÜNE)

Wer dem Gesetzentwurf Drucksache 14/7165 zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Damit ist der Gesetzentwurf mehrheitlich abgelehnt.

Punkt 6 der Tagesordnung ist damit erledigt.

Ich rufe **Punkt 7** der Tagesordnung auf:

Zweite Beratung des Gesetzentwurfs der Fraktion der SPD – Gesetz zur Änderung des Landeshochschulgesetzes – Drucksache 14/7167

Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Wissenschaft, Forschung und Kunst – Drucksache 14/7464

Berichterstatter: Abg. Dr. Klaus Schüle

Meine Damen und Herren, das Präsidium hat für die Allgemeine Aussprache eine Redezeit von fünf Minuten je Fraktion festgelegt, wobei gestaffelte Redezeiten gelten.

Das Wort erteile ich Herrn Abg. Dr. Klaus Schüle für die Fraktion der CDU.

Abg. Dr. Klaus Schüle CDU: Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Seit der Ersten Beratung haben sich nach unserer Kenntnis keine neuen Sachargumente ergeben, warum wir diesem Gesetzentwurf zustimmen sollten.

(Dr. Klaus Schüle)

Wichtig ist vielleicht noch einmal, sich die Grundidee von Bachelor und Master vor Augen zu halten. Die lautet doch: Das Bachelorstudium vermittelt eine kürzere Grundausbildung, und dann sind in der Folge lebenslanges Lernen und Fortbildung nötig, um im Berufsleben auf dem aktuellen Stand zu bleiben.

Das Masterstudium wiederum ist für wissenschaftlich ambitionierte, besonders qualifizierte Bachelorabsolventen konzipiert. Viele werden ein Masterstudium erst neben ihrem Berufsleben in Angriff nehmen und einen Abschluss anstreben. Fast die Hälfte aller Bachelorabsolventen wird während ihres Berufslebens einen Masterabschluss erwerben.

Für diese Auswahl haben wir den Hochschulen aus gutem Grund die Freiheit gegeben, die Kriterien für die Zulassung zu einem Masterstudium festzulegen.

Es bleiben die beiden maßgeblichen Gründe, warum ein Aufweichen, ein „Master für alle“, nicht richtig wäre: Zum einen würde dadurch der Bachelorabschluss automatisch entwertet – wenn Sie nämlich einen Automatismus herstellen, dass jemand, der einen Bachelor hat, auch den Master machen kann. Sie suggerieren damit, dass ein Bachelorabschluss nicht ausreicht. Zum anderen würden Sie den Masterabschluss entwerten, wenn, wie Sie es wollen, für die Aufnahme eines entsprechenden Studiengangs keine besonderen wissenschaftlichen Qualifikationen gegeben oder andere Voraussetzungen erfüllt sein müssten.

Dabei haben Sie weder die Rektoren noch die Vertreterinnen und Vertreter der Wirtschaft überzeugt. Ich zitiere den Geschäftsführer Bildungspolitik der Landesvereinigung Baden-Württembergischer Arbeitgeberverbände, Herrn Küpper:

Die Behauptung, der Berufseinstieg mit dem Bachelorabschluss sei äußerst schwierig, entbehrt jeder Grundlage.

Recht hätten Sie, wenn es so wäre, dass der Bachelor in der Wirtschaft nicht so ankäme, wie wir uns das wünschen. Das Gegenteil ist aber der Fall. Jedenfalls zeigen die Studien, die uns von der Universität Kassel vorliegen – das ist die Kernaussage –, dass bei der Annahme des Bachelors in der Wirtschaft im Vergleich zu bisherigen Abschlüssen sogar eine leichte Steigerung zu verzeichnen ist.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, deshalb gibt es keine sachlich überzeugenden Gründe, von unserem erfolgreichen System – zum Übergang von Bachelor auf Master haben wir erst in der letzten Woche den vierten Workshop abgeschlossen – abzuweichen. Ich glaube, die Tatsache, dass im Vergleich zu allen anderen Bundesländern überdurchschnittlich viele Studierende nach Baden-Württemberg kommen, zeigt: Unsere Hochschulen sind gerade auch im Bereich des Übergangs von Bachelor auf Master hoch attraktiv. Aus diesen Sachgründen lehnen wir Ihren Vorschlag ab.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/
DVP)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Stober für die Fraktion der SPD.

Abg. Johannes Stober SPD: Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir diskutieren hier zum wiederholten Mal über die Frage, ob es die freie Entscheidung

jedes Einzelnen ist, über seinen Lebens- und Berufsweg zu entscheiden, oder ob es Aufgabe des Staates ist, ihn dabei zu bevormunden. Wir sind der Auffassung, dass wir in Baden-Württemberg mündige Bürgerinnen und Bürger haben, die über ihren Lebens- und Berufsweg selbst entscheiden können. Dies gilt für uns daher sowohl bei der Frage, welche Schule man nach der Grundschule besucht, als auch bei der Frage, ob man nach der mittleren Reife eine Berufsausbildung machen will, aufs Berufskolleg oder auf ein berufliches Gymnasium gehen will. Das gilt aber genauso für die Frage, was man machen möchte, wenn man einen ersten berufsqualifizierenden Abschluss, den Bachelor, hat, ob man danach direkt in den Beruf einsteigen möchte oder ob man weiterstudieren und ein Masterstudium anschließen möchte.

Wir sind daher froh, dass der Bachelor insbesondere an unseren Fachhochschulen weiterhin etwa die gleiche Akzeptanz hat wie das bisherige FH-Diplom. Daher gibt es wirklich gute Berufschancen, insbesondere aus dem Bachelor an den Fachhochschulen heraus. Wer direkt in den Beruf einsteigen will, der kann dies tun. Aber genauso gilt: Wer weiterstudieren und auf den Bachelor einen Master setzen möchte – ob an einer Fachhochschule oder an einer Universität –, der soll dies auch tun können. Dabei, lieber Herr Kollege Schüle, geht es nicht um den „Master für alle“, wie Sie uns jetzt wieder unterstellt haben und wie es auch auf manchen Transparenten einiger Studierendenvertretungen steht – das ist aber nicht unsere Position –, sondern es geht um die freie Entscheidung jedes einzelnen Studierenden.

Das Gleiche gilt auch an den Universitäten. Die Situation dort ist etwas schwieriger. Ich habe hier einige Zeitungsausschnitte. Bei den Initiativen „Bachelor welcome“, die es auch von den Arbeitgeberverbänden gibt, die Sie auch zu Recht zitiert haben, Herr Kollege Schüle, gibt es natürlich schon einige Hinweise darauf, dass der Bachelor nicht das leistet – insbesondere an den Universitäten –, was man sich wünscht, vor allem was die Berufsqualifizierung betrifft.

Das müssen wir ändern, damit auch diese Abschlüsse berufsqualifizierend werden. Deswegen diskutieren wir, denke ich, gemeinsam – über alle Fraktionen hinweg und auch das Wissenschaftsministerium – darüber, die Verlängerungsmöglichkeiten auf bis zu acht Semester zu nutzen. Aber wir sagen – das ist auch Teil des Gesetzentwurfs –, dass wir dann natürlich nicht bei insgesamt zehn Semestern für Bachelor und Master stehen bleiben können.

Wir haben einen Qualitätsanspruch an das Bachelorstudium. Das heißt Berufsfähigkeit, das heißt aber auch, dass jeder, der einen Bachelorabschluss erworben hat, gezeigt haben muss, dass er wissenschaftlich arbeiten kann. Wer dies gezeigt hat, hat auch die Fähigkeiten, um danach ein Masterstudium anzuschließen.

Irgendwelcher zusätzlicher Hürden bedarf es nicht. Wir sind deshalb auch froh, dass in diesem Haus inzwischen Einigkeit darüber besteht, dass in Zukunft nicht der Bachelor der Regelabschluss sein soll, sondern der Abschluss, der in der Regel gemacht wird, der Regelabschluss ist, wie es auch der Wissenschaftsminister immer wieder gesagt hat. Das ist auch richtig. Über diesen Teil des Gesetzentwurfs gibt es offensichtlich Konsens – so, wie ich die Debatten im Wissenschaftsausschuss und in der ersten Lesung hier verstanden habe.

(Johannes Stober)

Der zweite Kernpunkt unseres Gesetzentwurfs ist, die Vorgabe an die Hochschulen zu streichen, nur überdurchschnittlich gute Bachelorabsolventen zum Masterstudium zuzulassen. Denn diese Vorgabe hat inzwischen zu einem völligen Wildwuchs an unseren Universitäten geführt. Manche Universitäten – insbesondere solche, die bei der Exzellenzinitiative gewonnen haben – sagen, dass jeder ihrer Bachelorabsolventen überdurchschnittlich gut sei, und übernehmen daher auch jeden gern in ein Masterstudium. Von der Gesetzesformulierung her ist das eigentlich nicht gedeckt.

Dass die Hochschulen schon aus zivilem Ungehorsam gegenüber dem Land genau das machen, was wir wollen, wirft ein bezeichnendes Licht auf die Reformunwilligkeit Ihrerseits bei diesem Thema. Ich glaube, wir müssen uns schon anschauen und realisieren, was in den Hochschulen passiert. Wenn zwischen dem, was im Gesetz steht, und dem, was real gemacht wird, eine Diskrepanz vorliegt, dann besteht hier Handlungsbedarf, entweder in die eine oder in die andere Richtung.

Allerdings gibt es neben diesem einen Beispiel, das ich genannt habe, nämlich alle in ein Masterstudium zu übernehmen, an unseren Hochschulen auch eine weniger gute Praxis. Denn zum Teil wird die sogenannte Polyvalenz, also ein Studienfachwechsel zwischen Bachelor und Master, durch die Zulassungssatzungen bei einer Reihe von Studiengängen in unserem Land nahezu unmöglich gemacht.

Sie, liebe Frau Bauer, haben das zu Recht immer wieder kritisiert und die Polyvalenz angemahnt und genauso wie wir die Sinnhaftigkeit von § 29 Abs. 2 Satz 5 des Landeshochschulgesetzes hinterfragt, den wir heute streichen wollen. Wir verstehen jedoch nicht, Frau Bauer, dass Sie unserem Gesetzentwurf genau wegen dieses Teils im Wissenschaftsausschuss nicht zugestimmt haben, sondern sich der Stimme enthalten haben.

(Zuruf des Abg. Dr. Klaus Schüle CDU)

Sehr geehrte Damen und Herren, es besagt nicht nur die politische Vernunft, sondern auch unsere Gerichte haben bei der Auslegung des Rechts auf freie Ausbildungs- und Berufswahl nach Artikel 12 des Grundgesetzes immer wieder geurteilt, dass dieses Grundrecht natürlich auch für das Masterstudium gilt. Zuletzt hatte dazu das Verwaltungsgericht Münster geurteilt, dass dieser Teilhabeanspruch, der Grundlage für das sogenannte NC-Urteil des Bundesverfassungsgerichts Anfang der Siebzigerjahre war, auch bei einem konsekutiv angelegten Masterstudiengang fortwirkt.

Deshalb: Verweigern Sie sich dieser Reform nicht, und sorgen Sie mit uns dafür, dass der Übergang zwischen Bachelor und Master genauso geregelt wird wie der Übergang zwischen Abitur und Erststudium. Dabei können wir gern auch über Änderungen im Hochschulzulassungsgesetz diskutieren, das dann maßgeblich ist.

(Heiterkeit des Abg. Dieter Kleinmann FDP/DVP –
Abg. Dieter Kleinmann FDP/DVP: Sehr schön!)

Der massiven Einschränkungen beim Übergang zum Masterstudium, die heute noch im Landeshochschulgesetz stehen, bedarf es aber wirklich nicht.

(Abg. Dieter Kleinmann FDP/DVP: In diesem Punkt sind wir uns einig!)

Deswegen appelliere ich ein letztes Mal an Sie: Stimmen Sie unserem Gesetzentwurf zu.

Danke schön.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Das Wort erteile ich Frau Abg. Bauer für die Fraktion GRÜNE.

Abg. Theresia Bauer GRÜNE: Werte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Lieber Kollege Stober, während Sie mich in Ihrer Rede persönlich angesprochen haben, hat sich die FDP/DVP schon Sorgen gemacht, wie wir miteinander regieren wollen, wenn sich unsere Auffassungen in solch wichtigen Punkten unterscheiden.

(Abg. Dietmar Bachmann FDP/DVP: Nein! Ich habe gesagt, es ist gut, dass ihr nicht regieren müsst!)

Wir können Sie beruhigen: Hinsichtlich der Absichten des Gesetzentwurfs, den die SPD vorgelegt hat, herrscht große Übereinstimmung. Ich glaube, hier sind unsere Auffassungen fast deckungsgleich. Allerdings besteht in einem Punkt eine Differenz: Bei der Art der Umsetzung der guten Absichten würden wir einen anderen Weg wählen. Deswegen haben wir uns entschieden, dem Vorhaben nicht zuzustimmen, sondern uns der Stimme zu enthalten.

(Abg. Dieter Kleinmann FDP/DVP: Ah ja!)

Wir enthalten uns also nicht deswegen, weil wir keine Meinung hätten, sondern weil wir an diesem einen Punkt, in dem sich unsere Auffassungen unterscheiden, einen anderen Weg wählen würden.

(Zuruf des Abg. Johannes Stober SPD)

Aber lassen Sie mich – damit die FDP/DVP gut schlafen kann – betonen, an welchen Punkten wir in Bezug auf den Gesetzentwurf mit der SPD gemeinsamer Auffassung sind: Wir begrüßen den Vorschlag, den Bachelor nicht mehr zum Regelabschluss zu machen, ausdrücklich. Es gibt keinen Grund dafür, im Gesetz den Bachelor als Regelabschluss zu definieren. Vielmehr muss dies offengelassen werden. Der Abschluss, der gemacht wird, ist der Regelabschluss. Mehr muss im Gesetz nicht definiert werden.

Wir begrüßen zum Zweiten den Vorschlag, dass der Deckel – die Dauer eines Bachelor- und eines Masterstudiums soll zehn Semester insgesamt nicht überschreiten – aufgehoben wird und dass eine größere Flexibilität einkehrt, insbesondere vor dem Hintergrund, dass wir uns darauf freuen und erwarten, dass künftig auch mehr Bachelorstudiengänge angeboten werden, die sieben oder acht Semester dauern. Daher ist auch dieser Vorschlag richtig.

Wir begrüßen zum Dritten den Vorschlag, abzusichern, dass im Rahmen eines Bachelorstudiums auch ein Auslandsstudium absolviert werden kann und dass die Pflicht, den Nachweis zu führen, dass ein solches Auslandsstudium möglich ist, aufseiten der Hochschulen selbst liegt. Bei all diesen Punkten haben wir einen Konsens.

Der Dissens besteht bei einem Punkt – das ist kein unwichtiger –, nämlich bei der Frage, wie man es mit dem Übergang

(Theresia Bauer)

vom Bachelor zum Master hält. Wir teilen – um den letzten Konsens zu bezeichnen – auch die Sorge von vielen Studierenden, die sagen: Wir wollen nicht auf einen Bachelor festgelegt werden, der womöglich eine Sackgasse ist.

(Abg. Dieter Kleinmann FDP/DVP: Wohl wahr!)

Wir kennen diese Ängste. Sie sind auch nicht ganz unbegründet, zumal der Bachelor an einigen Hochschulen durchaus Qualitätsprobleme aufweist. Wir teilen auch die Sorge mancher Menschen, die Angst davor haben, dass sie gegen ihren Willen und gegen ihre Qualifikationen vom Weiterstudieren abgehalten werden, weil es nicht genügend Masterstudienplätze gibt. Das ist die Sorge davor, dass der Übergang vom Bachelor zum Master ein Nadelöhr wird. Wir haben dafür zu sorgen, dass es dieses Nadelöhr nicht gibt. Deswegen plädieren wir auch im Masterbereich für einen bedarfsgerechten Ausbau.

Allerdings halten wir nichts davon, dass es beim Übergang vom Bachelor zum Master qua Gesetz für den Master keinerlei Zugangskriterien mehr geben soll. Gerade unter dem Gesichtspunkt der Polyvalenz und gerade weil wir wollen, dass nach einem Bachelorstudium neu kombiniert werden kann, Fachrichtungswechsel durchgeführt werden können, Berufsphasen dazwischengeschoben werden können, gerade weil wir diesen Wechsel wollen, werden wir realistischere nicht umhinkommen, dass Kriterien benannt werden,

(Abg. Dieter Kleinmann FDP/DVP: So ist es! Ja-wohl!)

weil wir durch die formale Gleichbehandlung lediglich dafür sorgen würden, dass es zu einem unglaublich hohen NC kommt.

(Abg. Dieter Kleinmann FDP/DVP: Richtig! Dann hätten wir es beim alten System lassen können!)

Das ist nicht das intelligenteste Zulassungskriterium.

(Abg. Dieter Kleinmann FDP/DVP: Sehr gut!)

Deswegen glauben wir, dass der Weg, den die SPD an diesem Punkt vorschlägt, noch nicht ausgereift ist. Die Absicht ist die richtige. Das erkennen wir wohl an. Deswegen werden wir uns heute der Stimme enthalten. Wenn wir dann hoffentlich in die Situation kommen, miteinander Koalitionsverhandlungen zu führen, werden wir uns in diesem Punkt – da bin ich ganz sicher – einigen können.

Vielen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen – Zuruf der Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Bachmann für die Fraktion der FDP/DVP.

Abg. Dietmar Bachmann FDP/DVP: Verehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die baden-württembergischen Universitäten und Hochschulen liegen europaweit auf Spitzenplätzen.

(Beifall der Abg. Beate Fauser FDP/DVP)

Dies soll so bleiben. Damit dies so bleibt, wird die Koalition diesen Gesetzentwurf ablehnen.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP)

Das haben Sie vielleicht schon geahnt. Ich möchte es Ihnen aber auch begründen. Gestatten Sie mir, dies mit einem Blick in das letzte Jahrtausend zu tun. Mitte der Neunzigerjahre des vergangenen Jahrhunderts wurde Deutschland von einer schwarz-gelben Bundesregierung unter Hans-Dietrich Genscher und Helmut Kohl regiert. Es herrschten Wachstum und Wohlstand. Heute ist das übrigens unter Schwarz-Gelb wieder so. Das haben Sie alle heute Morgen lesen können.

Im Hochschulbereich fanden damals Verhandlungen über einen europäischen Standard für Studium und Studienabschlüsse statt.

(Abg. Dieter Kleinmann FDP/DVP: So ist es!)

In einem vereinigten Europa ist gerade im Bereich von Forschung und Wissenschaft der problemlose Wechsel zwischen den Staaten eine Grundvoraussetzung für den gemeinsamen Erfolg. Zu diesem Ideal stand die FDP damals, und zu diesem Ideal bekennen wir uns auch heute.

Dann geschah das Unglück.

(Heiterkeit des Abg. Dieter Kleinmann FDP/DVP)

Diejenigen, die z. B. mit Gesetzentwürfen wie dem heute vorliegenden die Illusion geschaffen hatten, sie könnten in der Bildungspolitik alles besser, kamen an die Bundesregierung. Rot-Grün unterschrieb die Abmachung von Bologna und damit die Absicht, das deutsche System über Bord zu werfen und auf das angelsächsische Bachelor/Master-System umzusteigen.

(Beifall der Abg. Beate Fauser FDP/DVP)

Rot-grüne Bildungspolitiker waren es, die versuchten, dieses System in Deutschland ohne Wenn und Aber umzusetzen. Deshalb hat niemand anderes als Rot und Grün den Bologna-Prozess und seine nationale Umsetzung zu vertreten. Sie tragen Verantwortung dafür, dass es an den Hochschulen berechnete Proteste gibt.

(Abg. Reinhold Gall SPD: Warum wollen Sie es dann nicht ändern? Jetzt haben Sie doch die Gelegenheit dazu!)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, unsere Landesregierung in den Landesfarben Schwarz-Gelb hat alles Mögliche und Denkbare getan, um die Folgen dieses Prozesses abzumildern. Nicht umsonst kamen bei uns acht von neun Universitäten in der Exzellenzinitiative zum Zuge.

(Abg. Johannes Stober SPD: Aber nicht wegen Ihnen, Herr Bachmann! – Zuruf des Abg. Claus Schmiedel SPD)

Nicht umsonst finden fast alle Studierenden bei uns nach dem Examen Arbeit – schauen Sie doch z. B. einmal nach Berlin. Nicht umsonst steckt Baden-Württemberg den europaweit höchsten Anteil seines Bruttoinlandsprodukts in die For-

(Dietmar Bachmann)

schung, hat die meisten Patentanmeldungen und eine Wirtschaft, die mehr denn je brummt.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP)

Dies alles ist nur möglich, weil bei uns in der Wissenschaft wie in der Schule der Grundsatz gilt: individuelle Förderung statt Gleichmacherei.

Bei uns wurde der Bologna-Prozess so umgesetzt, dass der Bachelor, wie von Rot-Grün vorgeschrieben, der berufsqualifizierende Abschluss ist. An den Hochschulen wurden aber von vornherein zahlreiche Masterstudiengänge geschaffen, die eine Weiterqualifizierung in großem Umfang ermöglichen. Das müssen wir weiter ausbauen. Da hat Kollegin Bauer völlig recht.

Auch an den Universitäten – dies ist einer der großen Vorteile des Bologna-Prozesses – haben Studierende mit dem Bachelor einen berufsqualifizierenden Abschluss. Wenn ihre individuellen Fähigkeiten für ein erfolgreiches Masterstudium nicht ausreichen, sie also früher das Diplom nicht geschafft hätten, können sie heute mit diesem Abschluss ins Berufsleben wechseln.

In vielen Fächern erwartet die Wirtschaft von den Absolventen allerdings einen Masterabschluss, und die Übergangsquoten sind entsprechend hoch. Wir wären schlecht beraten, wenn wir dem vorliegenden Gesetzentwurf zustimmen würden und einen Anspruch auf den Übergang in einen Masterstudiengang verwirklichen würden.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP)

Der Landesvorsitzende der SPD, Kollege Nils Schmid, hat kürzlich auf einer Veranstaltung zu Recht erklärt, es gebe keinen anstrengungslosen Wohlstand.

(Abg. Dieter Kleinmann FDP/DVP: Wie wahr!)

Was für den Wohlstand gilt, muss auch für Examina gelten. Wenn man ernsthaft meint, nach einem Examen wie dem Bachelor sollten alle weiterstudieren dürfen – ganz gleich, wie schlecht das Examen ausgefallen ist –, kann man das Examen auch gleich abschaffen.

(Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Ja!)

Eigentlich kann man dann gleich allen Kindern mit der Kindergartenreife auch den Dokortitel verleihen.

(Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Sehr gut! – Abg. Johannes Stober SPD: Mehr abwerten kann man unsere Hochschulabschlüsse und unser Abitur wohl kaum, Herr Bachmann!)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir Liberalen bekennen uns zu Aufstieg durch Leistung. Wir treten mit Nachdruck für gleiche Startchancen – unabhängig von Geburt, Elternhaus und sozialem Standard – ein. Wir wehren uns aber gegen Gleichmacherei. Wir lehnen deshalb den vorliegenden Gesetzentwurf ab. Denn ein solches Gesetz wäre der Einstieg in eine Gleichmacherei, bei der unabhängig von der Leistung die Förderung bleibt.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP)

Deshalb sagen wir den Bürgern dieses Landes eines klipp und klar: Wenn die Koalition in den Landesfarben Schwarz-Gelb nach dem 27. März weiter regiert, wird dieses Land in Wissenschaft und Forschung weiter vorn liegen. Wenn es eine andere Mehrheit gibt, dann machen Sie sich auf bildungspolitische Abenteuer nach dem Motto „Bologna und Gesamtschule“ gefasst.

Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Das Wort erteile ich Herrn Staatssekretär Dr. Birk für die Landesregierung.

Staatssekretär Dr. Dietrich Birk: Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich denke, wir können zunächst einmal übereinstimmend feststellen, dass der Bachelor bislang als Regelabschluss in Baden-Württemberg berufsqualifizierend ist und seitens der Wirtschaft nachgefragt wird.

(Abg. Dieter Kleinmann FDP/DVP: So ist es!)

Dies haben die jüngsten Erhebungen ergeben. Im Bereich der Dualen Hochschule werden immerhin knapp 90 % der Absolventen übernommen. Sie kommen in eine berufliche Position, bei der sie ihre Qualifikation nutzen können. Sie werden seitens der Wirtschaft nachgefragt. Ähnliches gilt für die Absolventen der Hochschulen für angewandte Wissenschaften.

Insofern meine ich: Der ganze Prozess der Umstellung von den bisherigen Diplomstudiengängen auf Bachelor- und Masterstudiengänge ist in Baden-Württemberg gut umgesetzt. In einigen Bereichen sind sicherlich noch Verbesserungen möglich. Das ist richtig. Aber zunächst einmal ist zu sagen, dass wir mit dem Bologna-Prozess richtig lagen und die Absolventen der betreffenden Studiengänge auch von der Wirtschaft sehr gut nachgefragt werden.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, die Frage ist bereits angesprochen worden: Was haben wir durch Bologna erreicht? Wir haben eine Vielfalt der Abschlüsse und der Übergangsmöglichkeiten erreicht. Wer heute ein Bachelorstudium beginnt, hat danach die Chance, in den Beruf zu gehen oder aber im selben bzw. in einem anderen Fach ein Masterstudium anzuschließen und dies gegebenenfalls berufs begleitend zu realisieren. Immerhin knüpft ein Drittel aller deutschen Masterstudierenden an die Berufspraxis an. Insofern zeigt sich hier ganz stark, dass unser Studiensystem heute viel durchlässiger ist, als es in der Vergangenheit war.

(Abg. Dieter Kleinmann FDP/DVP: Sehr richtig!)

Der Artikel 12 des Grundgesetzes, nach dem Ausbildungsstätte und Beruf frei gewählt werden können, ist immer wieder angesprochen worden. Artikel 12, meine sehr geehrten Damen und Herren, fordert eben nicht, dass der ungeeignete Bewerber einen Zugang bekommen soll,

(Abg. Johannes Stober SPD: Aber er muss vorher wissen, was gefordert wird! Er muss klar wissen, was als Eignung gefordert ist!)

sondern dass der geeignete Bewerber sehr wohl die Chance für ein entsprechendes Studium im Masterprogramm haben

(Staatssekretär Dr. Dietrich Birk)

soll. Wir haben das Auswahlrecht unserer Hochschulen, entlang der Abschlussnote des Bachelors und weiterer Kriterien der Qualifizierung zu entscheiden, wer in ein Masterprogramm kommen kann und wer nicht. Deshalb braucht man hier keinen Automatismus und letztendlich schon gar keinen Anspruch auf ein Masterstudium einzuführen, sondern den Zugang kann man anhand von definierten Kriterien festlegen.

Wir sind uns zweifelsohne einig: Wenn wir jetzt mit dem Ausbauprogramm „Hochschule 2012“ die geburtenstarken Jahrgänge mit Studienplätzen versorgen müssen und absehbar ist, dass ab dem Jahr 2015/2016 Masterstudienplätze in einem noch stärkeren Umfang benötigt werden, dann muss der Schwerpunkt in der kommenden Legislaturperiode ganz klar auf die Einrichtung von Masterstudienplätzen gelegt werden. Derzeit, meine Damen und Herren, sind unsere Masterprogramme bei Weitem noch nicht ausgeschöpft. Bei vielen Masterstudiengängen ist die Kapazität noch nicht voll ausgeschöpft.

(Abg. Johannes Stober SPD: Teils, teils!)

Manche Masterstudiengänge mussten mangels Nachfrage sogar eingestellt werden. Insofern müssen wir hier in der kommenden Legislaturperiode flexibel arbeiten und dort, wo wir einen verstärkten Bedarf an Masterstudiengängen erkennen, diese aufbauen.

(Abg. Dieter Kleinmann FDP/DVP: So ist es!)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, bislang ist von der Kultusministerkonferenz und auch in unserem Landeshochschulgesetz festgelegt, dass der Bachelor der Regelabschluss ist. Wir können uns allerdings auch vorstellen, dass man diese Regelung aus dem bisherigen Landeshochschulgesetz herausnimmt. Ich sage aber: Derzeit sind die Vorgaben durch die Kultusministerkonferenz noch so, dass der Bachelor der Regelabschluss sein soll. Dies ist aber im Zuge einer Novelle des Landeshochschulgesetzes in der nächsten Legislaturperiode sicherlich entsprechend veränderbar.

Wenn wir heute in manchen Studiengängen den „Master für alle“ einführen würden und ihn sozusagen als Verpflichtung vorgäben, dann würden wir eher Gefahr laufen, dass wir den bisherigen Bachelor in manchen Bereichen abwerten und der Bachelor dann eher ein besseres Vordiplom wäre.

(Abg. Dieter Kleinmann FDP/DVP: So ist es! Das kann nicht sein!)

Das kann im Hinblick auf einen ersten berufsqualifizierenden Abschluss nicht in unserem Interesse sein.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP)

Deshalb denke ich, dass wir den Anspruch auf den „Master für alle“, wie er mit dem vorliegenden Gesetzentwurf gefordert wird, nicht erfüllen können. Manche Überlegung, auch im Hinblick auf den Ausbau von Masterprogrammen, ist sicherlich berechtigt und kann in der nächsten Legislaturperiode aufgegriffen werden. Aber wir fahren hier auf Sicht und tragen vor allem auch dafür Sorge, dass wir die großen Vorteile der Flexibilität der gestuften Studienstruktur auch weiterhin nutzen können.

Dies macht nicht nur Baden-Württemberg als Studienstandort attraktiv, sondern ist auch attraktiv für die Menschen, die hier arbeiten, wenn sie die Chance haben, in Zukunft im Rahmen ihrer beruflichen Tätigkeit noch stärker auf Masterangebote zuzugreifen, oder wenn eine Polyvalenz gegeben ist, wenn damit nach einer möglichst breiten Bachelorausbildung fächerübergreifend unterschiedliche Spezialisierungen vorgenommen werden können.

(Beifall des Abg. Dieter Kleinmann FDP/DVP)

Ich glaube, damit werden wir den Anforderungen der Arbeitswelt von heute und morgen gerecht. Ich denke, dazu brauchen wir den Gesetzentwurf der SPD nicht. Ich würde deshalb darum bitten, dass er abgelehnt wird.

Vielen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Meine Damen und Herren, in der Allgemeinen Aussprache liegen keine weiteren Wortmeldungen vor.

Wir kommen daher in der Zweiten Beratung zur **A b s t i m m u n g** über den Gesetzentwurf Drucksache 14/7167. Abstimmungsgrundlage ist die Beschlussempfehlung des Ausschusses für Wissenschaft, Forschung und Kunst, Drucksache 14/7464. Der Ausschuss für Wissenschaft, Forschung und Kunst empfiehlt Ihnen in Ziffer 1 seiner Beschlussempfehlung, den Gesetzentwurf abzulehnen.

Ich bitte, damit einverstanden zu sein, dass ich den Gesetzentwurf im Ganzen zur Abstimmung stelle.

(Abg. Dieter Kleinmann FDP/DVP: Aber sicher!)

Wer dem Gesetzentwurf Drucksache 14/7167 zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Der Gesetzentwurf ist mehrheitlich abgelehnt.

Wir haben noch über die Ziffern 2 bis 6 der Beschlussempfehlung des Ausschusses für Wissenschaft, Forschung und Kunst, Drucksache 14/7464, abzustimmen. – Sie stimmen diesen Ziffern zu. Es ist so beschlossen.

Damit ist Punkt 7 der Tagesordnung erledigt.

Ich rufe **Punkt 8** der Tagesordnung auf:

Zweite Beratung des Gesetzentwurfs der Fraktion der SPD und der Fraktion GRÜNE – Gesetz zur Änderung des Landeshochschulgesetzes – Drucksache 14/7307

Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Wissenschaft, Forschung und Kunst – Drucksache 14/7466

Berichterstatter: Abg. Dr. Klaus Schüle

Meine Damen und Herren, das Präsidium hat für die Allgemeine Aussprache eine Redezeit von fünf Minuten je Fraktion festgelegt, wobei gestaffelte Redezeiten gelten.

Das Wort erteile ich Herrn Abg. Dr. Schüle für die Fraktion der CDU.

Abg. Dr. Klaus Schüle CDU: Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Bereits in der ersten Lesung hatten wir die SPD aufgefordert, sich ernsthaft mit den Ursachen dafür auseinanderzusetzen, dass die Verfasste Studierendenschaft vor über 30 Jahren gescheitert ist. Das haben Sie bis heute nicht getan; vielleicht geschieht es ja im nächsten Redebeitrag.

Deshalb muss an dieser Stelle nochmals festgehalten werden, warum die Verfasste Studierendenschaft vor über 30 Jahren aus Sachgründen abgeschafft wurde: katastrophale Wahlbeteiligung bei den Abstimmungen – 20 %, 15 %, 10 %, 8 %, 5 % –, extremistische, demokratiefeindliche Resolutionen der verbliebenen Funktionäre und nur noch in Ausnahmefällen Stellungnahmen zur Hochschulpolitik und konkret zu der Hochschule, an der die Verfasste Studierendenschaft eingerichtet war.

Ihr Konzept hat drei entscheidende Nachteile:

Erstens: Sie arbeiten mit Zwang. Bei Ihrem Modell sind Zwangsmitgliedschaften aller Studierenden sowie ein finanzieller Zwangsbeitrag vorgesehen. Das lehnen wir ab. Wir setzen auf Freiwilligkeit.

(Beifall des Abg. Dietmar Bachmann FDP/DVP)

Zweitens: Die Idee der Universität ist die Einheit der Lehrenden und der Studierenden. Warum Sie die Lehrenden, auch den Mittelbau, in Ihrem Konzept außen vor lassen, was der Grundsatzidee unserer Universitäten widerspricht, haben Sie bis zum heutigen Tag nicht ausreichend begründet.

Drittens: Das Modell des allgemeinpolitischen Mandats hat in der Praxis versagt, und es ist auch vom Grundsatz her nicht richtig. Fragen der Allgemeinpolitik, der Gesellschaftspolitik sind Aufgaben von Initiativen, von Vereinen, von Jugendorganisationen und Parteien. Aber es gibt keine sachliche Begründung, warum wir Studierenden in dieser Hinsicht Sonderrechte oder -pflichten einräumen sollten. In der Hochschule geht es um alle Fragen des Studiums und um die konkrete Mitgestaltung in der Hochschule und an der Hochschule. Diese Fragen müssen im Zentrum stehen; das ist sachlich richtig.

Deshalb geht es jetzt darum, aufbauend auf den bisherigen Mitwirkungsmöglichkeiten diese weiterzuentwickeln. Wir haben schon jetzt die studentische Mitwirkung im Senat, im Fakultätsrat, in den Fachschaften und in den Allgemeinen Studierendenausschüssen. Jetzt halten wir nach der Einführung der Studiengebühren den Zeitpunkt für richtig, eine Weiterentwicklung in Richtung eines zentralen Mitwirkungsorgans der Studierenden vorzunehmen. Auf diesem Weg befinden wir uns aktuell. Zentrale Themen sind die Verwendung der Studiengebühren, die Abfassung von Studien- und Prüfungsordnungen sowie alle fakultätsübergreifenden Fragen zu Studium und Hochschule.

Wir haben begonnen, ausführliche Gespräche zu führen. Wir sind am Beginn und entscheiden erst dann, wenn alle die Möglichkeit hatten, sich intensiv in die Vorberatungen einzubringen. Das gilt natürlich auch für die Rektorinnen und die Rektoren. Man erkennt auch, dass es ein Spannungsfeld zwischen den Studierenden einerseits und den Rektorinnen und Rektoren andererseits gibt. Um eine gemeinsame gute Lösung hin-

zubekommen, sind ausführliche, gründliche und nach Möglichkeit konsensuale Beratungen erforderlich.

Das werden wir nicht noch vor der Landtagswahl über das Knie brechen, wie es von SPD und Grünen vorgesehen ist – also im Schnellverfahren und ohne große Diskussionen die Verfasste Studierendenschaft einführen zu wollen. Wir wollen das nach der Wahl sorgfältig tun – und zwar auf freiwilliger Basis und unter Einbeziehung aller Betroffenen im Land Baden-Württemberg –, weil wir wollen, dass unsere Hochschulen auch in Zukunft an der Spitze stehen. Dazu gehört auch, dass wir die Mitbestimmung und die Mitwirkung der Studierenden in sachgerechter Form weiterentwickeln.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Dr. Stober.

Abg. Johannes Stober SPD: Frau Präsidentin, ich weiß nicht, ob Sie das Promotionsrecht ausüben dürfen. Wenn dem so wäre, würde ich die Promotion sehr gern annehmen. Danke schön.

(Vereinzelt Heiterkeit)

Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Schüle hat uns aufgefordert, uns mit Missständen in den Verfassten Studierendenschaften auseinanderzusetzen. Herr Schüle, wir haben in fast allen Bundesländern außerhalb von Baden-Württemberg Verfasste Studierendenschaften. Wissen Sie, was Sie den Studierenden dort damit unterstellt haben? Sind Sie sich bewusst, was Sie gerade gesagt haben, Herr Schüle?

(Abg. Winfried Mack CDU: Kein Beifall!)

Ich glaube, dass es gut ist, dass wir heute über unseren Gesetzentwurf diskutieren, aber nicht über Ihren Vorschlag, den Sie unterbreitet haben und der in diesen Tagen nicht nur von der LandesAStenKonferenz, sondern auch von der Landesrektorenkonferenz ganz heftig zerpfückt worden ist.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen – Abg. Winfried Mack CDU zu SPD und Grünen: Jetzt sind Sie aufgewacht! – Gegenruf des Abg. Peter Hofelich SPD)

Es ist mehr als verständlich, dass sich die Rektoren unserer neun Universitäten nicht für ein Konzept vereinnahmen lassen wollen, bei dem sie noch nicht einmal gefragt werden, was sie denn davon halten. Dieser Stil des Umgangs, solche Papiere zu verschicken und den Betroffenen nicht zukommen zu lassen und sich entsprechend öffentlich zu äußern, ist ein absolutes Unding, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Ich möchte ergänzen, warum Ihr Vorschlag inhaltlich äußerst unzureichend ist: Sie schaffen neue Bürokratie in den Entscheidungsstrukturen der Hochschulen, indem Sie Mechanismen schaffen, dass man, wenn Studierende und die Mehrheit des Senats unterschiedlicher Meinung sind, in den Aufsichtsrat rennt und dieser letztlich noch eine Schlichtung durchführen soll. Das ist ein genauso großer Blödsinn wie die Geschichte mit der Rektorwahl, bei der sich der Aufsichtsrat und der Senat einig sein müssen. Das ist ein genauso großer Blöd-

(Johannes Stober)

sinn wie der, über den wir morgen noch einmal diskutieren werden, wenn wir über das Universitätsmedizinengesetz debattieren, mit dem Sie die Universitätsstruktur mit neuen Gremien überfrachten wollen.

(Beifall bei der SPD)

An unseren Hochschulen haben wir gewachsene Strukturen, die leider auf Vereinsebene organisiert sind, weil die Verfasste Studierendenschaft im Jahr 1977 abgeschafft worden ist. Dem kann man nicht einfach ein Einheitsmodell eines zentralen Mitbestimmungsorgans überstülpen. Das sind gewachsene Strukturen. Es gibt größere und kleinere Hochschulen. An einer Musikhochschule mit 300 oder 400 Studierenden kann man kein Gremium mit 25 Leuten bilden. Auch dieser Vorschlag ist völlig unausgegoren, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Nichtsdestotrotz ist unser Hauptkritikpunkt, dass Ihr Modell nicht weit genug geht. Satzungsautonomie, Finanzautonomie und politisches Mandat sind die zentralen Punkte. Herr Schüle, Sie haben vorhin gesagt, warum Sie dies ablehnen.

Ich sage Ihnen: Welche Rechte haben denn die Industrie- und Handelskammern? Sie haben diese drei Rechte. Wollen Sie diese denn abschaffen? Das wollen Sie genauso wenig, wie wir das wollen. Ich glaube, das sollten wir den Studierenden nicht vorenthalten.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Abg. Dr. Klaus Schüle CDU: Die Studierenden mit der IHK zu vergleichen ist doch lächerlich!)

Zynisch wird es dann, wenn man berücksichtigt, dass die Beiträge für eine Verfasste Studierendenschaft – ich habe gegoo-gelt – zwischen 10 € und 14 € pro Semester liegen. Sie verlangen von den Studierenden pro Semester 500 € Studiengebühren. Ist das etwa sozial, ist das gerecht? Wenn Sie damit anfangen, sage ich: Schaffen Sie erst einmal die Studiengebühren ab, dann können Sie über dieses Thema redlich und ehrlich reden.

(Abg. Dr. Klaus Schüle CDU zur SPD: Sie müssen einmal klatschen, wenn er redet! – Gegenruf des Abg. Claus Schmiedel SPD: Ja, ja! Alles zu seiner Zeit!)

In diesem Kontext möchte ich auf noch einen Punkt eingehen. Auch in der Presse – bei der dpa und auch in den „Stuttgarter Nachrichten“ – hieß es, dass sich die Rektoren gegen mehr Mitbestimmung der Studierenden wenden.

Diese wenden sich nicht gegen mehr Mitbestimmung durch die Studierenden. Sie wenden sich gegen das Modell, das Sie vorgeschlagen haben, Herr Schüle. Die Situation ist, dass viele Hochschulen in Baden-Württemberg genau die Verfasste Studierendenschaft beschlossen haben und sich hinter die Forderung der Studierenden stellen. Daher ist dieses Konzept das richtige Konzept, nicht das Murkskonzept, das Sie bzw. das Wissenschaftsministerium vorgelegt haben bzw. noch in Form eines Gesetzentwurfs vorlegen wollen. Ich kann Ihnen daher nur den Rat geben: Stimmen Sie diesem Gesetzentwurf zu. Das wäre der richtige Weg.

Danke schön.

(Beifall bei der SPD – Zuruf des Abg. Alfred Winkler SPD)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Das Wort erteile ich Frau Abg. Bauer für die Fraktion GRÜNE.

Abg. Theresia Bauer GRÜNE: Frau Präsidentin, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Schaut man sich die Hochschul-landschaft bundesweit an, muss man feststellen: In Baden-Württemberg herrscht an den Hochschulen gewissermaßen Ausnahmezustand, und zwar seit über 30 Jahren

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Seit Filbinger! Seit dem Vorgänger von Schüle! – Heiterkeit bei Abgeordneten der SPD – Gegenruf des Abg. Johannes Stober SPD: Das erklärt alles!)

– genau, seit Filbinger, seit 1977. Wenn man dem Kollegen Schüle eben zugehört hat, merkt man, dass der Geist noch immer nachwirkt. Ich weiß gar nicht, ob ihm bewusst war, was er gesagt hat. Herr Schüle, Sie haben gesagt: Wenn wir heute die Verfasste Studierendenschaft, wie sie in 14 Bundesländern dieser Republik existiert, wieder einführen, wird die Extremismusproblematik fortgesetzt, der Extremismus wird an unseren Hochschulen einziehen.

(Abg. Dr. Klaus Schüle CDU: Demokratiefreundlich! Ja, genau!)

Das macht einen wirklich sprachlos, dieses abgrundtiefe Misstrauen, das Sie gegenüber Studierenden in ihrer Gesamtheit haben.

(Abg. Dr. Klaus Schüle CDU: Reden Sie doch zur Sache!)

– Ich nehme direkt auf Ihre Ausführungen Bezug.

Man muss es sich wirklich klarmachen: Seit über 30 Jahren besteht dieses kollektive Misstrauen, und Sie sind es bis heute nicht losgeworden. Heute ist in diesem Haus die Gelegenheit, sich zu entscheiden: Wollen wir den Ausnahmezustand verlängern, oder wollen wir zu einem Normalzustand an unseren Hochschulen zurückkehren? Wir fordern Sie auf, mitzumachen, um wieder normale Verhältnisse an unseren Hochschulen einkehren zu lassen. Es geht um nicht mehr, aber auch nicht weniger.

Sie haben von Alternativen geredet. Welche Alternativen stehen eigentlich im Raum? Was hat das Ministerium angedeutet, welches Alternativmodell verfolgt es?

Wir sagen: Wir wollen eine gesetzliche Basis für Verfasste Studierendenschaften schaffen. Eine gesetzliche Basis schafft Rechtssicherheit für Studierende, um sich zu organisieren, ihre eigenen Angelegenheiten zu gestalten, sich einen finanziellen Rahmen zu geben, sich eine Satzung zu geben, sich ein eigenes Vertretungsmodell zu geben. Wir schaffen eine gesetzliche Basis und legen eine Grundlage für Freiheit, für Selbstorganisation, so, wie sich das für Hochschulen gehört. Denn es gibt unterschiedliche Traditionen von Studierendenvertretungen. Es gibt unterschiedliche Hochschulen; es gibt große und kleine Hochschulen, und es gibt unterschiedliche Vertretungsmodelle.

Wir glauben, dass die Studierenden und die Hochschulen vor Ort stark genug sind, um sich ihren eigenen Weg zu überlegen. Deswegen lehnen wir das Einheitsmodell, das Sie sich

(Theresia Bauer)

am Schreibtisch des Ministers, im Ministerium ausgedacht haben und das Sie nach der 08/15-Methode bei allen Hochschulen wollen, diese Einheitslösungen à la Frankenberg, ab. Wir glauben, eine gesetzlich verankerte Verfasste Studierendenschaft bietet die Basis für Freiheit und für mündige Bürgerinnen und Bürger, wie wir sie an unseren Hochschulen hoffentlich hervorbringen.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Aber heute reden wir gar nicht über zwei Alternativen, sondern wir reden über einen Gesetzentwurf von SPD und Grünen. Übrigens wird darüber schon lange diskutiert; das wurde bereits vielfach und immer wieder beantragt. Wir stehen hier nicht am Anfang der Debatte; wir haben eine 33-jährige Tradition. Studierende in allen Generationen haben – wie auch ich vor vielen Jahren – miteinander um dasselbe gekämpft. Wir sind hier immer auf taube Ohren gestoßen.

(Zuruf des Abg. Dr. Klaus Schüle CDU)

Nach langer Debatte haben wir heute zum wiederholten Mal einen Gesetzentwurf dazu vorgelegt. Auf der anderen Seite steht kein Alternativmodell, sondern ein Memorandum. Memoranden gibt es in letzter Zeit viele aus dem Hause Frankenberg.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Das heißt „Memos“! – Gegenruf des Abg. Dr. Klaus Schüle CDU: Ihr müsst euch schon einigen! – Abg. Johannes Stober SPD: Schriftlich!)

– Memos, genau. Ich hoffe, es ist wenigstens schriftlich vorhanden. Ein Memorandum ist so etwas wie eine Absichtserklärung: Wir würden gern irgendwann einmal – aber bloß nicht heute – in Sachen Mitbestimmung, Mitsprache der Studierenden neue Wege gehen. Das ist schon einmal ein Signal. Lange Zeit gab es ja gar nichts. Aber es ist nichts Konkretes.

Es ist auch kein gutes Signal, diese Geschichte jetzt zum Ende der Legislaturperiode wieder auf die lange Bank zu schieben und zu sagen: In der nächsten Legislaturperiode machen wir etwas. Es könnte gut sein, dass Sie in der nächsten Legislaturperiode nicht mehr auf dieser Bank sitzen.

(Abg. Dr. Klaus Schüle CDU: Hochmut kommt vor dem Fall!)

Deswegen gibt es heute eine Gelegenheit, klar Schiff zu machen.

(Abg. Alfred Winkler SPD: Man kann auch Memoranden verlängern!)

Bezeichnenderweise – Herr Kollege Stober hat es auch schon ausgeführt – hatten Sie ja mit diesem windelweichen Memorandum, das Sie vorgelegt haben, eigentlich vor, jetzt im Wahlkampf Ruhe zu schaffen.

(Abg. Johannes Stober SPD: Das Gegenteil ist eingetreten!)

Die Debatte um mehr Mitbestimmung und mehr Mitsprache sollte über das Memorandum nicht ermöglicht werden, sondern sie sollte gekillt werden. Es sollte nämlich ein Brief mit der Unterschrift von Studierenden und mit der Unterschrift al-

ler Hochschulleitungen vorgelegt werden, und damit sollte die Debatte um mehr Mitspracherechte beendet werden. Die Studierenden sind Ihnen von der Stange gegangen. Dann sind Ihnen die Hochschulen von der Stange gegangen. Denn in fast allen Senaten der Universitäten gibt es Beschlüsse zur Verfassten Studierendenschaft. Deshalb sind Ihnen die Unirektoren von der Stange gegangen, schriftlich und mit Unterschrift, und haben gesagt: Nein, wir unterzeichnen Ihre Absichtserklärungen nicht mit.

Das hat mich gefreut. Das hat Größe. Es hat nicht unbedingt Tradition bei den Rektoren. Es ist eine neue Qualität. Es kann aber sein, dass sie bei diesen Methoden nicht mehr mitspielen wollen: Im Hause Frankenberg wird entschieden, und die Hochschulen vor Ort haben zu spüren.

Es wird langsam einsam um Sie. Minister Frankenberg ist nicht da; dann müssen wir es Herrn Dr. Birk sagen: Die Studierenden spielen nicht mehr mit, die Unirektoren machen nicht mehr mit, die Klinikumsvorstände auch nicht. Man hat den Eindruck, der Rückhalt des Wissenschaftsministeriums ist komplett verloren gegangen. Dieses Wissenschaftsministerium regiert gegen sein gesamtes Umfeld. Es ist Zeit, dass Sie sich dieses Scheitern eingestehen.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Die sollten abtreten!)

Heute hätten Sie Gelegenheit, eine Korrektur in die Wege zu leiten. Stimmen Sie unserem Gesetzentwurf zu.

Vielen Dank.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Kleinmann für die Fraktion der FDP/DVP.

(Abg. Dietmar Bachmann FDP/DVP: Dieter, gib's ihr!)

Abg. Dieter Kleinmann FDP/DVP: Frau Präsidentin, meine verehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Zunächst einmal, Frau Kollegin Bauer: Der Begriff „Memorandum“ kommt von – lateinisch – „memorare“ und heißt nichts anderes als erinnern. Wer ein Memorandum schreibt, erinnert daran, dass es hier ein Problem gibt, das es zu lösen gilt. Deshalb hat ein Memorandum nichts mit Aufschieben zu tun, sondern es zeigt, dass Aktualität gegeben ist. Punkt 1.

Punkt 2: Wenn Sie erwähnen, Herr Frankenberg sei nicht da, aber die Sache sei gescheitert, und sich dann auf die Rektorenkonferenz und deren Brief konzentrieren, dann müssten Sie der Fairness halber auch gleich erwähnen, dass die Rektoren sich darüber beschwerten, dass sie bisher nicht in die Entscheidung einbezogen worden sind,

(Abg. Johannes Stober SPD: Da steht schon mehr drin!)

und zum Zweiten meinen, dass die Studenten bisher alle bestens in den bereits bestehenden universitären Gremien vertreten wären. Das geht sogar so weit, dass es in Bezug auf die Studiengebühren in diesem Schreiben heißt – ich zitiere –:

Ein Letztentscheidungsrecht der Studierenden halten wir jedoch nicht für angemessen.

(Dieter Kleinmann)

Meine Damen und Herren, was da sehr studentenfreundlich sein sollte, ist mir nicht ganz klar.

Der Vorschlag von SPD und Grünen, einfach nur die Verfasste Studierendenschaft wieder einzuführen, ist aus Sicht der FDP/DVP weder originell noch zukunftsweisend. Wir finden, dass ein so entscheidendes Thema wie die studentische Mitbestimmung es verdient hat, dass man sich ein wenig Mühe gibt, einen Vorschlag zu erarbeiten, der die Entscheidungsprozesse an unseren Hochschulen verbessern kann und dem Mehrheitswillen der Studierenden auch zur Durchsetzung verhilft. Wenn die Verfasste Studierendenschaft per definitionem für alle Studierenden spricht, heißt das nämlich noch lange nicht, dass diejenigen, die sich bei einer Sitzung zusammenfinden, auch den Willen der Mehrheit der Studierenden vertreten.

(Abg. Albrecht Fischer CDU: So ist es!)

Es ist das alte Problem, meine Damen und Herren – es geht hier um Universität, da kann man auch ein bisschen in die Philosophie gehen –, mit dem „allgemeinen Willen“ nach Jean-Jacques Rousseau: Wie lässt sich dieser am besten ermitteln? Auch besteht bei der Verfassten Studierendenschaft die Gefahr, dass völlig unklar bleibt, wer jeweils die eigentliche politische Verantwortung trägt. Dass die Studierendenschaft keine fest umgrenzten Kompetenzen hat, wird ihren Stand im Gesamtgefüge der Hochschulorgane nicht stärken, sondern schwächen.

Die FDP/DVP-Fraktion strebt dagegen an, dass möglichst viele und nicht nur einige wenige Studierende hinter den sie betreffenden und von ihren Vertretern auch getroffenen Entscheidungen stehen. Dies ist nach unserer Auffassung am besten durch ein von den Studierenden zu wählendes Parlament gewährleistet. Das Studierendenparlament soll nach unserer Auffassung ein von den Studierenden gewähltes Mitbestimmungsorgan sein, das über alle fakultätsübergreifenden studentischen Belange mitentscheidet. Dies betrifft die fachlichen, sozialen, wirtschaftlichen und hochschulpolitischen Angelegenheiten der Studierenden einerseits, genauso aber Sport, Kultur und Internationales andererseits und last, not least insbesondere auch die Verwendung der Studiengebühren.

Auf diese Weise wird den Studierenden zugleich ein Kontrollinstrument an die Hand gegeben. Denn wer könnte besser darüber entscheiden und wachen als die Studierenden selbst, dass die Einnahmen aus Studiengebühren wirklich für sie nutzbringend eingesetzt werden?

(Abg. Alfred Winkler SPD: Das ist aber nicht der Fall!)

Damit hier kein Missverständnis aufkommt, möchte ich betonen: Die Hochschulen sind verpflichtet, die Einnahmen aus Studiengebühren ausschließlich für die Verbesserung der Studienbedingungen auszugeben. Wie wir aus den regelmäßigen Berichten an den Landtag sehen können, erfüllen sie diese Aufgabe auch.

Dennoch ist auch klar, meine Damen und Herren: Die Studierenden als unmittelbar Betroffene setzen möglicherweise andere Prioritäten. So mögen ihnen längere Öffnungszeiten z. B. der Bibliothek wichtiger sein als bestimmte bauliche Maßnah-

men. Aber das wissen die Studierenden selbst am besten, und deshalb sollen sie darüber auch selbst entscheiden.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Angeregt durch einen Vorstoß der Liberalen Hochschulgruppen und des Rings Christlich-Demokratischer Studenten haben die Regierungsfractionen von CDU und FDP/DVP im November vergangenen Jahres eine Beschlussempfehlung des Wissenschaftsausschusses herbeigeführt, ein zentrales Mitbestimmungsorgan der Studierenden an den Hochschulen Baden-Württembergs einzurichten. Anschließend haben wir die Frage, wie die studentische Mitbestimmung zu verstärken sei, hier in diesem Haus im Plenum diskutiert.

Das Wissenschaftsministerium hat umgehend gehandelt, Eckpunkte für einen Gesetzentwurf zusammengefasst und damit das Gespräch mit den Vertretern der Hochschulen aufgenommen. Schließlich sollen die Gesetze gemeinsam mit denjenigen vor Ort entwickelt werden – das ist jetzt ganz wichtig –, für die sie gemacht werden. Ich bin sicher, dass sich vieles klärt und man eine einvernehmliche Lösung finden wird, wenn man erst einmal zusammen an einem Tisch sitzt und über die konkrete Ausgestaltung der Vorschläge berät.

Ich bin der Überzeugung, dass ein Studierendenparlament mit klar geregelten Verfahren und Zuständigkeiten letztlich für alle am Hochschulleben Beteiligten Vorteile – und nur Vorteile – bringt. Transparenz schafft Vertrauen und ermöglicht, wie wir von der FDP/DVP sehen, ein gedeihliches Miteinander gerade auch in Konfliktfällen.

(Beifall des Abg. Dietmar Bachmann FDP/DVP)

Den Gesetzentwurf von SPD und Grünen lehnen wir daher ab. Einen anderen werden wir in der nächsten Legislaturperiode vorlegen.

Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Das Wort für die Landesregierung erhält Herr Staatssekretär Dr. Birk.

Staatssekretär Dr. Dietrich Birk: Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! In jeder Legislaturperiode, immer gegen Ende einer Periode, kommt erneut ein solcher Gesetzentwurf hier in den Landtag von Baden-Württemberg, und wie jedes Mal wird er dort abgelehnt. Auch dieses Mal wird er abgelehnt werden, weil wir seitens der Landesregierung von der Wiedereinführung der Verfassten Studierendenschaft nichts halten. Wir benötigen kein allgemeinpolitisches Mandat, wir benötigen schon gleich gar nicht eine eigene Finanzautonomie und Satzungsautonomie, sondern was wir benötigen, sind wirkliche Mitwirkungsrechte entlang der Interessen, entlang der Fragestellungen, entlang der Wünsche und Anforderungen, die für Studierende notwendig sind. Dem stellen wir uns als Landesregierung von Baden-Württemberg.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Dieter Kleinmann FDP/DVP: Sehr gut!)

(Staatssekretär Dr. Dietrich Birk)

Liebe Kolleginnen und Kollegen von der SPD und von den Grünen: Da sind wir mittlerweile auch deutlich weiter als der Ladenhüter, den Sie heute hier wieder vorbringen.

(Zuruf des Abg. Dieter Kleinmann FDP/DVP)

Wir haben ein Memorandum auf den Weg gebracht, im Übrigen unter Einbindung unserer Universitäten. Es gab Dienstbesprechungen mit den Herren Rektoren, mit den Prorektoren für Lehre. Am 14. Dezember haben wir dieses Memorandum mit der Bitte um Stellungnahme zugesandt. Ich kann nur sagen: Die Fachhochschulen, die Pädagogischen Hochschulen, die Musik- und Kunsthochschulen haben sich sehr konstruktiv in diesen Diskussionsprozess eingebracht, die Universitäten bislang noch nicht. Wenn Sie aber daraus den Schluss ziehen, die Universitätsrektoren wären gegen dieses Mitbestimmungsmodell und für die Verfasste Studierendenschaft,

(Zuruf des Abg. Johannes Stober SPD)

liebe Frau Bauer und lieber Herr Stober, liegen Sie völlig falsch.

(Abg. Johannes Stober SPD: Lesen Sie doch einmal die Beschlüsse, die die Senate fassen!)

– Ja. – Das sage ich Ihnen: Wir werden mit unserem Mitwirkungsrecht für die Studierenden deutlich mehr erreichen, und deshalb bin ich mir auch sicher, dass wir die Universitätsrektoren, die Universitäten davon überzeugen können, diesen Weg mit uns in der nächsten Legislaturperiode mitzugehen.

Im Übrigen: In dem sehr unwahrscheinlichen Fall, liebe Frau Bauer, dass Sie in diesem Ministerium regieren sollten, ist es Ihnen unbenommen, sofort eine erste Initiative dazu zu machen. Es hat mich gewundert, dass Sie das heute nicht angekündigt haben. Uns heute den Vorwurf zu machen, wir würden dies in dieser Legislaturperiode nicht mehr hinbekommen, andererseits aber unsere Ankündigung, dass wir es in der nächsten Legislaturperiode machen wollen, in Zweifel zu ziehen, dazu gehört schon einiges. Wir haben immerhin mit den studentisch relevanten Gruppen gesprochen,

(Zuruf des Abg. Johannes Stober SPD)

wir haben sie einbezogen, wir wollten sogar den Landes-ASTA für das Memorandum gewinnen. Das heißt, wir haben uns in dieser Frage auch festgelegt, und Sie können davon ausgehen, dass wir in der kommenden Legislaturperiode auch zu diesem Wort stehen werden und dies im Interesse der Studierenden mit den Studierenden umsetzen wollen.

Deshalb, meine sehr geehrten Damen und Herren: Die Hochschule ist eine Körperschaft. Wieso die Verfasste Studierendenschaft, und wieso nicht gleich auch die verfasste Professorenschaft,

(Heiterkeit der Abg. Beate Fauser FDP/DVP)

den verfassten Mittelbau und vieles andere? Nein, wir wollen ein Zusammenwirken dieser Gruppen in den dafür vorgesehenen Gremien, und wir sind mehr denn je der Überzeugung, dass unsere Studierenden schon heute im Zuge der studentischen Selbstverwaltung vieles regeln können: die Mitwirkung

im Senat, die Mitwirkung im Fakultätsrat, die Mitwirkung in der Fachschaft, im ASTA. All das ist im Landeshochschulgesetz verankert. Deshalb brauchen Baden-Württemberg und Bayern nicht die Verfasste Studierendenschaft.

Ich empfehle im Übrigen: Schauen Sie einmal, was in anderen Bundesländern die dortigen Rechnungshöfe im Hinblick auf den Umgang

(Abg. Edith Sitzmann GRÜNE: Schauen Sie einmal, was sie an Ihrer Regierung rügen, vor allem bei RCDS-ASTen in letzter Zeit!)

mit den Zwangsbeiträgen der Verfassten Studierendenschaft rügen und was dort auch im Bereich von allgemeinpolitischer Agitation läuft, was überhaupt nichts mit den Studierenden zu tun hat.

(Beifall der Abg. Beate Fauser FDP/DVP)

Der Kollege Schüle hat völlig recht: Wer sich bei uns politisch engagieren möchte, der kann dies in Bürgerinitiativen tun, der kann dies in Parteien tun, der kann dies in Parlamenten tun, in dafür gewählten Gremien, aber eben nicht im Bereich von Zwangsmitgliedschaften bei einer Verfassten Studierendenschaft. Deshalb weisen wir dies zurück.

(Glocke der Präsidentin)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Herr Staatssekretär, gestatten Sie eine Kurzintervention des Herrn Abg. Winkler?

Staatssekretär Dr. Dietrich Birk: Herr Winkler, bitte.

(Abg. Dieter Kleinmann FDP/DVP: Bei ihm schon!
– Abg. Dr. Klaus Schüle CDU: Gute Entscheidung!)

Abg. Alfred Winkler SPD: Herr Staatssekretär, es gibt ja auch die eigenen Erfahrungen. Meine Tochter kam noch in den Genuss von Studiengebühren. Ich glaube, der Beginn liegt jetzt circa drei Jahre zurück. Sie hat sich von Anfang an und bis zum Schluss darüber beklagt, dass nicht der Fall war, was ich ihr versprochen habe, weil Herr Dr. Frankenberg es hier bei der Einführung zugesagt hat: Die Studenten können mitbestimmen und über die Verwendung ihrer Studiengebühren mitentscheiden. Bis heute ist das jedoch nicht der Fall –

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Er hat ja ein Memorandum für die Zukunft! – Zuruf von der CDU: Und jetzt die Frage!)

bis heute nicht. Noch nicht einmal nach drei Jahren können die Studenten wirksam mitwirken. Das können sie bis heute nicht.

(Zuruf von der CDU: Frage!)

Staatssekretär Dr. Dietrich Birk: Vielen Dank für diese Kurzintervention. Lieber Herr Kollege Winkler, deshalb sage ich Ihnen ja: Falls Sie wiederum in den nächsten Landtag gewählt werden, können Sie unserem Gesetzentwurf sehr gern zustimmen, weil wir ja gerade beabsichtigen, dass die Rechte der Studierenden auch bei der Frage der Verwendung von Studiengebühren gestärkt werden. Dafür brauchen wir keine

(Staatssekretär Dr. Dietrich Birk)

Verfasste Studierendenschaft. Die besagt überhaupt nichts über die Mitwirkungsrechte.

(Abg. Dr. Klaus Schüle CDU: Dazu brauchen wir keinen Zwang! – Abg. Claus Schmiedel SPD: Sie haben es versprochen und halten es nicht! Versprochen, gebrochen!)

Das ist ein Schlagwort, das letztlich in die Vergangenheit gerichtet ist, das aber nichts mit den Erfordernissen und den Anforderungen im Hinblick auf eine Beteiligung der Studierenden etwa an der Frage, die Sie hier aufgezeigt haben, zu tun hat.

Deshalb, Herr Kollege Winkler: Es gibt viele Hochschulen, bei denen die Studierenden über die Studienkommissionen auch in der Frage der Verwendung der Studiengebühren Gehör finden. Dass es hier und da Probleme gibt, möchte ich gar nicht in Abrede stellen. Aber gerade deshalb wollen wir in der kommenden Legislaturperiode die Beteiligung der Studierenden in diesen Fragen stärken.

Deshalb kann ich Sie nur bitten: Werben Sie in Ihrer eigenen Fraktion dafür, dass sie diesem Gesetzentwurf der Landesregierung zustimmt. Dann haben wir für die Studierenden in Baden-Württemberg einiges erreicht.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Das ist erledigt, das Thema! – Glocke der Präsidentin)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Herr Staatssekretär, gestatten Sie nun eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Bachmann?

Staatssekretär Dr. Dietrich Birk: Gern.

Abg. Dietmar Bachmann FDP/DVP: Vielen Dank, Frau Präsidentin. – Nachdem wir jetzt wissen, dass nach dem zu erwartenden Gesetz der von der nächsten Koalition gestellten Regierung dem Anliegen des Kollegen Winkler Rechnung getragen werden wird: Wie wäre die Lage denn bei der Verfassten Studierendenschaft? Dürften die Studierenden dann mitentscheiden, oder dürften sie nur meckern?

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Blöder kann man gar nicht fragen!)

Staatssekretär Dr. Dietrich Birk: Herr Kollege Bachmann, so, wie die Verfasste Studierendenschaft angelegt war und angelegt ist, ist vor allem auch mein Eindruck, dass dann häufig nicht die Mehrheit wirklich den Willen bestimmt, sondern dass es eine kleine, aktive politische Minderheit ist, die versucht, allgemeinpolitische und andere Fragen in die Universität, in die Hochschule hineinzutragen.

Es wäre, Stand heute – auch bei Annahme dieses Gesetzentwurfs –, zweifelsohne keine Bereicherung an Mitwirkungsrechten, sondern es wäre eher ein Plakat der allgemeinpolitischen Darstellung, das wir hier in Baden-Württemberg nicht wünschen.

(Abg. Dieter Kleinmann FDP/DVP: So ist es! Genau das ist der Punkt!)

Deshalb kann ich nur noch einmal sagen: Wir nehmen die Anliegen der Studierenden sehr ernst, auch in der Frage der Ver-

wendung von Studiengebühren, und wollen deshalb in einem Dialog und dann auch mit entsprechenden Regelungen die Position der Studierenden in Zukunft stärken.

So ist dieses Memorandum im Übrigen auch angelegt. Von vielen wurde es verstanden, von manchen noch nicht. Da werden wir weiterhin Überzeugungsarbeit leisten. Ich bin mir aber sicher, dass wir im Ergebnis in der nächsten Legislaturperiode gerade in der Frage der Mitbestimmung etwas hinbekommen, das dann auch von allen Hochschulen und insbesondere auch von den Studierenden sehr gut mitgetragen wird, und dass wir damit vor allem auch den Anforderungen der Studierenden, auch im Hinblick auf die Verwendung von Studiengebühren, gerecht werden.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Dr. Klaus Schüle CDU: Sehr gut!)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Das Wort für die SPD-Fraktion erteile ich Herrn Abg. Stober.

Abg. Johannes Stober SPD: Ich habe mich noch einmal gemeldet, weil zwei Dinge hier immer wieder durcheinander geworfen worden sind, die zu trennen sind.

Wir brauchen einerseits eine Studierendenvertretung – wir haben hier die Verfasste Studierendenschaft beantragt –, genauso wie wir in meinen Augen andererseits auch eine Mittelbauvertretung oder eine Vertretung der Professorinnen- und Professorenschaft brauchen.

(Abg. Dr. Klaus Schüle CDU: Das steht aber nicht im Gesetzentwurf!)

Entsprechende Vorlagen haben wir z. B. vom Hochschullehrerbund, dem HLB, oder dem VHW.

(Abg. Dr. Klaus Schüle CDU: Wir machen keine Teillösung!)

Damit habe ich auch gar keine Probleme.

Ich glaube aber, dass wir unterscheiden müssen zwischen der Interessenvertretung, die die Verfasste Studierendenschaft wahrnimmt, und den Entscheidungen der politischen Gremien einer Hochschule.

(Abg. Dr. Klaus Schüle CDU: Ohne Zwang!)

Unser Gesetzentwurf setzt sich mit der einen Sache auseinander. Wir haben auch erheblichen Änderungsbedarf auf der anderen Seite. Ich teile die Auffassung der Universitätsrektoren – das wurde vorhin zitiert –, dass wir letzten Endes keine Mehrheitssituation der Studierenden haben dürfen. Aber wir müssen auch hinterfragen, wie heute eigentlich die Entscheidungen zustande kommen, ob es richtig ist, dass alle Mehrheitsentscheidungen von Professorinnen und Professoren getroffen werden. Noch mehr müssen wir hinterfragen, ob in den Aufsichtsräten zum Teil immer mehr Entscheidungen von Externen und gar nicht mehr von Leuten aus der Hochschule getroffen werden

(Beifall der Abg. Ursula Haußmann SPD)

(Johannes Stober)

und so die Hochschulautonomie immer weiter ausgehebelt wird. Ich glaube, auch an dieser Baustelle haben wir noch viel zu tun. Wir werden es in der nächsten Legislaturperiode angehen.

Danke schön.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der Abg. Theresia Bauer GRÜNE – Abg. Dieter Kleinmann FDP/DVP: Sehr gut!)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Liebe Kolleginnen und Kollegen, in der Allgemeinen Aussprache liegen keine weiteren Wortmeldungen vor.

Wir kommen in der Zweiten Beratung zur **A b s t i m m u n g** über den Gesetzentwurf Drucksache 14/7307. Abstimmungsgrundlage ist die Beschlussempfehlung des Ausschusses für Wissenschaft, Forschung und Kunst, Drucksache 14/7466. Der Ausschuss für Wissenschaft, Forschung und Kunst empfiehlt Ihnen in der Beschlussempfehlung, den Gesetzentwurf abzulehnen.

Ich bitte, damit einverstanden zu sein, dass ich den Gesetzentwurf im Ganzen aufrufe.

(Zurufe: Ja! – Jawohl!)

Wer dem Gesetzentwurf Drucksache 14/7307 zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist der Gesetzentwurf mehrheitlich abgelehnt.

Tagesordnungspunkt 8 ist damit erledigt.

Ich rufe **Punkt 9** der Tagesordnung auf:

Zweite Beratung des Gesetzentwurfs der Fraktion der SPD – Gesetz zur Änderung des Schulgesetzes für Baden-Württemberg – Drucksache 14/7309

Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Schule, Jugend und Sport – Drucksache 14/7491

Berichterstatteerin: Abg. Christa Vosschulte

Liebe Kolleginnen und Kollegen, das Präsidium hat für die Allgemeine Aussprache eine Redezeit von fünf Minuten je Fraktion festgelegt, wobei gestaffelte Redezeiten gelten.

Das Wort für die CDU-Fraktion erteile ich Frau Abg. Vosschulte.

Abg. Christa Vosschulte CDU: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Der Gegenstand dieses Gesetzentwurfs ist die Parallelführung von G 8 und G 9 am Gymnasium. Die Argumente hierzu haben wir in der ersten Lesung und im Ausschuss zur Genüge ausgetauscht.

(Abg. Dieter Kleinmann FDP/DVP: So ist es! – Abg. Karl Zimmermann CDU: Also gut!)

Ich möchte nur noch ein paar Aspekte aufgreifen.

Es ist durchaus aufzuzeigen, dass wir nach der Grundschule ein Abitur nach neun Jahren haben, dass man also das Abitur

in neun Jahren erwerben kann. Das kann in der Hauptschule anfangen, geht über die Realschule bis in das berufliche Gymnasium hinein, und das endet mit der allgemeinen Hochschulreife, wenn der Schüler das will und durchhält.

Ich möchte dazu eigentlich nur noch ein Zitat des Städtetags anführen. Der Städtetag plädiert dafür, „diesen baden-württembergischen Weg kraftvoll fortzusetzen“. Weiter unten steht:

Die Option einer Bildungskarriere mit dem Ziel Abitur über die zweite Säule, also via Hauptschule, Werkrealschule oder Realschule und berufliches Gymnasium, muss als Pendant zum klassischen Weg über das allgemeinbildende Gymnasium noch offensiver dargestellt und beworben werden.

(Abg. Dieter Kleinmann FDP/DVP: Wie wahr!)

Ich möchte ganz deutlich darum bitten, dass Sie nicht wieder in die alte Gewohnheit verfallen und diesen Weg schlechtmachen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und des Abg. Dieter Kleinmann FDP/DVP)

Auch der Landkreistag und der Gemeindetag lehnen Ihren Gesetzentwurf ab. Sie haben zwei weitere Gründe dafür. Das sind zum einen die Kosten. Dazu schreibt bezeichnenderweise die GEW:

Bei einem Nebeneinander von G 8 und G 9 werden aber auch mehr Lehrerstunden verbraucht, die für die Senkung des Klassenteilers oder für Förderangebote der Schülerinnen und Schüler fehlen werden.

Recht hat sie.

Sie schreiben in Ihrem Gesetzentwurf zu den Kosten: „Keine.“ Ich habe schon beim letzten Mal gesagt: So kann es nicht gehen. Wovon Sie dies bezahlen wollen, ist nicht klar.

(Abg. Dr. Hans-Peter Wetzel FDP/DVP: Fällt vom Himmel!)

Ein zweiter Punkt, gegen den sich der Gemeindetag wehrt, ist das Alleinentscheidungsrecht des Ministeriums für Kultus, Jugend und Sport, wenn kein Einvernehmen mit dem Schulträger über die Einführung des zusätzlichen G 9 getroffen werden kann. Das verstößt gegen die Rechte des Schulträgers. Dass Sie ein so wesentliches Recht des Schulträgers außer Acht lassen,

(Abg. Dieter Kleinmann FDP/DVP: Bemerkenswert!)

zeigt das ganze Ausmaß an Populismus, das diesem Antrag zugrunde liegt. Verweisen Sie ihn einfach in das Reich „Wünsch dir was“.

(Heiterkeit der Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU und Dieter Kleinmann FDP/DVP)

Dann sehen wir, was daraus wird.

(Christa Vosschulte)

Im Übrigen schreibt die GEW in ihrem letzten Monatsheft:

(Abg. Renate Rastätter GRÜNE: Sind Sie jetzt Mitglied der GEW?)

Vor dem Hintergrund der Erfahrungen der letzten Jahre spricht sich die Landesfachgruppe gegen die Doppelführung von G 8 und G 9 aus.

(Abg. Dr. Hans-Peter Wetzler FDP/DVP: Die GEW sogar! – Abg. Elke Brunnemer CDU: Hört, hört!)

– Ja, auch ich finde das hochinteressant. In Abwandlung eines Satzes von Angela Merkel – er bezog sich allerdings auf die Rente mit 67 – könnte man sagen: Wenn Sie jemanden finden, der für die Parallelführung von G 8 und G 9 ist, könnte der von der SPD sein; finden Sie jemanden, der dagegen ist, auch.

Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Für die SPD-Fraktion erteile ich Herrn Abg. Dr. Mentrup das Wort.

Abg. Dr. Frank Mentrup SPD: Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Auch ich will nur noch kurz die verschiedenen Argumente wiederholen, die schon vielfach ausgetauscht worden sind, und zunächst feststellen, dass das G 8 weiter in der Kritik ist, weiter in der Kritik bleibt und dass, liebe Frau Vosschulte, bei allen Umfragen 70 bis 80 % der Eltern angeben, dass sie sich eher einen neunjährigen Gymnasialzug wünschen und dass sie mit dem bisherigen G-8-Zug unzufrieden sind. Das ist bei allen Umfragen zu allen Zeitpunkten, seitdem das G 8 eingeführt wurde, der Fall.

(Abg. Karl Zimmermann CDU: In meinem Wahlkreis nicht! – Abg. Winfried Scheuermann CDU: Stimmt doch nicht!)

Daher müssen Sie eigene Vorschläge bringen, statt einfach nur auf das einzuschlagen, was an Vorschlägen von der anderen Seite kommt.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Das hören wir doch gern!)

Ein echtes Wahlrecht zwischen G 8 und G 9 wollen wir nicht für alle Bereiche, sondern wir wollen dort, wo es gewünscht wird, einen neunjährigen Zug an einem G-8-Gymnasium ermöglichen.

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Volksentscheid!)

Das ist auch keine Rückkehr zu dem früheren G 9, sondern – jetzt kommen wir zu den Kosten – es ist eine andere Verteilung der 265 Wochenstunden, nämlich auf einen um ein Jahr längeren Zeitraum. Daher gibt es allenfalls zusätzliche Kosten, weil Sie in dem Gymnasium möglicherweise einen zusätzlichen Zug einrichten müssen. Das kann passieren. Das will ich gar nicht bestreiten. Aber es führt nicht per se zu höheren Kosten. Wenn Sie darauf bestehen, dass es so ist, dann hätten alle Eltern recht, die bisher gesagt haben: Das G 8 war auch ein Einsparmodell, wenn jetzt das G 9 plötzlich mehr

kosten würde. Deswegen wäre ich an Ihrer Stelle sehr vorsichtig, dies als gravierendes Argument anzuführen.

(Beifall der Abg. Gunter Kaufmann und Ursula Haußmann SPD)

Wir gehen nicht davon aus, dass es überall Gymnasien gibt, die einen neunjährigen Zug einrichten wollen. Das ist auch gar nicht unsere Absicht. Warum soll man es aber dort verbieten, wo es gewünscht ist, wo sich der Schulträger, wo sich das Gymnasium einen neunjährigen Zug vorstellen und einen solchen Weg entwickeln?

Die bisherigen Anträge dazu, Frau Vosschulte – dazu haben Sie bisher keine Antwort gegeben – kommen eher aus Regionen, in denen festgestellt wird: Es gehen überproportional viele Kinder mit Gymnasialempfehlung auf die Realschule, und zwar nicht unbedingt deshalb, weil ihre Eltern ihnen den Weg über das Gymnasium nicht zutrauen würden, sondern weil sie sagen: „Die Belastung in der Unter- und Mittelstufe ist zu hoch, um die Schule mit dem langen Schulweg und dem Engagement der Kinder in den Vereinen, in den Musikschulen und anderswo vor Ort unter einen Hut zu bringen.“

(Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Was ist daran schlecht?)

– Frau Gurr-Hirsch, daran ist zunächst einmal nichts schlecht. Denn Sie weisen zu Recht darauf hin – wir haben das berufliche Gymnasium nie schlechtgemacht –, dass es eine Alternative gibt. Nur: Eine echte Alternative ist es nicht in der Tiefe des Unterrichtsstoffs, was die Fremdsprachen und andere allgemeinbildende Fächer betrifft. Denn am Ende wird auf ein beruflich orientiertes Abitur und nicht auf ein allgemeines Abitur hingearbeitet, das die Voraussetzung z. B. für Fremdsprachenstudiengänge und anderes ist. Das ist gar keine Kritik. Die Werte sind vom Abschluss her gleichwertig, von den Inhalten her sind sie unterschiedlich.

Was spricht dagegen, dass diejenigen, die eine Gymnasialempfehlung haben, aber gern den neunjährigen Weg beschreiben möchten, dieses Angebot in einem Gymnasium allgemeiner Art bekommen?

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Abg. Claus Schmiedel SPD: Freiheit für die Eltern!)

Die Wege wären dann im Hinblick auf die Wahrscheinlichkeit, dass das Ziel erreicht wird, gleichwertig. Auch in dieser Hinsicht haben Sie etwas nachzuholen. Solange Sie nämlich nicht sichergestellt haben, dass es für jeden mit mittlerer Reife einen Platz in einem beruflichen Gymnasium gibt, können Sie natürlich die Gleichwertigkeit der Abschlüsse postulieren – das stimmt –, aber Sie können nicht die Gleichwertigkeit der Erreichbarkeit dieser Abschlüsse postulieren. Das stimmt eben nicht.

(Zuruf der Abg. Christa Vosschulte CDU)

So lange ist das eben nicht so.

Zu den entsprechenden Kritikpunkten: Das Thema Kosten wurde bereits angesprochen.

Ein beliebter Kritikpunkt ist auch, zu sagen, das Ganze sei organisatorisch schwierig, und es finde eine Art sozialer Ausle-

(Dr. Frank Mentrup)

se statt. Das Auguste-Pattberg-Gymnasium in Mosbach hat klar widerlegt, dass das der Fall ist. Dort hat man Erfahrungen mit der Parallelführung, weil man schon in der Modellphase des G 8 einen G-8-Zug parallel geführt hat. Dort sagt man: „Das ist organisatorisch machbar.“

In Mosbach hat man auch die Eltern der Kinder, die am Ende der vierten Klasse waren, gefragt, ob sie einen neunjährigen Zug beim G 8 bevorzugen würden. Diejenigen, die sich für einen neunjährigen Zug beim G 8 ausgesprochen haben, haben als Argument dafür überwiegend nicht angeführt, sie würden ihren Kindern die Leistung nicht zutrauen. Sie haben auch nicht auf sogenannte Spätentwickler oder andere definierte Gruppen verwiesen. Vielmehr haben sie als Argument – so, wie ich es schon wiedergegeben habe – darauf verwiesen: langer Schulweg, andere Interessen vor Ort. Das heißt, es würde an den entsprechenden Gymnasien nicht zu einer sozialen Selektion zwischen Schwächeren und Stärkeren kommen, so dass auch das eine Befürchtung ist, die nicht greift.

Sie sagen nun in Abwandlung eines Satzes von Angela Merkel: „Wer für so etwas ist, muss ein Sozialdemokrat sein.“ Das ist interessant. Denn ich würde Ihnen gern einmal Folgendes aus dem Wahlprogramm der CDU in Rheinland-Pfalz zitieren:

Um den unterschiedlichen Begabungen gerecht zu werden, sollen Schülerinnen und Schüler am Ende der Klassenstufe 6 die Wahl zwischen dem acht- und dem neunjährigen Weg zum Abitur haben.

(Beifall der Abg. Ursula Haußmann SPD – Abg. Claus Schmiedel SPD zur CDU: Aha! Die sind weiter als Sie! – Zurufe der Abg. Karl-Wilhelm Röhm und Winfried Scheuermann CDU)

– Ich habe eben etwas aus Rheinland-Pfalz zitiert. Dort sind wir nicht in der Opposition.

(Zuruf des Abg. Winfried Scheuermann CDU – Gegenruf des Abg. Werner Wölflé GRÜNE)

Ich darf ferner aus der Pressemitteilung eines Kultusministeriums zitieren:

Ein Kernpunkt des Gesetzes ist, dass an Gymnasien wieder die Möglichkeit für den neunjährigen Gymnasialweg geschaffen wird.

Dieses Land

„... setzt damit als erstes Bundesland den vielfach geäußerten Elternwillen um“, sagte der Minister. Er empfahl allen Beteiligten mehr Gelassenheit und Vertrauen in die Fähigkeiten der Schulen, vor Ort eigenverantwortlich eine für sie gute Entscheidung zu treffen.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Genau! Das tun wir doch, Herr Mentrup!)

Das Gesetz, das dort verabschiedet wurde, sieht vor, dass es achtjährige und neunjährige allgemeinbildende Gymnasien oder Gymnasien mit beiden Zügen geben kann. Auch dies, Frau Vosschulte, ist kein „rotes“ Bundesland, sondern es ist Schleswig-Holstein. Dieses Gesetz wurde am 26. Januar dieses Jahres verabschiedet.

Lassen wir also doch hier die Polemik. Nehmen wir einen Weg in die Palette der bisher bestehenden Möglichkeiten auf, den sich die Eltern wünschen, der von den Schulen als machbar betrachtet wird, der dort eingeführt werden kann, wo es vor Ort Konzepte gibt und auch die Beteiligten dies möchten. Damit schaffen wir ein zusätzliches Angebot, das niemandem schadet, aber vielen nutzt.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Herr Abg. Dr. Mentrup, gestatten Sie eine Zwischenfrage der Frau Abg. Vosschulte?

Abg. Dr. Frank Mentrup SPD: Gern.

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Bitte schön, Frau Abgeordnete.

Abg. Christa Vosschulte CDU: Es ist mehr eine Nachfrage. Herr Dr. Mentrup, ist Ihnen schon zu Ohren gekommen, dass in Schleswig-Holstein die Parallelführung von G 8 und G 9 von der SPD und den Grünen abgelehnt wird?

(Oh-Rufe von der FDP/DVP – Zuruf von der SPD: Irrtum!)

Abg. Dr. Frank Mentrup SPD: Das ist richtig.

(Heiterkeit bei der CDU)

– Ich sage ja, wir sollten die Polemik weglassen.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Herr Mentrup ist anständig!)

Dies wurde dort mit der Begründung abgelehnt, dass es Gemeinschaftsschulen gibt, die in jeder Klassenstufe auch ein gymnasiales Niveau anbieten, und dass es dort dann über eine dreijährige Oberstufe in neun Jahren den Weg zum Abitur gibt. Man sieht hier im Tun der Landesregierung einen Versuch, diesen Gemeinschaftsschulen sozusagen die gymnasiale Attraktivität ein Stück weit abzugraben, indem man die Gymnasiasten wieder in die klassischen Gymnasien hinüberzieht. Das ist an dieser Stelle eine spezifisch schleswig-holsteinische Sondersituation, weswegen die SPD es dort auch abgelehnt hat.

Aber dies unterstreicht, Frau Vosschulte, dass die von Ihnen angeführten Gründe, warum so etwas nicht möglich sein soll, dort offensichtlich keine Rolle gespielt haben. Daher kann ich überhaupt nicht erkennen, was das mit Rot oder Schwarz zu tun hat. Dies hat vielmehr etwas mit der Fortentwicklung der jeweiligen Systeme zu tun. In Baden-Württemberg passt ein neunjähriger Zug an einem G-8-Gymnasium hervorragend in das System. Daher sollten wir das auch zulassen.

(Zuruf der Abg. Dr. Birgit Arnold FDP/DVP)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Für die Fraktion GRÜNE erteile ich Frau Abg. Rastätter das Wort.

Abg. Renate Rastätter GRÜNE: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen!

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Sie werden mir fehlen, Frau Rastätter!)

(Renate Rastätter)

Ich kann gleich da weitermachen, wo Kollege Mentrup aufgehört hat, weil die Bundesländer Rheinland-Pfalz und Schleswig-Holstein angesprochen wurden. Hier sind die FDP und die CDU betroffen. Wenn wir aber jetzt nach NRW schauen, werden wir feststellen, dass dort G 8 und G 9 ebenfalls parallel eingeführt werden.

(Abg. Dr. Hans-Peter Wetzel FDP/DVP: Ein Nehmerland!)

Dort liegen von 2 % der Gymnasien Anträge vor, das G 9 parallel einzuführen. Es gibt nur drei Anträge, dass G 8 und G 9 parallel an einem Gymnasium eingeführt werden. Die anderen Anträge beziehen sich auf eine komplette Umstellung. Aber wie gesagt: Man soll jetzt einmal die Kirche im Dorf lassen. Es sind nämlich nur 2 % der Gymnasien. Deshalb sage ich für Baden-Württemberg: Wir bleiben beim G 8.

(Vereinzelte Beifall)

Wir können die Schulen, die sich jetzt auf die Umsetzung der Bildungsstandards und auf die entsprechenden Kompetenzstufen, die jeweils nach zwei Jahren erreicht werden müssen, eingestellt haben, nicht wieder angehen.

Aber ich sage auch: Wir dürfen auch in Baden-Württemberg nicht vergessen, dass wir hier vor Ort den Bedarf und den Wunsch haben, auch das G 9 zuzulassen. Deshalb gibt es für mich keinen Grund, warum wir nicht mehr zeitliche Flexibilität zulassen sollten. Wir haben eine breite Heterogenität an den Gymnasien.

Frau Vossschulde, Sie haben etwas ganz Interessantes gesagt, nämlich dass man den Weg über die Realschulen stärker propagieren müsse.

(Abg. Christa Vossschulde CDU: Das sagt der Städtetag! Ich habe ihn zitiert!)

Nun können Sie den Eltern, die eine Gymnasialempfehlung für ihr Kind haben, keinen Vorwurf machen, wenn sie ihr Kind nicht auf das Gymnasium schicken. Sie können aber auch nicht sagen: Ihr habt zwar eine Gymnasialempfehlung, aber wir empfehlen euch dringend, euer Kind in eine Realschule zu geben. Das kann doch in Baden-Württemberg auch nicht der Weg sein. Nachdem Sie immer behaupten, die von den Lehrerinnen und Lehrern in der Grundschule gegebene Empfehlung treffe zu, müssen Sie natürlich dafür sorgen, dass das Gymnasium für diejenigen Schülerinnen und Schüler, die dort aufgenommen werden, so ausgestaltet wird, dass sie diesen Bildungsgang erfolgreich durchlaufen können.

Ich sage das auch deshalb, weil es bezüglich der Übergänge zwischen dem ländlichen Raum und den Städten große Unterschiede gibt. Ich habe gestern eine Bildungsveranstaltung in der Nachbarstadt von Karlsruhe, in Ettlingen, besucht. Ettlingen hat rund 40 000 Einwohner.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Das ist eine Großstadt, das ist doch kein ländlicher Raum!)

Da wurde mir gesagt – bei 40 000 Einwohnern –, es gebe in diesem Schuljahr eine Übergangsquote von 60 % aufs Gymnasium und von 14,7 % auf die Hauptschule. So viel zum Thema Übergangsquoten. In den Städten nehmen die Eltern die

Übergangsempfehlungen ins Gymnasium an. Die hohen Quoten von Kindern mit Gymnasialempfehlung, die in die Realschule überwechseln, gibt es hingegen im ländlichen Raum. Im ländlichen Raum gibt es die starken beruflichen Schulen mit den gymnasialen Oberstufen.

Meine Perspektive ist übrigens, dass auch Schüler des allgemeinbildenden Gymnasiums in eine berufliche gymnasiale Oberstufe wechseln können und dass wir es möglich machen, dass auch Schülerinnen und Schüler, die die Realschule absolvieren und dort in den letzten Jahren bereits entsprechende differenzierte Standards erwartet haben, unter Umständen ebenfalls in eine allgemeine gymnasiale Oberstufe überwechseln können.

Um nicht alle Argumente zu wiederholen, möchte ich heute nur sagen: Wir brauchen einfach mehr Flexibilität. Wenn vor Ort, wie in Mosbach, die gesamte Lehrerschaft, die gesamte Schülerschaft, die Gemeinde, die Stadt einen Antrag gestellt haben, sollte, wie ich finde, eine Flexibilität dergestalt möglich sein, dass an diesem vierzügigen Gymnasium ein neun-jähriger Bildungsgang erprobt werden kann. Das ist auch kein G 9 im klassischen Sinn, sondern es geht um eine Entzerrung in der Unterstufe, um dort den Steilheitsgrad der Anforderungen etwas abzuschwächen. Spätestens in der achten oder neunten Klasse sind die Schüler ohnehin wieder auf demselben Niveau; sie haben nur in der Unterstufe mehr Zeit bekommen.

Ich finde, man soll hier nicht dogmatisch vorgehen, wie Sie das tun. Man soll keine Blockaden aufbauen, man soll nicht immer dagegen sein,

(Oh-Rufe von der FDP/DVP)

sondern man soll Schulentwicklung von unten zulassen. Wir wünschen uns, dass Sie nicht immer die „Dagegen-Partei“ in der Bildungspolitik sind.

Vielen Dank.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Für die Fraktion der FDP/DVP erteile ich Frau Abg. Dr. Arnold das Wort.

(Zuruf der Abg. Renate Rastätter GRÜNE)

Abg. Dr. Birgit Arnold FDP/DVP: Verehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich würde mir gern viel Mühe geben, Frau Rastätter, keine Vertreterin einer „Dagegen-Partei“ zu sein. Das ist aber manchmal gar nicht so einfach; denn es ist nicht immer leicht zu erkennen, was Sie eigentlich wollen.

(Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Das ist das Problem!)

Vor wenigen Jahren wollten Sie das Gymnasium noch abschaffen. Jetzt stellen Sie lange Überlegungen zu G 8 oder G 9 an. Ich wäre Ihnen dankbar, wenn Sie uns zunächst einmal sagen würden, was Sie wirklich wollen.

(Abg. Renate Rastätter GRÜNE: Sie müssen einfach besser zuhören, Frau Dr. Arnold!)

Dann können wir uns überlegen, ob wir dagegen sind oder nicht.

(Dr. Birgit Arnold)

In dem Redebeitrag von Herrn Mentrup hat mich eines überrascht. Wo ist er denn eigentlich?

(Zurufe: Da läuft er!)

– Ach, da läuft er. – Es ist noch nicht so lange her, da hat Herr Dr. Mentrup gemeinsam mit den Damen und Herren von den Grünen einen Rechtsanspruch für jeden Schüler gefordert, der die Voraussetzungen erfüllt, um auf das berufliche Gymnasium zu wechseln. Jetzt höre ich plötzlich von Ihnen – ich frage Sie: was wollen Sie eigentlich? –: „Na ja, die beruflichen Gymnasien sind vielleicht doch nicht das Gelbe vom Ei;

(Abg. Dr. Frank Mentrup SPD: Das habe ich nicht gesagt! – Abg. Rainer Stickelberger SPD: Selektives Wahrnehmungsvermögen!)

die haben nicht so die fachliche Tiefe.“ Das alles ist in sich sehr widersprüchlich.

Meine Damen und Herren, unser Weg ist klar: Wir halten am Ausbau der beruflichen Gymnasien als eine Möglichkeit fest, nach der Grundschule in unserem Land nach neun Jahren das Abitur zu machen.

(Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: So ist es!)

Wir sind sehr froh, dass wir jetzt auch die Möglichkeiten haben, die beruflichen Gymnasien in dem Maß weiter auszubauen, wie wir uns das schon lange gewünscht haben.

Ich möchte noch einmal darauf verweisen, dass dieser Weg für uns auch deshalb zielführend ist, weil die beruflichen Gymnasien ein wichtiges Integrationsinstrument sind. Ich habe es schon beim letzten Mal gesagt, und Sie wissen es auch: 70 % der Schülerinnen und Schüler an beruflichen Gymnasien kommen aus Realschulen; dort sind mittlerweile auch viele Schülerinnen und Schüler mit Migrationshintergrund vertreten. 30 % aller Abiturienten haben zuvor eine berufliche Schule besucht; nimmt man die Fachhochschulreife hinzu, so kommen 50 % aller Hochschulzugangsberechtigungen in unserem Land über diese Schiene. Hieran zeigt sich deutlich, wie wichtig diese Schulart als Integrationselement ist.

Im Weiteren kann ich mich kurz fassen. Frau Vossschule hat schon alle Argumente der kommunalen Landesverbände angeführt, die diesen Weg, den Sie vorschlagen, auch nicht mitgehen wollen. Ich kann mir eine Wiederholung an dieser Stelle ersparen und schließe mich diesen Ausführungen voll und ganz an.

Es bleibt dabei: Berufliche Gymnasien sind der richtige Weg, was das G 9 anbelangt.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Für die Landesregierung erteile ich Frau Ministerin Dr. Schick das Wort.

Ministerin für Kultus, Jugend und Sport Dr. Marion Schick: Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Zunächst, liebe Frau Rastätter, möchte ich mich bei Ihnen bedanken, und zwar für einen Satz und einen Gedanken. Der Satz, der mich sehr gefreut hat, war: „Wir bleiben bei G 8.“ Vielen Dank dafür.

Danke auch für den Gedanken, dass Sie uns daran erinnern und uns auffordern, nach den jungen Menschen zu schauen, die eine Gymnasialempfehlung nicht wahrnehmen. Das werden wir uns auch noch ein bisschen genauer anschauen; denn das treibt auch mich um. Ich will nicht, dass möglicherweise einige dabei sind, die zu viel Respekt vor dem Gymnasium haben. Allerdings glaube ich, dass sich dieser Respekt nicht auf die Laufzeit des Gymnasiums bezieht, sondern auf das Lernen im Gymnasium mit seinen Standards und allem, was dazugehört. Ich danke dafür, dass Sie das angesprochen haben. Das ist wirklich ein Thema, bei dem wir uns noch nicht zurücklehnen und sagen können: Das ist halt so. So viel vielleicht zum Dank.

Nun zu einem Aspekt, der mich immer wieder elektrisiert, verehrter Herr Abg. Mentrup. Herr Mentrup und auch Frau Rastätter, Sie haben von „in allen Umfragen gewünscht“ gesprochen. Meine Damen und Herren, Bildungspolitik ist keine Umfragepolitik,

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Genau!)

sondern qualitativ hochwertige und gut zu überlegende Strukturpolitik, die man nicht täglich oder wöchentlich am aktuellen Hochwasserstand der Umfragen ausgerichtet gestalten kann, Herr Mentrup.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Das ist harte, tägliche Arbeit! – Zuruf des Abg. Claus Schmiedel SPD – Gegenruf des Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: So ein Quark! Sie sind schon lange nicht mehr in einer Schule gewesen! – Abg. Claus Schmiedel SPD: Sie sollten die Eltern nicht diffamieren! – Gegenruf des Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Der Einzige, der diffamiert, sind Sie! – Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Die Hauptschule diffamieren Sie, Herr Schmiedel! – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Herr Schmiedel muss nachsitzen! – Unruhe – Glocke des Präsidenten)

– Beruhigen Sie sich.

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Liebe Kolleginnen und Kollegen, das Wort hat die Frau Ministerin.

Ministerin für Kultus, Jugend und Sport Dr. Marion Schick: Bleiben Sie ganz ruhig.

Frau Rastätter, der Wunsch, vor Ort etwas zuzulassen, ist schön. Man sieht in Nordrhein-Westfalen – Sie haben die Zahlen selbst zitiert –, dass diese Möglichkeit von 2 % der Gymnasien genutzt wird.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Bis jetzt!)

Außerdem hat Herr Mentrup vorhin ganz locker gesagt, er wolle gar nicht mehr. Herr Schmiedel, vielleicht hören Sie der Rede Ihres Parteikollegen einmal intensiv zu. Er hat nämlich vorhin gesagt: Wir gehen auch nicht davon aus, dass überall das G 9 eingerichtet wird, sondern es soll nur dort eingerichtet werden, wo dies gewünscht ist, und dies bitte schön als Biotop.

Meine Damen und Herren, denken Sie diesen Gedanken einfach einmal zu Ende. Bildungspolitik hat etwas mit dem Den-

(Ministerin Dr. Marion Schick)

ken vom Wunsch bis zur Umsetzung zu tun. Was sagen Sie denn den Eltern, deren Kinder aus einer solchen Parallelführung kommen und die beabsichtigen, innerhalb Baden-Württembergs in ein Gebiet umzuziehen, in dem bisher niemand – es sind nur 2 % – den Wunsch gehabt hat, dass ein G 9 eingerichtet wird? Sagen Sie dann, es sei nun Aufgabe staatlicher Bildungsstrukturplanung, sich für ein G 9 einzusetzen, oder sagen Sie den Eltern: „Sorry, ihr zieht jetzt in ein Gebiet, in dem die letzte Umfrage unter den Eltern dummerweise ergeben hat, dass niemand G 9 will“?

Ist das Ihre kontinuierliche Bildungspolitik für Baden-Württemberg? Ich hoffe, sofern das Ihre Vorstellung ist, dass diese Politik niemals zum Einsatz kommt.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Gott schütze unsere Kinder!)

Ein weiterer Punkt ist nicht so einfach, wie Sie ihn hier darstellen. Bildungspolitik ist etwas differenzierter zu sehen. Ich nenne das Stichwort Kosten. Herr Mentrup, zusätzliche Kosten entstehen nach Ihren Vorstellungen nur dann, wenn man an der einen oder anderen Stelle einen Zug mehr einrichten muss.

Haben Sie sich schon einmal überlegt, was mit Ihrer „Vor-Ort-wünsch-dir-was-Orientierungspolitik“ in folgender Situation passieren würde? Sie zitieren gern das Auguste-Pattberg-Gymnasium. Was wäre, wenn man sich an einem G 8 entscheiden hätte, in der Mittelstufe ein zusätzliches Jahr einzuführen, und wenn dann Eltern eine Volksbefragung durchführen und sagen, dass sie eigentlich schon in den Klassen 5 und 6 gern eine Entzerrung hätten und dafür in der Mittelstufe einen Puffer von lediglich einem halben Jahr möchten? Würden Sie dann monatlich, halbjährlich oder mit jedem neuen Schuljahr diese Wünsche der Eltern befriedigen, oder würden Sie den Eltern gegenüber Nein sagen?

Wenn Sie den Elternwunsch und den Wunsch nach Veränderung zur Richtschnur Ihrer Bildungspolitik machen, dann müssen Sie auch gewahr sein, dass die Eltern mehr wollen, als dass generös die Parallelführung von G 8 und G 9 eingeführt wird. Wenn Sie in Verantwortung stehen, dann müssen Sie als Land auch sagen, dass das flächendeckend eingeführt werden muss. Dann wird das Argument, es entstünden keine zusätzlichen Kosten, in seiner Naivität entlarvt.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Bildungspolitik ist aus gutem Grund Landespolitik. Wir akzeptieren nicht, dass es aufgrund von Umfragewerten beliebige Bildungsstruktursituationen in diesem Land gibt. Das legen Sie uns aber immer wieder nahe – so, wie Sie, Herr Mentrup, uns auch immer wieder nahelegen: „G 8 ist in der Kritik und bleibt in der Kritik.“ Sie tun natürlich alles dafür, dass dies so ist. Aber bitte diskreditieren Sie nicht die Gymnasiallehrer und Gymnasiallehrerinnen, Schüler und Schülerinnen, die Gymnasien insgesamt, die G 8 gut umgesetzt haben und die Sie mit Ihrem pauschalen Urteil immer wieder vor den Kopf stoßen, indem Sie sagen: „Die ganze Arbeit der letzten zehn Jahre war nichts wert.“ Ich bitte um eine differenziertere Vorgehensweise. Das haben die Lehrerinnen und Lehrer in diesem Land einfach verdient.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Albrecht Fischer CDU: Sehr gut!)

Abschließend muss ich doch noch einen Dank loswerden – ich dachte, ich wäre damit schon fertig –: Herr Mentrup, Sie haben generös auf Polemik verzichtet. Sie haben gesagt: „Lassen Sie uns doch die Polemik beiseitelegen“, nachdem Sie Zitate aus anderen Bundesländern angeführt haben.

(Abg. Dr. Frank Mentrup SPD: Das haben Sie nicht geschafft!)

Frau Vosserschulte hat freundlicherweise darauf hingewiesen, dass sich die SPD in anderen Bundesländern erstaunlicherweise anders verhält.

(Abg. Rainer Stickelberger SPD: Nehmen Sie Herrn Mentrup als Vorbild!)

Ob das mit Oppositionsluft zu tun hat, darüber können wir später diskutieren. Aber ich will auf Polemik verzichten und nicht erwähnen, dass auch die SPD im Saarland gegen die Verlängerung der Grundschulzeit gestimmt hat. Bestimmt ist es die Oppositionsluft, die einen, selbst wenn die Regierung etwas Vernünftiges tut, dazu zwingt, dies nicht zu unterstützen. Aber das gibt mir die Hoffnung, dass Sie auch bei diesem Punkt nicht dogmatisch und schon gar nicht polemisch vorgehen.

Es bleibt dabei: Klarer Weg ist G 8, und der neunjährige Weg nach der Grundschule führt über Realschulen und berufliche Gymnasien.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: In der Allgemeinen Aussprache liegen mir keine weiteren Wortmeldungen vor.

Wir kommen daher in der Zweiten Beratung zur **A b s t i m m u n g** über den Gesetzentwurf Drucksache 14/7309. Abstimmungsgrundlage ist die Beschlussempfehlung des Ausschusses für Schule, Jugend und Sport, Drucksache 14/7491. Der Ausschuss für Schule, Jugend und Sport empfiehlt Ihnen, den Gesetzentwurf abzulehnen.

Ich gehe davon aus, dass ich den Gesetzentwurf insgesamt zur Abstimmung stellen kann. Wer dem Gesetzentwurf Drucksache 14/7309 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist dieser Gesetzentwurf mehrheitlich abgelehnt.

Damit ist Tagesordnungspunkt 9 erledigt.

Wir kommen jetzt zu **Tagesordnungspunkt 10:**

Zweite Beratung des Gesetzentwurfs der Fraktion der CDU und der Fraktion der FDP/DVP – Gesetz zur Änderung des Landesdatenschutzgesetzes und anderer Rechtsvorschriften – Drucksache 14/7313

Beschlussempfehlung und Bericht des Ständigen Ausschusses – Drucksache 14/7524

Berichterstatter: Abg. Rainer Stickelberger

Die Fraktionen sind übereingekommen, auf die Aussprache zu verzichten. Auch der Innenminister verzichtet auf seinen Redebeitrag. Damit liegen keine Wortmeldungen vor.

(Stellv. Präsident Wolfgang Drexler)

Wir kommen damit zur **A b s t i m m u n g** über den Gesetzentwurf Drucksache 14/7313. Abstimmungsgrundlage ist die Beschlussempfehlung des Ständigen Ausschusses, Drucksache 14/7524. Der Ständige Ausschuss empfiehlt Ihnen, dem Gesetzentwurf zuzustimmen.

Zum Gesetzentwurf liegt der Änderungsantrag der Fraktion GRÜNE, Drucksache 14/7552, vor. Ich werde ihn an der entsprechenden Stelle zur Abstimmung stellen.

Ich rufe auf

Artikel 1

Änderung des Landesdatenschutzgesetzes

und dazu den Änderungsantrag der Fraktion GRÜNE, Drucksache 14/7552. Sind Sie damit einverstanden, dass wir die Ziffern 1 und 2 des Änderungsantrags insgesamt zur Abstimmung stellen? – Vielen Dank. Wer diesem Änderungsantrag zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist dieser Änderungsantrag mehrheitlich abgelehnt.

Wer Artikel 1 in der vorliegenden Fassung des Gesetzentwurfs zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. Wer ist dafür? – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist Artikel 1 mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe auf

Artikel 2

Änderung des Landesmediengesetzes

Wer Artikel 2 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist Artikel 2 einstimmig zugestimmt.

Ich rufe auf

Artikel 3

Änderung des Gesetzes zur Ergänzung rundfunkrechtlicher Staatsverträge

Wer Artikel 3 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist Artikel 3 einstimmig zugestimmt.

Ich rufe auf

Artikel 4

Änderung des Landesjustizkostengesetzes

Wer Artikel 4 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist Artikel 4 einstimmig zugestimmt.

Ich rufe auf

Artikel 5

Änderung der Verordnung der Landesregierung über die hilfeleistende Behörde nach dem Übereinkommen vom 28. Januar 1981 zum Schutz des Menschen bei der automatischen Verarbeitung personenbezogener Daten

Wer Artikel 5 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist Artikel 5 einstimmig zugestimmt.

(Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Der Kollege Teufel stimmt so lustlos ab!)

– Was?

(Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Der Kollege Teufel stimmt so lustlos ab! – Heiterkeit – Gegenruf des Abg. Dr. Klaus Schüle CDU: Moment! Nein, er macht einen sehr souveränen Eindruck!)

– Auch Schriftführer entziehen sich der Kritik aus dem Parlament.

(Vereinzelt Beifall – Abg. Dr. Klaus Schüle CDU: Sehr gut!)

Ich rufe auf

Artikel 6

Änderung der Verordnung der Landesregierung über Zuständigkeiten nach dem Gesetz über Ordnungswidrigkeiten

Wer Artikel 6 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Artikel 6 ist einstimmig zugestimmt.

Ich rufe auf

Artikel 7

Änderung des Gesetzes zur Ausführung der Verwaltungsgerichtsordnung

Wer Artikel 7 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Artikel 7 ist einstimmig zugestimmt.

Ich rufe auf

Artikel 8

Übergangsbestimmungen, Inkrafttreten

Wer Artikel 8 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Artikel 8 ist mehrheitlich zugestimmt.

Die Einleitung

lautet: „Der Landtag hat am 2. Februar 2011 das folgende Gesetz beschlossen:“.

Die Überschrift

lautet: „Gesetz zur Änderung des Landesdatenschutzgesetzes und anderer Rechtsvorschriften“. – Sie stimmen der Überschrift zu.

Wir kommen zur

S c h l u s s a b s t i m m u n g

Wer dem Gesetz im Ganzen zustimmt, den bitte ich, sich zu erheben. – Danke. Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Da-

(Stellv. Präsident Wolfgang Drexler)

mit ist das Gesetz mit der Mehrheit der Stimmen des Landtags verabschiedet worden.

Tagesordnungspunkt 10 ist damit erledigt.

Ich rufe **Punkt 11** der Tagesordnung auf:

Antrag der Fraktion der CDU, der Fraktion der SPD und der Fraktion der FDP/DVP – Nach der Schlichtung: Bahnprojekt Stuttgart–Ulm realisieren. K 21 ist keine Alternative – Drucksache 14/7362

Das Präsidium hat für die Begründung und Aussprache eine Redezeit von zehn Minuten je Fraktion festgelegt.

Für die CDU-Fraktion darf ich Herrn Abg. Scheuermann ans Rednerpult bitten.

(Abg. Dr. Klaus Schüle CDU: Das wird eine brillante Rede!)

Abg. Winfried Scheuermann CDU: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Auch wenn die Zeit schon weit fortgeschritten ist, finde ich, dass man auf diesen Antrag wenigstens noch ein paar Minuten lang sein Augenmerk richten sollte.

(Abg. Dr. Klaus Schüle CDU: Richtig!)

Das Schlichtungsverfahren unter Heiner Geißler liegt hinter uns. Die Grünen waren diejenigen, die den Schlichter ins Gespräch gebracht haben.

(Abg. Dr. Hans-Peter Wetzel FDP/DVP: Vorgeschlagen haben! – Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Ja, und?)

– Das ist das Gleiche. Jetzt legen wir die Worte nicht auf die Goldwaage. Sie waren diejenigen, die ihn vorgeschlagen haben – wenn Sie mit dieser Formulierung heute Abend besser leben können.

(Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Wir bestehen darauf!)

Wir alle haben diesen Vorschlag akzeptiert.

Nun sehen Sie als Folge dieses Schlichterspruchs einen Antrag der übergroßen Mehrheit dieses Hauses: von SPD, FDP/DVP und CDU. Ich finde, das ist ein Tatbestand, der es verdient, festgehalten zu werden.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Zuruf des Abg. Dr. Hans-Peter Wetzel FDP/DVP – Abg. Claus Schmiedel SPD: Darauf könntet ihr stolz sein!)

– Ich darf nur in Klammern sagen, Herr Schmiedel – ich sage nicht SPD, aber ich schaue Sie an –: Hoffentlich findet sich unter diesen drei Parteien jetzt niemand mehr, der in der Zukunft eine Relativierung seiner Zustimmung vornimmt.

(Heiterkeit bei der FDP/DVP)

Zweitens: Die drei Fraktionen, die diesen Antrag eingebracht haben, bekennen sich ohne Wenn und Aber zum Ergebnis der Schlichtung. Von mir aus dürfen Sie dann auch sagen: Wir sind jetzt für „Stuttgart 21 plus“.

(Zuruf des Abg. Hagen Kluck FDP/DVP)

Wir bekennen uns auch zum Stresstest. Allerdings sind wir so gut wie sicher, dass der Stresstest nicht bedeutet, dass wir ein Bauverbot brauchen. Selbst wenn der Stresstest zu dem Ergebnis käme, dass wir das, was wir heute mit dem Hauptbahnhof Stuttgart jeden Tag umsetzen können, nicht ohne Weiteres auch bei S 21 umsetzen könnten, dann gibt es Möglichkeiten, S 21 auch ohne ein neuntes und zehntes Gleis leistungsfähiger zu machen. Denn die Leistungsfähigkeit von S 21 bestimmt sich nicht in erster Linie nach der Zahl der Gleise, sondern nach der Leistungsfähigkeit der Zulaufstrecken.

(Zuruf der Abg. Brigitte Lösch GRÜNE)

Da könnte es am ehesten an der Zulaufstrecke von Norden, also über Feuerbach, zum Bahnhof mangeln. Diesen Mangel könnten wir beseitigen, indem wir einen „Kurzschluss“ zu der Zulaufstrecke aus Bad Cannstatt herstellen, weil diese offensichtlich nicht so belastet ist wie die Strecke aus Feuerbach und man deswegen dann mit dem Bypass einen Teil des Verkehrs umleiten könnte.

Wir bekennen uns also zum Stresstest, aber das Bekenntnis zum Stresstest heißt nicht, dass wir ein Bauverbot brauchen. Frau Lösch, es wäre doch schön, wenn auch wir einmal einer Meinung wären.

(Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Also, in diesem Bereich nie!)

Letzter Gedanke: Stand heute ist Stuttgart 21 in allen Punkten K 21 überlegen.

(Vereinzelt Beifall)

Im Telegrammstil: Erstens: S 21 ist baureif. Für K 21 ist nicht einmal ein Bleistiftstrich auf einem weißen Blatt Papier gezeichnet.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP sowie des Abg. Wolfgang Drexler SPD)

Zweitens: S 21 ist finanziert.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Das ist alles bekannt!)

Wenn K 21 noch nicht geplant ist, kann es noch viel weniger finanziert sein.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Drittens: Daraus folgt, dass wir – was wir auch tun – S 21 im Moment schon umsetzen und in zehn Jahren hoffentlich fertig sind. Wenn wir zu K 21 kämen, könnten wir todsicher in den nächsten zehn Jahren überhaupt nichts machen.

(Vereinzelt Beifall)

Bei S 21 hatten wir eine planerische Vorlaufzeit von 15 bis 20 Jahren. Jetzt sage ich zu K 21 zu Ihren Gunsten – denn ich gehe nur von zehn Jahren aus –: Dann hätten wir zehn – –

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Das reicht nicht! – Abg. Wolfgang Drexler SPD: Das langt nicht!)

– Das reicht nicht. Ich sage ja: Zugunsten der Grünen gehe ich von zehn Jahren aus.

(Winfried Scheuermann)

Dann hätten wir zehn Jahre verloren. Ich glaube, dass wir uns das nicht leisten könnten.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU, der SPD und der FDP/DVP – Abg. Dr. Hans-Peter Wetzel FDP/DVP: 2035!)

Worüber nach meinem Dafürhalten überhaupt noch niemand gesprochen hat, ist: Wenn wir S 21 bauen, stören wir dadurch mit Ausnahme der jetzigen Umorganisation des Hauptbahnhofs den Verkehr überhaupt nicht. Am Tag X geht von heute auf morgen der Verkehr vom Sackbahnhof Stuttgart auf die neue Anlage S 21 über.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP – Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: So ist es!)

Wenn wir den Kopfbahnhof sanieren würden – hier muss auch einmal jemand sagen: das heißt nicht nur, das Bahnhofsgelände zu sanieren, sondern das heißt auch, die ganzen Überwurfungsbauwerke der Zulaufstrecken zu sanieren –,

(Zuruf: So ist es!)

dann müssten wir das alles unter Verkehr machen, und wie man das machen soll, kann sich kaum jemand vorstellen.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP sowie Abgeordneten der SPD)

Letzte Bemerkung, meine Damen und Herren: Wie wir als Befürworter von S 21 in Zukunft nach Ulm kommen wollen, das wissen wir, nämlich über die Neubaustrecke Wendlingen–Ulm.

(Zuruf: So ist es!)

Wie aber die Befürworter von K 21 nach Ulm kommen wollen,

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Gar nicht!)

das wissen sie selbst nicht.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP)

Die neueste Meldung lautet, dass die Grünen im Kreis Göppingen gesagt haben: Um Gottes willen nicht durch das Filstal! Also ist wenigstens dieser Teil der Befürworter von K 21 für eine neue Streckenführung nach Ulm. Da kann ich nur sagen: Denjenigen, die für eine neue Streckenführung nach Ulm sind, also zumindest teilweise etwas anderes als unsere Strecke wollen, denen wünsche ich viel Vergnügen und prophezie ihnen, dass dann die Proteste, wenn wir je so weit kämen, mindestens so stark wären wie die, die wir bisher bei S 21 erlebt haben.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP)

Strich drunter: Im Moment spricht alles für S 21. Ich darf für die CDU-Fraktion hier ausdrücken, dass wir sehr froh sind, dass die übergroße Mehrheit dieses Hauses auch nach dem

Schlichtungsspruch hinter diesem Projekt steht. Ich glaube, wir alle können jetzt nur hoffen und wünschen, dass zügig – wirklich zügig – gebaut wird, damit auch der Einäugige unter den Blinden sieht: Es gibt kein Zurück mehr.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP sowie des Abg. Claus Schmiedel SPD – Abg. Dr. Klaus Schüle CDU: Brillante Rede!)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Das Wort erhält Herr Abg. Haller für die Fraktion der SPD.

Abg. Hans-Martin Haller SPD: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Heiner Geißler wurde von den Grünen als Schlichter vorgeschlagen, von der Regierung als solcher akzeptiert und hat eine bislang in der Bundesrepublik einmalige, medial hoch beachtete Fachschlichtung vorgenommen – mit einem bemerkenswerten Ergebnis: Stuttgart 21 ist von herausragender verkehrspolitischer Bedeutung.

(Abg. Dr. Hans-Peter Wetzel FDP/DVP: Sehr gut!)

Das sei einmal klipp und klar gesagt. So kristallisiert sich die Situation heraus.

Aber bedauerlicherweise glauben wir schon feststellen zu können, dass die Gegner diesen Schlichterspruch ablehnen. Sie stehen damit formal in einer demokratisch legitimen, rechtsstaatlich korrekten Tradition, aber es muss schon noch einmal aufgezeigt werden: Am Anfang stand der Protest in den parlamentarischen Gremien. Es gab Einwände. Sie haben aber mit diesen Einwänden nie Wahlen und Abstimmungen mehrheitlich gewonnen. Dann wurde der Rechtsweg beschritten. Alle Prozesse wurden verloren. Danach wurden die Legitimität und das Urteil infrage gestellt, und es wurde nach einer Schlichtung gerufen.

Jetzt hatten wir die Schlichtung – auch wieder nicht okay. Jetzt wird irgendetwas gefordert, und das Schlichtungsergebnis wird nicht akzeptiert.

(Zuruf der Abg. Brigitte Lösch GRÜNE)

Das finden wir schon bemerkenswert. Jetzt soll eine neue Runde eingeläutet werden, wahrscheinlich danach wieder eine neue Runde und dann nochmals eine, und nie kommen wir zu einem Ergebnis.

(Zuruf der Abg. Beate Fauser FDP/DVP)

Wir, die SPD, bekennen uns aber klipp und klar zu diesem Schlichterspruch – salopp formuliert: „Stuttgart 21 plus“. Wir wollen den Stresstest; wir vertreten die Meinung, dass dessen Ergebnisse bei der weiteren Planung zu berücksichtigen sind. Wenn sich also z. B. herausstellt, dass der Fildertunnelbahnhof und die Wendlinger Kurve zwei Gleise erfordern, dann stehen wir dazu, dann wollen wir diese bauen.

An dieser Stelle möchte ich schon mein Erstaunen zum Ausdruck bringen. Wenn Herr Scheuermann sagt, dass die CDU ohne Wenn und Aber das Schlichtungsergebnis, den Stresstest, befürwortet, dann möchte ich jetzt aus der Antwort der

(Hans-Martin Haller)

Frau Ministerin auf eine Anfrage von meiner Kollegin, Frau Haller-Haid, zitieren:

Nach dem Ergebnis der Prüfungen der DB Netz AG ist die Wendlinger Kurve ... hinsichtlich Kapazitäten und Fahrplanstabilität ausreichend dimensioniert. Die Landesregierung sieht daher keinen Nachbesserungsbedarf.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Na, da muss man aber nachbessern!)

Hier muss ich schon sagen, es verwundert doch sehr, dass hier das Ergebnis schon festgestellt wird, bevor der Stresstest gemacht worden ist.

Meine Damen und Herren von der CDU, so schaffen Sie es, das Vertrauen, das durch die Schlichtung etwas verbessert wurde, wieder zu belasten. Es geht nicht, dass man Methoden einführt, aber das Ergebnis schon vorher formuliert. Das ist eine ganz, ganz schlechte Methode.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Wir wissen, dass im Verlauf der Debatten und Diskussionen mehrfach Vertrauen verspielt wurde. Ich muss nur einmal daran erinnern, dass auch von dem auch von Grünen-Wahlempfehlungen getragenen OB Schuster manche Versprechung so nicht umgesetzt wurde. Solche Widersprüchlichkeiten wollen wir in der Diskussion auch von der Regierung nicht mehr haben. Nehmen Sie die Formulierung, sehr verehrte Frau Ministerin, bitte zurück, dann sind wir wieder auf einer Ebene.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Freunde! – Abg. Wolfgang Drexler SPD: Dann sind wir wieder Freunde!)

Zu Stuttgart 21 – das ist klar – gibt es keine Alternative. K 21 – Herr Scheuermann hat es erwähnt – ist ein Phantom, mehr nicht. Es ist eine Fata Morgana, die keine Realisierungsmöglichkeit darstellt. Das würde 20 Jahre Stillstand bedeuten. Es würde bedeuten, 20 Jahre das Rad von vorn zu drehen, um dann gegebenenfalls im Jahr 2030 festzustellen, dass die Parameter, auf denen die Planung beruht, veraltet sind.

(Beifall des Abg. Dieter Kleinmann FDP/DVP)

Diese Logik würde dann wiederum eintreten. Das wollen wir nicht.

Arbeitnehmer, Mittelstand, Pendler, Schüler, Unternehmer und der Tourismus in diesem Land sind darauf angewiesen, dass wir ein Verkehrsnetz haben, es umfassend und zügig ausbauen und erhalten – jetzt und heute und nicht am Sankt-Nimmerleins-Tag. Das ist eine klare Perspektive.

Wir brauchen mehr Schiene, bessere Schiene, und Stuttgart 21 und die Neubaustrecke sind zwei wichtige Mosaiksteine in unserer Zukunftsvision von einem verkehrsgerechten Land Baden-Württemberg.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der FDP/DVP)

Sie alle wissen: Die SPD ist die Partei der modernen Infrastruktur – Schiene, Straße.

(Oh-Rufe von der CDU)

Die CDU schludert da ein bisschen. Das wissen wir sehr wohl – Stichwort Landesstraßen. Aber langsam lernt sie etwas dazu.

(Zuruf von der CDU: Jetzt aber aufpassen! – Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Und wir? – Gegenruf des Abg. Wolfgang Drexler SPD: Die FDP steht für Schlaglöcher!)

Wir stehen auch zu einer industriellen Modernität, die mehr beinhaltet als Fotovoltaik, Biogas und Windkraft. Wir wollen eine Verkehrsinfrastruktur mit dem Vorrang der Schiene. Weil die Schiene, die Bahn, das umweltfreundlichste, bequemste Verkehrsmittel ist, lässt sich hier nach jahrzehntelangen Versäumnissen nur mit sehr viel Geld etwas bewirken. Wir fordern, dass die Verkehrshaushalte von Bund und Land endlich ausreichend Mittel beinhalten, um in Deutschland, um in Baden-Württemberg

(Abg. Albrecht Fischer CDU: Die SPD hat sie gekürzt!)

den permanenten Vermögensverzehr am Verkehrsnetz zu beenden.

In Sachen Verkehr gilt für uns das Motto: Von der Schweiz lernen heißt siegen lernen.

(Oh-Rufe – Beifall bei Abgeordneten der SPD und der FDP/DVP – Abg. Wolfgang Drexler SPD: Martin läuft zur Hochform auf!)

Meine Damen und Herren, Helvetia –

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Helvetia!)

dem sozialdemokratischen Verkehrsminister Moritz Leuenberger sei es gedankt –

(Zuruf der Abg. Brigitte Lösch GRÜNE)

gibt pro Kopf 285 € für die Schiene aus.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Meine Freunde! Verkehrsfreunde!)

Deutschland ist unter den Industrieländern in Europa das Schlusslicht. Mit Ausgaben in Höhe von jämmerlichen 47 € pro Kopf sind wir das Schlusslicht.

(Abg. Fritz Buschle SPD: „Wer hat’s erfunden?“)

Daher müssen wir uns doch klarmachen: Wir brauchen nicht weniger, sondern mehr Geld für die Schiene. Wer glaubt, mit dem Verzicht auf den Ausbau der Schiene ließe sich der Bundeshaushalt sanieren, der irrt. Lächerliche 3,5 Milliarden € stehen dort für Schieneninvestitionen zur Verfügung. Allein die Sozialhaushalte – das heißt: aktuell Konsum; nachher ist nichts mehr da –

(Zuruf des Abg. Andreas Hoffmann CDU)

verschlingen über 150 Milliarden €.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und des Abg. Fritz Buschle SPD)

(Hans-Martin Haller)

Das zeigt schon einmal – –

(Zuruf von der CDU)

– Ja, klar. Die SPD unter Gerhard Schröder hat angefangen,

(Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Schröder? Jetzt ist es gut!)

andere Wertigkeiten zu setzen.

Noch ein Zweites können wir von der Schweiz lernen, und zwar den Umgang mit den Bürgern. Nehmt die Bürger ernst! Stellt sie nicht vor vollendete Tatsachen. Wir brauchen einen langen Dialog – keinen Dauerdiallog, aber einen langen, ehrlichen Dialog –, an dessen Ende dann eine klare Entscheidung zu stehen hat. Kommunikation ist kein Selbstzweck, sondern Mittel zum Zweck für eine klare Entscheidung. Dafür gibt es zwei Möglichkeiten: Parlamentsentscheid und Volksentscheid.

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Meine Damen und Herren, ich darf um Ruhe bitten.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Genau!)

Abg. Hans-Martin Haller SPD: Beide haben die gleichrangige Legitimität, die gleiche Dignität. Das hängt von der politischen Kultur des Landes ab. Aber Plebiszite sind kein Monopol der Schweiz oder Kaliforniens.

(Zuruf des Abg. Wolfgang Drexler SPD)

Sie sind Elemente einer volksnahen Entscheidungsfindung. Wenn nun in dieser aktuell verworrenen Situation eine Volksabstimmung eine Befriedung zu ermöglichen scheint, so sollten wir diesen Weg beschreiten.

(Zuruf: Das glauben Sie doch selbst nicht!)

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Wem darf ich das Wort für die Fraktion der FDP/DVP erteilen? – Herr Kollege Bachmann, Sie haben das Wort.

Abg. Dietmar Bachmann FDP/DVP: Vielen Dank, Frau Präsidentin. – Liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Kollege Scheuermann hat zu K 21 alles Notwendige gesagt: Es gibt nichts Neues.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Zu Stuttgart 21 ist an diesem Pult auch schon oft alles gesagt worden. Der Schlichter hat entschieden. Jetzt wird gebaut. Wir stehen selbstverständlich zum Schlichterspruch.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP und der CDU)

Deswegen zu Beginn meiner Rede ein kurzes Versprechen: Ich werde, wenn Sie es mir erlauben, den Rest und die Einzelheiten meiner Rede – das, was für unsere Fraktion vorbereitet ist –, später zu Protokoll geben. (Siehe Erklärung zu Protokoll am Schluss des Tagesordnungspunkts.)

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP und der CDU – Zuruf von der CDU: Sofort! Unverzüglich!)

Aber ganz persönlich möchte ich noch eine ernst gemeinte Frage stellen dürfen. Immer wenn ich zu unserem Bahnhofsgebäude gehe, stelle ich fest, dass dort riesige Steinquader verbaut wurden, wie die Ägypter sie auch schon verwendet haben.

(Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Die haben keinen Crailsheimer Muschelkalk gehabt!)

Das ist Machtarchitektur. Wenn ich in die Halle schaue, erscheint mir das wie eine postmoderne Kathedrale. Wenn ich dann dieses Kriegerdenkmal am Eingang sehe, dann erinnert mich das an Phasen deutscher Architekturgeschichte – hier gilt ja Indemnität –,

(Abg. Werner Wölfle GRÜNE: Oh!)

die mich irritieren.

Auf der einen Seite ist zu sagen: Das war die Zeit, in der Wilhelm II. König von Preußen und Deutscher Kaiser war; da baute man so. Das ist ein Fanal wilhelminischer Machtarchitektur – samt Seitenflügeln übrigens. Auf der anderen Straßenseite hat man große Steinquader verbaut, große Torbögen errichtet und das Gebäude auch konsequent nach dem Generalfeldmarschall, dem späteren Reichskanzler Hindenburg benannt.

(Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Reichspräsident!)

– Entschuldigung, stimmt. Kanzler war jemand anderes. Danke für den Einwurf. Das war geplant.

(Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Das waren meist Sozialdemokraten oder Zentrumsleute, wobei die Zentrumsleute die Besseren waren!)

Also nach dem Reichspräsidenten Hindenburg, Kanzler war ein anderer.

Auf der einen Straßenseite bekämpfen die Grünen nun aus Überzeugung den Namen Hindenburg für dieses Gebäude, vielleicht das Gebäude selbst. Auf der anderen Straßenseite wird ein Gebäude aus der gleichen Ära als denkmalwürdig und schützenswert betrachtet, und es bilden sich Menschenketten darum. Kann mir jemand sagen, wo der Unterschied zwischen diesen beiden Gebäuden liegt,

(Vereinzelt Heiterkeit)

außer dass es einmal in den Kram passt und einmal nicht?

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP und der CDU – Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Das eine ist aus Muschelkalk, das andere nicht!)

Gestatten Sie mir, damit ich mein Versprechen einhalte, noch zwei rhetorische Fragen. Was haben der Bonatzbau und Erich Maria Remarque gemeinsam? Sie stammen aus derselben Zeit. Was hat die folgende Rede des Kollegen Wölfle mit Erich Maria Remarques bekanntestem Buch zu tun?

(Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU und Abg. Heide-rose Berroth FDP/DVP: Im Westen nichts Neues!)

(Dietmar Bachmann)

Es hieß: Im Westen nichts Neues.

(Heiterkeit der Abg. Andrea Krueger CDU)

Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Ich erteile Herrn Abg. Wölfle für die Fraktion GRÜNE das Wort.

Abg. Werner Wölfle GRÜNE: Ich bin immer freundlich, wie Sie wissen,

(Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Zeigen Sie es doch einmal! – Zuruf von der CDU: Sie sehen aus wie ein Wolf!)

selbst zu Herrn Bachmann. Der Unterschied zwischen dem einen Gebäude und dem anderen liegt darin, dass das eine abgerissen werden soll und zum Teil abgerissen wurde und das andere nicht. Ich will Ihnen, Herr Bachmann, ehrlich sagen: Vielleicht wäre es besser gewesen, Sie hätten das vorgelesen, was Ihnen Ihre Fraktionsmitarbeiter aufgeschrieben haben.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen – Abg. Klaus Herrmann CDU: Der Hauptflügel des Hauptbahnhofs bleibt stehen! Das sollten Sie wissen, Herr Wölfle! Das hat er wieder falsch erzählt!)

Ich habe mir ernsthaft überlegt, warum wir diesen Tagesordnungspunkt – einen Antrag – ins Nachtprogramm verschoben haben.

(Abg. Dr. Klaus Schüle CDU: Sie haben es beantragt, die Grünen! – Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Das war eure Fraktion! Sie waren dagegen, dass er früher behandelt wird! – Abg. Thomas Blenke CDU: Das war jetzt ein Eigentor! Sauberes Eigentor! – Weitere Zurufe von der CDU)

Wir haben heute Abend ein interessantes Nachtprogramm. Ich habe mich gefragt, warum wir noch einmal über dieses Thema diskutieren, nachdem die CDU in der vorletzten Plenarsitzung eine Aktuelle Debatte beantragt hatte, bei der wir über genau das gleiche Thema diskutiert haben. Ich habe mir überlegt: Es mag eine kleine Racheaktion sein, dass der Wölfle einmal so lange dableiben muss. Das ist okay.

(Zurufe von der CDU, u. a. Abg. Helmut Walter Rüeck: Sie scheinen bei Ihren Parteifreunden unbeliebt zu sein!)

Der zweite Gedanke war: Hier drin ist es gemütlicher als draußen. Wir haben ein bisschen genauer nachgedacht und herausgefunden, dass sich zwischen der letzten Plenardebatte und heute doch etwas Neues ergeben hat: Herr Hauk sagt, die CDU hätte den Schlichterspruch nicht akzeptiert,

(Abg. Winfried Scheuermann CDU: Das macht ihr doch auch nicht!)

an eine Empfehlung für K 21 hätte man sich nicht gehalten.

(Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Hört, hört!)

Das habe ich interessiert zur Kenntnis genommen, weil Sie nicht müde werden, uns gar das Demokratieverständnis abzusprechen, weil man sich nicht an die Empfehlungen von Herrn Geißler hält. Ein Bauverbot brauchten wir nicht. Ein Baustopp, bis diese Empfehlungen von Herrn Geißler abgearbeitet sind, wäre ausreichend.

(Abg. Albrecht Fischer CDU: Wir akzeptieren es dann trotzdem nicht! – Gegenruf der Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Herr Hauk auch nicht! – Gegenruf des Abg. Dr. Dietrich Birk CDU: Herr Hauk akzeptiert den Schlichterspruch!)

Direkt nach der Schlichtung – das hat Herr Haller schon angesprochen – hat als Erste Frau Gönner schon einen Tag nach der Schlichtung gewusst, dass man kein neuntes und zehntes Gleis braucht.

(Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Die Frau ist klug!)

Sie hat auch dem Chef der berühmten Schweizer Firma SMA

(Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Schweiz! – Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Die habt ihr doch immer zitiert!)

bestätigt, dass dem so ist. Einen Tag später hat dieser dies widerrufen. Sie sagen eigentlich selbst: Seriös kann man das erst beurteilen, wenn der Stresstest durchgeführt wird.

Zwischen der letzten Plenardebatte und heute gab es noch etwas Neues. Ich habe nämlich eine Antwort auf unser Schreiben an Herrn Dr. Kefer erhalten. Es ging darum, wie man diesen Stresstest durchführt, sodass eine gegenseitige Akzeptanz überhaupt gefunden werden kann und man von Anfang an mit einbezogen wird. Herr Kefer hat geantwortet: Im Juni, Juli, wenn wir dann einmal so weit sind und wir alles durchgesehen haben, die Eingaben gemacht haben, den Fahrplan durchgerechnet und durchgespielt haben, wenn die Unterlagen an die SMA gehen, dann dürft ihr auch mitmachen.

(Abg. Beate Fauser FDP/DVP: Wunderbar!)

Das war nicht das, was der Geist der Schlichtung und dieses Stresstests vorgegeben hat. Deswegen habe ich mich mit Herrn Geißler noch einmal verständigt. Er sieht es wie ich.

Gestern habe ich gehört, dass Herr Ministerpräsident Mappus einen neuen Dialogexperten vorgeschlagen hat. Herr Wörner ist sicher ein ehrenwerter Mensch, der in Frankfurt gute Arbeit geleistet hat. Was hat er in Frankfurt gemacht? Da gab es ernsthaft etwas zu vermitteln.

(Abg. Andrea Krueger CDU: Das haben wir heute schon in der Zeitung gelesen!)

– Ich habe heute vieles gehört, was ich schon lange in der Zeitung lese – u. a. all das, was ich zu diesem Tagesordnungspunkt gerade gehört habe.

Ich mache jetzt noch einmal das Angebot – ich bitte ernsthaft darum, es anzunehmen –: Wenn Sie das Ganze ernst meinen, dann sprechen Sie, Herr Wörner und gern auch Herr Geißler mit der Bahn mit dem Ziel, dass man diesen Stresstest so durchführen kann, dass er von Anfang an und nicht erst hin-

(Werner Wölflle)

terher, wie wir es bisher gemacht haben, verständlich und nachprüfbar gestaltet wird. Es gibt ja nichts zu verbergen. Daher verstehe ich die Aufregung nicht.

(Zuruf der Abg. Andrea Krueger CDU)

– Wenn der Stresstest zu dem Ergebnis kommt, dass acht Gleise ausreichen und man auch keine Zulaufgleise braucht, haben Sie die Bestätigung, dass diese Ausgaben nicht erforderlich sind.

(Zuruf der Abg. Andrea Krueger CDU)

– Frau Krueger, ganz ruhig, ganz gemütlich.

In Ziffer 3 Ihres Antrags steht:

der Landtag begrüßt ... einem Stresstest unterzogen wird. Sollte dieser die tatsächliche Notwendigkeit weiterer Investitionen aufzeigen, muss die DB AG diese auch realisieren;

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Also!)

Ich nehme an, dass Sie sagen wollen: finanzieren.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Auch realisieren!)

Auch das ist richtig. Ich bin einmal gespannt. In der Tat: wenn, dann. Deswegen war diese Forderung richtig. Wenn Sie sich richtig erinnern: Es war unsere Forderung, die Forderung der Gegner von Stuttgart 21: „Ihr müsst beweisen, dass ihr mit dieser Infrastruktur diesen Leistungszuwachs erbringt.“ Das gehört zum Geschäft. Nun sollten Sie sich darum kümmern, anstatt hier regelmäßig zu sagen: „Haltet den Schlichterspruch ein.“

(Abg. Dr. Klaus Schüle CDU: Akzeptieren Sie ihn oder nicht?)

– Ich weiß gar nicht, warum Sie das Ganze so eng sehen.

(Abg. Dr. Klaus Schüle CDU: Wieso eng? Sachlich!
– Abg. Dr. Dietrich Birk CDU: Sie eiern herum!)

Wir haben immer wörtlich gesagt: „Die Empfehlungen von Herrn Geißler sind in der Sache notwendig.“ Das alles haben wir doch schon fünfmal durchexerziert.

(Abg. Dr. Klaus Schüle CDU: Ja oder nein? – Zuruf des Abg. Andreas Hoffmann CDU)

Kommen wir zu Ziffer 4 Ihres Antrags:

(Abg. Dr. Klaus Schüle CDU: Keine klare Aussage!)

... für die Projektkritiker ebenso Verpflichtung und Ansporn sein werden ...

– Das stimmt. Ich habe gerade dargestellt:

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Okay!)

Die Vorschläge sind Ansporn und Verpflichtung, dafür zu sorgen, dass man sich nicht um diese Empfehlungen herumgibt. So habe ich mich immer geäußert. So begreife ich das bis heute.

(Abg. Dr. Klaus Schüle CDU: Keine klare Aussage!)

Ich komme zu Ziffer 5 Ihres Antrags. Darin heißt es sinngemäß: Der Landtag stellt fest: K 21 ist keine Alternative. Ich sage: Der Landtag kann viel beschließen, aber Mehrheit ist nicht gleich Wahrheit.

Vielen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen – Oh-Rufe von der CDU – Abg. Dr. Dietrich Birk CDU: Oje, oje! Ein arroganter Abgang! – Abg. Klaus Herrmann CDU: Das war wieder entlarvend für das Demokratieverständnis der Grünen! – Weitere Zurufe von der CDU)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Das Wort erteile ich Frau Ministerin Gönner.

Ministerin für Umwelt, Naturschutz und Verkehr Tanja Gönner: Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Herr Wölflle, ich finde, Sie haben mit Ihrem letzten Satz an diesem Rednerpult gerade einen Einblick in Ihr Demokratieverständnis gegeben,

(Beifall bei der CDU und der Abg. Beate Fauser FDP/DVP)

bei dem mich die Frage bewegt: Was bedeutet Respekt vor dem Parlament? Diese Frage haben Sie heute Morgen so sehr hochgehalten. Für die Grünen bedeutet Respekt vor Parlamenten: Wenn die Grünen irgendetwas wollen, muss man das auch tun.

(Abg. Dr. Klaus Schüle CDU: So ist es!)

Das ist auch Ihr Demokratieverständnis.

(Zuruf der Abg. Brigitte Lösch GRÜNE)

Ich muss Ihnen ganz ehrlich sagen: Mich entsetzt dieses Demokratieverständnis in der gesamten Breite.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Herr Wölflle, es war auch bemerkenswert, dass Sie nicht wussten, dass es Ihre Fraktion war, die diesen Tagesordnungspunkt ganz nach hinten hat setzen lassen.

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Ich weiß, warum Ihre Fraktion wollte, dass dieser Tagesordnungspunkt ganz am Ende behandelt wird: weil Sie Farbe bekennen müssen.

(Zuruf von der CDU: Es ist keine Presse da!)

– Genau, das ist richtig. Da sieht man auch, wie wichtig den Grünen dieses Thema ist – im Übrigen auch der Respekt vor dem Parlament.

(Abg. Klaus Herrmann CDU: Die sind gar nicht mehr da!)

Es ist keine Presse hier. Sie wollten erreichen, dass das, worüber wir hier sprechen, nicht nach außen dringt.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP – Zuruf des Abg. Werner Wölflle GRÜNE)

– Ja, in der Ihnen eigenen süffisanten Art, bei der man trefflich darüber streiten kann, ob das, was Sie sagen, ernst gemeint war oder nicht.

(Ministerin Tanja Gönner)

Lieber Herr Wölfle, genau deswegen haben die anderen Fraktionen diesen Antrag gestellt, weil es darum geht, Farbe zu bekennen.

Der Schlichterspruch hat bei der Mehrheit der Bevölkerung eine hohe Akzeptanz gefunden. Ungeachtet der Tatsache, dass wir den von Ihnen benannten Schlichter genommen haben, ungeachtet der Tatsache, dass wir diese Schlichtung durchgeführt haben, und ungeachtet der Tatsache, dass wir von Anfang an – ich komme nachher zu all den Punkten, die Sie angesprochen haben – gesagt haben: „Wir respektieren und akzeptieren diesen Schlichterspruch“, sind diejenigen, die ihn nie akzeptiert haben – und zwar mit keinem einzigen Wort –, Sie gewesen.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Auch das zeigt wieder ein bisschen Ihr Verständnis. Sie haben auch gestern im Zusammenhang mit der Einsetzung von Herrn Professor Wörner gesagt: „Dialog ist nur dann gut, wenn ich vorher weiß, dass das herauskommt, was ich haben will.“ Da kann ich nur sagen: Herzlichen Glückwunsch! Auch da habe ich ein ganz anderes Demokratieverständnis.

(Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Das hat doch gar niemand gesagt! – Gegrüß von der CDU: Doch!)

– Frau Lösch, seien Sie mir nicht böse: Manchmal muss man ein bisschen überlegen, welche Zwischenrufe man macht. Ich würde Ihnen raten, heute einmal alle Ihre Zwischenrufe bei den unterschiedlichsten Debatten zusammenzunehmen und dann zu überlegen, ob Sie über all diese Zwischenrufe wirklich glücklich sind.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Frau Gönner, regen Sie sich nicht auf! Ganz ruhig bleiben! – Zuruf des Abg. Winfried Scheuermann CDU)

– So spät ist es noch nicht. Meinetwegen können wir noch länger debattieren. Ich habe da, ganz offen gestanden, überhaupt kein Problem. Man sollte überlegen, welchen Zwischenruf man macht, wenn man noch nicht weiß, was der Redner sagen will.

(Zuruf der Abg. Brigitte Lösch GRÜNE)

– Frau Lösch, Ihre Zwischenrufe haben wenig Inhalt. Ich versuche, Inhalte zu vermitteln.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Sie versuchen!)

– Ja, wenn Sie mich lassen. Ich möchte, dass Sie zuhören, weil das helfen kann, dass man etwas lernt.

Ich zitiere aus der Ziffer 13 des Schlichterspruchs:

Es ist damit zu rechnen, dass der Protest trotz S 21 PLUS anhalten wird. Es ist nicht auszuschließen, dass es bei bestimmten Bautätigkeiten zu Konfliktsituationen kommen kann. Nach den positiven Erfahrungen in dieser Schlichtungsrunde rege ich an, eine situationsbedingte Schlichtung in ähnlicher Zusammensetzung unter Vorsitz eines Moderators, z. B. den Bischöfen oder eines Vertreters der Robert Bosch Stiftung, vorzusehen.

Das, was wir mit dem Dialogforum zumindest anstoßen, ist nichts anderes, als in Erfüllung des Schlichterspruchs einen Weg zu finden. Klar ist, dass Sie das nicht akzeptieren. Damit beweisen Sie noch einmal: Sie akzeptieren diesen Schlichterspruch nicht nur nicht, sondern Sie respektieren ihn auch nicht. Das lässt tief blicken.

(Abg. Jörg Döpfer CDU: Die ignorieren ihn!)

Ich sage noch einmal ausdrücklich: Die Landesregierung akzeptiert ihn, und wir setzen ihn Stück für Stück um.

Sie können noch so oft zitieren, was ich am Tag nach der Schlichtung gesagt habe, weil Sie ja immer das Wesentliche weglassen. Ich habe nur darauf hingewiesen, dass manches dafür spricht, dass das neunte und zehnte Gleis nicht das Vorrangigste ist, was bei dem Stresstest herauskommt. Nichts anderes habe ich gesagt. Ich habe nicht gesagt, dass dies das Ergebnis sein wird, sondern ich habe nur gesagt, dass das wahrscheinlich ist.

Im Übrigen haben Sie alle uns schon erklärt, was es kostet. Sie werfen anderen immer vor, dass sie etwas zu dem Stresstest und zu den Ergebnissen sagen. Aber diejenigen, die die Kosten in die Höhe getrieben haben, weil sie schon alles wissen, sind ausschließlich Sie.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP)

Jetzt komme ich zum Thema Ihres Briefes an Herrn Dr. Kefer sowie zum Stresstest und zu dessen Durchführung. Da lohnt es sich, in den Schlichterspruch zu schauen. Ich beginne zunächst einmal mit dem letzten Satz nach den Ziffern 11 und 12. Darf ich zitieren, Frau Präsidentin? Ich werde jetzt mehrfach zitieren. – Vielen Dank.

Der Schlusssatz in Ziffer 12 lautet:

Diese von mir vorgetragene Vorschläge in den Ziffern 11 und 12 werden von beiden Seiten für notwendig gehalten.

Jetzt zitiere ich die Ziffer 12:

Die Deutsche Bahn AG verpflichtet sich, einen Stresstest für den geplanten Bahnknoten Stuttgart 21 anhand einer Simulation durchzuführen. Sie muss dabei den Nachweis führen, dass ein Fahrplan mit 30 Prozent Leistungszuwachs in der Spitzenstunde mit guter Betriebsqualität möglich ist. Dabei müssen anerkannte Standards des Bahnverkehrs für Zugfolgen, Haltezeiten und Fahrzeiten zur Anwendung kommen. Auch für den Fall einer Sperrung des S-Bahn-Tunnels oder des Fildertunnels muss ein funktionierendes Notfallkonzept vorgelegt werden. Die Projektträger verpflichten sich, alle Ergänzungen der Infrastruktur, die sich aus den Ergebnissen der Simulation als notwendig erweisen, bis zur Inbetriebnahme von S 21 herzustellen.

Der erste Teil besagt, dass die Bahn selbst die Simulation durchführt.

Ich zitiere noch einmal den letzten Satz:

Diese von mir vorgetragene Vorschläge in den Ziffern 11 und 12 werden von beiden Seiten für notwendig gehalten.

(Ministerin Tanja Gönner)

Also steht schon drin: Die Bahn macht es.

Zweitens steht drin, was sie als Grundlagen annehmen muss.

Drittens: Weil Sie plötzlich gemerkt haben, dass der Schlichterspruch sehr positiv bewertet und begleitet wird, haben Sie gesagt: Nein, jetzt wollen wir aber etwas ganz anderes.

Jetzt zitiere ich auch noch aus der nachfolgenden Pressekonferenz, bei der auch Teile Ihres Bündnisses vertreten waren. Die Frage vonseiten der Presse war, wer den Stresstest bewerten wird. Dabei ging es nur um die Bewertung. Dazu sagte Herr Dr. Geißler – ich zitiere –:

Das hat sich auch in der Schlichtung ergeben; das ist im gedruckten Exemplar vergessen worden:

Wir wollen, dass dieser Stresstest, diese Simulation, geprüft wird von einer neutralen Institution bzw. Firma, nämlich von der schweizerischen Firma SMA. Hierüber können aber die anwesenden Schlichtungsteilnehmer besser Auskunft geben.

Herr Dr. Kefer sagte – ich zitiere –:

Wir haben uns alle darauf geeinigt, dass diese Schweizer Firma, die, wenn Sie so wollen, eine „Fahrplanungsfirma“ ist, die Ergebnisse untersucht und begutachtet.

Frau Dr. Dahlbender, BUND, Mitglied Ihres Aktionsbündnisses, wie ich meine,

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Und der SPD!)

und heute immer und gern unterwegs nach dem Motto: „Die Durchführung des Stresstests ist eine Unverschämtheit; da wird jetzt durch die Bahn schon wieder ganz Furchtbares gegen die Schlichtung gemacht“ – sie macht es in anderen Formen; leider habe ich dazu nun kein Zitat dabei –, sagte an jenem Tag auf der Pressekonferenz:

Ja, das war in der Tat auch für uns – ich bin dankbar, dass Sie es von sich aus angesprochen haben, Herr Kefer – ein wesentlicher Punkt, uns überhaupt mit diesem Ergebnis zu beschäftigen, dass zugesagt wurde, dass dieses Gutachten dann und die Ergebnisse dieses Stresstests öffentlich gemacht werden.

Ich hätte jetzt noch Weiteres ausführen können.

Es war allen Seiten bekannt, dass der Stresstest durch die Deutsche Bahn durchgeführt wird. Es herrschte Einigkeit darüber, dass die SMA dies dann überprüft, und es herrschte Einigkeit, dass über die Überprüfung durch die SMA diskutiert wird. Die Einzigen, die genau dies wieder infrage stellen, sind Sie und sonst niemand, obwohl zuvor an diesem Punkt Einigkeit zwischen den Parteien bestanden hat.

(Beifall bei der CDU, der SPD und der FDP/DVP)

Wir akzeptieren das Ergebnis dieser Schlichtung.

Lieber Herr Haller, weil Sie mich angesprochen haben – Sie sind noch da;

(Abg. Hans-Martin Haller SPD: Ich gehe doch nicht weg, wenn Sie reden!)

ich hätte mich auch gewundert, wenn es anders wäre; das wäre ich von Ihnen gar nicht gewohnt –: Ich habe vorhin Zitate dafür gebracht, dass der Stresstest für den Bahnknoten Stuttgart 21, das heißt, für den Bahnhof Stuttgart zu machen ist. Dort sind 30 % mehr Leistung zu bringen. Diese 30 % gelten jedoch nicht für die Wendlinger Kurve. Das ist der Ausgangspunkt für die Antwort auf die Anfrage, die Sie an mich gerichtet haben, nämlich genau entlang der Frage, wie heute der Fahrplan ist und wie wir ihn vorsehen. Der Stresstest fordert nicht auf allen Strecken eine Leistungserhöhung um 30 %. Deswegen ist meine Antwort, meine ich, richtig. Ich verstehe, dass Sie etwas anderes wollen; das ist in Ordnung. Ich will nicht ausschließen, dass auch die Wendlinger Kurve möglicherweise noch in den Stresstest einbezogen wird. Das wird man sehen. Aber da warten wir erst einmal auf das Ergebnis.

Noch einmal: Zunächst gelten die im Stresstest vorgesehenen 30 % Leistungssteigerung für den Bahnknoten und damit für den Bahnhof.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich bin den Fraktionen sehr dankbar dafür, dass sie dieses Thema auch um diese Tageszeit noch einmal in dieser Stärke – insbesondere wenn ich in die Reihen der Regierungsfractionen blicke – aufgerufen haben. Denn damit zeigen wir auch, dass uns dieses Thema wichtig ist.

Wir akzeptieren diese Schlichtung; wir wollen sie umsetzen. Wir sind bereit, im Rahmen dessen, was an Fragen während der Umsetzung des Projekts noch aufkommt, in den Dialog zu treten. Die Frage ist, ob andere überhaupt zu einem Dialog bereit sind oder ob sie sagen: „Einen Dialog führen wir nur, wenn das nach unseren Regeln geht.“ Das scheint der Fall zu sein.

(Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Sehr gut!)

Wir werden dieses Schlichtungsergebnis umsetzen. Ich bin dankbar, wenn dieses Haus uns mit breiter Mehrheit darin unterstützt, und bedanke mich schon jetzt bei den Fraktionen, die das mittragen. Ich weiß, dass das nicht immer einfach ist. Aber auch das ist wichtig und notwendig, weil man zum Ausdruck bringt, dass man für die Zukunft steht.

In diesem Sinn herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Meine Damen und Herren, es liegen keine Wortmeldungen mehr vor.

Wir kommen nun zur Abstimmung über den Antrag der Fraktion der CDU – –

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Zur Geschäftsordnung!)

– Herr Abg. Schmiedel, bitte sehr.

Abg. Claus Schmiedel SPD: Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir alle sind an einem Höchstmaß an Gemeinsamkeit bei diesem Thema interessiert. Der Debattenbeitrag des Kollegen Wölfe hat gezeigt, dass er zumindest einzelnen Punkten des Antrags zustimmen kann. Deshalb schlage ich vor, dass wir einzeln über die Punkte abstimmen.

(Claus Schmiedel)

So können wir sehen, an welchen Stellen wir tatsächlich Gemeinsamkeiten haben, auf denen wir weiter aufbauen können.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD, der CDU und der FDP/DVP – Abg. Dr. Klaus Schüle CDU: Guter Vorschlag! Wir unterstützen das nachdrücklich!)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Es ist Einzelabstimmung über den Antrag Drucksache 14/7362 gewünscht.

Ich lasse zunächst über Ziffer 1 abstimmen. Wer Ziffer 1 zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Ziffer 1 ist mehrheitlich zugestimmt.

Ich lasse über Ziffer 2 abstimmen. Wer Ziffer 2 zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Ziffer 2 ist einstimmig zugestimmt.

Ich lasse über Ziffer 3 abstimmen. Wer Ziffer 3 zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Ziffer 3 ist einstimmig zugestimmt.

Ich lasse über Ziffer 4 abstimmen. Wer Ziffer 4 zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Ziffer 4 ist einstimmig zugestimmt.

(Abg. Klaus Herrmann CDU: Herr Sckerl hat nicht mitgestimmt!)

Ich lasse über Ziffer 5 abstimmen. Wer Ziffer 5 zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Ziffer 5 ist bei einigen Gegenstimmen mehrheitlich zugestimmt.

Meine Damen und Herren, damit ist Punkt 11 der Tagesordnung erledigt.

*

Erklärung zu Protokoll:

Abg. Dietmar Bachmann FDP/DVP: Über die Landesverfassung von Baden-Württemberg ist heute bereits viel gesprochen worden. Lassen Sie mich hieran anknüpfen. Ich zitiere die Verfassung:

Das Land Baden-Württemberg ist ein republikanischer, demokratischer und sozialer Rechtsstaat.

Baden-Württemberg ist ein Rechtsstaat. Wesen eines Rechtsstaats ist, dass Streitigkeiten nicht mit Gewalt und durch Waffen, sondern friedlich in einem fairen Verfahren durch unabhängige Richter oder Schlichter entschieden werden. Die Herrschaft des Rechts, angelsächsisch die „Rule of Law“, ist es, die nicht erst seit der Magna Carta, sondern seit Beginn der bekannten Geschichtsschreibung in Hochkulturen für die friedliche Beilegung von Konflikten sorgt.

Diese Herrschaft des Rechts lebt davon, dass sich die Streitparteien in einem fairen und gerechten Verfahren dem Spruch der Richter oder der Schlichter unterwerfen. Wer den letztinstanzlichen Spruch eines Gerichts, das Ergebnis einer freiwilligen Schlichtung nicht akzeptiert, stellt die Grundfeste des Rechtsstaats selbst infrage.

Baden-Württemberg ist eine Demokratie. Ich darf erneut unsere Verfassung zitieren:

Die Staatsgewalt geht vom Volke aus. Sie wird vom Volke in Wahlen und Abstimmungen und durch besondere Organe der Gesetzgebung, ... ausgeübt.

Unsere Verfassung stellt damit klar, dass Entscheidungen, die nicht durch eine Volksabstimmung getroffen werden, vom Parlament getroffen werden. Und eine Demokratie lebt davon, dass Entscheidungen der Parlamentsmehrheit gelten.

Über das Bahnprojekt der europäischen Magistrale Paris–Bratislava mit dem Teilstück Stuttgart 21 haben das Europäische Parlament, der Deutsche Bundestag, der Landtag von Baden-Württemberg und der Gemeinderat der Stadt Stuttgart unzählige Male abgestimmt. Immer haben sich klare Mehrheiten für dieses Projekt gefunden. Dennoch sind die Grünen dagegen. Sie sind dagegen mit der Begründung, das Volk wolle etwas anderes. Das Volk hat aber in unzähligen Wahlen diejenigen gewählt, von denen es wusste, dass sie für dieses Bahnprojekt sind. Wer dies nicht respektiert, ist nicht nur gegen ein Bahnprojekt, sondern auch gegen die Grundregel der Demokratie, dass Mehrheitsentscheidungen gelten.

Gegen diese Entscheidungen gab es zahlreiche Klagen vor unabhängigen Gerichten. Alle Gerichte haben immer wieder bestätigt, dass das geplante Projekt rechtens ist. Dennoch sind die Grünen dagegen. Wer dagegen ist, dass unabhängige Gerichte nach Verfassung und Gesetz entscheiden, ist nicht nur gegen ein Bahnprojekt. Er stellt den Grundgedanken des Rechtsstaats selbst infrage. Aber damit nicht genug.

Um diesen Konflikt zu entschärfen, also dem Grundgedanken des Rechtsstaats, der friedlichen Streitbeilegung Rechnung zu tragen, haben sich Befürworter und Gegner des Projekts auf eine Schlichtung geeinigt. Den Schlichter haben die Grünen vorgeschlagen. Unsere Fraktion hat es sich nicht leicht gemacht mit der Entscheidung, diesen Vorschlag zu akzeptieren. Grundsatz jeder Schlichtung ist eigentlich, dass beide Seiten unabhängige Personen benennen, die sich wiederum auf einen Schlichter einigen. Es ist sehr ungewöhnlich, dass die eine Seite den von der anderen Seite vorgeschlagenen Schlichter akzeptiert. Aber wir haben es getan.

Dann hat dieser Schlichter, Herr Bundesminister a. D. Dr. Heiner Geißler, nach einem langen und ausführlichen, sehr sachlichen und transparenten Dialog mit beiden Seiten seine Entscheidung gefällt. Der von den Grünen vorgeschlagene Schlichter Heiner Geißler hat entschieden, dass Stuttgart 21 mit Verbesserungen gebaut wird. Und wir akzeptieren diesen Schlichterspruch in allen seinen Einzelheiten, wie sich dies in einem Rechtsstaat gehört. Frieden schaffen ohne Waffen und ohne Gewalt geht nur, wenn man die dafür vorgesehenen Mechanismen akzeptiert. Wir tun dies. Nur die Grünen sind weiter dagegen. Damit stellen sie den Grundgedanken der friedlichen Streitbeilegung infrage.

Dann der letzte Punkt: Was wäre das Ergebnis einer Volksabstimmung? In der Sache will ich dies gar nicht sagen. Darüber hätte ja das Volk zu entscheiden. Aber ich will Ihnen ein Beispiel aus Reutlingen nennen. Dort hatten sich Oberbürgermeisterin und Gemeinderat auf den Bau einer neuen Stadthalle geeinigt. Dann gab es eine Volksabstimmung. Das Volk hat

(Dietmar Bachmann)

abgestimmt. Und das Volk hat für diese Stadthalle gestimmt. Das hindert die Grünen aber nicht daran, weiter dagegen zu sein. Was also brächte eine Volksabstimmung, wenn wir schon heute wissen, dass die Befürworter bei einem Unterliegen die Entscheidung akzeptieren würden, nicht aber die Gegner? Ich sage Ihnen das ganz klar: Grundlage jedes fairen, demokratischen und rechtsstaatlichen Verfahrens ist, dass Entscheidungen auch akzeptiert werden.

Wer Frieden ohne Gewalt schaffen will, muss die dafür vorgesehenen rechtsstaatlichen Verfahren akzeptieren. Wenn das Volk entschieden hat, hat es entschieden! Wenn ein Schlichter entschieden hat, hat er entschieden! Wenn ein Gericht entschieden hat, hat es entschieden! Und wenn ein Parlament entschieden hat, hat es entschieden! Wer dann immer dagegen ist, kann ja gern dagegen sein, muss sich aber zu Recht verhalten lassen, dass er nicht bereit ist, die Mechanismen der friedlichen Streitbeilegung zu akzeptieren.

In der Sache ist bereits seit Langem alles gesagt. Die Frage, ob der neue Bahnhof und die Schnellfahrstrecke gebaut werden, hängt doch schon längst nicht mehr davon ab, ob irgendeine Weiche, irgendein Signal oder irgendein Tunnelstück perfekt geplant ist. Unsere Fraktion vertraut der Kompetenz der Ingenieure, die die Planungen gemacht haben. Wir sind gespannt auf das Ergebnis des Stresstests und sind selbstverständlich offen für Verbesserungen.

An den Eckpunkten des Konzepts hat sich aber seit Jahren nichts geändert. Eine Schnellfahrstrecke macht die Bahn attraktiver, wird Verkehr von der Straße und der Luft auf die

Schiene verlagern und damit dem Klimawandel entgegenwirken.

Eine Streckenführung in Tunnels und entlang der Autobahn entlastet Hunderttausende Menschen vom Bahnlärm. Ebenso wirken Streckenführungen in Tunnels dem Flächenverbrauch entgegen. Die Wirtschaftsregionen Karlsruhe, Ulm und Stuttgart werden in Ost-West-Richtung an das europäische Hochgeschwindigkeitsnetz angeschlossen.

Wir Liberalen freuen uns auf den Tag, an dem wir oberhalb des neuen Bahnhofs zwischen den Lichtaugen in einem Straßencafé sitzen werden. Wir Liberalen freuen uns darauf, an der Stelle, an der bis heute auf Gleis 6 eine besonders hässliche Ölspur die uralten Schwellen durchtränkt hat, frei von Bahnlärm auf einem schön gestalteten Platz unseren Cappuccino zu trinken. Und wir freuen uns darauf, mitten im Zentrum der wirtschaftsstärksten Region Deutschlands ganz entspannt den Blick auf ein neues Einkaufsviertel, den historischen Bonatzbau, die bewaldeten Hügel im Stuttgarter Osten und den Weinberg der Industrie- und Handelskammer zu genießen.

Vielen Dank.

*

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Wir sind am Ende der heutigen Tagesordnung angelangt. Die nächste Sitzung findet morgen, Donnerstag, 3. Februar, um 9:30 Uhr statt.

Ich danke Ihnen und schließe die Sitzung.

Schluss: 19:22 Uhr